

Die Auseinandersetzung um die Ehrung des Generals Heinrich von Stülpnagel



17.4.42 *V. 111*

Geheim!

Der Militärbefehlshaber
in Frankreich
Kommandosab. Abt. 16/112

Fr. 1550/42 gsh. / 1 2
Y pol 259/988/42 / 71u 182/42 g

Betr.: 15.4. Anschlag auf SF-906 bei Caen.

3.) Nachstehende Sühnemaßnahmen sind anzuordnen:

b) Weiterhin wird angeordnet:

ee) Die sofortige Erschießung von 30 Kommunisten und Juden *aus dem Täterkreis nachstehenden Personen*

ff) Die Erschießung von weiteren 80 Kommunisten und Juden sowie die *Deportation von 1 000 Kommunisten und Juden nach dem Osten, falls die Täter nicht innerhalb von 3 Tagen nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gem. Ziff. 4 a) festgestellt sind.*

Erschließung an:
Stabschef 3 - 1
Zst. v. Dr.-Kreis
14.4.42
Edu. Stb. 12
Fern. Stb. Trup./71u
Prop. Abt. Fzkr.

Der Militärbefehlshaber:
H. von Stülpnagel

- Abschrift -

Der Militärbefehlshaber in Frankreich

17.4.42

3.) Nachstehende Sühnemaßnahmen sind anzuordnen:
(...)

b) Weiterhin wird angeordnet:

- ee) Die sofortige Erschießung von 30 Kommunisten, Juden u. dem Täterkreis nahestehenden Personen.
- ff) Die Erschießung von weiteren 80, sowie die Deportation von 1 000 Kommunisten, Juden u. dem Täterkreis nahestehenden Personen nach dem Osten, falls die Täter nicht innerhalb von 3 Tagen nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gem. Ziff. 4 a) festgestellt sind.

Der Militärbefehlshaber
von Stülpnagel

Inhalt

Offener Brief von Benjamin Ortmeyer	4
Brief von Serge Klarsfeld	8
Micha Brumlik: Auch eine Erziehung nach Auschwitz: Erich Weniger zwischen Heinrich von Stülpnagel und Ernst Kantorowicz	9
Pressespiegel I • 24.8.1995 - 7.11.1995	12
Stellungnahme des Bezirksvorstandes der GEW Frankfurt am Main	19
Pressespiegel II • 8.11.1995 - 28.2.1996	21
Beschluß der Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes der GEW Frankfurt am Main	30
TAZOBAK - Die Schülerzeitung des Lessing-Gymnasiums	31
Briefwechsel mit der Schulleitung des Lessing-Gymnasiums	38
Stellungnahme einer Lehrerin und eines Lehrers des Lessing- Gymnasiums	43
Dokumente aus der NS-Zeit	47
Stellungnahmen von Historikern	58



**Ehrentafeln mit Deutschlandfahne in der Aula
des Lessing-Gymnasiums in Frankfurt am Main**

Ehrentafel in der Aula des Lessing-Gymnasiums
in Frankfurt am Main



General Heinrich von Stülpnagel,
Abiturient des Jahres 1904,
seit dem Jahr 1942 Militärbefehlshaber in
Frankreich, widersetzte sich dem Befehl der
Zerstörung von Paris, wurde im
Zusammenhang mit den Ereignissen
vom 20. Juli 1944 im August 1944
in Berlin / Plötzensee hingerichtet.

FLZ-Foto: Benjamin Ortmeier

Benjamin Ortmeier c/o GEW Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt am Main

Offener Brief

an die Leitung und die Mitglieder der "Geschichts-AG" des Lessing-Gymnasiums
an die SchülerInnen-Vertretung,
den Elternbeirat,
das LehrerInnenkollegium und die Schulleitung
des Lessing-Gymnasiums

12. Oktober 1995

Liebe Schülerinnen und Schüler,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Freude hatte ich seit einigen Monaten registriert, daß Schülerinnen und Schüler des Lessing-Gymnasiums sich intensiv mit der Wirkung der Nazi-Zeit am Lessing-Gymnasium beschäftigen.

1.

Bei einem Besuch ehemaliger Frankfurter aus Tel Aviv in FFM lernte ich kurz in netter Atmosphäre Herrn Kellermann kennen, später besuchten mich Schülerinnen der AG beim Treffen "unserer" AG gegen den Antisemitismus. Ich berichtete über unsere Arbeit, übergab Berichte und Briefe ehemaliger Lessing-Schüler, die wegen ihrer jüdischen Herkunft vertrieben worden waren. Bei all diesen Gesprächen - auch bei einem späteren Telefonanruf eines anderen Lehrers des Lessing-Gymnasiums, eines Herrn Streb - spielte ein Problem eine Rolle:

Herr General H.v. Stülpnagel, der in der Aula des Lessing-Gymnasiums geehrt wurde und geehrt wird.

"Mit einem gewissen Stolz verweist das Lessing-Gymnasium", heißt es in der FR vom 24.8.1995 nach einem Gespräch mit dem Lessing-Lehrer Herr Streb u.a. auf General von Stülpnagel, der "der beste seiner Abiturklasse" war.

Meine lange vorher geäußerte Bitte, sich gründlich über diesen General zu informieren, diesen "wunden Punkt" nicht auszuklammern, einmal in Paris die Verbändende der Resistance oder das Büro Klarsfeld zu befragen oder sich wenigstens in Frankfurt mit Prof.Dr. Brumlik auseinanderzusetzen, rührte aus meinem "Vorwissen", daß dieser General in Paris Repräsentant des Nazi-Regimes war, bevor er zur Gruppe jener übergang, die nicht in erster Linie aus moralischen Gründen, sondern vor allem, (weil der Krieg verloren war), **aus militärischen Überlegungen heraus**, Hitler beseitigen wollten.

Eine Ehrung solcher deutsch-nationalen, pronazistischen Menschen, ihre Darstellung als Vorbilder für Jugendliche erscheint mir sehr problematisch ja falsch - auch und gerade, wenn der **Schein** eines prinzipiellen Widerstands gegen die Inhumanität des Nazi-Regimes durch ihre Hinrichtung 1944 existiert.

2.

Ich erfuhr nun, daß dieser Mann vor einigen Jahren sogar mit "Hakenkreuz-Schmuck" in einem Orden an der Brust in der Aula geehrt wurde. Inzwischen wurde der "Hakenkreuz-Schmuck" mit den Farben der Schwarz-Rot-Goldenen Flagge vertauscht - der Mann H.V. Stülpnagel aber blieb.

Meiner Meinung nach ist es nicht richtig, den Schülerinnen und Schülern folgende leicht zugängliche Informationen über diesen bis zum Hals im Blut unschuldiger Menschen stehenden General, **vorzuenthalten**, die seine Rolle beim militärisch motivierten Putschversuch gegen Hitler eindringlich relativieren:

* H.V. Stülpnagel erließ in der Ukraine am 30. Juli 1941 folgende Anordnung:

"Kollektive Maßnahmen nicht wahllos treffen....

So weit die auslösende Tat der ukrainischen Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen. ...

Besonders die jüdischen Komsomolzen sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen." (Krausnik, H., Hitlers Eingreiftruppen, Frankfurt 1989, S.191)

"Kollektive Maßnahmen" - das waren Geiselerchießungen, angeordnet gegen "Juden und Kommunisten" von jenem General Heinrich von Stülpnagel, der noch 1995, 50 Jahre nach Ende des Völkermordes und des Krieges in der Aula des Lessing-Gymnasiums geehrt wird.

* Es soll noch hinzugefügt werden, daß General v. Stülpnagel am 21. August 1941 in einem Schreiben an die Abteilung Wehrmachtpropaganda vom 21. August 1941 den

"vermehrten Kampf gegen das Judentum"

forderte. (Zitiert nach Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Hg) Jürgen Schmädke, Peter Steinbach, München, 3. Auflage 1994, S. 1029)

* Als militärischer Befehlshaber von Frankreich war Heinrich von Stülpnagel einer der zu Recht meist gehaßten Männer des deutschen Nazi-Regimes.

Wer die Rolle der Wehrmacht in den von Deutschland besetzten Ländern im Zusammenspiel mit SS und GESTAPO kennt, die blutige Unterdrückung und Folter der Frauen und Männer des Widerstandes in Frankreich, die Rolle der Wehrmacht bei den Judendeportationen und der Vernichtung der europäischen Juden, der weiß warum.

Jeder in Paris, in Frankreich, der Augen und Ohren offen hatte, wußte, daß es Heinrich von Stülpnagel war, der am 29. Mai 1942 im Einklang mit den "Führerbefehlen" erlassen hatte:

"I. Juden, die das 6. Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne Judenstern zu zeigen.

II. Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz aufgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der Schwarzen Aufschrift "Juif". Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes fest aufgenäht zu tragen."

(S. Klarsfeld, Vichy- Auschwitz, Nördlingen 1989, S.378)

3.

Die Transporte aus Frankreich, mit jüdischen Kindern, Frauen und Männern rollten unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht und seines Generals H.v. Stülpnagel nach Auschwitz: Vom 17. Juli bis 11. November 1942 wurden 36 802 Juden deportiert und dann ermordet, nicht wenige davon waren Juden aus Frankfurt am Main, deren Namen bekannt sind.

Sollten nicht eigentlich die Namen dieser Ermordeten bekannt gemacht und geehrt werden statt jenen Mann zu Ehren der den Mördern militärischen Schutz bot und als General der Wehrmacht so an diesen Morden beteiligt war?

Das Nazi-Regime war nicht nur ein Mord-Regime, sondern in vielerlei Hinsicht auch ein **Raubmord-Regime**.

Das Vermögen der Ermordeten mußte "sichergestellt", also **geraubt** werden.

Auch hier war die Wehrmacht, und so natürlich auch der Militärische Befehlshaber im besetzten Frankreich, hier war Herr Heinrich von Stülpnagel zur Stelle. Am 2. Dezember 1942 zeichnete dieser Heinrich von Stülpnagel auch eine "Verordnung über den Verfall des Vermögens von Juden deutscher oder ehemals deutscher Staatsangehörigkeit zu Gunsten des Deutschen Reiches" (Centre du Documentation Juive 1982, S.170)

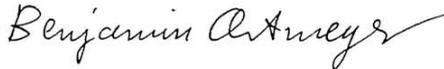
* * *

Neben der längst überfällige Beseitigung der Ehrung H.v. Stülpnagels im Lessing-Gymnasium ist meiner Meinung nach noch wichtiger die Diskussion über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht und ihrer Generäle in den besetzten Gebieten - auch wenn einige dieser Generäle sich am versuchten Militärputsch gegen Hitler beteiligt haben.

Die Perspektive der Opfer des Nazi-Regimes sollte dabei auch die Perspektive des Lessing-Gymnasiums 1995 sein.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Vater von Anne Frank, Otto Frank Abiturient am Lessing-Gymnasium war. Wäre es nicht auch ein Möglichkeit, an das Schicksal der beiden Töchter von Otto Frank, Anne Frank und Margot Frank, zu erinnern?

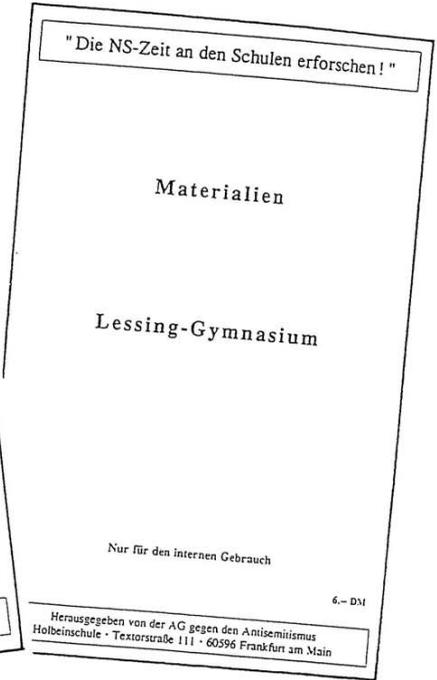
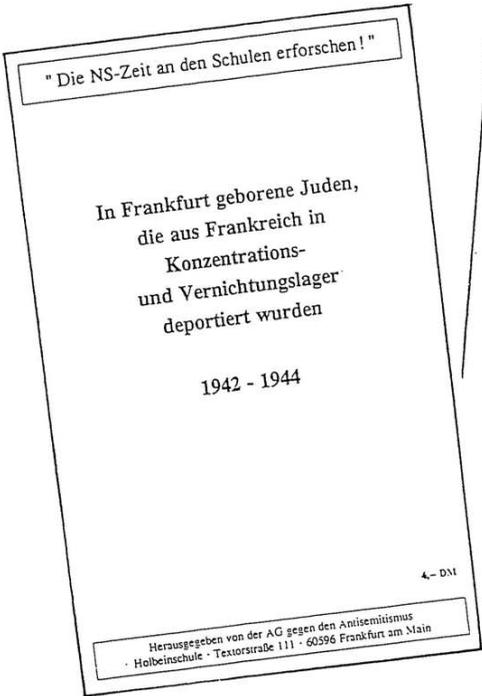
Mit freundlichen Grüßen



Verteiler:

An jüdische Schüler des Lessing-Gymnasium, die emigrieren mußten.
An Beate und Serge Klarsfeld
An FR, FAZ, FNP, HR, DPA, TAZ, le monde, liberation,

Ps: In der "Zeitschrift für Pädagogik" 3/1995 erschien der Artikel von Prof.Dr. Micha Brumlik "Auch eine Erziehung nach Auschwitz: Erich Weniger zwischen Heinrich von Stülpnagel und Ernst Kantorowicz". In diesem Artikel, der auch als Sonderdruck erschien, wurden die hauptsächlich hier zitierten Passagen recherchiert und zusammengestellt.



3. Aufl. Februar 1995, 179 Seiten, 22 Abbildungen, 24,80 DM, ISBN 3-89573-022-X
Verlag Marg. Wehle, Hauptstr. 240, 53347 Alfter

Eine Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft gegen den Antisemitismus (Holbeinschule),
in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Frankfurt am Main

Emigration Deportation - Dachau

SERGE KLARSFELD
 AVOCAT

*Président de l'Association
 " Les Fils et Filles
 des Déportés Juifs de France "*

Paris, den 26. Oktober 1995

Herrn
 Benjamin Ortmeier
 c/o GEW
 Bleichstr. 38 a
 60313 Frankfurt am Main
 Allemagne

Sehr geehrter Herr Ortmeier,

die Ehrung des General Heinrich von Stülpnagel in einer Schule in Deutschland, konkret im Lessing-Gymnasium in Frankfurt/Main, ist in der Tat ein Skandal.

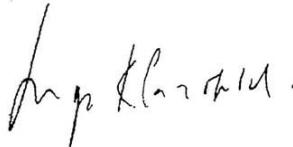
Ihre angeführten Belege und Argumente können aus unserer Sicht nur unterstrichen werden.

H. v. Stülpnagel war u. a. in Frankreich als militärischer Repräsentant des Nazi-Regimes an vielfältigen Verbrechen beteiligt. Nichts und niemand kann diese Verbrechen aus der Welt schaffen.

Wir werden gern auch in Frankfurt/Main Aktivitäten und Aktionen zur Ehrung der ermordeten jüdischen Kinder und zur Entfernung der fürchterlichen Ehrentafel für General H. v. Stülpnagel unterstützen.

Wir verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Serge Klarsfeld

ZEITSCHRIFT FÜR PÄDAGOGIK

MICHA BRUMLIK

**Auch eine Erziehung nach Auschwitz:
Erich Weniger zwischen Heinrich von Stülpnagel
und Ernst Kantorowicz**

I.

Daß es Ziel aller Erziehung sein müsse, daß sich Auschwitz nicht wiederhole – dieses der Zukunft zugewandte Diktum des aus Deutschland vertriebenen und dann zurückgekehrten Tuzenow W. Adorno ist in der bundesdeutschen Erziehungswissenschaft zum wohlfeilen Credo geworden. Daß der gleiche Titropolit W. Adorno immer wieder feststellte, daß es nur darauf ankomme, derartige Katastrophen in Zukunft zu vermeiden, das Grauen sich aber bereits ereignet habe, wird weniger freudig bestaunt. Daß darüber hinaus die Kälte ein wesentlicher Grundzug nicht nur des Erziehlens in der verwalteten Welt ist, wird zuallererst akzeptiert. Daher kommt man aus dem Staunen nicht heraus, wenn man rückblickend zur Kenntnis nimmt, mit welcher Intensität eine Gruppe jüngerer Erziehungswissenschaftler und Erziehungswissenschaftlerinnen noch 1967 einem Pädagogen intellektuelle Kränze gefochten hat, der künftighin als Inbegriff eben dieser Kälte gelten wird: Erich Wenigers Leben während des Zweiten Weltkrieges, aber auch seine politisch-pädagogischen Schriften in den frühen Jahren der Bundesrepublik zeugen von der Richtigkeit der Diagnosen nicht nur Adornos, sondern auch der Mitscherlichs bezüglich der Unfähigkeit zu trauern.

II.

Am 18. Juli 1942 notiert der ob seiner literarischen Kälte ebenso umstrittene wie gelobte Ernst Junger in seinem ersten Pariser Tagebuch: „Gestern wurden hier Juden verhaftet, um deportiert zu werden – man trennte die Eltern zunächst von ihren Kindern, so daß das Jammern in den Straßen zu hören war. Ich darf in keinem Augenblick vergessen, daß ich von Unglücklichen, von bis in das Tiefste Leidenden umgeben bin. Was wäre ich auch sonst für ein Mensch, was für ein Offizier. Die Uniform verpflichtet, Schutz zu gewähren, wo es irgend Millionen anbelangt.“ (Junger 1980, S. 348).

Siebzehn Jahre später, im Jahre 1959, behauptete Erich Weniger in seiner programmatischen Schrift „Die Epoche der Umerziehung“, in Westermans Pädagogischen Beiträgen dem achtzigsten Geburtstag Hermann Nohl's gewidmet: „Nun hat es gewiß einen bösen und gefährlichen Militarismus in Deutsch-

land gegeben ... Aber es wäre ungeschichtlich und ungerecht, diese Auswüchse als das Eigentliche und Einzige zu nehmen, das im deutschen Soldatenum enthalten war. Es waren Verfälscherseinnungen, Abfallserscheinungen ...“ (Weniger 1959, S. 5).

An der Wahrheit dieser Behauptung hängt – so meine These – die theoretische Konsistenz von Wenigers Erziehungsvorstellung ebenso wie die Glaubwürdigkeit ihres Autors. Offenbar läßt diese Erziehungsvorstellung zu unterschiedlichen Deutungen ein. Das Modell der Wesenrassen Erziehungsvorstellung ist“, so führt Lise Danneberg aus „die. Imitatio Christi.“ Frau Danneberg betont ihre kritisch gemeinten Ausführungen mit dem Hinweis, daß Weniger – jedenfalls theoretisch – auf wechselseitige Anerkennung im Rahmen einer Volkordnung setze und sich dabei auf Grundtvig und die johan-näische Logosologie berufe. Wenn Lise Danneberg recht hat, wird künftig folgendes als Beispiel der Imitatio Christi und einer Lebensform wechselseitiger Anerkennung gelten müssen: „Wenn nun die Erneuerung der Volkswirtschaft und der politischen Ordnung des Volkes“, so Weniger in „Wehrmachtserziehung und Kriegserfahrung“ aus dem Jahr 1938, „im Feuer des Weltkrieges erwuchs, so muß die Wehrmacht an den Ursprüngen dieses neuen Daseins teilhaben und selber aus ihnen leben, weil von diesem Ursprung aus das künftige Volkschicksal bestimmt wird ... Gerade die Aufgabe der Wehrmacht, die soldatische Erziehungsschule des deutschen Volkes zu sein, schließt die Abhängigkeit vom Volksganzen ein, und noch die kleinste erzieherische Maßnahme während der militärischen Ausbildung hat ihren Bezug zu dem Ganzen der Volksaufgabe. So sind die politischen, sozialen, weltanschaulichen, metaphysischen Erfahrungen, die das deutsche Volk im Weltkrieg gemacht hat, keineswegs gleichgültig für die soldatische Erziehung.“ (Weniger 1938, S. 178f.).

Was freilich diese Dogmen eines veritablen Militarismus – an anderer Stelle schreibt Weniger unter Berufung auf den von ihm bewunderten Luden-dorfer: „Mündig ist ein Volk nicht, weil es mitreden und kritisieren will, sondern weil ihm Verantwortung anvertraut ist.“ (ebd., S. 235) – in thematischer und methodologisch-struktureller Hinsicht mit dem gewaltlosen Prediger des Gottesreiches aus Nazareth zu tun haben, bleibt vorerst – bei allem Respekt – Lise Dannebergs Geheimnis. Womöglich fühlte sie sich bei ihrer Konjunktur an Wenigers Freund, den militärischen Widerständler Hansrich von STRUPPAGEL erinnert, der sich in Wenigers engem Wortnach, einem mißglückten Selbst-mordversuch im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944, zur „Bestimmung ge-kommen, aus liebenswürdiger, ohne ein Wort von sich selber zu sagen, bei dem Chetartz nach dem Ergelben der Lazarettinsassen und nach ihrer Wüh-schen erkundigte“ (Weniger 1990, S. 158).

III.

Wenn sich Erziehung für Erich Weniger am Modell der Imitatio Christi als Opfer für andere vollzieht und wenn der General von STÜLPNAGEL im Sinne der Schrift von 1938 ein Erzieher war, dann liegt der Schluß nahe, auch im Leben und Handeln von STÜLPNAGELS eine Variante dieser Imitatio zu sehen. Immerhin nimmt WENIGER in der anfangs zitierten Geburtstagschrift für NOH-HEINRICH von STÜLPNAGEL neben BISMARCK, STAUFENBERG, ADOLF REICHERT und DIETRICH BONHOEFFER unter jene großen Träger deutscher Namen auf, in deren Sinne, wenn schon nicht eine Erziehung, so doch eine angemessene Umerziehung hätte stattfinden sollen (WENIGER 1990, S. 3).

Wie verlebte diese Idee ist und wie blind WENIGER seinem Freund von STÜLPNAGEL gegenüber gewesen ist, zeigt uns die Zeitgeschichte. In seinem Erinnerungsblatt an von STÜLPNAGEL, der 1941 Befehlshaber der Siebzehnten Armee in der Ukraine war, schreibt WENIGER: „es entsprach seinen Überzeugungen ... daß es die Aufgabe der Wehrmacht als Besatzung ... sei, so zu arbeiten und sich so zu halten, daß die Ehrenhaftigkeit der deutschen Soldaten, die Ritterlichkeit, das Wohlwollen und die gestaltende Kraft der Besatzungsmacht bleibende Erinnerungen hinterlassen. Selbst wenn der Krieg verloren ginge, wäre dann noch das moralische Prestige gerettet“ (ebd., S. 144). Diese Ehrenhaftigkeit führte von STÜLPNAGEL in einem Erlaß vom 30. Juli 1941 dazu, eine Anordnung zu erfassen, die da lautete: „Kollektive Maßnahmen nicht wahllos treffen ... Soweit die ausübende Tat der ukrainischen Ortsbewohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen ... Dabei muß berücksichtigt werden, daß die aktiven älteren Kommunisten zum größten Teil geflohen sind ... daß sie für einen raschen Zugriff nicht erreichbar sind. Zahlreicher zurückgeblieben sind die Angehörigen der russ. Staatsjugend. Auf sie kann bei Notwendigkeit rascher Zugrifffalls zurückgegriffen werden. Besonders die jüdischen Komsomolzen sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen.“ (Kraussnick 1989, S. 191)

Im Februar 1942 wurde HEINRICH von STÜLPNAGEL anstelle OTTO von STÜLPNAGELS, der die Deportationspolitik von SS und SD nicht mehr mitmachen wollte, Militärischer Befehlshaber in Frankreich. Im Oktober 1942 wurde WENIGER in der sich – so WENIGER – „in den Jahren 1942 bis 1944 ein oft täglicher Umgang mit eingehenden Gesprächen, die, wissenschaftlichen, philosophischen und religiösen Problemen gewidmet“ waren, entwickelte, die in eine Betrachtung der Lage mündeten, die mit der Frage schloß: „Was aber können, was sollen wir tun?“ (WENIGER 1990, S. 136)

Eine interessante Frage vor dem Hintergrund dessen, was von STÜLPNAGEL tatsächlich tat oder schon vor WENIGERS Ankunft getan hatte: z. B. eine „Achte Verordnung über Massnahmen gegen Juden“ vom 29. Mai 1942 zu erlassen, deren § 1 so lautete: „Aufgrund der mir vom Führer und obersten Befehlshaber der Wehrmacht erfolgten Ermächtigung verordne ich, was folgt:

I. Juden, die das 6. Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der

Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.

II. Der Judenstern besitzend aus einem handtellergroßen, schwarz aufgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der Schwarzen Aufschrift 'Jude'. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes fest aufgenäht zu tragen.“ (KLAUSFELD 1989, S. 378f.)

Eine Woche nach diesem Erlaß, am 5. Juni 1942, verließ Transport Nr. 2, bestehend aus 751 Männern, die schon im April verhaftet worden waren, Compiegne – ein Transport, der in den nächsten Tagen um etwa 250 weitere Männer aufgeführt wurde. Schon am 17. März – von STÜLPNAGEL war seit zwei Wochen Militärischer Befehlshaber – hatte KUER LUSCHKA, Kommandeur der SipoSD in Paris, die Militärbehörden in einem Schreiben unterrichtet, in dem er unter anderem hieß: „Gemäß hiesigem Vorschlag hat sich das Reichssicherheitshauptamt bereit erklärt, in Kürze über die Abnahme der 1000 Juden aus dieser Weise wäre es möglich, eine Auswechslung der KZ Belegschaften zu erzielen und zwecks weiterer Auflockerung der Pariser Judenschaft erneut Judenrazien durchzuführen.“ (Ebd.)

Von den 1000 Männern, die mit Transport Nr. 2 am 7. Juni 1942 in Auschwitz eintrafen, – so berichtet STANEC KLASSERLO – waren am 15. August noch 217 am Leben, im Jahr 1945 noch 41. Dies alles war vor Weidenas Zeit, der nach Auskunft von B. Schwesk im Oktober zu von STÜLPNAGEL ernannt wurde. Politisch verantwortlich für die Deportationen war seit dem Frühjahr 1942 die SS. Für das Transporttechnische Geleitzug war bis zum 15. Juni 1942 wieder die Wehrmacht in Gestalt von Generalleutnant KOHL von der Eisenbahntransportabteilung West zuständig, der diesen Transport am 3. Juni billigte. SS Hauptsturmführer DAWSECKER berichtete, daß ihm Generalleutnant KOHL, der als einschüchternder Judegegner galt, wörtlich folgendes mitgeteilt habe: „Wenn Sie mir sagen, ich will 10000 oder 20000 Juden aus Frankreich nach dem Osten abtransportieren, so können Sie auf jeden Fall damit rechnen, daß ich das nötige rollende Material und die Lokomotiven zur Verfügung stelle.“ (HUBER 1987, S. 65). Am 11. November des Jahres verließ schließlich der letzte Transport Paris Richtung Auschwitz. Insgesamt wurden vom 17. Juli bis zum 11. November 1942 36802 Juden aus Frankreich, davon 21000 aus Paris deportiert (KLAUSFELD 1989, S. 101). Am 2. Dezember 1942 zeichnete HEINRICH von STÜLPNAGEL eine letzte „Verordnung über den Verfall des Vermögens von Juden deutscher oder ehemals deutscher Staatsangehörigkeit zu Gunsten des deutschen Reiches.“ (Centre du Documentation Juive 1982, S. 170).

Der in diesem Zusammenhang bereits genannte ANONSO hat nicht nur bemerkt, daß, wer im Hause der Henkers vom Strick rede, sich den Vorwurf des Ressentiments einhandelt, sondern zudem 1971 mit gutem Grund in bezug auf die Erziehungswissenschaft gesagt: „Dringend wäre zu fordern, daß man an den Universitäten eine Soziologie verstärke, die zusammenflemt mit der gesellschaftlichen Erforschung unserer eigenen Periode.“ (ANONSO 1971, S. 25)

IV.

ERICH WENIGER, jedenfalls hat sich eines umstandslosen Verhehlens jener Epoche nicht schuldig gemacht. Im zweiten Jahrgang der „Sammlung“ findet sich ein weiteres Gedenkblatt – diesmal dem ihm aus der Göttinger und Frankfurter Zeit bekannten sozialdemokratischen Professor der Berufspädagogik EANSR KANTOROWICZ gewidmet, der – so berichtet es WENIGER – aus der holländischen Emigration zunächst nach Theresienstadt, dann nach Auschwitz deportiert wurde, um dort vergaszt zu werden. KANTOROWICZ war ein Mann, dessen sich WENIGER auch deshalb erinnerte, weil 1933 eine „Besonderheit seines Schicksals [hegann], die ihn von den meisten seiner Rassegenossen abhebt. Er war Jude, in seiner äußeren Erscheinung als solcher durchaus erkennbar und in so weit dem geistigen Habitus mit einigen der besten Eigenschaften seines Volkes aus dem reichsteigend ausgestattet. Aber er fühlte sich ganz als Deutscher.“ (WENIGER 1947, S. 720)

WENIGER konstruiert KANTOROWICZ – wohl zu Recht – als tragischen Fall, der nach 1933 gegen sein ganzes bisheriges Leben „in die ihm bis dahin fremde Welt des Judentums“ (ebd.) eintrat. Sein Leiden wurde aus WENIGERS Sicht noch durch einen weltanschaulichen Agnostizismus verstärkt, der ihm den Trost der Religion vorenhielt: „Doch war er auch kein Christ, und damit blieb ihm der Weg in die Gemeinschaft des Paulus-Bundes verschlossen, die manchen Leidensgenossen eine Zuflucht weitestens ihres Herzens geworden ist.“ (Ebd.) Im Rückblick gilt WENIGERS Dank dem Freund, der trotz seiner Verfolgung ihm und anderen zum Verstehenden und Tröstenden wurde, und damit Freunden wie WENIGER in „unserer äußerlich weit weniger gefährdeten, aber gerade darum so zweideutigen Situation“ (S. 722) half.

Im Begriff der „zweideutigen Situation“ deutet sich – wenn überhaupt – die Spur einer kritischen Selbstverwässerung des eigenen Lebens und der eigenen Rolle an. Die Unterscheidung zwischen einer äußerlichen und einer innerlichen Gefährdung muß keineswegs nur als zynische Larmoyanz gewertet werden. Womöglich schlägt sich darin die schwache, beinahe verstummende Stimme eines noch christlich instrumentierten Gewissens nieder, dessen Träger trotz aller Begeisterung für Nation und bewaffnete Macht, trotz aller Bereitschaft zum Mitleid und Dabeisein nicht weniger mochte, was er von Kameraden in der Wehrmacht gehört, er in Paris gelesen und womöglich gesehen hatte.

Daß WENIGER sich mit dem Thema „Auschwitz“ nur über das Mitleid mit einem bedrängten, assimilierten Juden auseinandergesetzt konnte, dessen Existenz zudem nur unter Verwendung rassistischer Begriffe gerecht werden konnte, kann angesichts seiner Sozialisation ebensowenig erstaunen wie der Umstand, daß ihm das Judentum – sich ein Mal einmal von dem jugendbewegten MARTIN BUBER ab – nur dann etwas bedeutete, wenn es sich zu Deutschland bekannte. Man fragt sich, welche Sicht WENIGER wohl auf Menschen hatte, die ihn in der damaligen Terminologie als „Osjuden“ bekannt waren und von denen nicht wenige 1942 aus Paris deportiert wurden.

Der Text auf die Christlichkeit der Christen – und das schließt bewußt, theologisch reflektierte Postchristen wie WENIGER ein – war noch stets ihre theoretische und praktische Stellung zu den Juden. Wie wäre es also – anstatt umständlicher Rekonstruktionen einer Geisteswissenschaftlichen Pädagogik, die inzwischen weder Geheimnisse noch Rätsel birgt – mit einem erzieherischen und kulturhistorischen Forschungsprojekt zum Thema: „ERICH WENIGER in Paris – Oktober 1942 bis August 1947?“

Dies wäre übrigens gar im Sinne WENIGERS. Hiieß es doch in seiner Schrift „Die Forderungen der Pädagogik an die politische Bildung“ aus dem Jahr 1955: „Die Gesetze des Politischen, die Zusammenhänge unseres geschichtlich geformten Lebens in Staat und Volk, der Ertrag erfahrener politischer und geistiger Verantwortung, lassen sich nicht einfach aus dem Zusammenleben in Gruppen mitfängerlicher Erziehung und durch Selbstbestimmung auf das in jugendlicher Erfahrung und jugendlichem Umgang gegebene erschließen.“ (WENIGER 1990, S. 242)

Literatur

- ANONIM, TH. W.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a. M. 1971.
 COMBES DE DOCUMENTATION JUVENI contemporaine. Les Juifs sous l'occupation – Recueil des textes officiels français et allemands 1940/44. Paris 1982.
 HANNO, R.: Sonderzüge nach Auschwitz. Berlin 1987.
 KWASNIA, E.: Völkervertrag. Babel. Die Geschichte der deutschen und französischen Behinderung bei der Entlassung der „Judenlager“ in Frankreich. Nördlingen 1989.
 KLAUSNECK, H.: Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938 – 1942. Frankfurt 1989.
 WENIGER, E.: Die Epoche der Umerziehung 1945 – 1946. Herman Noll zum 80. Geburtstag. Weimarer Pädagogische Beiträge. Sonderdruck 1959.
 WENIGER, E.: Wehrmachtserziehung in der Kriegszeit. Berlin 1938.
 WENIGER, E.: Zur Vorgeschichte des 20. Juli 1944. In: H. GASSEK (Hrsg.): Erziehung, Politik, Geschichte. Weinheim 1990.

Schrift des Autors:

Prof. Dr. Micha Brumlik, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg,
 Erziehungswissenschaftliches Seminar, Alademestr. 3, 69117 Heidelberg

Frankfurter Rundschau vom 24.8.1995

Ideologie der Nationalsozialisten sickerte in Köpfe und Sprache

Geschichts-AG am Lessing-Gymnasium dokumentiert den Schulalltag im NS-Staat/

Bullenschlachten und Goethes „Faust“

WESTEND (yse). In der Ecke eines Unterrichtssaumes im Lessing-Gymnasium hängt eine große Deutschlandkarte. Eingezeichnet sind darauf die Grenzen des „Dritten Reichs“ während des Zweiten Weltkrieges, Konzentrations- und Vernichtungslager sowie die Zentren des Widerstands. Auch die politische Gliederung des NS-Staates ist dargestellt, Pfeile symbolisieren die Umsiedlung der Zwangsarbeiter aus den besetzten Staaten. Mit einer roten Linie zeichneten die Schüler den langen Leidensweg der Familie von Hofacker nach, die von den Nationalsozialisten zur „Sippenhaft“ verurteilt wurde.

Schülerinnen und Schüler des Lessing-Gymnasiums im Westend organisierten mit Unterstützung des Geschichts- und Englischlehrers Norbert Streb eine Ausstellung zum Thema „Schule in der Nazi-Zeit“. Die Ausstellung war das erste Projekt einer neu gegründeten Geschichts-AG. Der 50. Jahrestag des Kriegsendes war für die Gymnasiasten Anlaß, das Schularchiv zu durchwühlen, die Deutsche Bibliothek aufzusuchen und Zeitzeugen von damals um Fotos, Tagebücher und Stellungnahmen zu bitten. Ausgangspunkt ihrer Arbeit war die Frage, wie die Lehranstalt auf das ideologische Diktat der neuen Machthaber reagierte.

Das Lessing-Gymnasium konnte auf eine sehr lange humanistische Tradition verweisen. Die Schüler mußten nicht nur von der fünften Klasse an Latein und Griechisch büffeln, auch die geistige Kultur der Antike und die Herausbildung der Individualität des Schülers spielten eine große Rolle.

Streb sagte den Kollegen jener Zeit ein Fachwissen nach, das sich mit dem von Professoren habe messen können. Es herrschte ein liberales Klima, Schüler jüdischen Glaubens waren länger integriert als an anderen Schulen, die Politik wurde vor der Tür gelassen.

1926 kam der junge Dr. Ernst Majer-Leonhard als neuer Direktor an die Schule. Von da an wehte ein frischer Wind im Lessing-Gymnasium. Von einem Teil des

Lehrerkollegiums mißtrauisch beäugt, von den Schülern geliebt, führte er rasch Veränderungen ein. Er nahm Mädchen in die Schule auf, organisierte akademische Gastvorträge und ehrgeizige Theateraufführungen, beispielsweise die „Antigone“ auf griechisch, und führte eine kreisförmige Sitzordnung in den Klassenzimmern ein. Diese Verbesserungen und die Tatsache, daß Majer-Leonhards Frau Jüdin war, reichten den Nationalsozialisten, um gegen ihn vorzugehen. Das im April 1933 erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ fand seine Anwendung. Der Direktor wurde zum Studienrat zurückgestuft, später versetzt. Ähnlich erging es anderen Kollegen. Andere verwandelten sich zu „spektakulären Wendehälsen“, wie eine ehemalige Schülerin berichtete, doch waren nur drei Lehrer Parteimitglieder.

Und die Gymnasiasten? Viele der Unterstufenschüler waren im Jungvolk, Vierzehn- bis Achtzehnjährige in der Hitlerjugend, Abiturienten in SA oder SS. SchülerInnen mußten zum Bund Deutscher Mädchen. Doch Uniformen waren in der Schule wenig zu sehen. Dennoch ließ sich der gewohnte Schulalltag kaum noch mit Beeinflussung durch die Nationalsozialisten vereinbaren. Für die neu angeordneten „Nationalen Festtage“ wie Sonnenwendfeier, Erntedankfest, Spatenstich zur Eröffnung der Reichsautobahn und andere zeigten Schüler wie Lehrer wenig Begeisterung. Mit ironischen Kommentaren verunzierten Schüler Plakate zur Werbung für die parteieigene Zeitung „Völkischer Beobachter“. Den im Dezember 1933 eingeführten „Deutschen Gruß“ handhabten sie nachlässig.

Doch an den „Neuerungen“ kam so leicht niemand vorbei. Die 13. Klassen mußten ab 1935 zum „Nationalpolitischen Unterricht“ in den Odenwald. Drei Wochen lang arbeiteten sie dort und hörten Vorträge über Landwirtschaft und „Volkstum“. Zudem mußten sie beim Bullenschlachten zusehen. Die Schüler kun-

terten mit Ironie: In einem Tagebuch betitelte eine Abiturientin ein Foto, auf dem Schüler bei der Feldarbeit gezeigt werden, mit „Arbeit adelt“. Auf einem anderen Bild faulenzte sie; ihr Kommentar: „Ich bleibe bürgerlich.“ Die Lehrer setzten jedoch durch, daß wenigstens in den letzten Tagen des „Nationalpolitischen Unterrichts“ der „Faust“ eingehender besprochen wurde.

Den Änderungen des Lehrplans und der Abituraufgaben konnte sich jedoch niemand widersetzen. Die neue Ideologie vernahm auch, wer sie nicht hören wollte. Die Begriffe „Rasse“, „Nation“ und „Expansionismus“ sickerten in Köpfe und Sprachgebrauch ein. Bis zur Reichspogromnacht von 1938 verschwanden alle jüdischen Schüler vom Lessing-Gymnasium. Im Chemieunterricht machte der Satz „alles, was ich nicht verstehen kann, sehe ich als jüdisch an“, die Runde. Mit gewissem Stolz verweist das Lessing-Gymnasium auf drei ehemalige Schüler, die in der Widerstandsbewegung innerhalb der Wehrmacht aktiv waren: Carl-Heinrich von Stülpnagel, Jahrgang 1886, der Beste seiner Abiturklasse, diente als Berufssoldat. Friedrich Karl Klusing, Jahrgang 1920, war am Attentatsversuch auf Hitler im Jahr 1943 beteiligt. Caesar von Hofacker, geboren 1896, beteiligte sich wie von Stülpnagel an der Verhaftung von SS-Führern in Paris am 20. Juli 1944. Alle drei wurden hingerichtet.

Mit ihrer Ausstellung zeigte die Geschichts-AG „einerseits die Eingebundenheit des Lessing-Gymnasiums“ in die totalitären Ansprüche des damaligen Regimes auf, so kommentierte Streb, andererseits weisen die Schüler auf „Tendenzen gegen den allgemeinen Strom“ hin, die sich freilich nur im Kleinen und Privaten ausdrückten. Damit haben die Gymnasiasten die Anforderungen, die sie selbst an ihre Arbeit gestellt hatten, erfüllt.

Zur 475-Jahr-Feier Anfang Oktober soll die Ausstellung im Lessing-Gymnasium, Fürstenbergerstraße 166, noch einmal gezeigt werden.

Frankfurter Neue Presse vom 30.10.1995

Wirbel um Ehrentafel für General Stülpnagel

INNENSTADT

Für Wirbel hat im Lessing-Gymnasium ein offener Brief von Benjamin Ortmeier, Mitglied der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), gesorgt. Darin verlangt Ortmeier die Beseitigung des Bildes von General Heinrich von Stülpnagel, der in der Aula der Schule als Widerstandskämpfer gegen Hitler geehrt wird. Der General machte 1904 am Lessing-Gymnasium Abitur und war seit 1942 deutscher Militärbefehlshaber in Frankreich. 1944 wurde er als Mitglied der Verschwörung vom 20. Juli hingerichtet.

Nach Ansicht Ortmeiers ist die „Ehrung solcher pronazistischen

Menschen als Vorbilder für Jugendliche sehr problematisch“. Stülpnagel sei unter anderem für Geislerschießungen und für den Transport französischer Juden nach Auschwitz verantwortlich gewesen. Er sei nicht in erster Linie „aus moralischen Gründen, sondern aus militärischen Überlegungen“ zum Gegner Hitlers geworden. „Diese eine Tat kann die anderen nicht ungeschehen machen“, sagte Ortmeier. Serge Klarsfeld, Präsident der Vereinigung „Töchter und Söhne der deportierten Juden Frankreichs“, sprach von einer „fürchterlichen Ehrentafel“.

Klaus Meyer, Direktor der Schule, wollte sich zu dem Brief inhalt-

lich nicht äußern. „Ich bin erst seit einem Jahr an der Schule“, erklärte er. Die Schule werde eine offizielle Stellungnahme erarbeiten. „Das kann aber nicht von heute auf morgen geschehen“, sagte Meyer. Der Direktor verwies außerdem auf eine Podiumsdiskussion am heutigen Montag (Aula der Schule, 19 Uhr), bei der ehemalige Lessing-Schüler über ihre Schulleistungen sprechen. Zu den Diskussionsenteilnehmern zählt auch Micha Brumlik, Pädagogik-Professor und Stadtverordneter der Grünen, auf dessen Artikel über Stülpnagel sich Ortmeier bei seiner Kritik stützt. „Da werde ich versuchen, mich mit Brumlik zu unterhalten“, kündigte Meyer an. cvs

Frankfurter Rundschau vom 30.10.1995

Geehrter Widerständler war zugleich Judenfeind

Gedenktafel für General Heinrich von Stülpnagel im Lessing-Gymnasium ist umstritten

Serge Klarsfeld nennt es einen „Skandal“, Benjamin Ortmeier von der Frankfurter GEW eine „sehr problematische, ja falsche Ehrung“. Seit 40 Jahren ehrt das Lessing-Gymnasium mit Bildern und einer Gedenktafel drei militärische Widerständler des 20. Juli 1944, die an dem Gymnasium ihr Abitur gemacht haben. Vor allem das Gedenken an den Militärbefehlshaber in Frankreich, General Heinrich von Stülpnagel, der heute hochdekoriert von der Wand der Aula blickt, hat jetzt heftige Kritik erfahren.

„Heinrich von Stülpnagel war in Frankreich als militärischer Repräsentant des Nazi-Regimes an vielfältigen Verbrechen beteiligt. Nichts und niemand kann diese Verbrechen aus der Welt schaffen“, meint Serge Klarsfeld, Präsident der Gesellschaft „Die Kinder der deportierten Juden in Frankreich“.

In einem offenen Brief an das Gymnasium erinnert Gewerkschafter Ortmeier an eine Anordnung Stülpnagels als Oberbefehlshaber der 17. Armee, für „kollektive Maßnahmen“ — sprich: Geislerschießungen — seien „in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen“. Im August '41 forderte er den „vermehrten Kampf gegen das Judentum“.

Der Erziehungswissenschaftler und Grüne-Stadtverordnete Micha Brumlik — selbst ein Lessing-Abiturient — erinnert an eine Verordnung Stülpnagels, die die Juden in Frankreich zum Tragen des „Judensterns“ verpflichtet hatte und an seine „Verordnung über den Verfall des Vermögens von Juden deutscher oder ehemals deutscher Staatsangehörigkeit“.

Fazit Ortmeiers: Die Beseitigung der Ehrung für Stülpnagel sei „längst überfällig“.

Einer Diskussion über die Rolle des Generals will sich Lessing-Direktor Klaus Meyer auch gar nicht verschließen. Der Abiturient des Jahrgangs 1904 werde an der Schule „keinesfalls als Held mit weißer Weste“ verehrt. Bereits die Ausstellung einer Geschichts-AG von Schülern habe die zwiespältige Rolle Stülpnagels als Widerständler und Verfasser der Verordnung gegen die Juden hervorgehoben. Meyer kündigte weitere Recherchen an, „damit wir wissen, wie der Mann einzuordnen ist“.

Die Ehrung der drei militärischen Widerständler sei der Schule 1955 vom damaligen OB Walter Kolb gleichsam angeordnet worden, hat Meyer inzwischen im Schularchiv nachgelesen.

Unbestritten ist, daß Stülpnagel die „allerersten Anfänge des Nationalsozialismus“ begrüßt hatte, so seine Frau Helene. Im Krieg gegen die Sowjetunion schreibt ihm der Militärhistoriker Manfred Messerschmidt „militärisch-imperialistische“ Ziele zu. Unbestreitbar aber wohl auch, daß Stülpnagel seit der Septemberverschwörung 1938 immer wieder konkrete Pläne zum Sturz Hitlers ausarbeitete, in Frankreich soll er „Auswüchse“ des Sicherheitsdienstes (SD) bei Repressionen verhindert und Geiseln vor der Erschießung bewahrt haben. Und beim mißglückten Attentat Stauffenbergs auf Hitler am 20. Juli 1944 startete Stülpnagel die wohl einzige „erfolgreiche“ Aktion: Auf das vereinbarte Stichwort hin ließ er in Paris 1200 SD-Leute und SS-Führer verhaften. Er selbst wurde Ende August 1944 in Plötzensee hingerichtet. luf

Über Erinnerungen an ihre Schulzeit im Lessing-Gymnasium berichten drei Generationen von Lessing-Abiturienten bei einem Erzählcafé am heutigen Montag, 19 Uhr, in der Aula der Schule, Fürstenbergstraße 166. Dort berichtet auch Micha Brumlik.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.11.1995

„Widerstandskämpfer war für Massenmorde mitverantwortlich“

Umstrittene Ehrung von General Carl Heinrich von Stülpnagel am Lessing-Gymnasium / „Kein Vorbild für Schüler“

ler. Seit 40 Jahre lang hängen die Fotos der drei Wehrmachtsoffiziere weitgehend unbeachtet im Lessing-Gymnasium: zunächst im Treppenhaus, jetzt an der Wand der Aula. Im Unterricht spielten die Bilder der drei Widerstandskämpfer Carl Heinrich von Stülpnagel, Caesar von Hofacker und Friedrich Karl Klausung und die dazugehörige Gedenktafel nach Angaben von Schülern nie eine Rolle. „Die Fotos hingen halt da.“ Niemand störte sich daran, niemand fragte danach. Jetzt ist am Gymnasium an der Fürstenbergerstraße eine heftige Diskussion über einen der drei ehemaligen Lessing-Schüler entbrannt. Die Würdigung von General Stülpnagel, von 1942 bis 1944 Militärbefehlshaber in Frankreich, wird heftig kritisiert. Der Stadtverordnete Micha Brumlik (Bündnis 90/Die Grünen) forderte am Montagabend in einer Diskussion im Lessing-Gymnasium, das Porträt Stülpnagels müsse sofort abgehängt werden, weil der General „für Massenmorde mitverantwortlich“ gewesen sei.

In der Person Stülpnagels spiegeln sich die „Tragödie des deutschen Bildungsbürgertums“ und die „Zwiespältigkeiten“ der nationalsozialistischen Zeit wider, sagte Brumlik. Einerseits sei Stülpnagel maßgeblich an der Vorbereitung und Ausführung des gescheiterten Umsturzversuchs am 20. Juli 1944 beteiligt gewesen und deshalb sechs Wochen später in Berlin-Plötzensee gehängt worden. Andererseits habe er Geiselerchießungen an der Ostfront und den von ihm selbst geforderten „vermehrten Kampf gegen das Judentum“ in Frankreich zu verantworten.

In einem offenen Brief an das Lessing-Gymnasium weist Benjamin Ortmeier, Mitglied im Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Frankfurt, darauf hin, daß Stülpnagel lange Zeit Repräsentant des Nazi-Regimes gewesen sei. An den Attentatsplänen gegen Hitler habe sich der General nicht in erster Linie aus moralischen, sondern vor allem aus militärischen Überlegungen beteiligt, weil er erkannt habe, daß Deutschland den Krieg zu diesem Zeitpunkt nicht, mehr gewinnen konnte. Ein solcher Mann könne kein Vorbild für Schüler sein, meint Ortmeier.

Der von Ortmeier informierte Präsident der Gesellschaft „Die Kinder der aus Frankreich deportierten Juden“, Serge Klarsfeld, zeigte sich in einem Fax an den Gewerkschafter empört über die Ehrung Stülpnagels an einer deutschen Schule. Der General sei in Frankreich an vielfälti-



General Carl Heinrich von Stülpnagel (links) vor Beginn der deutsch-französischen Waffenstillstandsverhandlungen Ende Juni 1940 im Hotel „Massener Hof“ in Wiesbaden. Der Führer der französischen Delegation, General Charles Huntziger (Mitte), stellt seine Mitarbeiter vor.

gen Verbrechen beteiligt gewesen, schreibt Klarsfeld. „Nichts und niemand kann diese Verbrechen aus der Welt schaffen.“ Die „fürchterliche Ehrentafel“ sei ein Skandal und müsse umgehend entfernt werden.

Doch es gibt auch Verteidiger des Widerstandskämpfers. Heinrich Bücheler, Militärhistoriker und Autor einer Biographie des Generals („Carl Heinrich von Stülpnagel. Soldat, Philosoph, Verschwörer“), sieht in Stülpnagel einen Mann, dessen Einsatz gegen Hitler vor allem ethisch-moralisch begründet gewesen sei und der als Mitglied des soldatischen Widerstands auf eine Stufe mit Oberst Claus Schenk von Stauffenberg, General Henning von Tresckow und Generalmajor Hans Oster zu stellen sei. Stülpnagel sei schon im Winter 1939/40 an Staatsreichplänen beteiligt gewesen, wobei militärische und politische Überlegungen zueinander gewesen seien, meint Bücheler. „Der General war einer der am meisten ethisch fundierten Soldaten des Zweiten Weltkriegs.“ Der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, habe sich im August 1944 darüber beklagt, daß die Deportation der Juden aus Frankreich durch „das sehr mißliche Verhältnis“ zum dortigen Militärbefehlshaber behindert worden sei. Allerdings, so Bücheler, stand unter allen Befehlen im besetzten Frankreich der Name Stülpnagels. „Daß der

Mann in Widerstandskreisen verhaßt war, ist da kein Wunder.“

Klaus Meyer, der Leiter des Lessing-Gymnasiums, will sich einer Debatte über die Rolle Stülpnagels nicht verschließen, warnt jedoch vor voreiligen Schlüssen. Die kategorische Feststellung „Der war ein Nazi, der war ein Judenfeind“ erscheint Meyer zu einfach. Deshalb wollen die Schule und der „Bund der Freunde des Lessing-Gymnasiums“ in absehbarer Zeit eine Diskussion mit Militärhistorikern, Geschichtswissenschaftlern, Zeitzeugen, Verteidigern und Kritikern Stülpnagels organisieren. „Wir stehen erst am Anfang der Auseinandersetzung um Stülpnagel“, weiß Meyer.

Stülpnagel war bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Oberquartiermeister im Generalstab des Heeres, nach dem Frankreichfeldzug Leiter der deutsch-französischen Waffenstillstandsmission, anschließend Kommandeur der 17. Armee an der Ostfront und von 1942 bis 1944 Militärbefehlshaber in Frankreich. Im Vorwort zu der von Bücheler verfaßten Biographie des Generals schreibt der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker, daß nur wenige Menschen ihn so tief beeindruckt hätten wie Stülpnagel, ein hochgebildeter, philosophisch und naturwissenschaftlich interessierter Soldat preußischer Tradition.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.11.1995

„Unpolitisch und konservativ“

Ehemalige Schüler des Lessing-Gymnasiums erinnern sich

ler. Eine Jubelveranstaltung war es nicht. Beim Erzählcafé aus Anlaß des 475. Geburtstags des Lessing-Gymnasiums nutzten die Gesprächsteilnehmer vielmehr Gelegenheit zu harscher Kritik an ihrer ehemaligen „Penne“. „Wir waren froh, daß wir weg waren“, erinnerte sich der Grünen-Stadtverordnete Micha Brumlik an seinen letzten Schultag 1967. Selbst mehrere Jahre danach habe er die Schule, an der Latein und Griechisch, „die abgelegten Sprachen von Sklavenhaltergesellschaften“, gelehrt worden seien, noch geübt.

Den „Geist der Schule“ wollte der Leiter des Erzählcafés, Michael Fleiter, im Gespräch mit den Vertretern von drei Schülergenerationen des Lessing-Gymnasiums deutlich werden lassen. Christiane Scherer, Angehörige des Abiturjahrgangs 1989, hat ihre ehemalige Schule vor allem als „sehr konservativ“ in Erinnerung. Themen wie Kernenergie und Protest gegen Mittelstreckenraketen seien in den achtziger Jahren im Unterricht nicht behandelt worden. Die Zeit des Nationalsozialismus habe allenfalls im Religionsunterricht eine Rolle gespielt. Mit den Schwerpunkten Altgriechisch, Latein, Musik und Theater habe das Lessing-Gymnasium eine „Inselstellung“ einge-

nommen, sagte Scherer, die allerdings auch darauf hinwies, daß viele Schüler froh gewesen seien, daß an der Schule auch Fächer angeboten worden seien, die nicht in erster Linie der Karriereförderung gedient hätten.

Das „Unpolitische“ des Lessing-Gymnasiums hob auch Oswald Stein hervor, der die Schule an der Fürstenbergerstraße von 1936 bis 1939 besuchte. Für Stein war dies im Gegensatz zu Brumlik und Scherer allerdings eine durchaus positive Erfahrung. Der Anteil der überzeugten Nationalsozialisten unter den Lehrern sei sehr gering gewesen, sagte Stein. Politische Beeinflussung im Unterricht habe es nur in Ausnahmefällen gegeben, viele Pädagogen hätten das Hitler-Regime sogar offen kritisiert.

Während Stein, Sohn einer Jüdin, sich in der Lessing-Schule in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg durchaus „geborgen“ fühlte, warnte Brumlik davor, diese ganz persönliche Erfahrung zu verallgemeinern. Der Eindruck, daß das „humanistische Bildungsbürgertum“ in besonderer Weise resistent gegen den Nationalsozialismus gewesen sei, halte er für „schlicht und einfach falsch“. „Die Nationalsozialisten waren eine Volkspartei.“

Frankfurter Rundschau vom 2.11.1995

Widerständler oder Mordhelfer?

Streit um Bild des Ex-Lessingschülers General von Stülpnagel

„Die Reaktion der Schulleitung ist eindeutig: Der Mann hängt immer noch dort“, kritisiert Benjamin Ortmeier. Er ist Lehrer am Lessing-Gymnasium und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und hatte Mitte Oktober die Schulleitung in einem offenen Brief aufgefordert, das Bild von General Heinrich von Stülpnagel aus der Aula der Schule zu entfernen. Seit 1955 wird dort der Wehrmächts-General und ehemalige Lessing-Schüler als Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 geehrt.

Dem Militärhistoriker Manfred Messerschmidt zufolge hatte Stülpnagel 1941 als Oberbefehlshaber der 17. Armee in Rußland den „vermehrten Kampf gegen das Judentum“ gegenüber der „Abteilung Wehrmächtspropaganda“ gefordert. Ein Jahr später soll er als Militärbefehlshaber in Frankreich an der Deportation französischer Juden beteiligt gewesen sein, so Ortmeier in seinem Brief. Von Stülpnagel wurde nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler in Berlin-Plötzensee hingerichtet. „An Stülpnagel erkennt man die Ambivalenz, daß allein das Eintreten für Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus nicht genug war“, beurteilte Michael Brumlik, Stadtverordneter (Bündnis 90/Die Grünen) und ehemaliger Lessing-Schüler, das Verhalten des Generals.

Er fordere daher, das Bild aus der Aula zu entfernen, denn der General sei „für Massenmorde mitverantwortlich“.

Brumlik war, wie zwei weitere frühere Schüler des Gymnasiums, Gast einer Gesprächsrunde im Rahmen des Erzähl-Cafés des „Bundes der Freunde des Lessing-Gymnasiums“. Neben dem Stadtverordneten, der 1967 am Gymnasium Abitur abgelegt hatte, schilderten noch Oswald Stein, von 1936 bis 1939 Schüler und Christiane Scherer vom Abiturjahrgang 1989 ihre persönliche Erlebnisse in der Schulzeit und die Rolle der Nazi-Zeit im Unterricht.

Dabei kamen die Gäste und Moderator Michael Fleiter nicht an dem Thema „Stülpnagel“ vorbei. Klaus Meyer, Leiter des Lessing-Gymnasiums, verwies auf die Geschichts-AG, die sich zur Zeit mit dem General beschäftige und eine Diskussion, die „in größerem Rahmen geplant werde“. Dann wolle die Schulleitung auch Militärhistoriker zu Wort kommen lassen. Die Recherchen zu von Stülpnagel seien „erst am Anfang“, außerdem werde die Verantwortung von Stülpnagels „in einem offenen Prozeß“ diskutiert, in Schule verschließe sich dem Thema nicht. Auf Grund der im Moment geführten Diskussion wolle er, Meyer, das Bild nicht aus der Aula entfernen. prge

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.11.1995

Ehrenhafter Soldat?

Zu: „Widerstandskämpfer war für Massenmorde mitverantwortlich“ (F.A.Z. vom 1. November). Der F.A.Z. gebührt Dank dafür, daß sie sich der schwierigen, gerade pädagogisch wichtigen Frage der Ehrung Carl Heinrichs von Stülpnagel am Frankfurter Lessing-Gymnasium so ausführlich angenommen hat.



Micha Brumlik
Foto Wolfgang Eilmes

Freilich kommt bei einer Auseinandersetzung mit der jüngeren Generation über Fragen der nationalsozialistischen Vergangenheit alles auf Glaubwürdigkeit und damit zuallererst auf sachliche Richtigkeit an. Deshalb gestatte ich mir, folgendes aus meiner Sicht richtig-zustellen. Ich habe nicht behauptet, daß von Stülpnagel „Geislerschießungen“ an der Ostfront zu verantworten gehabt habe. Gesagt habe ich vielmehr, daß von Stülpnagel durch seine jüdenfeindliche Kriegsführung während des sogenannten „Partisanenkriegs“ in Rußland am Holocaust mitverantwortlich gewesen sei und er damit seine soldatische Ehre verspielt habe. Beim Stab von Stülpnagels 17. Armee wirkte ein Verbindungsbeamter der Kommandos vier und sechs der mobilen Tötungseinheit Einsatzgruppe C, der mindestens 40 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen.

Auch habe ich nicht behauptet, daß er den von ihm 1941 geforderten „vermehrten Kampf gegen das Judentum“ bewußt in Frankreich fortgesetzt hat. Das bleibt zu erforschen. Weiteres konnte ich dazu

an jenem Abend nicht ausführen. Hätte schließlich – so möchte ich heute fragen – ein ehrenhafter Soldat und Offizier am 29. Mai 1944 eine Verordnung unterzeichnet, die folgendes festlegte: „Aufgrund der mir vom Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht erfolgten Ermächtigung verordne ich, was folgt. Erstens: Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen. Zweitens: Der Judenstern bestehe aus einem handtellergroßen, schwarz aufgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift ‚JuiF‘. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.“

Wer eine derart verächtliche Handlung unter Hinweis auf ihr Datum und damit auf eventuelle Notwendigkeiten der Verschwörung gegen Hitler verstehen möchte, sei auf Helmut Krausnicks erstmals 1981 erschienenen Standardwerk „Hitlers Einsatzgruppen“ verwiesen, aus dessen 1985 erschienenen Taschenbuchausgabe ich mir zu zitieren erlaube:

„Es verwundert, wenn ein Angehöriger der militärischen Opposition gegen Hitler wie General Karl-Heinrich von Stülpnagel, der an den Umsturzplanungen im Herbst 1939 in erster Linie beteiligt gewesen war und der am 20. Juli 1944 in Paris die einzige erfolgreiche Aktion dieses Tages unternahm, einen Befehl wie den erwähnten (Kollektive Maßnahmen nicht wahllos treffen! Soweit die auslösende Tat der ukrainischen Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen... Besonders die jüdischen Komsomolzen sind als Träger der Sabota-

ge und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen...“ Seite 191, Micha Brumlik) vom 30. Juli 1941 erteilte und am 21. August in einem Schreiben an die Abteilung Wehrmachtpropaganda im OKW sogar folgende „Forderungen an die deutsche Propaganda“ stellte: „Vermehrter Kampf gegen Judentum... nachdrücklichste Aufklärung über Judentum“. Indes hatte Stülpnagel schon im Mai 1935 einmal in einer Denkschrift von dem „spitzelhaften Verhalten und Treiben der meist der jüdischen Rasse angehörenden“ Kommissare gesprochen, das „an die schlimmsten Anfangszeiten der kommunistischen Herrschaft“ erinnere. Offensichtlich war bei manchen konservativen Offizieren auf Grund altgewohnter und seit 1933 ständig propagierter Gleichsetzung von Kommunismus und Judentum nicht nur militanter Antibolschewismus, sondern auch Antisemitismus mit einer oppositionellen Einstellung gegen Hitler – von unterschiedlichem Maße und unterschiedlicher Motivierung – vereinbar.“ (Seite 192/193)

Die Verschwörer des 20. Juli waren widersprüchliche und in den meisten – nicht allen – Fällen persönlich mutige Männer. Von ihnen heute zu fordern, daß sie Demokraten im Sinne des Grundgesetzes hätten sein sollen, zeugt allemal von einem Mangel an historischem Verständnis. Warum aber ausgerechnet ein Mann, von dem trotz all seiner Vornehmheit und Bildung seit 1981 erwiesen ist, daß er an der „Holocaust“ genannten Massenvernichtung aktiv beteiligt gewesen ist, noch heute in besonderer Weise geehrt und damit Schülerinnen und Schülern als Vorbild empfohlen wird, bleibt mir unerfindlich.
Dr. Micha Brumlik, Stadtverordneter (Bündnis 90/Die Grünen), Frankfurt

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.11.1995

Leserbriefe

Bilder von Tod und Folter

Zu: „Widerstandskämpfer war für Massenmorde mitverantwortlich“ (F.A.Z. vom 1. November). Warum hängt man eigentlich Bilder von Widerstandskämpfern auf? Über diese kann im Geschichtsunterricht diskutiert werden.

Man sollte in den Schulen Bilder aufhängen von den Dingen, die den Widerstand notwendig gemacht und verursacht haben: Tod und Folter in den Konzentrationslagern, Tod auf den Schlachtfeldern, Tod in den Trümmern, Tod, Hunger und Tränen überall – bei jung und alt.

Wenn wir es nie mehr so weit kommen lassen und die Courage haben, unseren Mund rechtzeitig zu öffnen, werden wir nie mehr Widerstandskämpfer brauchen. „Wehret den Anfängen!“

Gudrun Schäfer, Neu-Isenburg

Haßerfüllte Kampagne

Zu: „Widerstandskämpfer war für Massenmorde mitverantwortlich“ (F.A.Z. vom 1. November). Es ist schon frappierend, zu welchen Auswüchsen blinder Haß gegen alles auch nur vermeintlich Konservative und Profilierungssucht führen können. Nur weil er eine Abneigung gegen die Idee des humanistischen Gymnasiums als einer Facette des Bildungswesens einer offensichtlich wenig geliebten Gesellschaft im allgemeinen und das Frankfurter Lessing-Gymnasium im besonderen hat, macht Herr Brumlik in einem unqualifizierten Rundumschlag die antiken Kulturen der Griechen und Römer zu „Sklavenhaltergesellschaften“. Seine mögliche Erfahrung aus seiner eigenen Schulzeit, wonach Wi-

derstand im Dritten Reich und die Haltung der aus dem Frankfurter Lessing-Gymnasium hervorgegangenen Widerstandskämpfer Carl Heinrich von Stülpnagel, César von Hofacker und Friedrich Karl Klausning im Unterricht keine Rolle gespielt hätten, verallgemeinert er in einer eines Hochschullehrers unwürdigen Art und Weise, als ob dies überhaupt nicht stattgefunden hätte. In ideologisch beschränkter Besserwisseri meint Herr Ortmeier, den vom sogenannten Volksgerichtshof zum Tode verurteilten Wider-



Foto Archiv

Carl Heinrich von Stülpnagel

standskämpfer Carl-Heinrich von Stülpnagel in infamer Weise diffamieren zu müssen. Und Herr Brumlik setzt noch die Forderung drauf, das Porträt Stülpnagels müsse sofort abgehängt werden, weil der General „für Massenmorde mitverantwortlich“ gewesen sei. Woher nehmen solche Leute, die die Zeit nationalsozialistischer Diktatur und Gewaltherrschaft gar nicht selbst miterlebt haben, eigentlich die

Legitimation zu solcher Verurteilung eines Menschen, der sich in schwieriger Zeit zu aktivem Widerstand gegen den Totalitarismus und den Unrechtsstaat durchringen und dafür mit seinem Leben und schweren Leiden seiner Familie bezahlt hat?

Da müssen schon tiefstizende Antipathien gegen eine Schule, die nicht in das gesellschaftspolitische Bild der beiden zitierten Herren paßt, die Feder zu einer so haßerfüllten Kampagne geführt haben, die auch nicht vor der rücksichtslosen Verunglimpfung von Opfern der Nationalsozialisten zurückschreckt. Hauptsache, man trifft damit die Schule und ein Lehrerkollegium, deren Bildungskonzept es zu diffamieren gilt, weil es zu nicht manipulierbaren Staatsbürgern zu erziehen sucht!

Den diesen Angriffen zugrunde liegenden Haß hat Herr Brumlik selbst eingestanden. Bei Herrn Ortmeier wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß Frustration über die Erfolglosigkeit der von ihm um die Wende der sechziger zu den siebziger Jahren mitgetragenen illegalen Aktionen gegen das Lessing-Gymnasium noch heute seinen Haß auf diese Schule ebenso speist wie die Erkenntnis, daß er dort nicht Lehrer werden konnte.

Es ist schlimm, daß zur Befriedigung ganz persönlicher Interessen einzelner das Ansehen Ermordeter in unverantwortlicher Weise in den Schmutz gezogen und der Ruf einer ungeliebten Schule zerstört werden. Es ist zu hoffen, daß sich die Schulgemeinde (Eltern, Lehrer und Schüler) entschieden gegen solche Versuche von Anfang an in aller Entschlossenheit und in überzeugender Sachlichkeit zur Wehr setzen wird.

Arnulf Borsche, Oberursel

Stellungnahme des Bezirksvorstandes der GEW Frankfurt zur Ehrung von General Stülpnagel am Lessing-Gymnasium

Auch 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Untergang des verbrecherischen Regimes, was diesen Krieg ausgelöst hat, ist die Auseinandersetzung um Ursachen und Folgen, Verantwortung, Schuld oder Unschuld, nicht beendet. Daß man sich - aus verschiedensten Anlässen - an unseren Schulen mit dieser Thematik beschäftigt, ist notwendig und gut. Dabei unvermeidlich ist, daß unterschiedliche Meinungen, Interpretationen unserer Geschichte oder der Leistungen historischer Personen aufeinanderstoßen und zu Diskussionen führen. Der BV Frankfurt der GEW ist bereit, sich diesen Diskussionen zu stellen und Positionen zu beziehen.

Bei der Bewertung der Leistungen von Personen wie General von Stülpnagel ist eine Richtschnur für uns die Hessische Verfassung, in der es heißt:

„Der Geschichtsunterricht muß auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein. Dabei sind in den Vordergrund zu stellen die großen Wohltäter der Menschheit, die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Zivilisation und Kultur, nicht aber Feldherren, Kriege und Schlachten.“

(Artikel 56, Abs. 5, Verfassung des Landes Hessen)

Auch wenn General Stülpnagels Handeln, sich im Angesicht der drohenden Niederlage unter Einsatz seines Lebens gegen seinen obersten Feldherrn zu stellen, Achtung und Respekt verdient, darf man bei der Würdigung seiner Person den Rest seines Lebens nicht vergessen:

Welche Rolle spielte er im Generalstab der kaiserlichen Wehrmacht im Ersten Weltkrieg? Er war es, der bereits 1932 das „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ mitbegründete, das den Wehrsport propagierte. Die NSDAP brauchte 1933 nur zuzugreifen, um daraus Vorschulen der Militarisation des Volkes zu machen. Als General der Wehrmacht war er aktiv beteiligt und verantwortlich für die Unterstützung Hitlers durch die Wehrmacht:

Er wirkte mit am gigantischen Aufrüstungsprogramm, an der Planung und Durchführung eines abscheulichen Angriffskriegs. Auch er trägt Verantwortung nicht nur für den Tod tausender von Soldaten und Zivilisten im Rahmen der Kriegshandlungen, sondern ebenfalls für die Vernichtung von Millionen von Juden, Sinti, Roma und Antifaschisten als Folge der Politik des Nationalsozialismus.

Wir fragen:

Kann so eine Person „Vorbild“ für unsere Jugend sein? Sollte man in Gedenken an diesen General wirklich sein Konterfei öffentlich ausstellen? Wäre es nicht im Sinne einer konsequenten Friedenserziehung und einer verantwortungsbewußten Aufarbeitung der deutschen Geschichte angebrachter, die Bilder derer öffentlich auszustellen, die niemals die Chance erhielten, sich zu großen Frauen oder Männern zu entwickeln, weil sie in den Gaskammern eines verbrecherischen Regimes endeten?

Beschluß des Bezirksvorstandes der GEW Frankfurt vom 7.11.1995

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.11.1995

Tribunal

Wer sich mit der Geschichte des Dritten Reiches befaßt hat, kennt Carl Heinrich von Stülpnagel, den Mann, der beim Umsturzversuch gegen Hitler am 20. Juli 1944 in dem von den Deutschen besetzten Paris den einzig erfolgreichen Schlag gegen die Nazis gewagt und vorübergehend gewonnen hatte. Zuvor war Stülpnagel Kommandierender General an der Ostfront. In dieser Stellung wurde er mitverantwortlich und mitschuldig an den barbarischen Methoden der deutschen Kriegsführung, denen vor allem Juden und Kommunisten zum Opfer fielen. Schließlich war Stülpnagel ein Schüler des Frankfurter Lessing-Gymnasiums, das ihm zusammen mit zwei anderen Attentätern bis heute ein ehrenvolles Andenken bewahrt. Das hat Micha Brumlik, Stadtverordneter der Grünen und Professor für Pädagogik, in Rage gebracht. Ein Mann, der an der organisierten Judenverrichtung beteiligt gewesen sei, taue nicht als Vorbild für die Jugend, meinte der Erziehungswissenschaftler. Sein hartes Urteil unterscheidet sich auffällig

von dem, was Jacob Burckhardt seinerzeit über die Beschäftigung mit der Geschichte und das, was sie einbringen kann, bemerkt hatte. Er handele, erklärte Burckhardt seinen jungen Hörern, vom Menschen, wie er ist und war und sein wird, weshalb seine Betrachtung „gewissermaßen pathologisch“ sein werde. Pathologisch, das heißt in Kenntnis aller Unzulänglichkeiten und aller Gebrechen, aber ohne die Illusion, sie dauerhaft heilen zu können. Anders der Pädagoge. Er will die Welt verbessern und erlösen und hat deshalb für Fehler und Befangenheiten nicht eigentlich Verständnis, sondern nur Verachtung übrig. Tribunalisierung hat Odo Marquardt dies Verfahren genannt, das für die Pädagogik immer naheliegt. Aber damit verfehlt sie nicht bloß das Verständnis der Geschichte, sondern auch ihren eigentlichen Auftrag, die Erziehung. Denn die Umkehr, die erkennt, was sie angerichtet hat; und daraus Konsequenzen zieht, ohne nach den Kosten auch nur zu fragen, ist allemal eindrucks-

voller als die Haltung des Selbstgerechten. Über das Verhältnis von Schuld und Sühne nachzudenken dürfte gerade für junge Leute lehrreicher sein als das inquisitorische Bestehen auf Unzweideutigkeit von Anfang an. Vollkommen ist ja immer nur die Theorie, und was Micha Brumlik gegen Stülpnagel vorbringt, verrät denn auch seine Herkunft aus dem Lehrbuch des Pharisäers. Herbert Wehner hat einmal auf die Frage, was er als junger Mann im Moskauer Emigrantenhotel „Lux“ erlebt und getrieben habe, mit der ausweichenden Bemerkung reagiert: Wer dort gewesen sei, der wäre durch die Hölle gegangen. Die Frage ist dann nur noch, wie man eine solche Höllenwanderung hinter sich bringt. Für Stülpnagel, der gegen Hitler putschte und nach einem mißlungenen Selbstmordversuch in Plötzensee gehenkt wurde, läßt sie sich beantworten. Sie ist die eigentlich pädagogische Frage, und es ist sonderbar, daß gerade Pädagogen sie nicht stellen. K.A.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.11.1995

Junge Union hält Ehrung Stülpnagels für richtig

ler. Eine Ende der Diskussion um den Wehrmachtsgeneral Carl Heinrich von Stülpnagel hat die Junge Union (JU) Frankfurt-Ost gefordert. Es sei beschämend und widerwärtig, wie das Ansehen eines Mannes beschädigt werde, dessen entschlossenes Handeln gegen Hitler vorbildlich gewesen sei, heißt es in einer Mitteilung des Vorsitzenden Boris Rhein. Wie berichtet, gibt es am Lessing-Gymnasium Streit um ein Bildnis des Generals und nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers, das seit 40 Jahren in der Aula der Schule hängt. Rhein räumt ein, daß Stülpnagels Rolle bis zum gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 „fragwürdig“ sei. Seine Beteiligung an dem Anschlag sei aber eine herausragende Leistung gewesen. Die Ehrung Stülpnagels in der Schule sei daher richtig. Wer aus heutiger Sicht urteile, welches Verhalten unter einer Diktatur richtig oder falsch sei, handele maßlos arrogant.

Frankfurter Rundschau vom 11.11.1995

KURZNACHRICHTEN

„Stülpnagels Bild lassen“

Mit der „verunglimpfenden Diskussion“ über den Wehrmachtsgeneral Heinrich von Stülpnagel werde das Andenken eines Mannes beschädigt, dessen entschlossenes Handeln gegen Hitler vorbildlich ist“. Diese Diskussion müsse beendet werden, das Bildnis Stülpnagels in der Aula des Lessing-Gymnasiums hängen bleiben, fordert der Vorsitzende der Jungen Union Frankfurt-Ost, Boris Rhein. Stülpnagel habe bis zum Attentat auf Hitler zwar eine „fragwürdige“ Rolle gespielt, durch seine herausragende Leistung am 20. Juli 1944 aber „tätige Reue“ gezeigt. luf

Professor Brumlik soll nicht eingeladen werden

INNENSTADT

Im Lessing-Gymnasium geht die Diskussion um die Ehrung des Wehrmacht-Generals Heinrich von Stülpnagel weiter. Ein Bild des Offiziers, der Absolvent der Schule war und als Widerstandskämpfer gegen Hitler hingerichtet wurde, hängt in der Aula des Gymnasiums (wir berichteten).

Im März nächsten Jahres will die Schule eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema veranstalten. „Die Veranstaltung wird sich aber in erster Linie an unsere Schüler richten“, erklärte Schulleiter Klaus Meyer. Ob Presse und Öffentlichkeit eingeladen würden, wollte Meyer noch nicht sagen. Ebenso werde, wer die Experten sein sollen, die über Stülpnagels Rolle im Krieg

diskutieren sollen. Nur eines konnte der Direktor mit Bestimmtheit sagen: „Micha Brumlik wird mit Sicherheit nicht dabei sein.“ Der Pädagogikprofessor und Grünen-Stadtvorordnete, selbst Abiturient der Schule, gehört zu den schärfsten Kritikern der Ehrung. Meyer selbst hat sich über Stülpnagel „noch keine abschließende Meinung“ gebildet.

Unabhängig von der geplanten Podiumsdiskussion sollen die Texttafeln unter den Bildnissen Stülpnagels und der anderen beiden Offiziere (Caesar von Hofacker und Friedrich Karl Klausing) geändert werden. „Drei bis vier Zeilen sind zu wenig“, sagte Meyer. Sie könnten die Spannung nicht wiedergeben, unter der die drei Soldaten gestanden hätten. evs

„Kein Judenfeind“

Ganz zu Recht ehre das Lessing-Gymnasium den Widerständler des 20. Juli, General von Stülpnagel. Denn umstrittene Befehle gegen Juden seien im Kontext der Zeit zu sehen, meint ein Leser.

Zugegeben, einige Fakten sind durchaus richtig, die daraus gezogene Folgerung — „Judenfeind“ — ist falsch. General von Stülpnagel war Oberbefehlshaber der 17. Armee. Militärisch bedeutete das viel, politisch bedeutete dies damals nichts. Der Außenstehende mag einen Armeoberbefehlshaber vielleicht für einen kleinen Gott halten. Die Realität sah aber damals anders aus. Über sich hatte von Stülpnagel die Heeresgruppe und darüber wiederum das Oberkommando des Heeres in Berlin. In Berlin wurden die Weisungen für den ihm angelasteten „vermehrten Kampf gegen das Judentum“, für das „Tragen des Judensterns“ und dergleichen ausgegeben. Diese Anweisungen gingen über seinen Schreibtisch, ändern konnte er daran nichts — gar nichts. Er konnte bestenfalls versuchen, in Einzelfällen mäßigend einzuwirken. Als Hitlerregener tat er gut daran, nicht aufzufallen.

Weiter wurden in der FR von Stülpnagel „militärisch-imperialistische Ziele“ im Krieg gegen die Sowjetunion angelastet. Die militärischen Ziele wurden damals allein von Hitler vorgegeben. Wer auch immer sich anmaßt, über von Stülpnagel zu urteilen —, den Mann muß man im Kontext seiner Zeit sehen. Lassen wir also sein Bild im Lessing-Gymnasium hängen.

Wolfgang Thaetner, Frankfurt

FREIE AUSSPRACHE

„Kluge Mädchen“

Das Bild des Generals Stülpnagel in der Aula des Lessing-Gymnasiums erregt weiter die Gemüter. Noch einmal zwei Meinungen zum umstrittenen Thema.

Drei Schülerinnen der 8. Jahrgangsstufe haben drei Bilder von Wehrmachtsoffizieren in der Aula des Lessing-Gymnasiums abgehängt. Die Fotografien zeigen Offiziere in der Uniform einer Organisation, die bereits im Frühjahr 1933 ihre Ehre verlor, als sie bei den jüdischen Kameraden des Ersten Weltkriegs deren Orden einzusammeln begannen, die später den Eid auf einen zumindest seit 1934 landesweit bekannten Mörder ablegte und sich vereinzelte Zweifel durch einen nie vorher gekannten Beförderungsregen abkaufen ließ: Marschälle im Dutzend, Generale und Obristen zuhauf! Man lese nach, was der Attentäter des 20. Juli nach dem Frankreichfeldzug an seinem Führer lobte und man wird viel über den militärischen Widerstand begreifen, welcher seine größte Schlagkraft entfaltete, als der Roten Armee in Ostelbien täglich hörbar wurde.

Ihr klugen Mädchen aus der 8. Jahrgangsstufe! Ertragt es mit Gelassenheit, daß euer stellvertretenden Schulleiter eure vernünftige Handlung als „Dumm-mädchenstreich“ denunziert. Beweist er doch nur, daß politisches Fingerspitzengefühl offenbar kein Auswahlkriterium bei der Besetzung von gymnasialen Führungspositionen im Lande Hessen ist.

So lange das Lessing-Gymnasium Schulern wie euch hat, muß niemandem um die Zukunft dieser seit Jahrhunderten dem Humanismus verpflichteten Schule bange sein.

Rudolf Müller, Bad Homburg

★

Der Vorsitzende der Jungen Union Frankfurt-Ost, Boris Rhein, vertritt die Ansicht, das Bildnis des Generals Stülpnagel müsse wegen dessen unbestreitbarer Verdienste in der Aula des Lessing-Gymnasiums belassen werden. Soweit der General Stülpnagel im Rahmen seiner Beteiligung an der Aktion des 20. Juli 1944 seinem Gewissen gefolgt ist und dafür mit dem Leben bezahlt hat, verdient dies Respekt. Die Lebensleistung eines Menschen kann jedoch nicht allein danach gemessen werden, wie er sich in einer einzelnen Konfliktsituation verhalten hat.

Der General Stülpnagel war nicht nur eine Person des Deutschen Widerstands. Er war auch lange Jahre Hitlers willfähriges Werkzeug bei dessen Angriffskriegen. Darüber hinaus war er zweifellos ein überzeugter und bekennender Antisemit. Diese Eigenschaft verbietet ohne jeden Zweifel, sein Bildnis in einem Gymnasium zu belassen, das den Namen Gotthold Ephraim Lessings trägt. Lessing war nicht nur der Erneuerer des deutschen Dramas, sondern auch ein großer Humanist und Aufklärer.

Peter Arnold, Bad Homburg

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.11.1995

Lessing-Gymnasium gegen einseitiges Bild Stülpnagels

ler. Für eine differenzierte Betrachtung und Würdigung des Wehrmachtsgenerals und Widerstandskämpfers Carl Heinrich von Stülpnagel hat sich der Leiter des Lessing-Gymnasiums, Klaus Meyer, ausgesprochen. Stülpnagel, der in der Aula der Schule mit einem Foto und einer Gedenktafel geehrt wird, solle nicht heroisiert werden, heißt es in einer Mitteilung Meyers. Andererseits lehne er auch eine einseitige und verkürzte Darstellung ab, die den Ansprüchen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit einer komplexen Materie nicht gerecht werde. „Wir verwarfen uns ebenso gegen eine unterschwellige Einordnung unserer Schule in ideologische beziehungsweise parteipolitische Lager“, schreibt der Schuldirektor weiter.

Meyer weist darauf hin, daß Stülpnagel in der einschlägigen Literatur übereinstimmend zur Gruppe jener Militärs gezählt werde, die seit 1938 in Opposition zu Hitler gestanden hätten. So habe der

Historiker Klaus-Jürgen Müller General Stülpnagel als einen Soldaten gewürdigt, der „eine menschlich eindrucksvolle Antwort auf die Herausforderung durch ein verabscheuenswürdiges System“ gegeben habe. Stülpnagel habe nach Ansicht von Müller frühzeitiger und konsequenter als andere mit dem Regime der Nationalsozialisten gebrochen und ist nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet worden.

Bei einer Veranstaltung im Lessing-Gymnasium war, wie berichtet, Anfang des Monats die Frage gestellt worden, ob ein General, der mitverantwortlich für Greuelthaten der Wehrmacht und des Nazi-Regimes gewesen sei, ein Vorbild für Schüler sein könne (F.A.Z. vom 1. November). Die Schulleitung und der „Bund der Freunde des Lessing-Gymnasiums“ wollen deshalb eine Diskussion mit Geschichtswissenschaftlern, Zeitzeugen, Verteidigern und Kritikern des Generals organisieren.

Frankfurter Rundschau vom 24.11.1995

„Keine Heroisierung“ des Generals von Stülpnagel

Das Lessing-Gymnasium wehrt sich gegen „Einseitigkeit und Verkürzung“

Noch vor Ostern möchte sich das Lessing-Gymnasium in einer Expertenrunde mit der Rolle des Wehrmachtsgenerals und Widerstandskämpfers Heinrich von Stülpnagel auseinandersetzen. Die Schule, die den Widerständler des 20. Juli 1944 und ehemaligen Lessing-Abiturienten mit einer Gedenkstätte in der Aula ehrt, betreibe keineswegs eine „Heroisierung“ des Generals, stellt Direktor Klaus Meyer fest. Das Gymnasium wehre sich jedoch gegen eine „einseitige und verkürzte Darstellung“, die nicht den „Ansprüchen einer wissenschaftlichen Ausein-

dersetzung“ gerecht werde. „Wir verwarfen uns ebenso gegen eine unterschwellige Einordnung unserer Schule in ideologische oder parteipolitische Lager.“

Eine Diskussion über die Rolle Stülpnagels und seine Eignung als „Vorbild“ für die Jugend war während einer Veranstaltung zum 475jährigen Bestehen des Lessing-Gymnasiums aufgekomen. Der damalige Militärbefehlshaber in Frankreich hatte aktiv den Widerstand des 20. Juli 1944 gegen Hitler mitbetrieben. Kritiker werfen ihm aber auch vor, militärische Aktionen gegen Juden befürwortet zu ha-

ben und für Kriegsgreuel mitverantwortlich zu sein.

Direktor Meyer hebt hervor, daß die wissenschaftliche Literatur Stülpnagel „übereinstimmend“ seit 1938 zur militärischen Opposition gegen Hitler zähle. So bescheinige der Zeitgeschichtler Klaus-Jürgen Müller Stülpnagel „eine menschlich eindrucksvolle Antwort auf die Herausforderung durch ein verabscheuenswürdiges System, dem er diene, mit dem er aber frühzeitiger und konsequenter als andere brach, wofür er schließlich den höchsten Preis gezahlt hat“.

O f f e n e r B r i e f

an die Frau Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt

Sehr geehrte Frau Roth,

das Frankfurter Lessing-Gymnasium, das sich mit dem Namen eines der grössten deutschen Aufklärer schmückt, ehrt, seit Jahrzehnten unbeanstandet, in seiner Aula den Wehrmachtsgeneral Carl-Heinrich von Stülpnagel, der als Militärbefehlshaber Hitlers im besetzten Frankreich von 1942 bis 1944 verantwortlich war für die Deportation französischer und nach Frankreich emigrierter (z.T. in Frankfurt geborener) Juden in deutsche Vernichtungslager - und der als Teilnehmer am Widerstand gegen Hitler am 30. August 1944 in Berlin hingerichtet worden ist.

Der Öffentlichkeit wurde dieser Sachverhalt, den viele als skandalös empfinden, erst im Herbst dieses Jahres bekannt - alle Tageszeitungen Frankfurts haben darüber berichtet - und sorgt seither für Diskussionen nicht nur unter Schülern und Schülerinnen des Lessing-Gymnasiums.

Der Leiter dieses Gymnasiums, Oberstudienrat Dr. Klaus Meyer, verwahrte sich indessen gegen "einseitige und verkürzte Darstellung, die Ansprüchen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung nicht gerecht" werde, und zitierte Historiker, die von Stülpnagel "übereinstimmend" seit 1938 dem Widerstand gegen Hitler zurechnen - ohne allerdings zu präzisieren, welcher Widerstand in welchem Sinne gemeint ist. Im übrigen wolle sich das Lessing-Gymnasium "noch vor Ostern in einer Expertenrunde mit der Rolle des Wehrmachtgenerals und Widerstandskämpfers Heinrich von Stülpnagel auseinandersetzen" (Frankfurter Rundschau, 24. November 1995).

Die Schüler jedoch kann eine solche inhaltliche Stellungnahme, die keine Position bezieht, nicht überzeugen. Sie fragen, unter anderem mich als Vater, sie fragen nach. Sie setzen sich mit dem Schicksal ihrer deportierten Mitschüler auseinander, sie sehen Louis Malles Film "Auf Wiedersehen, Kinder", der ihnen auf bedrückende Weise vor Augen führt, was Deportation bedeutet, und wissen ja, was danach geschah. Sie fragen zu recht nach der Vorbildfunktion eines Generals der Wehrmacht, der nicht nur in Frankreich im Dienste des NS-Staats mitverantwortlich war für den Massenmord an Juden, sondern der, vor seinem Einsatz in Frankreich, als Befehlshaber der 17. Armee auch an der Ostfront den berüchtigten "Kommissarsbefehl" durchgesetzt, sogar präzisiert und massgeblich dazu beigetragen hat, auch die Ukraine "judenfrei" zu machen, eines Generals, der sich schon in einer Denkschrift 1935 offen als Antisemit zu erkennen gegeben hat und dem der anerkannte Wehrmachtshistoriker Manfred Messerschmidt "eine offensichtlich von eigener Überzeugung mitgetragene Bejahung des brutalen ideologischen Krieges, insbesondere mit Zielrichtung gegen Juden" attestiert, Geislerschiessungen eingeschlossen.

Schüler und Schülerinnen diskutieren eine - nicht am Lessing-Gymnasium, sondern andernorts erarbeitete - Dokumentation: "In Frankfurt geborene Juden, die aus Frankreich in KZ- und Vernichtungslager deportiert wurden. 1942-1944." Sie stellen an die um wissenschaftliche "Ausgewogenheit" so besorgte Schulleitung die berechnete Frage, ob nicht an gleicher Stelle der in den NS-Lagern umgekommenen Juden gedacht werden müsse, die Absolventen des Lessing-Gymnasiums waren, und sie

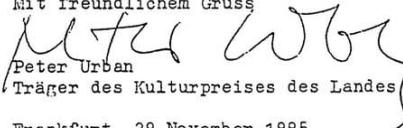
beweisen damit ein feines Gespür für die Doppelmoral einer Gesellschaft, die an bestimmten Gedenktagen mit den Opfern heuchelt, die sich ihre Vorbilder und "Helden" aber lieber unter den Henkern sucht, in den Kreisen des preussisch-militaristischen Kadavergehorsams, der so trefflich und so effizient mit Hitlers NS-Staat zusammengearbeitet hat. In diesem Zusammenhang scheint es kein Zufall, dass die verdienstvolle Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über den "Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht" in Frankfurt bisher kein Forum gefunden hat.

Von der Leitung des Lessing-Gymnasiums gibt es auf die drängenden, bedrückenden Fragen keine weiteren Auskünfte, geschweige denn Antworten. Besorgten Eltern, die anriefen, wurde mitgeteilt, das Besitzrecht am Bildnis des Generals liege bei der Stadt Frankfurt; das Lessing-Gymnasium sei nicht befugt, darüber zu verfügen - was formaljuristisch zutreffen mag. Als drei Schülerinnen der Klasse 8a, Mädchen von 14 Jahren, das Photo des Generals kurzerhand abhängten und es hinter einem Vorhang in der Aula versteckten (wobei sie es geringfügig beschädigten), war in der 8a des Lessing-Gymnasiums der Teufel los. Als dieselbe Schülerinnen Tage danach ein Plakat mit den Namen deportierter jüdischer Kinder aus Frankfurt am Schwarzen Brett aufhängten, war dieses Plakat am nächsten Morgen verschwunden.

Die Reaktion des Leiters des Gymnasiums, Dr. Meyer, der die Schülerinnen der 8a nach ihrer Aktion in der Aula mit Begriffen wie "Polizei", "Diebstahl" und "Sachbeschädigung" einzuschüchtern versuchte, lässt befürchten, dass diese nunmehr in einer für den 4. Dezember angesetzten "Klassenkonferenz" gemassregelt und, ganz im Sinne jenes Kadavergehorsams, diszipliniert, wenn nicht gar der Schule verwiesen werden. Mit anderen Worten: eigenes Denken und kindliche Zivilcourage - anders kann ich das Handeln dieser Kinder nicht bewerten - werden hier nicht nur nicht gefördert, sondern bestraft.

Als Vater einer dieser Schülerinnen weiss ich nicht, worüber ich mich mehr empöre - über das Vorgehen der Schule oder über den Anlass, der zu diesem Akt des zivilen Ungehorsams geführt hat. Doch hiervon abgesehen, denke ich, es wäre nun an der Stadt Frankfurt und der für deren Schulwesen Verantwortlichen, sich dieses Falles anzunehmen und der offenbar überforderten Leitung des Lessing-Gymnasiums die Erlaubnis zu erteilen, das Bildnis dieses furchtbaren Generals abhängen zu dürfen.

Mit freundlichem Gruss


Peter Urban

Träger des Kulturpreises des Landes Hessen, 1994

Frankfurt, 29. November 1995

Falkensteiner Str. 3

Weidmoos
36355 Grebenhain
tel.: 06644-7244

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.1995

„Stülpnagels Foto muß weg“

Lessing-Schule: Vater appelliert an Oberbürgermeisterin

ler. Der Streit um die Ehrung des Wehrmachtsgenerals und Widerstandskämpfers Carl Heinrich von Stülpnagel am Lessing-Gymnasium geht weiter. Peter Urban, Vater einer Schülerin des Gymnasiums im Westend und 1994 mit dem Kulturpreis des Landes Hessen ausgezeichnet, hat Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und Schuldezernentin Jutta Ebeling (Bündnis 90/Die Grünen) in einem offenen Brief aufgefordert, sich des Falles anzunehmen und der „offenbar überforderten Leitung des Lessing-Gymnasiums“ die Erlaubnis zu erteilen, das Bild des Generals abzuhängen. Stülpnagels Foto hängt, zusammen mit den Porträts zweier anderer nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten militärischen Widerstandskämpfer, seit 40 Jahren in der Aula der Schule. Bei einer Diskussion in dem Gymnasium war, wie berichtet, Ende vergangenen Monats scharfe Kritik an der Ehrung Stülpnagels geübt worden (F.A.Z. vom 1. November). Die Schüler fragten zu Recht, welche Vorbildfunktion ein General der Wehrmacht einnehmen könne, der sich schon in

einer Denkschrift 1935 offen als „Antisemit“ zu erkennen gegeben habe, schreibt Urban in dem offenen Brief. Stülpnagel sei nicht nur in Frankreich für den Massenmord an Juden mitverantwortlich, sondern habe als Befehlshaber der 17. Armee zuvor maßgeblich dazu beigetragen, „die Ukraine jüdenfrei“ zu machen“, heißt es weiter.

Während Stülpnagel in der Aula des Lessing-Gymnasiums geehrt werde, stellen sich die Schüler die Frage, ob nicht an gleicher Stelle der in den Konzentrationslagern umgekommenen Juden gedacht werden müsse, die Absolventen der Schule gewesen seien. Die Jugendlichen beweisen damit nach Ansicht von Urban ein feines Gespür für „die Doppelmoral einer Gesellschaft, die an bestimmten Gedenktagen mit den Opfern heuchelt, die sich ihre Vorbilder und ‚Helden‘ aber lieber unter den Henkern sucht“.

Die Schulleitung hat für Frühjahr nächsten Jahres eine Diskussion mit Verteidigern und Kritikern Stülpnagels angekündigt.

Frankfurter Rundschau vom 4.12.1995

Ehrung für Stülpnagel sorgt für Unfrieden

Schulgemeinde im Lessing-Gymnasium gespalten

Die umstrittene Ehrung des Wehrmachtsgenerals Heinrich von Stülpnagel in der Aula des Lessing-Gymnasiums schafft Unfrieden an Frankfurts ältestem Gymnasium. Aber Schuldezernentin Jutta Ebeling will sich vorerst nicht in den Konflikt einmischen.

Die Lehrerschaft ist geteilter Ansicht über die Ehrung Stülpnagels, bestätigt der stellvertretende Schulleiter Horst Sewerin. Am heutigen Montag soll jetzt auch noch eine „Klassenkonferenz“ über drei Schülerinnen befinden, die die Offiziersbilder aus Protest eigenmächtig abgenommen hatten. Ein Vater hat in einem offenen Brief an OB Petra Roth gefordert, „der offenbar überforderten Leitung des Lessing-Gymnasiums die Erlaubnis zu erteilen, das Bildnis dieses furchtbaren Generals abhängen zu dürfen“.

Für die Stadt gebe es keinen Anlaß, jetzt einzugreifen, sagte Schuldezernentin Jutta Ebeling. Am Ende der „überfälligen

Debatte“ müsse eine Entscheidung der Schulgemeinde stehen. Ebeling begrüßte die Absicht der Schule, im kommenden Jahr mit Experten über die Rolle Stülpnagels zu diskutieren. Dem Wehrmachtsgeneral, der sich als Militärbefehlshaber in Frankreich am Widerstand des 20. Juli 1944 gegen Hitler beteiligt hatte, wird vorgeworfen, maßgeblich an Aktionen gegen Juden beteiligt gewesen zu sein.

Verständnis zeigt Ebeling aber auch für drei Achtklässlerinnen, die das Bildnis Stülpnagels kürzlich abgehängt hatten. Es sei „töricht und pädagogisch falsch“, darauf mit der Disziplinarmaßnahme einer Klassenkonferenz zu reagieren. Die Schule müsse mit den Jugendlichen die Diskussion suchen. In seinem offenen Brief an Roth fürchtet Peter Urban, Träger des hessischen Kulturpreises 1994 und Vater einer beteiligten Schülerin, daß „eigenes Denken und kindliche Zivilcourage“ bestraft werden sollten. Als „angemessen“ bezeichnet es dagegen Sewerin, daß

nun eine Klassenkonferenz über den „Dumm Mädchenreich“ befände.

In seinem offenen Brief stellt Urban vor allem die Vorbildfunktion des Wehrmachtsgenerals Stülpnagel in Frage, der sich bereits 1935 „offen als Antisemit zu erkennen“ gegeben habe, der mitverantwortlich gewesen sei für den Massenmord an Juden und als Befehlshaber der 17. Armee den „berüchtigten Kommandosbefehl durchgesetzt, sogar präzisiert und maßgeblich dazu beigetragen hat, auch die Ukraine jüdenfrei“ zu machen“.

Der namhafte Militärhistoriker Manfred Messerschmidt habe Stülpnagel „eine offensichtlich von eigener Überzeugung mitgetragene Bejahung des brutalen ideologischen Krieges, insbesondere mit Zielrichtung gegen Juden“ attestiert. Schüler fragten zurecht, so Urban, ob nicht anstelle des Wehrmachtsgenerals „der in den NS-Lagern umgekommenen Juden gedacht werden müsse, die Absolventen des Lessing-Gymnasiums waren“. luf

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14.1.1996

„Schuld und Sühne: Judenmörder oder Widerständler?“

Zum Frankfurter Streit um die Vorbildfunktion des umstrittenen Generals
Carl Heinrich von Stülpnagel / Von Michael Wolffsohn



Michael
Wolffsohn

Dr. Michael Wolffsohn, Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehruniversität München, ist 1947 in Israel geboren. Er leistete 1967-1970 dort seinen Wehrdienst. Soeben ist die zweite Auflage seines neuesten Buches „Die Deutschland-Akte“ erschienen.

Foto Archiv

Peinlich und kennzeichnend. Peinlich und kennzeichnend für die Schwierigkeiten beim Umgang mit der deutschen Zeitgeschichte, mit Geschichte überhaupt, ist der Streit um die Ehrung Carl Heinrich von Stülpnagels am Frankfurter Lessing-Gymnasium.

Einerseits war Stülpnagel Widerstandskämpfer gegen Adolf Hitler. Das ehrt ihn und erhebt ihn zum Vorbild für die Nachgeborenen. Mit einer Gedenktafel und Bildern erinnert die Lehranstalt deshalb an ihren ehemaligen Schüler Stülpnagel.

Andererseits war Stülpnagel alles andere als ein vorbildlicher Demokrat. Deshalb kann er für uns Heutige kein Vorbild sein. Hier ist dem Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, dem heftigsten Kritiker der Stülpnagel-Ehrung, zuzustimmen.

Mehr noch: Wie viele andere Soldaten, ließ sich auch Stülpnagel nach 1933 von Hitler umgarnen, stützte das NS-Terrorregime und wurde mitschuldig. Noch schuldigere wurde er an der Ostfront. Beispiel Krementschug: Hier bat die 17. Armee, deren Befehlshaber von Stülpnagel war, am 22. September 1941 um die Genehmigung, sämtliche Juden der Stadt „auszuröten“. Die Begründung: Es sei dort zu drei Fällen von Sabotage an Hochspannungsleitungen gekommen. „Vorbeugende“ Aktionen dieser Art hatte die Wehrmacht an der Ostfront systematisch betrieben und als Mittel der Kriegsführung eingesetzt. Jörg Friedrich hat dies in seinem Buch „Das Gesetz des Krieges“ eindrucksvoll und erschüt-

ternd dokumentiert. Von der „weißen Weste“ der Wehrmacht im Kampf gegen die Rote Armee sowie bei der Vernichtung der Juden bleibt nicht viel mehr übrig als die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ – was der Traditionserlaß der Bundeswehr übrigens unumwunden bestätigt.

Soweit ich informiert bin, ehrt das Frankfurter Lessing-Gymnasium den Widerstandskämpfer Stülpnagel, nicht den Befehlshaber der 17. Armee und den mitschuldig-mitlaufenden und dann mitmordenden Offizier. Es ehrt einen Menschen, keinen Heiligen.

Als Auswärtiger weiß ich nicht, was den Schülern jener Schule alles über ihren Ehemaligen mitgeteilt wird. Entscheidend ist für mich, daß jede Ehrung jedes Menschen überall und immer Licht und Schatten jedes Menschen und damit jeder Geschichte verdeutlichen muß. Nichts wäre törichter als einseitige Verherrlichung oder Verteufelung.

Daß Stülpnagel sich dem Widerstand anschloß (und in Paris am 20. Juli 1944 als einziger sogar erfolgreich war), beweist seine Abkehr von Hitler. Stülpnagel hat lästige Reue und Umkehr geleistet. Für diese Umkehr hat Stülpnagel den höchsten Preis bezahlt: sein Leben. Im Zusammenhang mit der Niederschlagung des Widerstandes gegen die NS-Diktatur wurde er nämlich von den Nationalsozialisten hingerichtet. Und nun soll er von deutschen Demokraten ein zweites Mal gerichtet und wieder moralisch verdammt werden? Diesmal unter anderen moralischen Vorzeichen. Den Vorzeichen der Selbstgerechtigkeit und Selbstgefälligkeit? Gerade als jüdischer Erziehungswissenschaftler hätte Micha Brumlik den Aspekt der Umkehr bei seiner Kritik an der Ehrung Stülpnagels berücksichtigen müssen. So argumentiert er letztlich unjüdisch. Umkehr („teschuwa“) ist zentraler Bestandteil jüdischer Religiosität.

Daß Brumlik sein Judentum so sehr betont, schätze ich gerade als deutscher Jude sehr. Ich schätze auch sein Engagement für die Grünen. Ich bin kein Anhänger dieser Partei, aber ihr Wirken halte ich für eine Bereicherung deutscher Politik. Wenn jemand, wie Brumlik, jüdisch argumentiert, dann hat auch die zentrale Bedeutung der Umkehr zu gelten.

Umkehr und Sühne sind, jenseits aller Religionen, Grundlage der Zivilisation. Sie tilgen die vorangegangene Schuld nicht, aber sie ermöglichen jedem Menschen in seinem einzigen Leben eine zweite Chance.

Gerade an der Person Stülpnagels, an Licht und Schatten seines Lebens, kann

man den Schülern zeigen, was Schuld, Umkehr und Sühne praktisch bedeuten. Ohne Heiligenkult kann man jungen Menschen erläutern, wozu der Mensch fähig ist; im Guten wie im Bösen.

Ich lese, daß Brumlik Stülpnagel nicht nur sein Verhalten an der Ostfront vorwirft. In Frankreich habe der General eine Verordnung über den Verfall des Vermögens von Juden deutscher oder ehemals deutscher Staatsangehörigkeit erlassen. Soweit mir bekannt, gehörte diese Verordnung zu einem „Arisierungspaket“, das General Otto von Stülpnagel am 27. September 1940 gebündelt hatte. Dieser General Otto von Stülpnagel war ein Vetter Carl Heinrich von Stülpnagels. Bis Februar 1942 war er dessen Vorgänger als Militärbefehlshaber in Frankreich. Seit dem 1. Juni 1942 war die Polizeitätigkeit im besetzten Teil Frankreichs zudem nicht mehr dem Militärbefehlshaber, sondern Himmler persönlich unterstellt. Sollte man nicht auch erwähnen, daß Carl Heinrich von Stülpnagel im Juli 1943 die Mithilfe der Armee bei den Deportationen der französischen Juden kategorisch verweigerte? Seltsam standen hierfür der SS nur die eigenen Leute sowie die französische Miliz, geführt von Joseph Darnand, zur Verfügung. Es war weder das erste noch das letzte Mal, daß es wegen der Judenpolitik zu Auseinandersetzungen zwischen Carl Heinrich von Stülpnagel und der SS kam. Auch das muß man erwähnen, wenn man der Geschichte von Schuld und Sühne gerecht werden will.

Micha Brumlik legte sein Abitur am Lessing-Gymnasium im Jahre 1967 ab. Er hatte es „gehaßt“. Diese bedeutende Information verdanken wir ihm, die Frankfurter Presse gab diese bemerkenswerte Erfahrung weiter. Es soll auch andere Schüler anderer Schulen geben, die ähnlich liebevolle Erinnerungen an ihr früheres Gymnasium hegen. Richtig berichtenswert bleibt für uns die Mitteilung darüber, daß die Ehrung Stülpnagels schon den Pennäler Brumlik erregt hatte.

Etwas mehr Zivilcourage dürfte man freilich gerade von Micha Brumlik erwarten. Wer nämlich bei anderen Zivilcourage und sogar Widerstand in Diktaturen anmahnt, hätte seinen Widerwillen gegen die Ehrung Stülpnagels schon als Schüler in einem demokratischen Staat gefahrlos bekunden können. Wenn heute der Pädagogik-Professor Brumlik nach knapp 30 Jahren stellvertretend für den Schüler Brumlik „Widerstand“ leistet, denkt man in bezug auf diese politisch-historische und pädagogische Leistung an ein jiddisches Wort: Nebbich.

Sonntags-Forum

Stülpnagel: Falsche Frage, falsche Antwort



In der Tat: Die Auseinandersetzung um die Tafel im Frankfurter Lessing-Gymnasium zu Ehren des Widerstandskämpfers Stülpnagel zeigt „die Schwierigkeiten beim Umgang mit der deutschen Geschichte“,

an der sich die Geister scheiden. Jede Schule, die über eine durchaus kontroverse Debatte sich dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte anhand eines aktuellen Anlasses stellt, leistet damit mehr Orientierungshilfe in lebendiger Staatsbürgerkunde als ein Geschichtsunterricht getreu nach Schulbüchern. Insofern ist es spät, aber nicht zu spät aufgeworfene Frage, ob das Bild des Wehrmachtgenerals und Widerstandskämpfers Stülpnagel zu Recht als Vorbild und Mahnung in der Schule hängt, ein pädagogischer Glücksfall.

Denn solche Zeugnisse – gerade die umstrittenen – rücken nahe, was sich 50 Jahre nach Ausschweif in ritualisiertem Gedenken zu entfernen droht. Was Schüler darin für ihr Leben lernen, hängt sehr von der Bereitschaft ab, die richtigen Fragen zu stellen, Zweifel artikulieren und abwägen zu können, kontroverse Standpunkte zuzulassen, mit historischen Dokumenten zu arbeiten, richtige Parallelen zu ziehen. Dem wird aus meiner Sicht der Artikel von Michael Wolffsohn nicht gerecht. Micha Brumlik hatte das Abhängen des Bildes von General Stülpnagel gefordert, da dieser verantwortlich für die Ermordung von Juden gewesen sei. Wolffsohn funktioniert diese politisch-moralische Debatte um zu einer innerreligiösen Auseinandersetzung zwischen Juden um den Begriff der „Umkehr“. Das trifft nicht den Kern. Vielmehr als die Juden müssen die Nichtjuden sich Rechenschaft darüber ablegen, wen sie der Jugend als Vorbild aus der Zeit des Nationalsozialismus anbieten. Für Wolffsohn ist der General Stülpnagel ein Vorbild, für Brumlik nicht. Flüchtlinge wir Nichtjuden uns nicht selten in legitimatorische Übereinstimmungen mit Juden, die nur dazu dienen, „us der eigenen Ambivalenzen zu entledigen? Es bestärkt weder die eine noch die andere Position, wenn jede Seite ihren „Juden“ als Zeugen anruft. Wolffsohn hält Stülpnagel gerade deshalb für ein Vorbild, weil an dessen Leben „Licht und Schatten“, „Schuld und Sühne“ „praktisch“ dargelegt werden können. Im „Licht“ steht der Widerstand gegen Hitler, den er mit dem Leben bezahlt hat, was ihn schneller zum Helden prädestiniert als zum Beispiel Schindler. Der „Schatten“, so Wolffsohn, Stülpnagel war „alles andere als ein vorbildlicher Demokrat“. Wäre das die Ambivalenz in der Ehrung dieses Menschen, ich wäre mit Wolff-

sohn einig. Menschen ohne Fehler und Schwächen gibt es nicht, und Heldenverehrung ist es gerade nicht, was wir aus der Geschichte lernen sollten.

Aber Stülpnagel war kein Schindler. Der Gelehrte „bat als General der 17. Armee im Osten um die Genehmigung, sämtliche Juden der Stadt auszurufen“. Das schreibt der Autor selbst. Nicht der unvollkommene Demokrat Stülpnagel verband sich mit dem Widerstandskämpfer Stülpnagel, sondern der Widerstandskämpfer mit dem Rassisten als Handlanger Hitlers. Nicht „Judenmörder oder Widerständler“, sondern Judenmörder und Widerständler: Das ist die Frage, die zur Wertung ansteht.

„Aus welchen Motiven Wolffsohn den Gegensatz, der in der Person und Lebensgeschichte von Stülpnagel liegt, beschönigt und verharmlöst, vermag ich nicht zu sagen. Aber er muß sich fragen lassen, ob das Engagement gegen Hitler, das Stülpnagel mit dem Höchsten – seinem Leben – bezahlt hat, umstandslos als Abkehr vom Massenwahn des Nationalsozialismus interpretiert werden darf. Dafür müßte es historische Belege geben. Selbstverständlich ist das nicht. Ob Stülpnagel sich dann in Frankreich der Deportation von Juden verweigert hat (Wolffsohn) oder 1942 noch eigenhändig Erschießungen von Juden und Kommunisten angeordnet hat (Nestler), kann und will ich nicht abschließend bewerten. Das bedarf einer intensiven, sachlichen, auf historischen Dokumenten gestützten Klärung. Dem wird sich das Lessing-Gymnasium stellen und am Ende nach Würdigung der Fakten und Gesichtspunkte in der Tradition ihres Namensgebers die Entscheidung fällen, ob noch heute, nach allem, was wir wissen, das Bild guten Gewissens hängen darf. Brumlik vorzuwerfen, daß er nicht schon als Schüler seine Position aktiv vertreten hat, trifft insofern ins Leere, als 1967 jene historischen Zeugnisse noch nicht vorlagen und das Lessing-Gymnasium erst 1968 mit Bild wiedereröffnet wurde, ein Jahr nach dem Abitur von Brumlik. Wer falsch fragt, bekommt falsche Antworten. Wer falsche Zusammenhänge herstellt, vernebelt statt aufzuklären. Eines ist jedenfalls geboten – Zeugnis abzulegen, in dem das Plakat mit den Namen der deportierten jüdischen Kinder aus Frankfurt in der Schule seinen Platz findet.

Jutta Ebeling (Bündnis 90/Die Grünen), Schuldezernentin in Frankfurt. (Foto Bergmann)

Widerstand und Stülpnagel

Zur „Schuld und Sühne: Judenmörder oder Widerständler?“ („Sonntagszeitung“ vom 14. Januar). Wolffsohn ermahnt insbesondere die Jüngeren, nicht in jener Dichotomie zu verharren, wonach nur denjenigen Generälen das Prädikat „Widerstandskämpfer“ zuerkannt werden kann, die Hitler von Anfang an, also seit 1933, mitbräuten, heimlich opponierten und an keinen Unrechtsakten beteiligt waren. Das gilt

zum Beispiel für die Offiziere, die zur Zeit der sogenannten Fritsch-Affäre (1938) an der Planung von Hitlers Sturz mitwirkten. Der größte Teil der Stabsoffiziere ist hingegen erst während des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion, also etwa zwischen 1941 und 1944, durch unwiderlegliche Beweise für Hitlers Verbrechenum vor die Alternative gestellt worden, sich Widerstandskreisen anzuschließen oder weiterhin Hitler bedingungslos zu folgen. Für diesen (bequemerem) Weg entschied sich bekanntlich die Mehrheit der Generalität.

Man darf Carl Heinrich von Stülpnagel also nicht an den Widerstandskämpfern von 1938, sondern man muß ihn an jenen Generälen messen, die auch auf dem Hintergrund von Hitlers Massenmorden aus politischen und rassistischen Gründen von „Reue und Umkehr“ (Wolffsohn) nichts wissen wollten, die „ihrem Führer“ daher bis zur letzten Stunde bedingungslos dienten und, mit hohen Pensionen ausgestattet, in der Regel in hohem Alter starben.

Adalbert Neitzel, Hofheim

Tatsachen gegen Stülpnagel

Zum Beitrag von Michael Wolffsohn „Schuld und Sühne: Judenmörder oder Widerständler?“ („Sonntagszeitung“ vom 14. Januar). Der Artikel des Dozenten der Bundeswehrhochschule Michael Wolffsohn enthält eine Reihe von Unwahrheiten und Unsachlichkeiten. Es steht außer Frage, daß Carl Heinrich von Stülpnagel sowohl in der Ukraine als auch in Frankreich für Geiselererschießungen verantwortlich war. Selbstverständlich hat er als Nachfolger von Otto von Stülpnagel die Raubpolitik der „Arisierung“ vorangetrieben.

Im Lagebericht des Heinrich von Stülpnagel Oktober bis Dezember 1943 heißt es: „Die Entjudung der Wirtschaft ist in dem bisherigen langsamen Tempo fortgeschritten. Eine Beschleunigung wäre sehr erwünscht, um die wirtschaftliche Arisierung möglichst bald zu beenden...“

Im April/Mai 1942 meldet Carl Heinrich von Stülpnagel Erschießungen „Die sofortige Erschießung von 20 und nach Fristablauf von weiteren 40 Kommunisten, Juden und dem Täterkreis nahestehenden Personen sowie die Verschickung auf Zwangsarbeit von 500 Juden und Kommunisten wurde angeordnet.“

Es ist unwahr und durch Dokumente nicht zu belegen, daß Heinrich von Stülpnagel irgendwelche ernsthaften und wirkungsvollen Maßnahmen gegen die Deportation der Juden aus Frankreich unternommen hat. Im Gegenteil ordnete er selbst solche Deportationen im Zusammenhang mit Repressionen gegen die Resistance an. Aber das alles wird Herrn Wolffsohn nicht überzeugen. Die Beteiligung am Militärputsch wird benutzt, um all diese historischen Tatsachen zu bestreiten, zu relativieren oder einfach wegzuwischen.

Benjamin Ortmeier, Frankfurt

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.2.1996

Ebelings Lesekunst

Zum Leserbrief der Frankfurter Schuldezernentin Jutta Ebeling „Stülpnagel: Falsche Frage, falsche Antwort“ („Sonntagszeitung“ vom 21. Januar). Von der Schulförderin einer deutschen Großstadt, die auf meinen Artikel reagiert, darf ich erwarten, daß sie des Lesens kundig ist. Frau Ebeling schreibt: „Für Wolffsohn ist der General Stülpnagel ein Vorbild.“ Das genaue Gegenteil steht in meinem Artikel („Sonntagszeitung“ vom 14. Januar).

Professor Michael Wolffsohn, Neubiberg

Frankfurter Rundschau vom 28.2.1996

Widerstand und Verbrechen

Expertenrunde im Lessinggymnasium zu General v. Stülpnagel

Eine vom Lessinggymnasium angekündigte Expertenrunde zur Rolle des Wehrmachtsgenerals Heinrich von Stülpnagel läßt weiter auf sich warten. Erst nach dieser Podiumsdiskussion will das humanistische Gymnasium klären, ob der umstrittene General weiterhin in der Aula geehrt werden soll. Das Lessinggymnasium würdigt seinen ehemaligen Abiturienten von Stülpnagel wegen seiner aktiven Teilnahme am Widerstand des 20. Juli 1944 gegen Hitler. Seit verganginem Sommer ist diese Ehrung umstritten, weil der General auch maßgeblich an militärischen Aktionen gegen Juden beteiligt gewesen ist.

Das Gymnasium warte „mit gewisser Spannung“ auf die Expertenrunde, sagte am Dienstag Lessing-Direktor Klaus Meyer. Wegen Terminschwierigkeiten müsse die ursprünglich für den Jahresanfang geplante Diskussion wohl auf Ende Mai verschoben werden.

Bei der Anhörung sollen sich unter anderem der Leiter der Gedenkstätte 20. Juli in Berlin, Johannes Tuchel, der frühere Leiter des militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, Manfred Messerschmidt, sowie Dieter Rebentisch, der Leiter des Frankfurter Instituts für Stadtgeschichte, zur Rolle von Stülpnagels während der Nazizeit äußern.

Der Lehrer Benjamin Ortmeier vom Vorstand der Frankfurter Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat unterdessen eine „kontroverse öffentliche Veranstaltung“ zu von Stülpnagel für Ende April organisiert, nachdem die Lessing-Schulkonferenz ihre Expertenrunde ausdrücklich als „Schulveranstaltung“ verstehen will. Ortmeier, der mit einem offenen Brief die Auseinandersetzung

über von Stülpnagel angestoßen hatte, hat den Grünen-Stadtvorordneten Micha Brumlik sowie Serge Klarsfeld, Präsident der Gesellschaft „Die Kinder der deportierten Juden in Frankreich“ eingeladen.

Unterdessen sprechen sich Schüler aus der Geschichte AG des Gymnasiums in der Lessing-Schülerzeitung *Tazobak* dafür aus, „daß man Stülpnagel für seine Tatbereitschaft am 20. Juli 1944 durchaus ehren kann“. Dadurch werde der „Mann an sich“ — „in der Tat ein Demokratieverächter“ — noch lange nicht zum Vorbild für die Schüler. Seine Courage am 20. Juli in jener Zeit des Mitläufertums sei aber ehrenswert. Die Schüler ziehen als Vergleich die Verleihung des Friedensnobelpreises an Yassir Arafat für seine Friedensbereitschaft im Nahen Osten heran — ungeachtet seiner „terroristischen Vergangenheit“.

Ortmeier gibt in derselben Ausgabe der Schülerzeitung dagegen zu bedenken, eine solche Ehrung in der Schule signalisiere, daß ein Mensch „unter dem Strich“ ein Vorbild sei, seine Verbrechen dagegen eher als Bagatellen anzusehen seien. Angesichts der von Stülpnagel verantworteten „militärischen Absicherung von Raub und Massenmord“ sei dies „fürchterlich und verletzend“.

Die „sofortige Entferrnung“ des Stülpnagel-Bildes aus dem Lessinggymnasium hat kürzlich auch die Delegiertenversammlung der Frankfurter GEW einstimmig gefordert. Der General sei als Oberbefehlshaber der 17. Armee in der Ukraine für Geiselschießungen verantwortlich und habe als Militärbefehlshaber von Frankreich eigenhändig Deportationen von Juden und Kommunisten in den Osten angeordnet.

Der folgende Antrag wurde von der Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes Frankfurt am Main der GEW am 6. Februar 1996 (BDV-DS-Nr. 29/94-9b) einstimmig verabschiedet.

Antrag

an die Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes Frankfurt am Main der GEW

Die Ehrung des Generals der Nazi-Wehrmacht, Carl-Heinrich von Stülpnagel am Lessing Gymnasium wird von der GEW Frankfurt abgelehnt.

Die GEW Frankfurt fordert die sofortige Entfernung des Bildes dieses Generals aus der Aula des Lessing-Gymnasiums

Begründung:

1. General Carl-Heinrich von Stülpnagel war als Befehlshaber der 17. Armee in der Ukraine beim Angriffs, Raub und Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht direkt beteiligt. Seine Anordnungen zu Geislerschießungen sind unbestritten in der wissenschaftlichen Forschung und können durch nichts und niemand aus der Welt geschafft werden.

2. General Carl-Heinrich von Stülpnagel war als Militärbefehlshaber von Frankreich ab Februar 1942 mit verantwortlich für die Besetzung und Ausraubung des okkupierten Frankreichs. Seine Maßnahmen zur mörderischen Bekämpfung der Resistance, seine in diesem Zusammenhang stehenden eigenhändigen Anordnungen zu Geislerschießung und "Deportation in den Osten" von hunderten, ja tausenden von Juden und Kommunisten können durch nichts und niemand aus der Welt geschafft werden.

3. Die Beteiligung von General Carl-Heinrich von Stülpnagel an dem versuchten Militärputsch am 20. Juli 1944 gegen Hitler in einer Situation, als es für die Generäle galt "zu retten, was zu retten ist", macht seine Beteiligung an den vorangegangenen Mordtaten nicht ungeschehen. Seine Ehrung bleibt die Ehrung eines Kriegsverbrechers.

4. Schülerinnen und Schülern heute in Deutschland einen General der Wehrmacht, der nachweislich und unbestreitbar persönlich für die Ermordung hunderter, ja tausender von Menschen verantwortlich ist, einen General, der einen Angriffs - Raub - und Vernichtungskrieg mit durchführte, als VORBILD zu präsentieren - ist völlig unabhängig von all seinen sonstigen Taten unverantwortlich und reaktionär. Die Ermordung von Juden und Kommunisten wird so zur "Nebensache", zur Kleinigkeit und Bagatelle degradiert. Eine solche Position ist mit demokratischen und humanistischen Grundpositionen unvereinbar.

Benjamin Artzy

TAZOBAK Nr. 1
 Schülerzeitung des Lessing-Gymnasiums
 Dezember 1995

Kontroverse um die Arbeit in der Geschichts-AG

von Philipp Röbner, Ol

Für diejenigen, die es noch nicht mitbekommen haben: Seit geraumer Zeit gibt es am Lessing-Gymnasium eine Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Herrn Streb, die mit ihren vorläufigen Ergebnissen bereits zweimal im Rahmen einer Ausstellung an die Öffentlichkeit getreten ist. Dieser Arbeitsgruppe ging es um die Aufarbeitung der Geschichte des Gymnasiums in der Zeit des Nationalsozialismus, sie wird auch weiterhin kontinuierlich um neue Ergebnisse bemüht sein.

Da eine wirklich objektive Betrachtung dieses dunklen Kapitels der deutschen Geschichte sehr schwierig ist, boten einige Texte der Ausstellung am Lessing-Gymnasium Anreiz für lebhaftere Kontroversen, was - so ist zu wünschen - letztendlich positiv und hoffentlich auch als produktiv einzuschätzen ist, denn schließlich maßt sich die Geschi-AG nicht an, die absolut gültige Wahrheit für sich gepachtet zu haben. Ganz im Gegenteil, denn, wie Herr Streb betonte, sei die Arbeit ja von Schülern und nicht von Historikern durchgeführt worden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Personen der Geschi-AG einerseits und lessingexternen Personen andererseits bewirkten zumindest, daß die Sache recht bald und für diese Verhältnisse recht ausführlich in die Lokalteile aller drei in Frankfurt ansässigen Tageszeitungen gelangte, und nunmehr auch ein Teil der Öffentlichkeit wieder interessiert auf das Lessing-Gymnasium schaut.

Die entstandene Kontroverse hat indessen weniger mit der Ausstellung, als mit den drei Portraits zu tun, die in der Aula unter den Freiheitsfarben schwarz-rot-gold hängen. Ein nicht vom Lessing-Gymnasium stammender Lehrer, Benjamin Ortmeier, eine unbestrittene Frankfurter Kraft, was die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus angeht, besuchte am Abend des Schulfestes, an welchem die Ausstellung das zweite Mal aufgebaut war, dieselbe, und beklagte sich über die Tafel, die dem Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, General Heinrich von Stülpnagel, gewidmet war. Hierzu ist zu sagen, daß in der Ausstellung im wesentlichen die Schulzeit Stülpnagels beleuchtet werden sollte und weniger sein späteres Leben, da es hier nur um die Geschichte des Gymnasiums ging, und Stülpnagel hier Gymnasiast gewesen war. Es wurde auf der speziellen Tafel ein recht positives Bild von Stülpnagel kreiert, dies aber nur aufgrund des Buches, aus dem die Informationen geschöpft wurden. Schon am Abend des Schulfests wurde aber bald klar, daß es Herrn Ortmeier weniger um den Text über Stülpnagel

in der Ausstellung ging, sondern vielmehr um die Ehrung Stülpnagels in der Aula des Lessing-Gymnasiums, in welcher er als Abiturient des Lessing-Gymnasiums mit Friedrich Karl Klausung und Cäsar von Hofacker für seine Opferbereitschaft am 20. Juli 1944 gewürdigt wird. Die Intention von Herrn Ortmeier wurde deutlich durch einen offenen Brief vom 12.10.1995 „an die Leitung und die Mitarbeiter der Geschichts-AG des Lessing-Gymnasiums, an die SchülerInnenvertretung (SV), den Elternbeirat, das Lehrerkollektiv und die Schulleitung des Lessing-Gymnasiums“. Mit großer Freude habe die Arbeit der AG registriert, für ihn aber spiele ein Problem eine gewichtige Rolle. „C.H.v.Stülpnagel, welcher in der Aula des Lessing-Gymnasiums geehrt wurde und geehrt wird“. Seine „lange vorher geäußerte Bitte, sich über den Mann gründlich zu informieren“, rühre aus seinem „Vorwissen“, daß Stülpnagel in Paris Repräsentant des Nazi-Regimes gewesen sei, bevor er zur Gruppe des Widerstands übergegangen sei. Stülpnagel war Militärbefehlshaber im besetzten Paris; dies als Vorwissen zu bezeichnen, spricht nicht für Ortmeier, denn dem Geschichtsinteressierten dürfte es bekannt sein, daß Stülpnagel als hochdekoriertes General Militärbefehlshaber im besetzten Paris und somit - neben der Schutzstaffel (SS) - ein Repräsentant „Großdeutschlands“ war. Dieses „Vorwissen“ erschließt sich, da hinreichend bekannt, nicht erst nach mühsamer Quellenforschung, sondern ist aus jedem Lexikon zu entnehmen.

Ortmeier, dessen Kompetenz hier gar nicht bestritten werden soll, schreibt in seinem offenen Brief weiter, die Ehrung eines deutschnationalen, ja pronazistischen Menschen als Vorbild für Jugendliche erscheine ihm sehr problematisch. Herr Ortmeier macht hier den grundlegenden Fehler, daß er glaubt, Stülpnagel an sich werde in seinem ganzen Wesen hier geehrt. Die Intention der Tafeln in der Aula war sicherlich, Stülpnagels Bereitschaft, im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler, sein Leben zu riskieren, zu würdigen. Nicht der Mensch Stülpnagel an sich wird als vorbildlich gewürdigt, sondern seine Tat. Daß er seinen latenten, deutschkonservativen Antisemitismus nie abgelegt hat, dies gilt heute in der Forschung als bewiesen, wer nun andererseits das Gegenteil behaupten wollte, der würde ebensowenig unwissenschaftlich vorgehen wie dies Ortmeier leider im folgenden tut. Stülpnagel sei vor einigen Jahren sogar mit Hakenkreuzschmuck an der Brust in der Aula geehrt worden, dieser Schmuck sei mit der schwarz-rot-goldenen Flagge vertauscht worden.

Diese Behauptung ist schlichtweg absurd. Der besagte „Hakenkreuzschmuck“ war der zu Nazzeiten gebräuchliche offizielle Adler, der in seinen Klauen das Hakenkreuz hielt, dieses Abzeichen war an jeder Uniform der Wehrmacht an

der rechten Brusttasche befestigt - mithin wurde dieser „Schmuck“ vom Generalfeldmarschall bis hin zum einfachen Soldaten getragen. Wenn dieser „Schmuck“ zur Standarduniform der Wehrmacht gehörte, wie kann er auf dem Foto retuschiert und dann mit den Farben schwarz-rot-gold übermalt worden sein, was absolut keinen Sinn machen würde? Möglich ist aber eine etwaige Retuschierung des Nazi-Abzeichens. Endgültige Klärung dieses Falles ist noch nicht in Sicht. Herr Streb schließt eine Verwechslung einer früher in der Aula hängenden Hessenflagge mit der Reichskriegsflagge (!!) durch einen Kollegen nicht aus.

Warum Ortmeier sich auf Behauptungen stützt, die in sich unlogisch sind, bedarf ebenfalls einer Klärung. Im weiteren seine den Schülern Informationen über die diversen Erschießungsbefehle von C.H.v. Stülpnagel unterzeichnet, vorenthalten worden. Dies stimmt nur bedingt. Der Platz für den Text auf den Tafeln in der Aula ist äußerst gering bemessen, deshalb ging diese Tatsache der Abzeichnung von Liquidierungsbefehlen in der Ukraine durch Stülpnagel dafür in den Text der Ausstellung ein. Hierzu ließ Herr Streb verlauten, Stülpnagel habe die Erschießung von jüdischen Kommunisten angeordnet, um wahllose Massaker an der übrigen Zivilbevölkerung, wie sie anderswo üblich waren, zu verhindern. Daß hier wieder die Juden als „Sündenböcke“ dienen mußten, ist klar, ebenfalls, daß Stülpnagel, wie erwähnt, kein Philosemit war. Es schließen sich hier die absolut negativen Seiten Stülpnagels auf, denn er machte durchaus den Unterschied zwischen der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten und den Juden, wobei er die Nichtjüdischen nicht herablassend behandelte, die ausländischen Juden jedoch in der Tat als „Untermenschen“ betrachtete.

Trotz dem Ortmeier seinen offenen Brief mit einer gewissen Berechtigung schreibt, wäre es trivial, die Tafel in der Aula, durch die Stülpnagel geehrt wird, einfach abzuhängen. Es gilt hier nun, eine Diskussion zu führen. Somit ist der Vorstoß Herrn Ortmeyers durchaus zu begrüßen. Der Fall gelangte an die Zeitungen, die Diskussion mit Micha Brumlick im Rahmen der 475-Jahr-Feier führte ebenfalls zu ausführlichen Berichten in der Frankfurter Tagespresse. Zudem kündigte Ortmeier an, er werde sich auch noch in der nächsten Zeit mit dem Thema beschäftigen. Dies ist wünschenswert für eine wirklich fruchtbare Diskussion in der Folgezeit. Das LG sollte dafür gewappnet sein, denn Ortmeier hat mit großer Wahrscheinlichkeit eine zahlenmäßig starke Lobby hinter sich, wie andeutungsweise zu erfahren war. Nicht abzustreiten ist, daß mit der Öffnung des Schularchivs das Gymnasium sich in einer ungemein produktiven Phase befindet, zu der Herr Ortmeier schon jetzt wesentlich beigetragen hat.

Zur Kontroverse um die Ehrung des Wehrmachts-Generals Stülpnagel in der Aula des Lessing-Gymnasiums

von Benjamin Ortmeier

Mit Interesse habe ich den Artikel "Kontroverse um die Arbeit in der Geschichts-AG" gelesen und hoffe, daß meine Anmerkungen zu diesem Artikel veröffentlicht werden.

1. Es geht um die Ehrung Stülpnagels in der Aula und nicht um Kritik an den Schülerinnen und Schüler der Geschichts-AG

Es ging mir nie um die Kontroverse mit der Arbeit der Geschichts-AG, die ich nicht genau beurteilen kann, da die Ausstellung mir als Broschüre nicht vorliegt, bzw. ich die Ausstellung viel zu kurz angeschaut habe und den Text nicht behalten habe und analysieren kann. Wenn es eine solche Broschüre gibt, werde ich gerne meine Meinung schreiben.

Völlig richtig heißt es in dem Artikel ja auch, daß es in erster Linie nicht um die Ausstellung geht, "sondern vielmehr um die Ehrung Stülpnagels in der Aula des Lessing-Gymnasiums." (Seite 5)

Insofern scheint mir die Überschrift des Artikels in die Irre zu führen.

2. Die Abiturnote des Herrn General v. Stülpnagel ist wirklich kein Argument

Allerdings war der "Aufhänger" meines OFFENEN BRIEFES eine Äußerung des Leiters der Geschichts-AG in der Frankfurter Rundschau, der ausgerechnet auf die "beste Abiturnote" des Wehrmachts-Generals Stülpnagel hinweist und einen "gewissen Stolz" des Lessing-Gymnasiums ableitet. Daß die Abiturnote dieses Generals irgend etwas mit der Einschätzung seiner Rolle in der Nazi-Zeit zu tun haben soll - das fand ich so absurd, daß ich das im OFFENEN Brief erwähnt habe. Vielleicht habe ich damit das unwahre und demagogische Manöver erleichtert, als würde ich ausgerechnet die Schülerinnen und Schüler der Geschichts-AG angreifen. Im Klartext, das habe ich nicht getan. Es ging um die in der FR öffentlich geäußerte Meinung des Herrn Streb, der ich auch öffentlich widersprochen habe.

3. Die Ehrung des Generals von Stülpnagel in der Aula bezieht sich zwangsläufig auf seine Person und nicht auf eine einzelne Handlungen

Ich übergehe das Späßchen mit dem "Vorwissen" - gemeint war, daß ich zu Beginn über die einzelnen

Henker-Befehle des Generals nicht genau informiert war, weil ich mich Jahre nicht mit dieser Frage beschäftigt hatte - und komme zum zentralen Punkt des angeblich "unwissenschaftlichen" Vorgehens.

"Herr Ortmeier macht hier den grundlegenden Fehler, daß er glaubt, Stülpnagel an sich werde in seinem ganzen Wesen hier geehrt". (S.5)

Hier ist in der Tat der springende Punkt angelegt.

Eine Ehrung eines Menschen bedeutet nicht, daß alles an diesem Menschen gut war. Aber sie bedeutet, daß "unter dem Strich" dieser Mensch ein Vorbild war, das negative also als geringfügig eingeschätzt wird. Eine Ehrung würde man nicht vornehmen, wenn ein Mensch zwar diese oder jene "gute Tat" begangen hat, sein gesamtes Leben aber durch Verbrechen gekennzeichnet und überschattet ist.

Um ein einfaches Beispiel zu nennen: Ein Mensch, der 15 Frauen vergewaltigt hat, noch nicht verhaftet wurde und dann aus dem Umständen heraus jemand vor dem Ertrinken rettet oder einen anderen Vergewaltiger von einer Vergewaltigung abhält - ist dieser Mensch kein Verbrecher mehr, der ins Gefängnis gehört? Sicher wird man sein positives Verhalten mit Berücksichtigen - aber seine vorherigen Taten können durch nichts und niemand aus der Welt geschaffen werden.

Und in unserem Fall handelt es sich ja nicht um solche Alltagsverbrechen, sondern um die militärische Absicherung von Raub und Massenmord im geschichtlich einmaligen Umfang (von Vergewaltigungshandlungen deutscher Soldaten einmal hier abgesehen). Dafür war Stülpnagel in der Ukraine und in Frankreich militärisch verantwortlich.

Ich zu ehren, heißt diese Verbrechen für Bagatellen, für nebensächlich zu erklären. Und das ist fürchterlich und verletzend.

4. General von Stülpnagel war kein "Schwarz-rot-goldener"

Was die "schwarz-rot-goldene" Flagge angeht: Auch das ist eine Geschichtsfälschung, denn diese Farben passen zur Wehrmachts-Generalität überhaupt nicht. Auch hier ist zu klären, wann diese Flagge zu den Fotos dazu gestellt wurde.

Die Kombination betrachte ich insofern als eine Geschichtsfälschung, als emotional suggeriert wird, als wäre Stülpnagel ein "schwarz-rot-goldener" gewesen - und das war er gewiß nicht.

5. Für die Lüge, General von Stülpnagel habe "Paris vor der Zerstörung gerettet" ist genug Platz in der Aula. Für die Benennung seiner wesentlichen Verbrechen nicht?

Eher ein Witz ist wohl die Bemerkung, daß die Erschießungsbefehle des Herrn Generals aus "Platzgründen" nicht auf der Ehrentafel benannt seien. ("Der Platz für den Text auf den Tafeln in der Aula ist äußerst gering bemessen, deshalb...", heißt es in der Schülerzeitung)

Auf der Stülpnagel-Tafel ist genug Platz für die Lüge, daß der General Paris vor der Zerstörung gerettet habe.

Es steht fest und wird wohl auch von den Stülpnagel-Verehrern nicht bestritten, daß dies eine Lüge ist, eine glatte Geschichtsfälschung.



Und auch hier geht der Vorwurf nicht an die Schülerschaft des Lessing-Gymnasiums, sondern an die Schulleitung: Es kann nicht angehen, daß die Schulleitung einer Schule wissenschaftlich duldet, daß in der Aula Geschichtsfälschung betrieben wird.

Übrigens: Wir wäre es, wenn eine Plakatwand mit allen Verbrechen des General von Stülpnagels - mindestens mit den wesentlichen Verbrechen, denn für alle reicht der Platz wirklich nicht aus -- von

mutigen Schülerinnen und Schülern zunächst NEBEN der Ehrentafel aufgehängt wird?

6. Stülpnagel ist auch in der wissenschaftlichen Forschung umstritten, daher darf Schülerinnen und Schüler nicht EINE Ansicht als DIE Wahrheit vorgestellt werden. Daher muß er und wird er abgehängt werden.

Zum Schluß:

"Das Lessing-Gymnasium (LG) sollte dafür (für eine wirklich fruchtbare Diskussion) gewappnet sein, denn Ortmeier hat mit großer Wahrscheinlichkeit eine zahlenmäßig starke Lobby hinter sich.."

Schön wär's, richtige Positionen in Deutschland, sind aber meistens Minderheitenpositionen. Die Stärke liegt nicht in einer ominösen "Lobby" (eine merkwürdige Assoziation), die Stärke der Gegner von Stülpnagels Ehrung liegt einfach darin, daß

a) seine Verbrechen wenigstens teilweise sehr konkret dokumentiert sind, auch wenn die Nazis viele Dokumente ihrer Verbrechen vernichtet haben

b) in der wissenschaftlichen Forschung es keinesfalls, wie von den Verteidigern der Ehrung Stülpnagels behauptet wird nur eine Meinung, eine positive Gesamteinschätzung gibt, sondern daß es bei Historikern [wie etwa Manfred Messerschmidt, in seinem Artikel "Militärische Motive zur Durchführung des Umsturzes", abgedruckt im Taschenbuch J. Schmädcke / Peter Steinbach (Hg), 3. Auflage Mai 1994, Piper Verlag München "Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus] kontroverse Meinungen zu Stülpnagel gibt

c) daher die Schule nach dem sogenannten "Überwältigungsverbot" nicht den Schülern EINE Meinung als die allein richtige vorgeben darf. Genau das geschieht aber im Lessing-Gymnasium.

Alein die Tatsache, daß es eine klar benennbare wissenschaftliche Kontroverse um die Gesamteinschätzung dieses Generals gibt, reicht aus, damit auch jene aus methodischen Gründen gegen die Ehrung sind, die nicht eine negative Meinung über diesen General wie ich haben, sondern lediglich sagen: Das ganze ist nicht EINDEUTIG, daher darf eine Schule hier Schülerinnen und Schülern nicht EINE Meinung durch eine emotionale Ehrung dieses Generals vorgeben.

Daher muß man kein Prophet sein, um zu wissen, daß dieser fürchterliche General nicht mehr lange dort hängen wird. Das ist der Punkt, und keine obdunkere "Lobby", vor der irgend jemand sich "wappnen" muß.

Stellungnahme zum Brief von Herrn Benjamin Ortmeier

von Philipp Rößner und Dennis Schöneborn (Mitglieder der Geschichts-AG)

Benjamin Ortmeiers Text ist, wie aus einem beiliegenden Brief vom 17.12.95 ersichtlich, als Antwort auf den Artikel von P.Rößner in der Schülerzeitung „Tazobak“ Ausgabe 1 konzipiert. Diese Konzeption ist jedoch nicht haltbar. Es wird vielmehr Stellung zu der Stülpnagel-Ehrung an sich bezogen und nur an wenigen Stellen auf den Tazobak-Artikel eingegangen, zu dem ja eigentlich, folgt man zumindest dem abgedruckten Brief, Stellung bezogen werden sollte. Daher werden wir versuchen, in der folgenden Stellungnahme differenzierter auf Herrn Ortmeier einzugehen.

Punkt 1: *Es geht um die Ehrung Stülpnagels in der Aula und nicht um Kritik an den Schülerinnen und Schülern der Geschichts-AG.*

Hierzu stellen wir fest: Die Überschrift des Artikels ist in der Tat eine eher verunglückte Wahl, die aus der Tatsache resultiert, daß in die ursprüngliche Konzeption ein weiterer kontroverser Punkt, der die Arbeit der Geschichts-AG im Gegensatz zur Stülpnagel-Kontroverse direkt und allein tangiert, eingeplant war, dieser aber aus Platzgründen aus dem Artikel herausgekürzt wurde, wobei versäumt wurde die nun nicht mehr ganz zutreffende Überschrift abzuändern.

Punkt 2: *Die Abiturnote des Herrn General v. Stülpnagel ist wirklich kein Argument.*

Herr Ortmeier bezieht sich hierbei auf eine Formulierung, für die der Verfasser des angesprochenen Artikels in der Frankfurter Rundschau verantwortlich zu machen ist, nicht jedoch der Herr Streb, der eine Aussage in dieser Form nie getätigt hat.

Punkt 3: *Die Ehrung des Generals von Stülpnagel in der Aula bezieht sich zwangsläufig auf seine Person und nicht eine einzelne Handlung.*

Nach unserer Meinung geht Herr Ortmeier hier und im folgenden von mehreren falschen Grundprämissen aus, auf denen seine gesamte Argumentation im wesentlichen beruht.

Die erste unserer Meinung nach falsche Grundprämisse ist in der abgedruckten dritten These Ortmeiers enthalten. Wir sind der Meinung, daß man Stülpnagel für seine Tatbereitschaft am 20. Juli 1944 durchaus ehren kann. Deswegen ist der Mann an sich noch lange kein Vorbild - man führe sich einmal vor Augen, daß Stülpnagel in der Tat ein Demokratieverächter war. Doch allein seine Courage am 20. Juli und der Faktor, daß es nicht viele andere ähnlich entschlossene Personen gab, machen - unserer Meinung nach - eine (spezifische) Ehrung vertretbar. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Der Wille, an der Beseitigung Hitlers mitzuwirken, ist in diesem Fall das Vorbildhafte. In welchem Kontext dieser Wille stand, ist eine andere Frage. Sicherlich spielte der militärpolitische Aspekt bei Stülpnagel eine übergeordnete Rolle (siehe M. Messerschmidt). In der Retrospektive auf eine Zeit des Mitläufertums genießt unserer Meinung nach die Ehrung der Widerstandshandlung selbst

Vorrang gegenüber der Verurteilung der Widerstandshandlung aufgrund der ihr zugrundeliegenden Motive. Stülpnagel muß durchaus nicht unterm Strich ein Vorbild sein.

Des weiteren stellen wir fest: Das Beispiel mit der Vergewaltigung, das Ortmeier anführt, ist in hohem Maße unseriös; der Vergleich mit Stülpnagel ist nicht ernstzunehmen, da er unserer Meinung nach die Materie nicht trifft. Da hier schon die philosophische Disziplin der Hermeneutik auf das Stülpnagel-Problem angewandt wird, möchten wir ein anderes Beispiel anführen: Die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Yassir Arafat. Arafat wird hierbei für seine Friedensbereitschaft geehrt trotz seiner terroristischen Vergangenheit. So wie im Nahen Osten nur wenige bereit zur Kooperation sind, so gab es im Dritten Reich nur wenige, welche offen Widerstand übten.

Im übrigen möchten wir feststellen, daß wir in einem Staat leben, in dem Vergewaltigungen glücklicherweise noch nicht zu den „Alltagsverbrechen“ gehören, als welche sie Ortmeier tituliert.

Punkt 4: *General von Stülpnagel war kein „Schwarz-rot-goldener“*

Dieser These liegt eine weitere unserer Meinung nach falsche Prämisse zugrunde. Dafür, daß die schwarz-rot-goldene Flagge zu den Porträts gestellt wurde, ist mitnichten die Schule verantwortlich, sondern eine SPD-geführte Stadtregierung unter Walter Kolb. Auch wir können uns Herrn Ortmeyers Meinung dahingehend anschließen, daß die Kombination schlecht gewählt ist, da Stülpnagel in der Tat nicht als Demokrat zu bezeichnen ist.

Punkt 5: *Für die Lüge, General von Stülpnagel habe „Paris vor der Zerstörung gerettet“ ist genug Platz in der Aula. Für die Benennung seiner wesentlichen Verbrechen nicht?*

Es stellt sich uns die Frage, wo Herr Ortmeyer das oben genannte Zitat, daß nämlich Stülpnagel für die Rettung von Paris vor der Zerstörung verantwortlich sei, hernimmt, da dies keineswegs aus dem Text der Gedenktafel hervorgeht.

Die dritte unserer Meinung nach falsche Grundprämisse findet sich in Herrn Ortmeyers Ausführungen über die Verantwortlichkeit Stülpnagels für die erwähnten Verbrechen, zu deren Nennung angeblich nicht einmal eine „Plakatwand“ ausreichen würde. Wir gehen davon aus, daß die Verbrechen, deren Befehle Stülpnagel willentlich unterzeichnet hat, nur an der Ostfront begangen wurden, aber nicht das Ausmaß von umfassenden Vernichtungskonzeptionen hatten, wie sie beispielsweise Hitler oder Himmler vorschwebten. Wir räumen ein, daß Stülpnagel gewiß kein Philosemit war, zudem halten wir ihn für einen Anti-Kommunisten. Jedoch sollte man auf keinen Fall vergessen, daß sich Stülpnagel in Frankreich gegen die Judendeportationen gewehrt hat in dem Bewußtsein, daß ihr Ziel die Vernichtungslager waren.

Punkt 6: *Stülpnagel ist auch in der wissenschaftlichen Forschung umstritten, daher darf Schülerinnen und Schülern nicht EINE Ansicht als DIE Wahrheit vorgestellt werden. Daher muß und wird er abgehängt werden.*

An dieser Stelle widerspricht sich Herr Ortmeyer selbst, da er einerseits fordert, nicht eine Ansicht als die objektiv richtige Wahrheit hinzustellen, andererseits habe er selbst für sich die Einsicht in die objektiv richtige Wahrheit gepachtet, da er sich anmaßt zu entscheiden, daß Stülpnagel abgehängt werden solle. Auch ist es fragwürdig, seiner Position die objektive Richtigkeit zuzuweisen und diese dann als Minderheitenposition zu qualifizieren („Richtige Positionen in Deutschland sind aber meistens Minderheitenpositionen“).

Anmerkung der Redaktion:

Die beiden Stellungnahmen spiegeln ausschließlich die Meinung der Autoren wieder. Am 28.2. findet im DGB-Haus eine Diskussionsrunde der GEW zum Thema Stülpnagel statt. Die Podiumsdiskussion im Lessing-Gymnasium findet voraussichtlich am 12. oder 14. März statt.

Lessing-Gymnasium, Fürstenbergerstraße 166, 6000 Frankfurt am Main I

Herrn
Benjamin Ortmeyer
Bleichstraße 38a

60313 Frankfurt

Telefon Durchwahl

10 691 212-55 20 / 51 36

Ihre Nachricht / Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Dr. M/p

Datum

25.10.1995

"Offener Brief" vom 12.10.1995

Sehr geehrter Herr Ortmeyer,

hiermit bestätige ich Ihnen den Eingang des v.g. Schreibens.

Da ich die Leitung des Lessing-Gymnasiums erst im September 1994 übernommen habe und Einzelheiten zu dem angesprochenen Komplex bislang nicht kenne, kann ich mich verständlicherweise zu inhaltlichen Fragen nicht äußern.

Zum Hintergrund der von Ihnen kritisierten "Ehrung" verweise ich auf einen diesbezüglichen Artikel in der Frankfurter Neuen Presse vom 11. Juli 1955.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Klaus Meyer)
Oberstudiendirektor

Benjamin Ortmeyer

Danneckerstraße 4
60594 Frankfurt am Main

Telefon (069) 61 42 91

Benjamin Ortmeyer - Danneckerstraße 4 - D-60594 Frankfurt am Main

An die Schulleitung des
Lessing-Gymnasiums
Herrn Oberstudiendirektor
Dr. Klaus Meyer
Fürstenbergerstr. 166
60 322 Frankfurt am Main

18. November 1995

Sehr geehrter Herr Dr. Meyer,

ganz herzlichen Dank für Ihre nette Begrüßung auf der Veranstaltung des Lessing-Gymnasiums "Erzählcafe" und Ihren Brief vom 25. Oktober 1995. Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Diskussion auf dieser Veranstaltung und im Umfeld dieser Veranstaltung.

1. Sehr wohl sehe ich das Problem, daß ich mich "einmische", möchte aber zu Bedenken geben, daß die öffentliche Debatte über Herr von Stülpnagels Ehrung im Lessing-Gymnasium durch die mir unqualifiziert erscheinenden Ausführungen von Herrn Streb in der FR vom 24.8.1995 begonnen wurde. Darauf habe ich reagiert. Gefreut haben mich besonders die einleitenden, lobenden Worte der Vorsitzenden des Bundes der Freunde des Lessing-Gymnasiums. Hier spürte ich echtes Interesse an der Diskussion. Genau darum geht es mir.

2. Sehr wohl sehe ich das Problem, daß ich die Frage des Ordens an der Brust mit dem Hakenkreuz oder des Reichsadlers mit dem Hakenkreuz an der Brust nur vom Hörensagen ehemaliger Lessing-Schüler kannte. Es ist völlig logisch, daß ein General des 2. Weltkrieges ein Hakenkreuz an der Brust trug - möglicherweise wurde er wegretuschiert oder es gab ein neues Foto oder das Foto wurde beschnitten, so daß das etwas tiefer hängende Hakenkreuz auf dem in der Aula nun hängenden Bild nicht mehr zu sehen ist. Ich wollte anregen, diesen Punkt zu recherchieren, ebenso die Frage, wieso und seit wann die Bundesflagge schwarz-rot-gold wirklich unter diesem Bild hing, wann DIESES Bild im Glasrahmen aufgehängt wurde, wieweit - nicht unlogisch erscheinende - Erinnerungen stimmen, daß die zu der deutsch-nationalistischen Einstellung des Generals passende Reichskriegsflagge zeitweilig im Lessing-Gymnasium hing usw. Diesen Punkt - der sicher nicht den Kern betrifft - bitte ich einfach der Klärung halber mit Hilfe Ihrer Schulchronik zu recherchieren und mir mitzuteilen, ob ich in meinem OFFENEN BRIEF nachweislich falsche oder nicht genau zu recherchierende Erinnerungen ehemaliger Lessing-Schüler wiedergegeben habe. Gerne hätte ich auch den FNP Artikel von 1955 als Kopie.

3. Was die geplante Diskussion angeht, bitte ich schon im Vorfeld nachdrücklich darum, daß diejenigen, die die Debatte angestoßen haben, nicht vom Podium

ausgeschlossen werden, daß insbesondere Beate Klarsfeld als Vertreterin der ermordeten jüdischen Kinder in Frankreich nicht von einem solchen Podium ausgeschlossen wird.

Dabei rege ich an, im Vorfeld dieser Diskussionsveranstaltung einmal im Lessing-Gymnasium die vorhandenen Fotos der ermordeten jüdischen Kinder aus Frankreich mit Namen und Alter aufzuhängen, um deutlich zu machen, daß es nicht allein um Details militärhistorischer Forscher, sondern vor allem um moralische Bewertung geht. Es wäre aus meiner Sicht ein Skandal, wenn nur deutsche Militärgeschichtler auf dem Podium sitzen und über Details Fachwissen ausbreiten. Serge und Beate Klarsfeld haben mir zugesichert, so oder so auf diese Veranstaltung zu kommen.

4. Dabei möchte ich betonen, daß ich einen Unterschied zum Stand der Forschung 1955 und 1985 sehe, daß heute auch in Deutschland die Befehle zum "vermehrten Kampf gegen das Judentum" und zur Geißelerschießungen jüdischer Jugendlicher in der Ukraine usw bekannt sind.

Heute diese Dinge zu verschweigen - das ist schlimm.

Noch schlimmer ist jedoch, diese Dinge klar zu benennen und dann als Nebensache zu erklären, die angeblich nichts daran ändern könnten, daß Herr General v. Stülpnagel ein Vorbild für die Jugend sei. Ich befürchte, daß ein Teil des Kollegiums gerade diesen, die Relativierung des Holocaust betreibenden Ansatz verfolgt.

Ich freue mich um so mehr, daß im Kollegium und in der Schülerschaft Stimmen deutlicher werden, die gerade diese unerhörte antisemitische Provokation auch als solche erkennen.

Ich habe mich über Ihren freundlichen Brief umso mehr gefreut, da ich auf meinen Brief an die vorherige Schulleitung vom Oktober 1993 KEINE ANTWORT erhalten hatte. Ich lege den Brief als Kopie nochmals anbei. Es würde mich sehr interessieren, wie die Forschungen über die ermordeten jüdischen Lessingschüler vorangehen, welche Zeiträume angepeilt werden, um hier zu Ergebnissen zu kommen. Außerdem wäre es für mich hochinteressant zu erfahren, ob die Mitteilung der Schulleitung von 1958 stimmt, daß außer ein paar Abitursaufsätze das ganze Archiv " völlige Vernichtung" erfahren habe. (Anbei eine Kopie von Herrn Sarton aus dem Jahre 1958, die ich vor einigen Tagen erhielt.)

Gerne würde ich mit Ihnen vor der Veranstaltung ein persönliches Gespräch führen und bitte Sie um Terminvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Artmeijer

PS: Bitte geben Sie eine Kopie dieses Briefes an die Vorsitzende des "Bundes der Freunde des Lessinggymnasiums", an den Personalrat, die SV und die Eltervertreter. Vielen Dank.

60 322

Lessing-Gymnasium, Fürstenbergerstraße 166, ~~60550~~ Frankfurt am Main 1

Herrn
 B. Ortmeier
 Danneckerstraße 4
 60594 Frankfurt am Main

Telefon Durchwahl

10 691 212355 20 / 51 36

ihre Nachricht / Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Dr. Me/p

Datum

09.02.1996

Sehr geehrter Herr Ortmeier,

Ihr Leserbrief in der FAZ vom 22.01.1996 erinnerte mich daran, daß ich Ihnen noch eine Antwort schulde auf Ihr Schreiben vom 18.11.1995.

Einige Ihrer Fragen will ich Ihnen gerne beantworten, im übrigen müßten Sie sich ggf. an die zuständige Fachbereichsleiterin, Frau Koll. Jahr-Härtelt, wenden.

Zum eventuellen früheren Aussehen bzw. zur Veränderung der in der Aula hängenden Fotos habe ich nichts in Erfahrung bringen können, zumal offenbar Generationen von Schülerinnen und Schülern achtlos an den Abgebildeten vorbeiliefen. Die Diskussion wurde auch nicht etwa von außen in Gang gesetzt, sondern durch unsere Geschichts-AG unter der Leitung des Kollegen Streb, die ihre Arbeit zu jener Thematik aufnehmen konnte, da ich als Schulleiter (seit September 1994 am Lessing-Gymnasium im Amt) keine Einwände gegen die Öffnung und Auswertung des Archivs hatte.

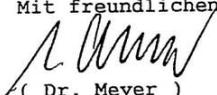
Nach der Aussage des früheren Schulleiters und noch lebender Pensionäre, die sich an die damaligen Zeiten erinnern können, wurde 1955 in der Paulskirche die Bundesflagge übergeben und eben diese Fahne steht noch heute in der Aula. Wer könnte allen Ernstes glauben, daß von einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister - ausgerechnet in der Paulskirche - unserer Schule eine Reichskriegsflagge überreicht worden wäre!

- 2 -

Im Hinblick auf das Schreiben von Herrn Dr. Richter an Herrn Sarton muß ich leider bestätigen, daß die archivierten Akten der Schule - vermutlich infolge der Besetzung durch die Amerikaner - bis zum Jahr 1933 abhanden gekommen bzw. vernichtet worden sind. Von 1933 an sind die Abiturunterlagen nicht ganz vollständig, ansonsten aber ist das Archiv unversehrt.

Ein abschließendes Wort zur geplanten Expertenrunde: Diese wird auf Beschluß der Schulkonferenz als Schulveranstaltung stattfinden; die Presse ist selbstverständlich geladen.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Meyer)
Oberstudiendirektor

Stellungnahme einer Lehrerin und eines Lehrers des Lessing-Gymnasiums, die von der Mehrheit des Kollegiums nicht akzeptiert und über die nicht abgestimmt wurde.

Stellungnahme zu B. Ortmeiers "Offenem Brief"

1. Zum Hintergrund des Konflikts und B. Ortmeiers Behauptung: „Ich erfuhr nun, daß dieser Mann vor einigen Jahren sogar mit „Hakenkreuz-Schmuck“ in einem Orden an der Brust in der Aula geehrt wurde.“

Aus Anlaß der fünfzigsten Wiederkehr des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 und des 475jährigen Jubiläums des Lessing-Gymnasiums widmeten sich verschiedene Schülergruppen im Rahmen von Geschichtsleistungskursen und einer Arbeitsgemeinschaft der Vergangenheit der Schule. Einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit bildete die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus: Man versuchte unter anderem herauszufinden, inwieweit sich die Schule den ideologischen Vorgaben des Nazi-Regimes anpaßte oder widersetzte.

In diesem Zusammenhang wurden die Unterlagen des Schularchivs (Konferenzprotokolle, Schülerakten, Abiturarbeiten) ausgewertet, Zeitzeugen befragt und vor allem die themenspezifische Literatur herangezogen.

Didaktische Zielsetzung dabei war sowohl das Heranführen der Schüler an wissenschaftliche Arbeitsweisen als auch das Anfertigen eigener Stellungnahmen. Ergebnisse dieser Auseinandersetzung mit der eigenen Schulgeschichte waren eine Broschüre und eine Ausstellung.

Innerhalb dieser Arbeiten beschäftigen sich Schüler und Lehrer auch mit den drei Widerständlern Carl-Heinrich v. Stülpnagel (Abiturient 1904), Cäsar von Hofacker (Abiturient 1914) und Friedrich Karl Klausling (Abiturient 1938), die wegen ihrer maßgeblichen Beteiligung am 20. Juli 1944 in Plötzensee hingerichtet wurden.

Diesen drei Persönlichkeiten ist eine Gedenktafel in der heutigen Aula des Lessing-Gymnasiums gewidmet, deren Genese in die Stadt- und Schulgeschichte der 50er Jahre zurückweist. Die Kulturpolitik dieser Zeit (vgl. entsprechende Erlasse, z.B. 8.6.1955), so auch die ersten Oberbürgermeister der Stadt, Walter Kolb und Walter Bockelmann, pflegten das lebendige Gedenken an diesen Widerstand des 20. Juli; dies wurde sinnfällig durch mehrere Jahresfeiern in der 1948 wiederhergestellten Paulskirche, der Stätte freiheitlich-demokratischer Tradition (vgl. Mitteilungen der Stadtverwaltung, z.B. Heft 29). So hatte Frau K. Illing, Leiterin des Seminars für Politik, dem Lessing-Gymnasium mitgeteilt, daß diese Schule wegen der Beteiligung dreier ehemaliger Schüler an den Vorgängen des 20. Juli 1944 in den Mittelpunkt einer solchen öffentlichen Feierstunde gestellt werde (vgl. Konferenzprotokoll 1.7.1955). Neben dem OB, Dr. Walter Kolb, und dem Rektor der Universität, Prof. Neumark, sprach der Lessing-Abiturient Alexander Pflüger über die Stellung der deutschen Jugend zum Opfer der Widerstandsbewegung. Am Ende der Feierstunde wurde dem Lessing-Gymnasium eine schwarz-rot-goldene Gedächtnisfahne, stellvertretend für alle Frankfurter Schulen, zur Verwahrung übergeben (vgl. Jahresbericht LG 1955/56, Frankfurter Neue Presse 12.7.1955). Gleichzeitig überreichte die Frankfurter Stadträtin, Frau Elli Horeni, eine Plakette mit der Inschrift: "Wir haben recht getan, damit ihr recht tun könnt", die der Präsident des Kuratoriums 20. Juli, Dr. Walter Bauer, gestiftet hatte.

In Vorbereitung dieser Feierstunde war in einer Gesamtkonferenz am 1.7.1955 vom Kollegium beschlossen worden, Bilder der drei Widerstandskämpfer zu "besorgen, die ebenfalls im Schulgebäude einen ehrenvollen Platz erhalten" sollten. Diese Gedenkstätte wurde dann am 16.6.1956 in einer Feierstunde eingeweiht, an der u.a. Vertreter der Stadt, der Schulaufsichtsbehörde und auch Angehörige von Cäsar von Hofacker und Friedrich Karl Klausing teilnahmen. Der Direktor der Schule, Dr. Will Richter, wies damals in seiner Rede auf die Gemeinsamkeit hin, die "das Handeln der Verschworenen vom 20. Juli 1944 mit dem der Kämpfer von 17. Juni 1953 verbinde", mit den gleichen Wurzeln und dem gleichen Ziel, "dem Leid an der Herrschaft des Unrechts und der Überzeugung, daß die Beseitigung solcher Willkürherrschaft nicht nur verantwortet werden kann, sondern selbst Verantwortung bedeutet." (Mitteilungsblatt "Bund der Freunde des LG", September 1956)

Um den damals breiten gesellschaftlichen Konsens zu verdeutlichen, sei noch auf die vom Magistrat unter Walter Bockelmann veranstaltete Gedenkstunde am 17. Juli 1957 in der Paulskirche verwiesen, an der Vertreter der Kirchen, u.a. Martin Niemöller, der Universitäten, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, vor allem aber der Frankfurter Jugend teilnahmen: Der Lessing-Schüler Günter Poser sprach damals von dem Vermächtnis der Widerstandskämpfer an die junge Generation.

Bedenkt man diesen Kontext, so erscheint eine Ehrung mit "Hakenkreuzschmuck" wie in B. Ort Meyers 'Offenem Brief' behauptet, als völlig ausgeschlossen, ganz abgesehen von den rechtlichen Konsequenzen für eine öffentliche Institution, wenn sie in ihrer Aula Nazi-Devotionalien präsentiert.

2. Zu B. Ort Meyers Aussage, wonach „dieser General in Paris Repräsentant des Nazi-Regimes war, bevor er zur Gruppe jener übergang, die nicht in erster Linie aus moralischen Gründen, sondern vor allem, (weil der Krieg verloren war), aus militärischen Überlegungen heraus, Hitler beseitigen wollten“:

Die uns vorliegende Literatur zählt Carl-Heinrich von Stülpnagel übereinstimmend seit 1938 zur Gruppe der militärischen Opposition gegen Hitler (vgl. z. B. Reynolds 1977, M. Messerschmidt 1986, J. Fest 1994, H. Krausnick 1985 und K.J. Müller 1988). Keiner dieser Historiker gelangt zu dem Schluß, von Stülpnagel sei "ein Judenfeind" (FR vom 30.10.95) bzw. "einer der zu Recht meist gehaßten Männer des deutschen Nazi-Regimes" (Offener Brief B. Ort Meyers).

Zur Person Carl-Heinrich von Stülpnagels und seiner Rolle während des 3. Reiches ist zu bemerken, daß die von Herrn Ort Meyer vorgetragene Punkte sämtlich der historischen Forschung bekannt sind. Sie erfahren dort aber eine andere Wertung.

- Der Erschießungsbefehl vom 30. Juli 1941 wird auch als Entschärfung eines viel drastischeren OKH-Befehls gesehen. Am 4.10.1941 legte er sein Kommando wegen Differenzen mit dem OKH nieder. (H.J. Müller 1994)
- In seiner Position als Militärbefehlshaber in Paris lehnte er Geiseler-schießungen grundsätzlich ab; sie wurden unter ihm drastisch reduziert und schließlich ganz eingestellt. (u.a. Brief von Moltke vom 8.6.1943)
- Die Deportation der Juden aus Frankreich gehörte seit Juni 1942 zum Zuständigkeitsbereich des SD, der mit "eigener Exekutive ausgestattet, keiner weiteren Amtshilfe der Militärverwaltung bedurfte" (W. Bargatzky 1987). In diesem Zusam-

menhang beklagte sich Himmler in einem Brief vom 31.7.1944 bei Mutschmann, daß die Deportation der Juden aus Frankreich durch "das sehr mißliche Verhältnis" zum dortigen Militärbefehlshaber behindert worden sei. (H. Heiber, 1968)

- Auch in Publikationen zur jüdischen Geschichte wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der Judentransporte unter Stülpnagel zurückging. (Sasson, Bd.3, 1980)

Beispielhaft sei hier auf die Arbeiten von H.J. Müller verwiesen, die auf der Basis einer differenzierten Betrachtung und Würdigung historischer Begleitumstände zu einer differenzierten Einschätzung gelangen: Stülpnagels Lebensweg war "durch tiefe politische, gesellschaftlich Umbrüche, vor allem durch schwere politisch moralische Herausforderungen geprägt. Als 'Soldat im Untergang' verband sich sein persönliches Schicksal mit dem Ende einer Epoche preußisch-deutscher Militärgeschichte. Er war aber zugleich 'Soldat im Widerstand' und gab als solcher eine menschlich eindrucksvolle Antwort auf die Herausforderung durch ein verabscheuungswürdiges System, dem er diente, mit dem er aber frühzeitiger und konsequenter als andere brach, wofür er schließlich den höchsten Preis gezahlt hat."

Abschließend sei noch einmal betont: Uns geht es nicht um eine Heroisierung des Generals von Stülpnagel, nur wehren wir uns gegen eine einseitige und verkürzte Darstellung, die den Ansprüchen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Materie nicht gerecht wird. Wir verwahren uns ebenso gegen eine unterschwellige Einordnung unserer Schule in ideologische bzw. parteipolitische Lager.

**Dokumente
aus der NS-Zeit**

**Stellungnahmen
von Historikern**

Befehl von Heinrich von Stülpnagel vom 30.7.1941

Zitiert nach Helmut Krausnick: Hitlers Einsatzgruppen, Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938 - 1942, Frankfurt am Main, August 1989, S. 191 (Hervorh. im Original)

»Kollektive Maßnahmen *nicht wahllos* treffen!
 Soweit die auslösende Tat der *ukrainischen* Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen. Durch solchen Druck soll die Bevölkerung zur Anzeigepflicht [sic] gezwungen werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die aktiven älteren Kommunisten zum größten Teil geflohen sind oder sich in benachbarter Gegend so verborgen halten, daß sie für *raschen* Zugriff nicht erreichbar sind. Zahlreicher zurückgeblieben sind die Angehörigen der *russ[ischen] Staatsjugend* (Komsomolzen). Auf sie kann bei Notwendigkeit raschen Zugriffs notfalls zurückgegriffen werden. Besonders die *jüdischen Komsomolzen* sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen.«

17. Armee, Ic/AO (gez. Stülpnagel) an Korpskommandos.
 Kopie an den Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Süd. 30. Juli 1941
 NOKW - 1693

Quelle auch bei R. Hillberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt am Main 1993

Der Militärbefehlshaber
in Frankreich
Kommandostab Abt. Ic / I 2

Geheim!

17.4.42 *Vput*

Nr. 1850/42 gch.
V pol 259/988/42 / Vju 182/42 g

Betr.: 16.4. Anschlag auf SF-906 bei Caen.

An

Bezirk A

1.) Es ist zu veranlassen, dass bis auf weiteren je 20 Angehörige der frs. Zivilbevölkerung als Zugbegleit-Leute in den SF-Zügen 806 (ab Cherbourg 19.10 Uhr, an Amiens 4.30 Uhr) und im SF-906 (ab Amiens 21.20 Uhr, in Cherbourg 6.27 ^Uhr) von Cherbourg bis Amiens und zurück mitfahren.

Die frs. Zugbegleitleute sind in 2 Gruppen von je 10 Mann in der Weise in die SF-Züge einzuordnen, dass 10 Angehörige der frs. Zivilbevölkerung im ersten Wagen hinter der Lokomotive, 10 in einem Wagen etwa in der Mitte des Zuges mitfahren. Die Unterbringung während der Fahrt muss völlig getrennt von den Fronturlaubern in besonderen Abteilen erfolgen.

Zur Durchführung werden die nachstehenden Richtlinien gegeben:

a) Die frs. Zugbegleit-Leute sind von dem Präfekten von St. LÖ dem zuständigen Feldkommandanten zu benennen. Es sollen Angehörige aller Stände sein. Der Feldkommandant kann dem Präfekten für die Benennung namentliche Auflagen machen. Es ist zu vermeiden, dass von dem Präfekten solche Angehörige der frs. Zivilbevölkerung in Vorschlag gebracht werden, die in besonderer Masse als deutsch-freundlich oder kollaborationistisch bekannt sind. Der Präfekt hat

daher rechtzeitig Namenslisten vorzulegen.

b) Der Präfekt von St. Lô hat die frz. Zugbegleit-Leute jedes Transportes 2 verantwortlichen Aufsichtspersonen zu unterstellen. Die frz. Zugbegleit-Leute sind verpflichtet, den Anweisungen dieser Aufsichtspersonen nachzukommen. Die Aufsichtspersonen haften dafür, dass sich die frz. Zugbegleit-Leute vom Transport nicht entfernen und allen noch im einzelnen zu treffenden Anweisungen der Besatzungsmacht entsprechen. Es ist den frz. Zugbegleit-Leuten zu eröffnen, dass sie im Falle von Zuwiderhandlungen, insbesondere der unerlaubten Entfernung, bestraft werden.

c) Der Präfekt von St. Lô regelt die Verpflegung der frz. Zugbegleit-Leute sowie deren Unterbringung in Amiens.

d) Der Präfekt von St. Lô ist dafür verantwortlich, dass sich jeder Transport jeweils 2 Stunden vor Abgang des Zuges bei dem Bahnhofs-offiz. bzw. der Bahnhofswache Cherbourg meldet.

Der Bahnhofs-offiz. Cherbourg übergibt die frz. Zugbegleit-Leute dem deutschen Zugbegleit-offiz. Dieser übt die Aufsicht über die frz. Zugbegleit-Leute aus.

Nach Ankunft in Amiens sind die frz. Zugbegleit-Leute dem Bahnhofs-offiz. bzw. der Bahnhofswache Amiens zu übergeben. Dieser veranlasst, dass ordnungsgemäße Meldung 2 Stunden vor Abgang des Zuges von Amiens gewährleistet ist. Die Zugbegleit-Leute können bis dahin in die Stadt entlassen werden.

2.) Die gleiche Massnahme gem. Ziff. 1.) ist für alle SF-Züge, deren Anfangs- bzw. Endstation in Bezirk A liegt, vorzubereiten.

Anwendung der Massnahme laut 1.) auf diese SF-Züge regelt weiterer Befehl.

- 3 -

- 3.) Nachstehende Maßnahmen sind anzuordnen:
- a) Für das Dep. Calvados:
 - aa) Vorverlegung der Sperrstunde von 19.30 - 06.00 Uhr.
 - bb) Schliessung aller Gaststätten ab 12.00 Uhr.
 - cc) Schliessung sämtlicher Vergnügungsstätten und Kinos.
 - dd) Verbot sportlicher und sonstiger Veranstaltungen.
 - b) Weiterhin wird angeordnet:
 - ee) Die sofortige Erschiessung von 30 Kommunisten und Juden, *in dem Gebiet der öffentlichen Plätze.*
 - ff) Die Erschiessung von weiteren 80 Kommunisten und Juden sowie die *in dem Gebiet der öffentlichen Plätze* Deportation von 1 000 Kommunisten und Juden nach dem Osten, falls die Täter nicht innerhalb von 3 Tagen nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gem. Ziff. 4 a) festgestellt sind.
 - c) Der Präfekt von Caen ist anzuweisen, eine Belohnung von 100 000 frs. für die Ergreifung der Täter anzusetzen.
- 4.) a) Anliegende Bekanntmachung ist in der Presse des Bezirke A - nicht jedoch durch Anschlag - bekanntzugeben. Es wird veranlasst werden, dass sie gleichzeitig durch den Pariser Rundfunk bekanntgegeben wird.
- b) Der Chef A hat ausserdem als Pressenotiz zu veröffentlichen, dass derjenige, der zweckdienliche Angaben macht, die zur Verhaftung der Täter führen, damit rechnen kann, dass etwaige Wünsche betreffend Freistellung eines Kriegsgefangenen Erfüllung finden werden.

Nachrichtlich an:
 Bez. Chef B - C
 Kdt. v. Gr.-Paris
 I & J Paris
 I & Stabi
 Kdo. Stb. Ia
 Verw. Stb. Vpol/Vju
 Rep. Abt. Frkr.

Der Militärbefehlshaber L:

von [Signature]

ANLAGE zu Mil.Bef. in Frkr. nro.-Stb.
1c/I(2) Nr. 1830/42 g.
V pol 259/988/42 v. 17.4.42
V ju 183/42 g

Bekanntmachung

Am 16.4.42 ist ein Schnellzug der deutschen Wehrmacht auf der Strecke Amiens - Charbeurg durch einen verbrecherischen Anschlag entgleist. Es sind Verluste an Menschenleben und Materialschaden entstanden.

Ich habe daraufhin angeordnet, dass Schnellzüge der deutschen Wehrmacht künftig stets eine grössere Anzahl von Angehörigen der französischen Zivilbevölkerung mit sich führen.

Wer einen Anschlag auf Eisenbahnanlagen unternimmt, gefährdet damit auch das Leben seiner Landsleute.

Ich habe folgende Sühmassnahmen befohlen:

a) Für das Dep. Calvados:

- 1.) Ververlegung der Sperrstunde von 19.30 - 06.00 Uhr.
- 2.) Schliessung aller Gaststätten ab 18.00 Uhr.
- 3.) Schliessung sämtlicher Vergnügungstätten und Kinos.
- 4.) Verbot sportlicher und sonstiger Veranstaltungen.

b) Weiterhin wird angeordnet:

- 5.) Die sofortige Erschiessung von 30 Kommunisten, Juden und des Täterkreis nahestehenden Personen.
- 6.) Die Erschiessung von weiteren 80, sowie die Deportation von 1 000 Kommunisten, Juden und dem Täterkreis nahestehenden Personen nach dem Guten, falls die Täter nicht innerhalb von 3 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung festgestellt sind.

Der Chef des Militärverwaltungsbezirktes A

106.

**Aus dem Lagebericht des Militärbefehlshabers in Frankreich¹ für die Monate Februar/
März 1942 über die Entwicklung der politischen Lage**

... Die zum Frühlingsanfang erhoffte Entspannung der politischen Lage in Frankreich ist nicht eingetreten. Der Winter mit seinen Sorgen ist zwar überwunden, aber die immer größer werdende Unklarheit über die Frankreich zufallende Rolle im neuen Europa läßt die franz. Politik in ihrer bisherigen Unentschiedenheit und Richtungslosigkeit verharren; der Auftrieb fehlt. Das Gefühl, „Objekt statt Subjekt der europäischen Politik“ zu sein, bleibt ein entscheidender Faktor für die gegenwärtige politische Reaktion von Regierung und Volk ...

Die Stimmung der Bevölkerung war weiterhin durch die schwierige Versorgungslage (Brot, Kartoffeln, Gemüse, Kohlenzuteilung) beeinträchtigt. Als zwangsläufige Folge zeigt sich bei im allgemeinen korrektem Verhalten eine verstärkte Zurückhaltung, ja sogar Ablehnung der Bevölkerung gegenüber der Besatzungsmacht. Der schwere Luftangriff der R.A.F. auf Groß-Paris vom 3. 3. vermochte trotz hoher Menschenopfer und materieller Einbußen keinen Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands herbeizuführen. Man bedauert wohl die Opfer, sieht aber in dem Angriff, dem keine Luftschutzwarnung vorausging und keine ausreichende Abwehr entgegengesetzt wurde, eine berechtigte Kriegshandlung mit dem Ziel, durch Zerstörung kriegswichtiger Werke eine Schwächung der deutschen Wehrkraft herbeizuführen. Die anfängliche Unklarheit in der Pressebericht-erstattung, die den Angriff zunächst bagatellierte, war stimmungsmindernd ...

Folgende Sühnemaßnahmen wurden in der Berichtszeit angeordnet bzw. durchgeführt:

- a) Zur Abgeltung verschiedener Anschläge im Bezirk C (u. a. Montceau-les-Mines vom 21. 1. und Montchanin vom 29. 1.) Erschießungen von 25 Kommunisten und Juden.
- b) Zur Abgeltung des Anschlages auf einen deutschen Posten in Paris vom 1. 3. Erschießungen von 20 Kommunisten und Juden ...
- c) Zur Abgeltung eines Sabotageaktes auf die Umspannungsanlage der Grube Auboué (Bezirk C) vom 4. 2. wurde die Erschießung von 20 Kommunisten und Juden befohlen.
- d) Zur Abgeltung eines Sprengstoffanschlages auf eine marschierende Marine-Abt. in Le Havre vom 23. 2., bei dem 2 Wehrmachtangehörige leicht verletzt worden sind, wurde die Erschießung von 30 Kommunisten und Juden angeordnet.

Es sind weiterhin umfangreiche Razzien nach Kommunisten und Juden zur Durchführung gekommen ...

Der Mil.Bef.i.Frkr. hat in den Berichtsmonaten bestätigt:

113 Todesurteile gegen Landeseinwohner, und zwar

40 wegen Feindbegünstigung

39 „ Waffenbesitzes

18 wegen Spionage

4 „ Gewalttat

7 „ Freischärlerei und Gewalttat

2 „ Verbergens eines Engländers

1 „ Mordes

1 „ Raubes

1 „ Zersetzung der Wehrkraft ...

Auf Grund der Richtlinien des Führers für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten vom 7. 12. 41 nebst Durchführungsverordnung ist der Abtransport von verurteilten Landeseinwohnern nach Deutschland bis 24. März 1942 in 168 Fällen angeordnet worden ...

ZStA Potsdam, Film Nr. 3374.

¹ seit 20. Februar 1942 Karl Heinrich v. Stülpnagel

108.

Aus dem Erlaß von General der Infanterie Karl Heinrich v. Stülpnagel, Militärbefehlshaber in Frankreich, an die nachgeordneten Dienststellen vom 7. April 1942 über die Beschlagnahme von Wohnungseinrichtungen jüdischer Bürger

... Der „Einsatzstab Westen“ (Einsatzstab Rosenberg) ... ist beauftragt, für die Verwaltung im Osten die Wohnungseinrichtungen unbewohnter Wohnungen von geflohenen bzw. noch abreisenden Juden ... zu beschlagnahmen und abzutransportieren ...

Die Einrichtung einer jüdischen Wohnung wird auch dann beschlagnahmt, wenn die Wohnung bei Einleitung der Aktion (Anfang Februar 1942) unbewohnt war und erst später bezogen worden ist in der Absicht, ihre Einrichtung auf diese Weise dem deutschen Zugriff zu entziehen. Zwangsversteigerungen ganzer Wohnungseinrichtungen oder einzelner Einrichtungsgegenstände von Juden haben bis auf weiteres zu unterbleiben ... Als Privateigentum gehören Wohnungseinrichtungen nicht zu den von kommissarischen Verwaltern jüdischer Unternehmen zu verwaltenden Vermögen und sind deshalb auch von ihnen nicht zu veräußern. Die Erfassung der jüdischen Wohnungseinrichtungen bei Lagerhaltern ist vom Einsatzstab selbst durch besondere Anweisung an das französische Speditorsyndikat geregelt worden ...

Die Dienststellen der Militärverwaltung haben den Beauftragten des Einsatzstabs nötigenfalls Unterstützung zu gewähren und bei Gefahr im Verzug auch selbständig das Erforderliche zu tun, um die Durchführung des Auftrags des Einsatzstabs sicherzustellen.

Die Durchführung der Aktion soll möglichst wenig Aufsehen erregen. Grundsätzliche Anfragen örtlicher französischer Dienststellen wegen der Aktion sind mündlich dahin zu beantworten, daß es sich um eine Sühnemaßnahme handelt, die von höherer Stelle befohlen ist; weitere Erörterungen sind zu unterlassen ... Presseerörterungen über die Verwendung ungenutzten jüdischen Wohnraums sind vorläufig unerwünscht ...

ZStA Potsdam, Film Nr. 15 526, Nürnberger Prozeßmaterial, Dok. RF-1313.

109.

Aus dem Erlaß von Karl Heinrich v. Stülpnagel an die nachgeordneten Dienststellen vom 10. April 1942 zur Verschärfung von Repressivmaßnahmen

Der Führer hat befohlen, daß künftig für jedes Attentat, abgesehen von der Erschießung einer Anzahl geeigneter Personen, 500 Kommunisten und Juden dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei zur Deportation nach dem Osten zu übergeben sind.

Zur Deportation können auch asoziale Elemente herangezogen werden, da sie erfahrungsgemäß in der Regel kommunistisch eingestellt sind ...

Durch Überprüfung der französischen Lager ist dafür Sorge zu tragen, daß in das Lager Compiègne eine ausreichende Anzahl von Personen überstellt wird.¹ Bei Neufestnahmen ist stets zu prüfen, ob eine Überführung in das Lager Compiègne zum Zwecke der Deportation angezeigt ist.

ZStA Potsdam, Film Nr. 15 526, Nürnberger Prozeßmaterial, Dok. RF-1241.

¹ Grundlage dazu waren die Erlasse des Mbf F vom 10. Februar 1942 über „Deportations-Kommunisten“ und über „jüdische Häftlinge in Compiègne“ sowie der Erlaß vom 9. April 1942 betr. die „Deportation asozialer Elemente nach dem Osten“.

113.

Aus dem Lagebericht des Militärbefehlshabers in Frankreich für April/Mai 1942

... Der Regierungswechsel¹ hat bisher die Einstellung zumindest der Masse der französischen Bevölkerung gegenüber Deutschland kaum beeinflusst. Trotz der großen Erfolge der Achsenmächte auf der Krim, bei Charkow, in Burma und auf den Weltmeeren wird die französische Gesamthaltung noch immer von dem „Attentisme“ bestimmt ...

Die Masse der französischen Bevölkerung verharrt weiter in einer fast unerschütterlich erscheinenden Lethargie. Ihre Stimmung ist schlecht. Sie lehnt eine deutsch-französische Zusammenarbeit ab und sieht weiterhin in der Besatzungsmacht die Ursache für alle Einschränkungen und die gesamte Notlage Frankreichs ...

Es wurden in der Berichtszeit (21. 4.–20. 5.) 152 Sabotagefälle festgestellt.

Januar	1942	79 Fälle
Februar	1942	60 „
März	1942	43 „
April	1942	97 Fälle
Mai	1942	152 „

(davon 115 Fälle bis 6. 5. in 16 Tagen, 37 Fälle ab 7. 5. in 14 Tg.)

Überfälle:

...

2. Am 22. 4. in Rouen auf einen Marineangehörigen. Durch Pistolenschüsse schwer verletzt. Täter entkommen.

Die sofortige Erschießung von 5 und nach Fristablauf von weiteren 15 Kommunisten und Juden sowie die Verschickung zur Zwangsarbeit von 500 Kommunisten und Juden wurde angeordnet.

3. Am 30. 4. in Romorantin (Loire et Cher) Zusammenstoß zwischen Feldgendarmen und kommunistischen Flugblattverteilern. Ein Unteroffizier tödlich und ein Stabsfeldwebel leicht verletzt. Täter entkommen.

Die sofortige Erschießung von 10 und nach Fristablauf von weiteren 20 Kommunisten und Juden wurde angeordnet, eine umfangreiche Razzia auf Juden und Kommunisten zwecks Verschickung zur Zwangsarbeit durchgeführt.

4. Am 2. 5. in St. Aubin-les-Elbeuf bei Rouen auf 4 Marineangehörige. Zwei Marineangehörige tödlich verletzt.

Die sofortige Erschießung von 20 und nach Fristablauf von weiteren 40 Kommunisten, Juden und dem Täterkreis nahestehenden Personen sowie die Verschickung zur Zwangsarbeit von 500 Kommunisten und Juden wurde angeordnet.

5. Am 2. 5. in Paris auf einen Unteroffizier des Heeres, der verletzt wurde. Täter entkommen.

Die sofortige Erschießung von 5 und nach Fristablauf von weiteren 15 Kommunisten und Juden sowie die Verschickung von 500 Kommunisten und Juden zur Zwangsarbeit wurde angeordnet ...

Sprengstoffanschläge:

Die Zahl der Sprengstoffanschläge hat sich von 15 Anschlägen im Vormonat auf 46 erhöht. Hiervon wurden ausgeführt:

14 auf Eisenbahnanlagen

8 auf Industrieanlagen

11 auf Energieanlagen (Hochspannungsmaste usw.)

13 auf Wehrmacht- und OT-Unterkünfte, Lokale u. dgl. ...

Die Anschläge auf Eisenbahnanlagen haben ebenfalls eine beträchtliche Steigerung erfahren (37 gegenüber 14 im Vormonat). Außer den bereits genannten 14 Sprengstoffanschlägen auf Eisenbahnanlagen wurde Eisenbahnsabotage durch Errichten von Gleis-

sperrern (7 x), durch Beschädigung von rollendem Material (6 x), Beschädigung von Signalanlagen (7 x) und durch Lösung der Schienen (3 x) veranlaßt . . .

16. a) An Gerichtsurteilen wurden vom Mil.Bef. in den Berichtsmonaten bestätigt:

142 Todesurteile gegen Landeseinwohner

und zwar:

60 wegen Feindbegünstigung

47 „ Waffenbesitzes

25 „ Freischärlerei

5 „ Spionage

3 „ Verbergens von Kriegsgefangenen

1 „ Gewalttat

1 „ Wehrmittelbeschädigung.

Von diesen Strafen sind 115 vollstreckt. In 2 Fällen ist die Strafvollstreckung ausgesetzt. In 25 Fällen steht die Entscheidung des OKH noch aus; die Zahl der Todesurteile gegen Landeseinwohner hat erneut stark zugenommen (gegenüber 113 im vergangenen Berichtszeitraum). An der Steigerung haben die Urteile wegen Feindbegünstigung, wegen Waffenbesitzes und wegen Freischärlerei besonderen Anteil. Stark zurückgegangen ist demgegenüber die Zahl der Urteile wegen Spionage . . .

b) Insgesamt wurden seit dem Waffenstillstand bis zum 31. 5. 42 im Bereich des Mil.Bef. gegen Landeseinwohner 655 Todesurteile verhängt und 434 vollstreckt, und zwar

bis zum 31. 7. 41	- 162,	davon vollstreckt	42
„ „ 31. 8. 41	- 179, „	„	57
„ „ 30. 9. 41	- 186, „	„	63
„ „ 31.10.41	- 236, „	„	93
„ „ 30.11.41	- 275, „	„	135
„ „ 31.12.41	- 322, „	„	171
„ „ 31. 1. 42	- 375, „	„	221
„ „ 28. 2. 42	- 420, „	„	257
„ „ 31. 3. 42	- 486, „	„	307
„ „ 30. 4. 42	- 558, „	„	370
„ „ 31. 5. 42	- 655, „	„	434 . . .

ZStA Potsdam, Film Nr. 3374.

¹ Ernennung Pierre Laval zum Chef der Vichyregierung bei gleichzeitiger Übernahme des Außen-, Innen- und Informationsministeriums im April 1942

203.

Aus dem Lagebericht des Militärbefehlshabers in Frankreich für die Monate Oktober bis Dezember 1943

Die Entjudung der Wirtschaft ist in dem bisherigen langsamen Tempo fortgeschritten. Eine Beschleunigung wäre sehr erwünscht, um die wirtschaftliche Arisierung möglichst bald zu beenden und hierzu von der franz. Regierung abschließende Gesetze, insbes. ein Verbot künftiger Beteiligungen von Juden an juristischen Personen, zu erreichen ...

Dokumente 106, 108, 109, 113 und 203 aus:

L. Nestler: Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940 - 1944), Berlin (Ost) 1990

7

Der Militärbefehlshaber in Frankreich, Paris, den 3. Juni 1942
 Generalmajor, Hermann Kriebel 19
 Generalmajor, Die 6800/103

Berechnungsfab ab, Verw. 5. JUN 1942
 11. JUN 1942

In den Geheim
 Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD,
 für den Bereich des Militärbefehlshabers
 in Frankreich
Paris.

Betreff: Anschlag auf EVR K u l i g k in Paris am 19.5.42.

Als Sühneassessoren für den am 19.5.42 in Paris auf den EVR K u l i g k verübten Pistolenschuss sind am 23.5.42 die nachstehend genannten und von dort vorgeschlagenen Juden und Kommunisten erschossen worden:

Marcel Raymond E n g r o s
 Jacques Isaac S o l o m o n
 Jean Claude B a u e r
 Georges D u d a c h
 Georges P o l i t z e r
 Claude Abel G a n l u s
 André Felix Auguste P i o a n .

Es wird gebeten, die dort geführten Listen entsprechend zu berichtigen.

Für den Militärbefehlshaber
 Der Chef des Verwaltungsstabes
 in Vertretung:
 Gen. Fr. Beck
 Hauptmann
 H. H. H. H.
 H. H. H.

Quelle:

Serge Klarsfeld/Léon Tsevery: Les 1 007 Fusillés du Mont-Valérien
 Parmi Lesquels 174 Juifs, Paris 1995

Christian Gerlach

Die Geschichtsschreibung über die »Männer des 20. Juli« hat ein kleines Manko: fast alles beruht auf nachträglichen Aussagen, Memoiren und Erinnerungen. Wenn aber doch Aktenmaterial aus der damaligen Zeit herangezogen wurde, so berücksichtigen die Historiker eines fast überhaupt nicht - die ständige, tagtägliche Arbeit der Offiziere in ihren Stäben und Dienststellen. Man könnte manchmal meinen, sie hätten in einem ewigen Feierabend gelebt. Dieses Versäumnis ist erstaunlich - um kein anderes Wort zu benutzen -, denn zum Teil stehen genug Akten zur Verfügung.

(. . .)

Jedoch beteiligten sich einige der Verschwörer gleichzeitig an Massenverbrechen.

Quelle:

Christian Gerlach: Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.): Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, 2. Auflage, Hamburg 1995, S. 427

Helmut Krausnick

Symptomatisch dafür, welchen Grad Konformismus und Affinität zur nationalsozialistischen Ideologie bei höheren und höchsten Offizieren erreicht hatten, sind noch mancherlei weitere Äußerungen, Handlungen und Vorgänge. Zu ihnen gehört auch die Form, in welcher die Führung der 17. Armee den erwähnten Befehl vom 25. Juli weitergab, mit dem der General z.B. V. Müller den Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa auf Anordnung Brauchitschs erläutert und teils noch verschärft hatte. Die darin erteilte Weisung, daß »verdächtige Elemente, denen zwar eine schwere Straftat nicht nachgewiesen werden« könne, »die aber hinsichtlich *Gesinnung* und *Haltung* gefährlich« erschienen, an die Einsatzgruppen bzw. -kommandos abzugeben seien, übernahm der OB der 17. Armee, General Karl-Heinrich v. Stülpnagel, nicht nur wörtlich in einen eigenen Befehl »für das rückwärtige Armeegebiet und für die Truppe« vom 30. Juli. Er ergänzte sie vielmehr noch durch den Hinweis, daß »ein Verbindungsbeamter der beiden im Armeebereich (17) tätigen Kommandos 6 und 4b« der Einsatzgruppe C »sich beim Ic/AO der Armee« befinde.

Quelle:

Helmut Krausnick: Hitlers Einsatzgruppen, Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938 - 1942, Frankfurt am Main, August 1989, S. 190 - 191 (Hervorh. im Original)

Robert Wistrich

Stülpnagel, Karl-Heinrich von
(1886 - 1944)
(. . .)

Im Januar 1941 wurde er Oberbefehlshaber der 17. Armee, die er - an der Ostfront eingesetzt - bis Oktober 1941 führte.

Am 13. Februar 1942 folgte er seinem Vetter, Otto von Stülpnagel, als Militärbefehlshaber in Frankreich nach und bekleidete dieses Amt bis zum 21. Juli 1944. Die Maßnahmen, die er gegen die französische Widerstandsbewegung ergreifen ließ (einschließlich der Erschießung von Familienangehörigen und Geiseln), waren außergewöhnlich hart.

Quelle:

Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich, Ein biographisches Lexikon, Frankfurt am Main 1989 (London 1982), S. 350

W. S. Shirer

Dutzende von Geheimbefehlen zur Festnahme - und Erschießung - von Geiseln, unterzeichnet von Keitel und anderen Generalen, kamen in Nürnberg zutage. »Wichtig ist dabei«, verfügte Keitel am 1. Oktober 1941, »daß sich unter diesen [Geiseln] prominente Persönlichkeiten oder deren Familienangehörige befinden«, und General von Stülpnagel, Oberbefehlshaber in Frankreich, hob ein Jahr später hervor: »Je bekannter die Geiseln sind, desto größer wird die abschreckende Wirkung auf die Täter sein.«

Insgesamt wurden von den Deutschen während des Krieges 29.660 französische Geiseln erschossen. Nichtenthalten sind in dieser Zahl die 40.000 Personen, die in französischen Gefängnissen »starben«.

Quelle:

W. S. Shirer: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Bände 1 - 2, München/Zürich 1963, S. 1009 - 1010

Christian Streit

Im Falle des AOK 17 ging die Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Vernichtung der Juden eher noch weiter. Schon in den ersten Tagen des Feldzuges machte sich das Oberkommando Gedanken darüber, wie die Einsatzkommandos am zweckmäßigsten vorgehen sollten und regte beim RSHA an, zunächst die in den neu besetzten Gebieten wohnhaften antijüdisch und antikommunistisch eingestellten Polen zu Selbstreinigungsaktionen zu benutzen.

Als in dem von der Armee besetzten Kremencug in drei Fällen Fernmeldekabel durchschnitten wurden, wurde das »Sonderkommando 4b (...) um Repressalien gegen Kremenschuger Juden gebeten«. Daß es sich dabei nicht nur um eine Eigenmächtigkeit des Ic/AO der Armee gehandelt haben kann, macht ein bezeichnender Befehl deutlich, den der Oberbefehlshaber der Armee, Gen.d.Inf.Karl-Heinrich von Stülpnagel, am 30. Juli 1941 unterschrieben hatte: Wenn im Falle von Sabotage oder Angriffen auf Armeeingehörige die Täter nicht festgestellt werden konnten, sollten zur Vergeltung Juden oder Kommunisten, besonders jüdische Komsomolzen erschossen werden. Was mochte von Stülpnagel, der 1939/40 als Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres eine der Stützen der Militäropposition gewesen war, der den Kampf gegen die Verbrechen der SS in Polen unterstützt hatte, dazu bewegt haben, nun in solcher Weise mit dem ihm beigegebenen Kommando bei der Liquidierung von Juden und Bolschewisten zusammenzuarbeiten? Die vielfach sehr plausible Erklärung, daß die Bereitschaft zum Kampf gegen den Kommunismus mit allen Mitteln blind für die Konsequenzen machte, die das für die Juden hatte, trifft auf Stülpnagel nicht zu. Daß er nämlich die Hitlersche Gleichsetzung von Judentum und Kommunismus vollkommen akzeptiert hatte, zeigt nicht nur der eben erwähnte Befehl vom 30. Juli 1941, sondern noch deutlicher ein Brief, den er am 21. August 1941 an die Abt. Wehrmachtspropaganda im OKW richtete. Stülpnagel stellte darin folgende »Forderungen an die deutsche Propaganda: *Vermehrter Kampf gegen Judentum* (...) nachdrücklichste Aufklärung über Judentum«.

Quelle:

Christian Streit: Keine Kameraden, Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 - 1945, Bonn 1991, S. 118 - 119 (Hervorh. im Original)

Christian Streit

Selbst erklärte Hitler-Gegner, wie Hoths Vorgänger, General d.Inf.Karl-Heinrich von Stülpnagel, und der Oberbefehlshaber der Panzergruppe 4, Generaloberst Erich Hoepner, arbeiteten unter diesen Prämissen eng mit den ihnen zugewiesenen Kräften der Einsatzgruppen zusammen. Die Einsatzgruppenführer begriffen schnell, daß man eventuelle Bedenken gegen Judenmord - bei den eigenen Mordschützen ebenso wie bei den Truppen, auf deren Hilfe man angewiesen war - am leichtesten abbauen konnte, wenn man die Juden als bolschewistische Partisanen oder Partisanenhelfer identifizierte.

Quelle:

Christian Streit: Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und völkerrechtliche Probleme, in: G. Ueberschär/W. Wette (Hrsg.): Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1991, S. 181

Manfred Messerschmidt

Hinsichtlich der Bedeutung des Krieges gegen die Sowjetunion für die Haltung von Angehörigen des militärischen Widerstandes ist für manchen der später auch das Attentat bejahenden Offiziere die Überlagerung moralisch-humanitärer oder christlicher Maßstäbe durch politisch-ideologische oder militärisch-imperialistische bezeichnend. Hier sind etwa Stülpnagel und Hoepner zu nennen.

Quelle:

Manfred Messerschmidt: Militärische Motive zur Durchführung des Umsturzes, in: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 3. Auflage, München, Mai 1994, S. 1026

Gerald Reitlinger

Die Zahl der Verhafteten, einschließlich jener, die man dann wieder laufen lassen mußte, betrug nicht 22.000, sondern 12.884, von denen nur 3.000 Männer in arbeitsfähigem Alter, aber 4.051 Kinder waren. Ungefähr 6.000 wurden direkt nach Drancy geschickt, während 6.900, darunter alle Kinder, ins Vélodrome d'Hiver gebracht wurden.

Fünf Tage dauerte es, bevor das Vélodrome d'Hiver geräumt werden konnte. Menschen wie Vieh tagelang ohne Nahrung oder Wasser zusammenzupferchen, ohne für die elementarsten Notwendigkeiten zu sorgen und oft ohne einen Fetzen Kleidung - das hatte die deutsche Polizei in den letzten vier Monaten in Polen und im letzten Jahr in Rußland betrieben. Die Schrecken der Ghettos in Kiew, Lemberg und Lublin wiederholten sich jetzt in der zivilisiertesten Stadt der Welt. André Bauer, der Präsident der UGIF für die besetzte Zone, berichtete, daß es ihn 24 Stunden Arbeit kostete, Röthke ins Stadion zu bringen, wo es nur zwei Ärzte gab, wo Wasser nur einem einzigen Hydranten auf der Straße entnommen werden konnte und wo 7.000 Menschen alles in allem zehn Latrinen zur Verfügung standen. Nach Röthkes Besuch wurden einige schwangere Frauen und Kriegsinvaliden entlassen, aber es gab einige Geburten im Stadion nebst zahlreichen Fällen von plötzlich ausgebrochenem Irrsinn und dreißig Tote. Am letzten Tag wurden die Mütter von ihren Kindern getrennt, die sie nie wiedersehen sollten.

Unter all den fürchterlichen Dingen, die der zweite Weltkrieg gebracht hat, ist die Geschichte der 4.051 Kinder im Vélodrome d'Hiver eine der ärgsten.

(. . .)

Gelegentlich der nächsten Konferenz in der Avenue Foch am 13. August [1942] stimmte Leguay zu, daß 300 bis 500 Kinder jedem Transport nach Auschwitz beigegeben werden könnten.

Quelle:

Gerald Reitlinger: Die Endlösung, Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 - 1945, 6. Auflage, Berlin 1983, S. 359 - 360

General Stülpnagel: Vorbild für unsere Schülerinnen und Schüler?

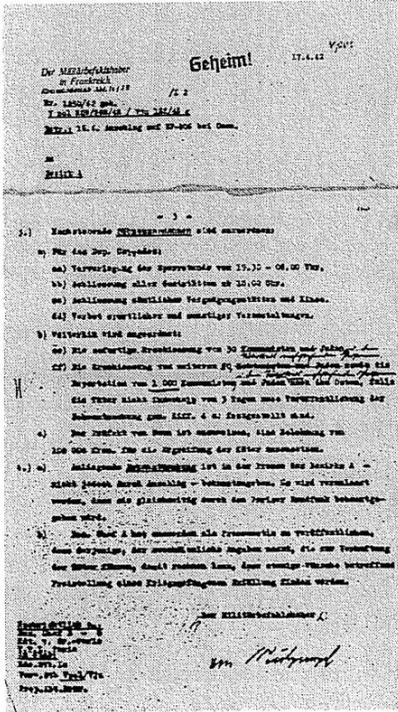
Auf dieser Veranstaltung werden nach **Beate Klarsfeld** vor der offenen Diskussion mit dem Publikum noch **Christoph Baumann** (Vorsitzender der GEW FFM), **Willy Katz** (Ehemaliger Lessing-Schüler und Mitglied der Forces Francaises Libres), **Micha Brumlik** (Universität Heidelberg) und **Benjamin Ortmeier** (GEW FFM) einleitend zu folgenden Themen Stellung nehmen:

- Das Bild eines Generals der Nazi-Wehrmacht, Carl-Heinrich von Stülpnagel, hängt mit ehrenden Worten in der Aula des Frankfurter Lessing-Gymnasium. Wie lange noch?
- Die Rolle des General Stülpnagel in Frankreich und der Ukraine bei Geiselmordung und „der Deportation von Juden und Kommunisten“.
- General Stülpnagel und der versuchte Militärputsch gegen Hitler am 20. Juli 1944 – zu einem Zeitpunkt also, als der Krieg militärisch für die deutschen Generäle bereits verloren war.
- Der Militärputsch am 20. Juli 1944 und der Antisemitismus
- Positionen und Meinungen zum bisherigen Verlauf der öffentlichen Debatte über die Ehrung General Stülpnagels am Lessing-Gymnasium.

Die Diskussion wird geleitet von Heidi Bachmayer (GEW).

General Stülpnagel:

Vorbild für unsere
Schülerinnen
und Schüler?



Montag,
29. April 1996
20⁰⁰ Uhr
im DGB Haus

Wilhelm-Leuschner-Str. 69

unter anderem mit
Beate Klarsfeld (Paris)
Micha Brumlik (Frankfurt)

Eine Veranstaltung der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) Frankfurt am Main

mit Unterstützung der DGB-Jugend Ffm und
des Frankfurter StadtschülerInnenrats

7,- DM

Herausgeber GEW Bezirksverband Frankfurt am Main,
Bleichstraße 38a, 60313 Frankfurt am Main
Redaktion Benjamin Ortmeier

Die Auseinandersetzung
um die Ehrung des Generals
C. H. von Stülpnagel
- Ein Beitrag zur Debatte
um den 20. Juli 1944 -

Teil 2



Mit Beiträgen von
Alfred Grosser • Beate Klarsfeld • Micha Brumlik

15,- DM



Inhalt

	Vorwort	5
I	Redebeiträge und Stellungnahmen	
	zur Veranstaltung der GEW am 29.4.1996 in Frankfurt am Main	
	Alfred Grosser	8
	Brief vom 5.4.1996	
	Beate Klarsfeld	9
	Redebeitrag von Beate Klarsfeld für die Veranstaltung der GEW am 29.4.1996 zum Thema »Stülpnagel« in Frankfurt am Main	
	Brief vom 29.4.1996	
	Micha Brumlik	13
	Redebeitrag von Micha Brumlik bei der Veranstaltung der GEW am 29.4.1996 zum Thema »Stülpnagel« in Frankfurt am Main	
	Jüdischer Jugend- und Studentenverband Hessen (JJSH)	18
	Brief vom vom 25.4.1996	
	Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat der Arbeiterwohlfahrt	20
	Brief vom 22.4.1996	
	Fraktion DIE GRÜNEN IM RÖMER	21
	Antrag vom 13.6.1996	
II	Pressespiegel 16.4.1996 - 6.7.1996	
	Zeitungsartikel aus der Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Neue Presse, Frankfurter Rundschau, Junge Welt, Palaestra und Frankfurter Lehrerzeitung	28
	Auszüge aus Rundfunk- und Fernsehsendungen	62
	RTL, Sat 1, Hessen Drei und hr1	
III	Der Nürnberger Prozeß von 1946	
	Auszug aus der Anklageschrift des Internationalen Gerichtshofes des Nürnberger Prozesses von 1946	68
	Die Ermordung von Geiseln	
	Auszug aus dem amtlichen Text des Urteils des Nürnberger Prozesses von 1946	69
	Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit	
	Ermordung und Mißhandlung der Zivilbevölkerung	
	Fall 12 - Auszug aus der Anklageschrift gegen das Oberkommando der Wehrmacht 1948	72
	Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit	
	Verbrechen gegen Zivilpersonen	
	Fall 12 - Auszug aus dem Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28.10.1948	73
	Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung	

Aus der Rede des stellvertretenden Hauptanklägers für die Französische Republik, M. Charles Dubost

- | | | |
|---|--|----|
| 1 | »Für den Nazismus ist der Terror ein Mittel, Völker zu unterwerfen, um sie seinen politischen Zielen gefügig zu machen.« | 74 |
| 2 | »Der deutsche Generalstab und die Deutsche Regierung [...] erhoben die systematische Verletzung der Haager Konvention zum Gesetz.« | 75 |
| 3 | Das sogenannte »Geisellesetzbuch« in Frankreich | 80 |
| 4 | »29.660 Personen sind hingerichtet worden.« | 84 |
| 5 | Geisellerschießung im Fort von Romainville unter dem Militärmacht-haber Carl-Heinrich von Stülpnagel | 92 |
| 6 | »Es ist unbestritten, daß in allen diesen Fällen die Deutsche Wehrmacht in diese Hinrichtungen verwickelt war, Hinrichtungen, die nicht nur Handlungen der Polizei oder SS waren.« | 95 |
| 7 | Schutzhaft: »Allein 40.000 Franzosen sind in den französischen Gefängnissen in Frankreich gestorben.« | 96 |
| 8 | »Die Deutschen suchten alle jüdischen Kinder ...« | 98 |

IV Dokumente und Auszüge aus Büchern

- | | |
|--|-----|
| Archives du Centre de Documentation Juive Contemporaine
Erlaß des Militärbefehlshabers in Frankreich, von Stülpnagel,
vom 10.4.1942 | 102 |
| Ludwig Nestler
Die Judendeportation aus Frankreich in die Vernichtungslager
vom 27.3.1942 bis 15.8.1944 | 105 |
| Serge Klarsfeld
In Frankfurt geborene Juden, die 1942 - 1944 von Frankreich aus in
Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden | 106 |
| Serge Klarsfeld
In Frankfurt geborene Juden, die in französischen Internierungslagern
gestorben sind | 111 |
| Raul Hilberg
Wehrmacht und Judenvernichtung | 112 |
| Daniel Jonah Goldhagen
Der 20. Juli und der Antisemitismus | 113 |
| Hans Freiherr von Boineburg-Lengsfeld
Über die Verhaftung der SS in Paris | 115 |
| Frankfurter Rundschau
Zeitungsartikel von 1954, 1957 und 1985 über das Leben von Stülpnagel | 118 |

Anhang

- | | |
|--|-----|
| Briefwechsel mit dem Lessing-Gymnasium | 122 |
|--|-----|

Vorwort

Der nun vorliegende 2. Teil der Dokumentation über die Auseinandersetzung mit der Ehrung des Generals Carl-Heinrich von Stülpnagel im Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main umfaßt vor allem einen Pressespiegel, aber auch Dokumente über die Kriegsverbrechen im besetzten Frankreich sowie den Briefwechsel mit dem Lessing-Gymnasium.

Nachdem auf zwei Veranstaltungen der GEW einerseits und des Lessing-Gymnasiums andererseits über das Pro und Contra der Ehrung Carl-Heinrich von Stülpnagels diskutiert wurde, nachdem dann eine Debatte im Stadtparlament auf Antrag der GRÜNEN durchgeführt werden sollte, zog die Schulleitung des Lessing-Gymnasiums einen Brief der Angehörigen aus der Schublade und hängte das Bild des Generals ab. So wurde die Debatte im Stadtparlament verhindert und zunächst die Kontroverse beendet.

Es gehört zu den ganz schlimmen Erfahrungen, daß deutsche Historiker bei einer Diskussionsveranstaltung in Frankfurt im Lessing-Gymnasium nicht protestierten, als der Militärhistoriker Winfried Heinemann (Potsdam) im Stil der Deutschen Nationalzeitung behauptete, die Geiselerchießungen von Stülpnagels seien damals »kein Kriegsverbrechen«, sondern »völkerrechtlich zulässig gewesen«. (Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Juli 1996, S. 45.)

Es gehört zu den überaus erfreulichen Tatsachen, daß von Schülerinnen und Schülern des Lessing-Gymnasiums diesem »Weißwäscher« mit dem Hinweis auf die Nürnberger Prozesse widersprochen wurde. Entsprechende Passagen aus den Nürnberger Prozessen wurden in diese Broschüre aufgenommen.

* * *

Die undifferenzierte Verherrlichung aller Teilnehmer am versuchten Militärputsch am 20. Juli 1944 als »wesentliches Fundament unserer Demokratie« (Kanzler Kohl laut Frankfurter Rundschau vom 20. Juli 1996) hat Tradition in der BRD - richtiger wird dies dadurch nicht. Gewiß gab es im Umkreis des 20. Juli 1944 auch einzelne demokratisch motivierte Widerstandskämpfer. Die beteiligten Generäle wie Carl-Heinrich von Stülpnagel waren es sicher nicht.

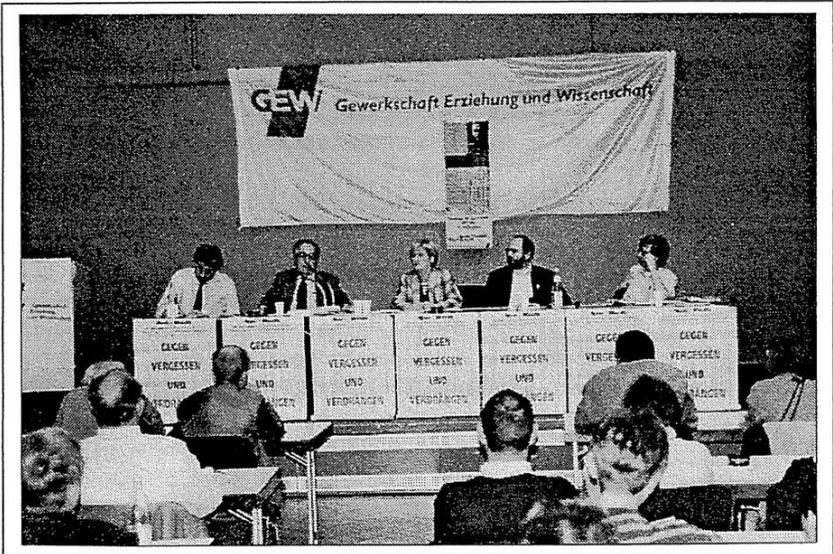
Raul Hilberg wies darauf hin, daß die Fahrkarten nach Auschwitz von Militärbefehlshaber Stülpnagel nach korrekter deutscher Art genau bis zur Grenze von Frankreich bezahlt wurden. (In: W. Manoschek [Hrsg.], Die Wehrmacht im Rasenkrieg, Wien 1996, S. 32.)

70.000 der 75.000 aus Frankreich deportierten Juden wurden in KZs und Vernichtungslagern ermordet, die meisten in Auschwitz-Birkenau. Die Liste der Transporte mit den Namen der aus Frankfurt am Main nach Frankreich geflohenen Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde sind in dieser Broschüre faksimiliert.

Die Debatte über Carl-Heinrich von Stülpnagel ist sicherlich nur einer von vielen Mosaiksteinen, aus denen sich das Bild der deutschen Wehrmacht bis hinein in die Kreise der militärische Opposition zusammensetzt. Es geht darum, das Ausmaß der Kriegsverbrechen im ganz gewöhnlichen Alltag der deutschen Wehrmacht zu erkennen, die persönliche Verantwortung im Rahmen der damaligen Staatsstrukturen zu verstehen, und die offensichtlich heute immer noch fast zur Staatsdoktrin erhobene Vorstellung, daß die »Männer des 20. Juli« alles hehre Gestalten waren, zu hinterfragen.

Benjamin Ortmeyer

Frankfurt am Main, den 1. September 1996



I

Redebeiträge und Stellungnahmen

**zur Veranstaltung der GEW
am 29.4.1996 in Frankfurt am Main**

ALFRED GROSSER

Paris, le 5. April 1996

Sehr geehrter Herr Ortmeier!

Vielen Dank für Ihren Brief und für die Dokumente, die ich sorgfältig gelesen habe. Folgende Bemerkungen stelle ich Ihnen zur Verfügung:

1) Der Text der Ehrentafel ist in doppelter Hinsicht merkwürdig.

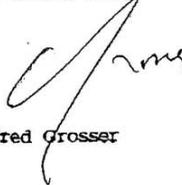
a) Es liegt anscheinend eine Verwechslung vor. Es war nicht General Heinrich von Stülpnagel, sondern General Dietrich von Choltitz, der am 9. August sein Nachfolger geworden war, der den Hitler-Befehl zur Zerstörung von Paris nicht ausführte und dann die Kapitulation seiner Streitkräfte in der unzerstörten Stadt unterzeichnete.

b) General Karl-Heinrich von Stülpnagel ist nicht "im Zusammenhang mit den Ereignissen von 20. Juli 1944" hingerichtet worden. Im Unterschied zu dem, was Micha Brumlik und Benjamin Ortmeier sagen, war er bereits seit 1938 in der Verschwörung von Generaloberst Beck. Nicht zufällig wird er im Buch von Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat 24 mal erwähnt.

2) Zugleich war er im Osten wie dann in Frankreich ein Massenmörder. Um es mit Michael Wolffsohn gelinder zu sagen: er war ein "mitschuldig-mitlaufender und dann mitmordender Offizier". Der folgende Satz von Wolffsohn schockiert mich zutiefst: "Es (das Gymnasium) ehrt einen Menschen, keinen Heiligen." Sophie Scholl war auch keine Heilige. Sie war aber ein Mensch, der auf dem Gebiet der Menschlichkeit turmhoch über Stülpnagel stand, der mörderische Befehle vollstreckt und auch verschärft hat. In diesem Sinn ist die ganze Tafel fragwürdig.

3) Es gibt heute in Deutschland den Streit um das Erfurter Denkmal für den unbekanntenen Deserteur. Frage an das Gymnasium: gibt es vielleicht einen ehemaligen Schüler, der desertiert hat, um die Verbrechen nicht mitverantworten? Wenn es den geben sollte, wäre man bereit, neben der Stülpnagel-Tafel eine zweite zu seiner Ehrung anzubringen?

Mit bestem Gruß,



Alfred Grosser

Redebeitrag von Beate Klarsfeld für die Veranstaltung der GEW am 29. April 1996 zum Thema »Stülpnagel« in Frankfurt am Main

»Wir sollten an den Schulen an die jüdischen Kinder erinnern, die unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht und ihrer Generäle deportiert und ermordet wurden.«

Sehr geehrte Damen und Herren, als mein Mann und ich im Oktober von Benjamin Ortmeyer Fotos von der Ehrung des General Stülpnagel in einer Frankfurter Schule, dem Lessing-Gymnasium erhielten, hat uns das wirklich empört.

Wie ist das möglich, daß die doch nicht nur unter Historikern bekannten Verbrechen dieses Generals einfach als Kleinigkeiten angesehen werden? Diese Frage wollen wir nicht nur an die Schulleitung der betreffenden Schule stellen, sondern auch an die Öffentlichkeit in Frankfurt.

Serge, mein Mann, fand in seinen Unterlagen sogar einen ganz persönlich von Carl-Heinrich von Stülpnagel unterschriebenen Erschießungsbefehl, der Ihnen ja in der Dokumentation vorliegt.

Aber ganz unabhängig davon, daß im Falle von General Carl-Heinrich von Stülpnagel handfeste Beweise für seine Verbrechen vorliegen, möchte ich etwas allgemeiner für Frankreich unter der Besetzung der Nazi-Wehrmacht feststellen, daß ich immer wieder überrascht bin, wie wenig in Deutschland über die tagtäglichen Verbrechen der Nazis in Frankreich bekannt ist.

An erster Stelle sind hier die Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung in Frankreich zu nennen. Ist wirklich in jeder Frankfurter Schule bekannt, daß ca. 75.000 Juden, Männer, Frauen, Kinder und Greise, in Frankreich von Drancy aus in die Vernichtungslager nach Auschwitz-Birkenau und Sobibor deportiert wurden, und über 70.000 alle mit Giftgas ermordet wurden? Darunter waren ungefähr 11.000 Kinder unter 18 Jahre alt. Wir haben Fotos von weit über 3.000 ermordeten Kindern zusammengestellt und veröffentlicht, um an sie zu erinnern.

Ab 1972 kämpften wir in der BRD darum, daß die bislang unbestraften deutschen Hauptverantwortlichen für die Deportation der Juden aus Frankreich, Lischka, Hagen und Heinrichsohn vor Gericht gestellt würden. Im Hinblick auf diesen Prozeß schien es uns undenkbar, im Namen der Juden Frankreichs vor dem Kölner Schwurgericht aufzutreten, ohne alle nur möglichen Anstrengungen zur Ermittlung der Personenangaben sämtlicher Opfer der »Endlösung« in Frankreich unternommen zu haben und ohne eine genaue Statistik der Verluste erstellt zu haben. Wir konnten nicht zulassen, daß die deutschen Behörden die Zahl der Opfer auf 50.000 - 60.000 ansetzten, während das französische »Ministère des Anciens Combattans« von 100.000 - 120.000 aus rassistischen Gründen deportierten Personen sprach. Die Legendenbildung mußte zugunsten der exakten Wahrheit aufgegeben werden: Die Zahl der Deportierten liegt bei etwas weniger als

76.000. Wir veröffentlichten ihre Namen, Vornamen, Geburtsnamen und -orte und zeichneten die Geschichte jedes einzelnen Transports aus Frankreich nach.

Von Juni 1942 bis September 1942, also einige Monate, nachdem General C. H. von Stülpnagel Militärbefehlshaber von Frankreich geworden war, wurden von der jüdischen Bevölkerung in Frankreich 37.000 Menschen in 28 Transporten deportiert und über 20.000 nach der Ankunft in Auschwitz vergast.

Die Szenen, die sich mitten in Paris im Sommer, am 16. und 17. Juli 1942 abspielten, als 12.884 Juden, darunter genau 4.051 Kinder, in einem großen Stadion, im Vélodrom d'Hiver, zusammengetrieben wurden, 5 Tage lang, ehe dann die Züge nach Auschwitz rollten, gehörten zu den Ereignissen, von denen jeder deutsche Soldat in Paris wissen mußte.

Und natürlich - das haben wir immer und immer wieder erlebt bei den Prozessen gegen führende Nazi-Größen -, alle argumentierten, daß nicht sie etwas damit zu tun gehabt hätten, sondern sie nur diese oder jene Teilaufgabe gehabt hätten.

Die Aufgabe des Militärbefehlshabers von Frankreich, von General Stülpnagel, war eben die militärische Absicherung Frankreichs. Ohne die Wehrmacht wären die Deportationen der Juden nicht möglich gewesen, das müßte jedem einleuchten, der sich ehrlich mit dieser Frage beschäftigt. Vielleicht hatte dieser General, der schon in der Ukraine an der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung beteiligt war, diese oder jene Bedenken. Es war eben eine schmutzige Arbeit, und General Stülpnagel hielt sich für einen feinen Mann. Er hörte, wie Ernst Jünger berichtete, Vorträge über die Quantentheorie beim Tee, während draußen die Deportationen vorbereitet und durchgeführt wurden. Er liebte seinen Bach und las Goethe, während draußen die von ihm persönlich angeordneten Erschießungen von »Juden und Kommunisten«, so heißt es im Erschießungsbefehl, als Vergeltung für Aktionen der Resistance durchgeführt wurden. Er tat seine Arbeit als deutscher General, und diese Arbeit wurde bei den Nürnberger Prozessen vor 50 Jahren 1946 mit konkretem Bezug zu Frankreich zu Recht in vielfacher Hinsicht als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet.

Im Urteil des Nürnberger Prozesses wird das, was General Stülpnagel in Frankreich befohlen hatte, eindeutig als Kriegsverbrechen bezeichnet:

- Die Geislerschießungen als Vergeltungsmaßnahme. Im Nürnberger Prozeß wird die Zahl von 29.660 Geiseln genannt, »Juden, Kommunisten und dem Täterkreis nahestehenden Personen«, wie es lakonisch in den Befehlen des General Stülpnagel heißt.
- Die Plünderungen öffentlichen und privaten Eigentums - 1944 ging man davon aus, daß aus Frankreich Werte in Höhe von 1.337 Milliarden DM geraubt worden waren.

- Die Zwangsarbeit, Sklavenarbeit von 936.813 Franzosen - diese Zahl wurde in Nürnberg 1946 festgehalten -, die nach Deutschland deportiert worden waren.

Ist das alles im Deutschland von 1996 wirklich bekannt? Ist das bewußt in Frankfurt, wenn der für diese Kriegsverbrechen verantwortliche Militärbefehlshaber geehrt wird?

Es geht nicht darum, ob durch den Stand der historischen Forschung die eine oder andere 1946 genannte Zahl etwas größer oder kleiner angegeben wird, wenn wir heute über die Ehrung von General Stülpnagel reden.

Er war so oder so ein Kriegsverbrecher, ein Massenmörder. Das wissen wir.

Daher akzeptiere ich alle Positionen ganz und gar nicht, die der Kernfrage ausweichen, indem sie von noch »ungeklärten« Fragen sprechen. Es ist sicher vieles ungeklärt, die Nazis haben auch viele Dokumente vernichtet. Aber das, was wir wissen, reicht.

Erlauben Sie mir zum Schluß noch, auf das Argument einzugehen, daß General Stülpnagel doch durch seine Beteiligung am 20. Juli 1944 auch Gutes getan hätte.

Ich möchte jetzt gar nicht auf den 20. Juli, die Bandbreite seiner Teilnehmer und der dahinter stehenden Motivationen eingehen. Das werden andere tun.

Jeder Nazi-Mörder verteidigte sich damit, daß er doch auch Gutes getan habe, weil er diesen oder jenen nicht umgebracht habe. Aber was ist das für ein Argument? Hinzu kommt noch ein Punkt: Die Nazis spürten seit 1943, daß der Krieg verloren war. Alle wollten ihren Kopf aus der Schlinge ziehen, als sich 1944 der Krieg dem Ende näherte, die einen so, die anderen so.

Mit Menschlichkeit, mit Humanität hatte dies nichts zu tun. Sie wollten einfach der Bestrafung entgehen. Sie wollten zudem nicht, daß der Krieg verloren geht. Und ein altdeutscher General wie Stülpnagel fühlte sich allemal - und nicht erst seit 1944 - einem Gefreiten wie Hitler überlegen.

Werte Anwesende, für eine Diskussion, für eine Dokumentation, für eine Analyse des Lebens von General Carl-Heinrich von Stülpnagel mag es Gründe geben - für seine Ehrung in einer Schule gibt es keinen einzigen Grund. Wir sollten an den Schulen an die jüdischen Kinder erinnern, die unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht und ihrer Generäle deportiert und ermordet wurden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France

F. F. D. J. F.

- Association régie par la Loi de 1901 -

☒ (1) 45 61 18 78

32, RUE LA BOÉTIE - 75008 PARIS

FAX (1) 45 63 95 58

Fax (9 49 69) 61 42 31

45.4.96

Lieber Herr Wismeyer

Ich habe bis zuletzt gewartet, Ihnen mitzuteilen, dass ich leider nicht an Ihre Veranstaltung teilnehmen kann. Auswärtig ein geöffnetes Erziehungszentrum in Paris zu halten.

Vielen herzlichen Dank nochmals an Sie und Ihre Freunde für die Einladung. Ich hoffe, dass ich bald Gelegenheit habe noch, nach Frankfurt zu kommen, wenn das Bulet von Einplanung abgeschlossen wird.

Ich wünsche, dass alle wichtigen Angelegenheiten aller Teilnehmender an Ihrer Veranstaltung als

Personen-Bynamesen geregelt wird, die Lösung der Gen. Heinrich von Einplanung zumitgehehen

Viel Glück und
mit freundlichen Grüßen

Beate Klarsfeld

(Beate Klarsfeld)

Redebeitrag von Micha Brumlik bei der Veranstaltung der GEW am 29. April 1996 zum Thema »Stülpnagel« in Frankfurt am Main

Wieviel Ehre gebührt den Attentätern des 20. Juli?

Reichskriminaldirektor Arthur Nebe, Chef der Reichskriminalpolizei, kam aus dem Reichssicherheitshauptamt und wurde 1941 Leiter der Einsatzgruppe, die bis zum November, dem Zeitpunkt von Nebes Rückkehr nach Berlin, in Weißrußland mehr als 45.000 Menschen ermordet hatte.

Nebe hatte sich schon im Januar 1938 einer Verschwörung angeschlossen, an der sich unter anderem der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, der Polizeipräsident von Berlin, Graf Helldorf und Generaloberst Beck beteiligt hatten. Nach dem 20. Juli tauchte Nebe unter, wurde im Januar 1945 gefaßt und im März des Jahres, kurz vor der Kapitulation, hingerichtet. Von ihm weiß Joachim Fest zu berichten, daß er den Auftrag, die Leitung der Einsatzgruppe zu übernehmen,

»nur nach großen inneren Konflikten übernommen hatte, gedrängt vor allem von Oster und Gisevius, die sich davon Informationen aus dem innersten Machtzentrum der SS versprachen«.

Die Forschung über das Verhältnis der Verschwörer des 20. Juli zu den Juden tritt gegenwärtig in ihre zweite Phase. In der ersten Phase hatte der Historiker Christoph Dipper das bis weit in die achtziger Jahre völlig unbeachtete Thema vor allem im Hinblick auf die Programmschriften und politischen Absichten der Verschwörer abgehandelt. Die Untersuchung ergab, daß die meisten Mitglieder des 20. Juli als Teil der nationalkonservativen Eliten zunächst und im Prinzip einer ordnungsgemäßen Ausschaltung der Juden aus dem deutschen öffentlichen Leben zustimmten. Ausschreitungen aller Art - wie etwa die »Kristallnacht« - wurden jederzeit scharf kritisiert, bewirkten sie doch einen bedeutenden außenpolitischen Ansehensverlust des Reiches. Die konservative und bürgerliche Opposition, hier die Militärs um Generaloberst Beck und den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler, dort der Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke, unterschieden sich genau darin, daß die Kreisauer die ihnen bald nach 1941 bekannt gewordenen Morde aus rein moralischen Gründen verwarfen, während die Nationalkonservativen bei der Beurteilung dieser Frage auch noch deutsche Selbstbehauptungsinteressen berücksichtigten.

»Über die Ungeheuerlichkeit der planmäßig und bestialisch vollzogenen Ausrottung der Juden ist kein Wort zu verlieren.«

schrrieb Goerdeler in seiner letzten Denkschrift,

»daß aber die moralischen und politischen Wirkungen nicht einmal von der Außenpolitik in Rechnung gestellt wurden, kann man nur als Wahnsinn bezeichnen«.

Dipper, der sich in seinen Forschungen vor allem mit Carl Goerdeler und Johannes Popitz, dem preußischen Finanzminister sowie mit dem Kreisauer Kreis befaßt hatte, kommt zu dem Schluß, daß dieser Teil der nationalkonservativen, bürgerlichen Opposition von der realen Existenz eines Judenproblems überzeugt war, was sich z. B. in einer anderen Denkschrift Goerdelers, die er 1941 unter dem Titel »Das Ziel« verfaßt hatte, darin niederschlug, daß er neben der Forderung nach einem unmittelbaren Ende aller Verfolgungsmaßnahmen, wozu unter anderem gehörte, die Ghettos menschenwürdig zu gestalten, er nun doch auch der Meinung war, daß es eine Binsenweisheit sei, daß das jüdische Volk einer anderen Rasse angehöre, sowie daß

»eine Neuordnung der Stellung der Juden in der ganzen Welt erforderlich erscheint«.

Aus all dem folgerte Goerdeler die

»Gründung eines Judenstaates in Teilen Kanadas oder Südamerikas in internationaler Zusammenarbeit«.

»Sobald dies erreicht sei«, schreibt Christoph Dipper, »wollte Goerdeler alle Juden automatisch aus Deutschland ausbürgern und davon nur solche ausnehmen, die ihr Assimilationsbestreben durch Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Einbürgerung vor 1871 oder Taufe dokumentieren können, sowie einem christlichen Bekenntnis angehörende ›Abkömmlinge einer Mischehe‹, die vor der Machtergreifung geschlossen worden war.«

Bei alledem hatte sich Goerdeler noch als Leipziger Oberbürgermeister in den ersten Monaten des NS-Regimes gegen offene antisemitische Handlungen der Nationalsozialisten gestellt. Der Forschung gilt Goerdeler als Vertreter einer Opposition von »innen«, die die guten Kräfte des Regimes gegen die schlechten sammeln wollte. Radikaler noch als Goerdeler gab Popitz unter der gewiß nicht eine ehrliche Aussage förderlichen Situation eines Gestapoverhörs zu Protokoll:

»In der Judenfrage war ich als recht eingehender Kenner der Zustände in der Systemzeit durchaus der Auffassung, daß die Juden aus dem Staats- und Wirtschaftsleben verschwinden müssen. In der Methode habe ich mehrfach ein etwas allmählicheres Vorgehen empfohlen, insbesondere aus Rücksichten gegenüber der äußeren Politik.«

Diesen Haltungen der älteren Generation der Verschwörer stellt Dipper eine Reihe von Handlungsweisen der jüngeren Generation gegenüber: Helmut Groscurth wollte eine Erschießungsaktion notfalls mit Gewalt verhindern, Moltke rettete dänische und norwegische Juden durch rechtzeitige Warnungen, Canaris und von Dohnanyi wollten die Weltöffentlichkeit alarmieren. Vor allem aber hebt Dipper eine Äußerung Stauffenbergs hervor, wonach die »Endlösung« das stärkste Argument für die Beseitigung Hitlers sei, sowie die berühmte Äußerung Henning von Tresckows, daß Attentat und Putsch nur noch aus moralischen Gründen zu wagen seien.

An eben dieser rein moralischen Haltung eines Teils der jüngeren Verschwörer hegt neuestens ein Mitarbeiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, Christian Gerlach, dadurch begründete Zweifel, daß er nicht nur Deklarationen untersucht, sondern die wirklichen Tätigkeiten der Verschwörer vor allem an der Ostfront. Gerlach kann anhand von Heeresdokumenten, von Briefen der Einsatzgruppen an die jeweiligen Heeresleitungen zunächst belegen, daß etwa Gersdorff und Tresckow Rapporte über Judenerschießungen abgezeichnet, also von ihnen gewußt haben. Ende September 1941 - so Gerlach - wurde beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, in Mogilew ein Lehrgang über Partisanenbekämpfung veranstaltet, an dem u. a. Arthur Nebe und der Kommandeur der SS-Kavallerie, Hermann Fegelein referierten. Als Losung der Tagung galt:

»Wo der Partisan ist, ist der Jude, und wo der Jude ist, ist der Partisan.«

Eingeladen waren zudem drei Vertreter des Oberkommandos der Heeresgruppe, nämlich Henning von Tresckow, Günther von Gericke und Carl Hans Graf von Hardenberg, ein weiterer Verschwörer des 20. Juli. Von Tresckow kam nicht zu dieser Tagung. Anfang des Jahres 1943 meldete dessen Abteilung freilich an den Generalstab, daß im rückwärtigen Gebiet der Heeresgruppe Mitte »erstmalig die Zahl von 100.000 erledigten Banditen« überschritten worden sei. Schließlich kann Gerlach zeigen, daß seitens von Tresckows positiv beurteilte Konzepte zur »Partisanenbekämpfung« vorliegen.

Aber auch der bei Dipper insgesamt über jeden Verdacht erhabene Kreisauer Kreis, genauer gesagt einzelne von dessen Mitgliedern, geraten bei Gerlach ins Zwielicht. Peter Yorck Graf von Wartenburg etwa, ein frommer Christ, war beim Wirtschaftsstab Ost tätig und dort für Treuhandfragen zuständig. In dieser Funktion war er bei der statistischen Vorbereitung der »Bekämpfung von Partisanen« im Pripjetgebiet beteiligt, bei der mehr als neuntausend Menschen getötet wurden. Henning von Tresckow aber zeichnete am 28. Juni als Chef des Generalstabs der 2. Armee einen Befehl folgenden Wortlauts:

»Bei Bandenunternehmungen den Banden abgenommene Jungen und Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren, die körperlich gesund und deren Eltern nicht auffindbar oder als nicht arbeitsfähige Personen in den für Restfamilien (Bodensatz) vorgesehenen Räumen zusammenzuziehen sind, sind ins Reich abzuschieben.«

Der Transport sei von Arbeitsdienststellen über das »OT Lager für Jugendliche in Lesin bei Baranowicz« durchzuführen. An diesem letzten Befehl Tresckows wird das ganze Dilemma einer nachträglichen Beurteilung historischen Tuns oder Unterlassens deutlich. Handelte es sich um eine Maßnahme, die wenigstens das Leben dieser Kinder mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit retten sollte, oder ist dieser Befehl reinster Ausdruck eines rücksichtslosen Verwertungswillens auch noch verfolgter Kinder? Das sind Fragen, die von großer historischer, ja unter bestimmten Bedingungen auch von moralischer Bedeutung sind, nämlich dann,

wenn es darum geht, über diese historischen Personen Wert- oder Unwerturteile abzugeben, mehr noch, ihnen in unserer moralischen Weltordnung einen Platz zuzuweisen.

Wenn es uns aber nur darum ginge, zu verstehen, unter welchen Zwängen Menschen sich verhalten, wozu sie getrieben wurden und werden, unter welchen Umständen sie bisweilen mehr oder minder erfolgreich widerstehen; wenn wir das Studium der Geschichte - kurz gesagt - nur deshalb betreiben, um unser Wissen über die menschlichen Möglichkeiten zu erweitern und daran eventuell noch etwas zu lernen, entsteht das Problem von Wert- oder Unwerturteilen gar nicht - oder, genauer: es entsteht nicht in der gleichen Schärfe, wie dann, wenn es darum geht, historischen Personen einen herausgehobenen Platz in der Öffentlichkeit, also in einem Teil des kollektiven Gedächtnisses zuzuweisen.

Damit bin ich beim Kern der Auseinandersetzung um das ehrenvolle Gedenken an Carl-Heinrich von Stülpnagel im Frankfurter Lessing-Gymnasium angelangt. Zu stellen und zu beantworten sind eine Reihe von Fragen:

1. In welchem Ausmaß ist überhaupt eine demokratische Gesellschaft darauf angewiesen, positive Vorbilder öffentlich auszuzeichnen?
2. Und wenn sie darauf angewiesen wäre, welches wären die Kriterien, nach denen dies zu geschehen hat?
3. In welchem Ausmaß ist eine demokratische Gesellschaft darauf angewiesen, der Opfer ihrer Geschichte zu gedenken?
4. Und wenn eine solche Gesellschaft darauf angewiesen wäre - wäre es dann legitim und sinnvoll, unterschiedliche Opfer unterschiedlich zu beurteilen und entsprechend öffentlich darzustellen?
5. Und wenn sogar eine demokratische Gesellschaft aus Erwachsenen auf geehrte Vorbilder verzichten kann und auch nicht unbedingt ihrer Opfer gedenken muß, sind dann vielleicht doch die künftigen Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche und Heranwachsende, darauf angewiesen, Vorbilder vermittelt zu bekommen?
6. Und wenn dem so sein sollte, nach welchen Kriterien?

Bei der Forderung, die öffentliche Ehrung einer komplexen und widersprüchlichen Persönlichkeit wie Carl-Heinrich von Stülpnagel zu beenden, geht es nicht darum, über dieses, einzelne, sicher nicht immer leichte und von Leid freie Menschenleben ein abschließendes Urteil zu fällen - wer vermöchte das schon? - sondern einzig darum, deutlich zu machen, wer in unserer Gesellschaft überhaupt geehrt werden kann. Und auch hier kann es nicht darum gehen, sich auf Heilige zu beschränken, von denen normale Menschen und insbesondere normale Jugendliche ohnehin nichts lernen können. Nein, wenn überhaupt geehrt werden soll, dann sollte es sich schon um wirkliche Menschen in ihrem Widerspruch, mit all ihren Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten handeln - darüber besteht mit niemandem eine Differenz. Es geht auch nicht darum, den nationalkonservativen Eliten des ausgehenden Kaiserreiches ihren Salonantisemitismus und vor allem

ihr eigentümliches Amalgam aus Kommunistenangst und Antisemitismus vorzuhalten, die es ihnen endlich ermöglichte, im Krieg an der Ostfront, unter dem Deckmantel des kompromißlosen Partisanenkriegs, all das aufzukündigen, was sie jemals über soldatische Ehre gelernt hatten. Diese Mentalitäten erscheinen im Rückblick als objektive Gegebenheiten, wir können uns die Bedingungen klarmachen, unter denen sie entstanden sind. Im Falle des protestantisch preußischen, im Geist von Wilhelminismus, Militarismus, Luthertum und eines seiner Gehalte entleerten Humanismus aufgewachsenen Stülpnagel erscheint die Kombination Antikommunismus, Antisemitismus und - nicht zu vergessen - Antinazismus als nachvollziehbare Abneigung gegen das, was er für pöbelhaft, die Ordnung bedrohend und damit bekämpfungswert hielt. Hier gibt es nichts zu verurteilen, sondern lediglich etwas zu analysieren. Und somit gilt: an Stülpnagel und an seinesgleichen gibt es allemal viel zu lernen, von ihnen zu lernen hingegen gar nichts.

Erinnern und Gedenken sind nicht einerlei. In der historischen Erinnerung bemühen wir uns - immer lückenhaft, immer von Interessen geleitet - zu sagen, wie es gewesen ist; im Gedenken hingegen versuchen wir das, dessen wir uns erinnern, als maßgeblich herauszustellen. Wer aber einer Person oder einer Gruppe von Personen ehrenvoll gedenkt, will sich zugleich das, wofür diese Menschen standen, wofür sie lebten und starben - und zwar in ihrem ganzen Leben und mit ihrer ganzen Existenz einstanden - zu eigen machen. Ich wüßte daher nicht, was an Carl-Heinrich von Stülpnagel heute für die Allgemeinheit oder eine künftige Generation von Staatsbürgern maßgeblich sein sollte. Daß in seinem Leben Mut und Feigheit, Zuneigung und Haß, Moral und Unmoral wirkten, daß er - wie Gott sei Dank fast alle Menschen - nicht nur dunkle, sondern auch lichte Seiten hatte, hebt ihn nicht so weit unter anderen hervor, als daß er besonders geehrt werden müßte. Daß er Hitler nicht mochte und zu Recht der Auffassung war, daß dieser das Ende jenes Deutschland bedeuten würde, in dem er aufwuchs, das er liebte, für das er kämpfen wollte, kann aber nach unseren heutigen Maßstäben nicht den Umstand aufwiegen, daß er kaum weniger Juden auf dem Gewissen hatte als Arthur Nebe, für dessen ehrenvolles Andenken zu Recht auch niemand eintritt.

Es mag nicht an uns sein, Stülpnagel zu verurteilen, aber: wo es nichts zu verurteilen gibt, gibt es auch nichts zu ehren. Es sei denn, wir seien der Auffassung, daß das nationalkonservative Projekt, für das Stülpnagel einstand, auch heute noch so maßgeblich ist, daß darüber die aktive Beteiligung an einem gigantischen Massenmord vergessen werden mag.

Literatur

C. Cerlach, Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: H.Heer/K.Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 429

C. Dipper, Der Widerstand und die Juden, in: J. Schmäddeke/P. Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1986, S. 605

Gerlach, S. 436 - 438

a. a. O. S. 440



Jüdischer Jugend- und Studentenverband Hessen
Westendstraße 43 60325 Frankfurt am Main

An Herrn Benjamin Ortmyer

Fax: 069-614291

Frankfurt, den 25.04.1996

Betr.: Stellungnahme zur Ehrung des Wehrmacht-Generals Stülpnagel am Lessing-Gymnasium

Sehr geehrter Herr Ortmyer,

vielen Dank für Ihr Fax. Wir sind stark betroffen, seit wir von Ihnen erfahren haben, daß das Lessing-Gymnasium in Frankfurt einen seiner ehemaligen Schüler, den Wehrmachtsgeneral Stülpnagel mit einem Portrait und aner kennenden Worten zu dessen Beteiligung an der Gruppe der deutschen Generäle, die 1944 einen Putsch gegen Hitler geplant hatten ehrt.

Die Rolle von General Stülpnagel ist hierbei umstritten. Herr Alfred Grosser aus Frankreich stellte fest, daß die Zugehörigkeit von General Stülpnagel zur Gruppe der Putschisten mehr als fragwürdig und zumindest in Forscherkreisen umstritten zu sein scheint. Nicht umstritten dagegen ist die Rolle General Stülpnagels bei Deportationen und Massenhinrichtung in Frankreich und der Ukraine, die er mit zu verantworten hatte. Es handelt sich also um einen Kriegsverbrecher und Massenmörder, der unter Umständen mit der Gruppe der Putschisten von 1944 in Kontakt gestanden hat - und der heute, 1996, an einem deutschen Gymnasium geehrt wird.

Auf Einladung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird am 29. April 1996 darüber diskutiert, ob dieser Generals vom Lessing-Gymnasium weiterhin geehrt werden soll, mit dem erklärten Ziel, ein Entfernen des Portraits zu erreichen.

Wir haben zu diesem Thema folgende Bemerkungen zu machen.

1. Es ist irrelevant, ob General Stülpnagel an dem Putschversuch von 1944 oder in irgend einer anderen Form am Widerstands gegen Hitler beteiligt war. Die offensichtliche (oder auch nur mögliche) Rolle als Kriegsverbrecher und Massenmörder, aber auch allein schon seine Stellung als General der deutschen Wehrmacht muß eine Ehrung in jeglicher Form von vornherein ausschließen.
2. Auch wenn man seitens der Verantwortlichen für die Ehrung des Generals Stülpnagel am Lessing-Gymnasium nur seine Rolle im Widerstand gegen Hitler zur Bewertung heranzieht, muß folgendes zur Bedeutung der Putschisten von 1944 angemerkt werden: Es war 1944 besonders für die Verantwortlichen der Wehrmacht, aus denen sich die „Widerstandsgruppe“ zusammensetzte, bei weitem absehbar, daß der Krieg kein anderes Ergebnis als die völlige Niederlage Deutschlands haben würde.

Die Spitze des Militärs war sich außerdem bewußt, daß eine mögliche Kapitulation Deutschlands oder auch nur die Verhandlungen darüber mit den Kriegsgegner nicht möglich war, da diese spätestens seit 1943 Verhandlungen mit dem Hitlerregime kategorisch ablehnten. Natürlich waren die Spitzen des Militärs daran interessiert, eine Besetzung und bedingungslose Kapitulation zu verhindern, was ihnen in jedem Fall den Erhalt ihrer führenden Stellung innerhalb Deutschlands und das Fortbestehen des „Reiches“ gesichert hätte.

Die Generale, die sich 1944 das Ziel gesetzt hatten, Hitler zu stürzen, taten dies also aus dem Antrieb heraus, das „Deutsche Reich“ in seinen Grundstrukturen zu erhalten und besonders die Wehrmacht zu stärken, um einer Besetzung durch die Alliierten zu entgehen, die - und das war zu diesem Zeitpunkt schon klar - bei Fortbestand des Hitlerregimes Deutschland binnen kurzem besetzen und alle Machtstrukturen zerschlagen würden. Es handelt sich also um eine stark konservative und rein politische Motivation, in der wir keinen wirklichen Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime erkennen können.

3. Der Vorschlag Alfred Grossers, das Lessing-Gymnasium möge doch, wolle es unbedingt an seine ehemaligen Schüler zur Zeit des zweiten Weltkrieges erinnern, einen Deserteur ehren, der durch seine Verweigerung jeglicher Teilnahme an Kriegshandlungen Deutschlands wirklich einen Beitrag geleistet hat, ist unserer Meinung nach zu kritisieren: Ein Deserteur allein kann nicht dem aktiven Widerstand zugerechnet werden; seine Desertation wäre allenfalls ein Grund, ihn nicht zum Kreis der Kriegsverbrecher zu zählen, doch eine wirklicher Widerstand gegen das Dritte Reich und Grund zu heutiger Ehrung läßt sich nur durch konkrete Aktionen gegen das Deutschland des Dritten Reiches und für seine Opfer und Kriegsgegner begründen.

Aus den oben ausgeführten Gründen sprechen wir uns daher grundsätzlich gegen jegliche Ehrung von Mitgliedern des deutschen Militärs aus dem Zweiten Weltkrieg aus.

Mit freundlichen Grüßen



Der Vorstand des JSH

ARBEITERWOHLFAHRT BEZIRKSVERBAND HESSEN-SÜD e.V.**GESCHÄFTSSTELLE**

Betriebsrat/Gesamtbetriebsrat

AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V., Poststraße 2-4, 60329 Frankfurt

POSTSTRASSE 2-4
60329 FRANKFURT
TELEFON 0 69/27 39 06-0
TELEFAX 0 69/27 39 06 23
DURCHWAHL:

An den Vorstand
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Bezirksverband Frankfurt am Main
Bleichstr. 38a
60313 Frankfurt am Main

ZEICHEN: BR/GBR
DATUM: 22.04.96

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Betriebsrat der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hessen-Süd e.V. begrüßt die Initiative der GEW Frankfurt, die Ehrentafel für den General Heinrich v. Stülpnagel aus der Aula des Lessing-Gymnasiums zu entfernen.

Wir erachten es als unhaltbaren Zustand, den SchülerInnen eine Person, die Aktivist der Nazi-Zeit war, als Vorbild zu präsentieren. Die Ehrentafel impliziert, daß die Widersetzung der Zerstörung einer Stadt, die Unterstützung und Beteiligung an der Ermordung von Juden und Regimegegnern an moralischem Wert übertrifft. Ein solcher Vergleich ist für uns als DemokratInnen und AntifaschistInnen unhaltbar und ist menschenverachtend.

Wir fordern die Verantwortlichen auf, die Ehrentafel umgehend zu entfernen und die SchülerInnen der Schule über die Hintergründe der Entfernung und damit die wahre Funktion und Motivation des Generals aufzuklären.

Mit solidarischen Grüßen


i.A. M. Golke
(Stellv. BR-Vorsitzender)


i.A. Klaus Schwarzhaupt
(Stellv. GBR-Vorsitzender)

Durchschriftlich an:

- Stadtschulamt
- Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hessen-Süd e.V.

DIE GRÜNEN IM RÖMER

60311 FRANKFURT AM MAIN

BETHMANNSTRASSE 3

TELEFON 0 69 / 28 37 02

TELEFAX 0 69 / 29 22 76

13.6.1996

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN IM RÖMER

Der Widerstandskämpfer und Judenmörder von Stülpnagel kann kein Vorbild für die Jugend sein

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die am Frankfurter Lesing-Gymnasium seit den fünfziger Jahren bestehende Ehrung des Widerstandskämpfers, Antisemiten und an Judenmorden beteiligten Wehrmachtsgenerals Carl Heinrich von Stülpnagel in dieser Schule zu beenden.

Begründung:

I. Anlaß

Am Vorabend der Einweihung der Gedenkstätte Neuer Börneplatz, die an Deportation und Ermordung tausender Frankfurter Juden erinnert, kann sich eine Frankfurter Schule nach mehr als einem halben Jahr Diskussion noch nicht zu einer eindeutigen Haltung zu einem Mann entschließen, der am Widerstand gegen Hitler ebenso beteiligt war wie an der Ermordung tausender europäischer Juden.

Nachdem die Schule trotz einer ausgiebigen öffentlichen Debatte und einer ganz und gar unausgewogenen, tendenziösen Podiumsdiskussion noch keine Entscheidung treffen mag und der Schuleleiter sich von der Oberbürgermeisterin eine Entscheidungshilfe verspricht, nimmt die in letzter Instanz zuständige Stadtverordnetenversammlung den Wunsch nach einer politischen Entscheidung auf.

Carl Heinrich von Stülpnagels Ehrung wird beendet, weil er ein Antisemit war und für Deportationen von Juden ebenso verantwortlich war wie für ihre Ermordung.

Daran läßt die in den fünfziger Jahren noch nicht so weit entwickelte seriöse zeitgeschichtliche Forschung keinen Zweifel.

2

II. Belege

Antisemitismus

„Indes hatte Stülpnagel schon im Mai 1935 einmal in einer Denkschrift von dem „spitzelhaften Verhalten und Treiben der meist der jüdischen Rasse angehörender „ Kommissare gesprochen, das „an die schlimmsten Anfangszeiten der kommunistischen Herrschaft „ erinnere. Offensichtlich war bei manchen konservativen Offizieren auf Grund altgewohnter und seit 1933 ständig propagierter Gleichsetzung von Kommunismus und Judentum nicht nur militanter Antibolschewismus, sondern auch Antisemitismus mit einer oppositionellen Einstellung gegen Hitler - von unterschiedlichem Maße und unterschiedlicher Motivierung - vereinbar.“

Quelle : H. Krausnick, *Hitlers Einsatzgruppen - Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938-1942*, Ffm. 1985, S. 192/3

„Eine offensichtlich von eigener Überzeugung mitgetragene Bejahung des brutalen ideologischen Krieges , insbesondere mit Zielrichtung gegen Juden ist auch bei General Karl-Heinrich von Stülpnagel, dem Oberbefehlshaber der 17. Armee, feststellbar.... In einem Schreiben vom 21. August 1941 an die Abteilung Wehrmachtpropaganda forderte Stülpnagel überdies „vermehrten Kampf gegen das Judentum“.

Quelle : M. Messerschmidt, *Militärische Motive zur Durchführung des Umsturzes*, in : J. Schmäddeke/P. Steinbach (Hg.) *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München/Zürich 1986, S. 1029

Judenmord in Russland

„Es verwundert, wenn ein Angehöriger der militärischen Opposition gegen Hitler wie General Karl-Heinrich von Stülpnagel , der an den Umsturzplanungen im Herbst 1939 in erster Linie beteiligt gewesen war und der am 20. Juli 1944 in Paris die einzige erfolgreiche Aktion dieses Tages unternahm , einen Befehl wie den erwähnten („Kollektive Maßnahmen nicht wahllos treffen ! Soweit die auslösende Tat der ukrainischen Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen , in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen.... Besonders die jüdischen Komsomolzen sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen...“ a.a.O. S. 191 .) vom 30.7.1941 erteilte..“

Quelle : H. Krausnick a.a.O. S. 192

3

„Es ist falsch zu sagen, er habe mit dem Befehl vom 30. Juli die im Gange befindliche Vernichtungspraxis eingrenzen wollen. Tatsächlich ging er weit über die Absprachen des Generalquartiermeisters Wagner mit dem SD Chef Heydrich hinaus.“

Quelle : M. Messerschmidt, **Widerstand und Antisemitismus**, FR vom 11.6.

Stigmatisierung, Ausraubung und Deportation von Juden in Frankreich

„Anordnung des Militärbefehlshabers vom 29.5.42

„Aufgrund der mir vom Führer und obersten Befehlshaber der Wehrmacht erfolgten Ermächtigung verordne ich, was folgt :

I. Juden, die das 6. Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.

II. Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz aufgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Juif“. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.“

Quelle : S. Klarsfeld, **Vichy- Auschwitz, Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der Endlösung der Judenfrage in Frankreich**, Nördlingen 1989, S. 378

„Ende 1942 läutete der Militärbefehlshaber die letzte Beschlagnahmerunde ein. Nachdem er bereits ein Sühnegeld in Höhe von 1 Milliarde Francs eingetrieben hatte, verordnete er im Namen des Reichs die Beschlagnahme des Vermögens derjenigen staatenlosen Juden, die zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hatten.“

Quelle: R. Hilberg, **Die Vernichtung der europäischen Juden**, Ffm. 1990, S. 701

„Dank der Festnahmen in der besetzten französischen Zone hätte man tausende Juden schon Ende 1941 für den Transport bereitstellen können, doch hatte die SS in Polen vor dem März 1942 noch keine ausreichenden Möglichkeiten, sie zu vergasen. Größere Schwierigkeiten bereitete auch der voll ausgelastete Eisenbahnverkehr in die östliche Richtung. Noch lag die Regelung der Züge aus Frankreich in den Händen der Wehrmacht, als im Mai 1942 der Chef der Eisenbahntransportabteilung West, Generalleutnant Otto Kohl, Hauptsturmführer Dannecker zu sich rufen ließ und ihm das nötige rollende Material und Lokomotiven versprach. Was die Bezahlung für die „Evakuierung“ betraf, schrieb Dr. Rudolf Siegert im

4

Reichssicherheitshauptamt am 17. August 1942 an das Reichsfinanzministerium :

Der Militärbefehlshaber in Frankreich hat sich bereit erklärt, die Mittel zur Deckung der Transportkosten zur Reichsgrenze im Rahmen der monatlichen Betriebsvorschüsse dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten der Weiterfahrt nach Auschwitz mußte allerdings die Sicherheitspolizei selbst übernehmen."

R.Hilberg, „Wehrmacht und Judenvernichtung“, in W.Manoschek (Hg.) „Die Wehrmacht im Rassenkrieg - Der Vernichtungskrieg hinter der Front“ Wien 1996, S. 32

III. Schlußfolgerung

Bei der Forderung, die öffentliche Ehrung einer widersprüchlichen Persönlichkeit wie Carl Heinrich von Stülpnagel zu beenden, geht es nicht darum, über dieses, einzelne, sicher nicht immer leichte und von Leid freie Menschenleben ein abschließendes Urteil zu fällen - sondern einzig darum, deutlich zu machen, wer in unserer Gesellschaft überhaupt geehrt werden und Jugendlichen als Vorbild präsentiert werden kann.

Es geht also nicht darum, den nationalkonservativen Eliten des ausgehenden Kaiserreiches ihre Mischung aus Kommunistenangst und Antisemitismus vorzuhalten, die es ihnen endlich ermöglichte, im Krieg an der Ostfront, unter dem Deckmantel des kompromißlosen Partisanenkriegs, all das aufzukündigen, was sie jemals über soldatische Ehre gelernt hatten. Diese Mentalitäten erscheinen im Rückblick als objektive Gegebenheiten, wir können uns die Bedingungen klar machen, unter denen sie entstanden sind. Dies gilt auch für Carl Heinrich von Stülpnagel.

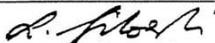
Aus heutiger Sicht unter Berücksichtigung der vorliegenden Materialien ist eine historische Analyse und Schlußfolgerung gefragt. Das heißt: an Stülpnagel und seinesgleichen gibt es für Schülerinnen und Schüler unserer Tage allemal viel zu lernen, von Stülpnagel zu lernen gibt es hingegen gar nichts.

Was soll an Carl Heinrich von Stülpnagel heute für die Allge-

meinheit oder eine künftige Generation von Staatsbürgern maßgeblich sein? Daß in seinem Leben Mut und Feigheit, Moral und Unmoral wirkten, hebt ihn nicht so weit unter anderen hervor, als daß er dafür besonders geehrt werden darf. Daß der Widerstandskämpfer gegen Hitler erhängt wurde, weil er zu Recht der Auffassung war, daß dieser das Ende jenes Deutschland bedeuten würde, an dem er hing und für das er kämpfen wollte, kann nicht den Umstand aufwiegen, daß er den Tod von tausenden von Juden veranlaßte.

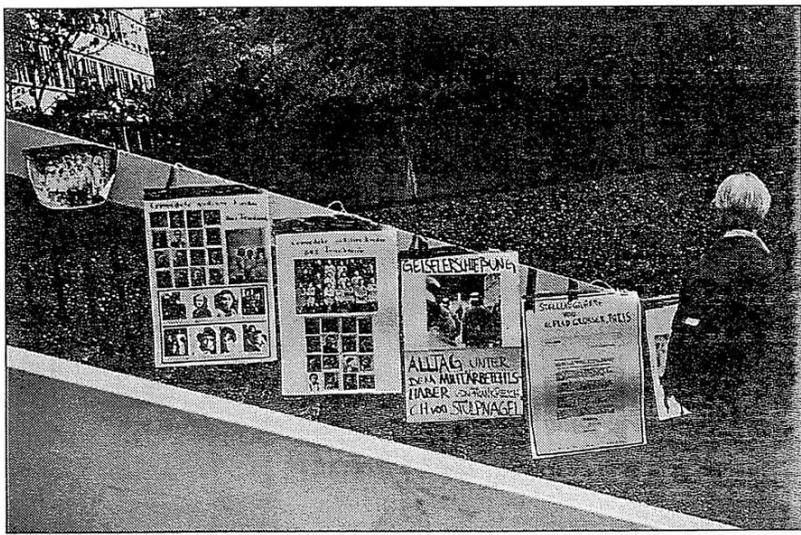
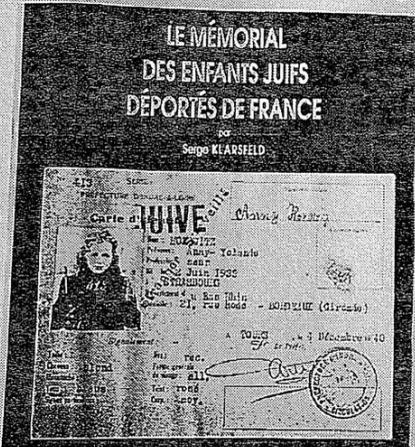
Dem muß der Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung und die Schule gerecht werden.

DIE GRÜNEN IM RÖMER



Lutz Sikorski
Fraktionsvorsitzender

Bädische Kinder aus Frankreich, die zur „Amtszeit“
 des Generals C. H. von Stulpnagel deportiert
 und in Auschwitz und Sobibor ermordet
 worden sind.



II

Pressespiegel
16.4.1996 - 6.7.1996

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.4.1996

Umstrittene Rolle Stülpnagels

Diskussion um den ehemaligen Wehrmachtsgeneral

ler. „General Stülpnagel: Vorbild für unsere Schülerinnen und Schüler?“ Mit einer Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema will der Bezirksverband Frankfurt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf die umstrittene Rolle des Wehrmachtsgenerals und Widerstandskämpfers Carl Heinrich von Stülpnagel im Zweiten Weltkrieg aufmerksam machen. Stülpnagels Foto hängt, zusammen mit den Porträts zweier anderer nach dem 20. Juli 1944 hingerichteter militärischer Widerstandskämpfer, seit 40 Jahren in der Aula des Lessing-Gymnasiums im Westend. Kritiker lehnen die Ehrung Stülpnagels ab, weil dieser seine soldatische Ehre durch seine Kriegsführung an der Ostfront und durch sein Verhalten als Militärbefehlshaber in Frankreich verspielt habe.

An der für Montag, 29. April, geplanten Veranstaltung werden nach Auskunft der GEW die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld und der Frankfurter Erziehungswissenschaftler und Stadtverordnete Micha Brumlik (Bündnis 90/Die Grünen) teilnehmen. Auf dem Podium sit-

zen außerdem der ehemalige Lessing-Schüler Willy Katz, der während des Kriegs Mitglied der gaullistischen Streitkräfte Forces Françaises Libres war, sowie der Frankfurter GEW-Vorsitzende Christoph Baumann und GEW-Vorstandsmitglied Benjamin Ortmeier.

Bei der um 20 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69, beginnenden Veranstaltung soll nach dem Willen der GEW vor allem über die Rolle Stülpnagels in Frankreich und in der Ukraine, bei der Ermordung von Geiseln und bei der Deportation von Juden und Kommunisten sowie über seinen Beitrag zum Widerstand gegen das Nazi-Regime diskutiert werden. Eine Broschüre, in der der bisherige Verlauf der Debatte um die Ehrung Stülpnagels dokumentiert wird, kann gegen sieben Mark in Briefmarken beim GEW-Betriebsverband, Bleichstraße 38 a, 60313 Frankfurt, bestellt werden.

Das Lessing-Gymnasium plant eine eigene Diskussionsveranstaltung mit namhaften Historikern zum Thema Stülpnagel, die nach Auskunft der Schule am 11. oder 12. Juni stattfinden wird.

Frankfurter Neue Presse vom 18.4.1996

„Stülpnagels Nachfolger widersetzte sich Hitler“

war er bereits seit 1938 in der Verschwörung von Generaloberst Beck. Nicht zufällig wird er im Buch von Peter Hoffmann: „Widerstand, Staatsstreich, Attentat“ 24 mal erwähnt.

Zugleich war er im Osten wie dann in Frankreich ein Massenmörder: Um es mit Michael Wolffsohn gelinder zu sagen: Er war ein „mitschuldig-mitlaufender und dann mitemittlernder Offizier“. Der folgende Satz von Wolffsohn schockiert mich zutiefst: Es (das Gymnasium) ehrt einen Menschen, keinen Heiligen. Sophie Scholl war auch keine Heilige. Sie war aber ein Mensch, der auf dem Gebiet der Menschlichkeit turmhoch über Stülpnagel stand, der mörderische Befehle vollstreckt und auch verschärft hat. In diesem Sinn ist die ganze Tafel fragwürdig.

Es gibt heute in Deutschland den Streit um das Erfurter Denkmal für den unbekanntem Deserteur. Frage an das Gymnasium: Gibt es vielleicht einen ehemaligen Schüler, der desertiert hat, um die Verbrechen nicht mitzuverantworten? Wenn es den geben sollte, wäre man bereit, neben der Stülpnagel-Tafel eine zweite zu seiner Ehrung anzubringen?

In einem Brief an den Lehrer Benjamin Ortmeier hat sich der Wissenschaftler und Publizist Alfred Grosser zur Stülpnagel-Diskussion geäußert. Der 71 Jahre alte Grosser wurde in Frankfurt als Sohn eines jüdischen Kinderarztes geboren. Die Familie flüchtete 1933 nach Frankreich. In Paris arbeitete Grosser bis 1992 als Politik-Professor. Seine Bücher fanden viel Beachtung. Wir drucken den Wortlaut des Briefes.

„Der Text der Ehrentafel (im Lessinggymnasium, d. Red.) ist in doppelter Hinsicht merkwürdig. Es liegt anscheinend eine Verwechslung vor. Es war nicht General Heinrich von Stülpnagel, sondern General Dietrich von Choltitz, der am 9. August, sein Nachfolger geworden war, der den Hitler-Befehl zur Zerstörung von Paris nicht ausführte und dann die Kapitulation seiner Streitkräfte in der unzerstörten Stadt unterzeichnete.

General Carl Heinrich von Stülpnagel ist nicht „im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20. Juli 1944“ hingerichtet worden. Im Unterschied zu dem, was Micha Brumlik und Benjamin Ortmeier sagen,

Zwei Diskussionen über die umstrittene Ehrentafel

unsere Schülerinnen und Schüler?“ Teilnehmer sind die Journalistin Beate Klarfeld, der ehemalige Lessing-Schüler und Mitglied der Porces Francaises Libres, Willy Katz, der Vorsitzende der GEW-Frankfurt, Christoph Baumann sowie Brumlik und Ortmeier. Im Juni plant das Lessing-Gymnasium eine eigene Podiumsrunde zu dem Thema.



Alfred Grosser hält die Ehrentafel für „fragwürdig“.

Im Lessing-Gymnasium in der Fürstenerstraße hängt noch immer die Ehrentafel mit dem Konterfei des Generals Carl Heinrich von Stülpnagel. Ob das Bild aus der Aula entfernt wird, soll bis zum Sommer entschieden werden. Bis dahin organisieren die Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Lessingschule Diskussionsrunden.

Zum Hintergrund: Der ehemalige Lessing-Schüler General Stülpnagel war im Widerstand gegen Hitler tätig und wurde kurz nach dem Attentat vom 20. Juli gehängt. Der Stadtverordnete Micha Brumlik (Grüne) und das GEW-Vorstandsmitglied Benjamin Ortmeier hatten die Entfernung der Ehrentafel gefordert. Begründung: von Stülpnagel sei verantwortlich für Geislerschießungen an der Ostfront und für die Deportation französischer Juden.

Der Wissenschaftler Alfred Grosser hält den Text der Ehrentafel für „fragwürdig“, von Stülpnagel sei ein Massenmörder gewesen (siehe nebenstehenden Text).

Die GEW lädt am Montag, 29. April (20 Uhr), zu einer Podiumsveranstaltung ins DGB-Haus in der Wilhelm-Leuschner-Straße ein. Motte: „General Stülpnagel – Vorbild für

Frankfurter Rundschau vom 27.4.1996

Stülpnagel-Streit: Roth soll reden

Zwei Veranstaltungen zur Rolle des Wehrmachtsgenerals

Das Lessing-Gymnasium sucht den Rat der Stadt, die GEW zieht bei einer Veranstaltung am kommenden Montag das Vorbild des Wehrmachtsgenerals massiv in Zweifel, und der renommierte Politologe Alfred Grosser nennt die Ehrentafel „fragwürdig“. Die Debatte um die Ehrung des Generals Heinrich von Stülpnagel am Lessing-Gymnasium geht weiter.

In der Stülpnagel-Kontroverse erwartet das Lessing-Gymnasium „ein Votum der Stadt“. Nach einer Expertendiskussion in der Schule am 11. Juni werde man auch OB Petra Roth um ihre Meinung bitten, was mit den Ehrentafeln hinfort geschehen soll, kündigte Schulleiter Klaus Meyer an. Die Stadt habe der Schule die Ehrung für die Widerständler des 20. Juli vor 41 Jahren schließlich angetragen.

Das Lessing-Gymnasium ehrt mit einer Tafel den Wehrmachtsgeneral von Stülpnagel sowie zwei weitere ehemalige Schüler als Beteiligte des Widerstands vom 20. Juli 1944. Ob dieser General angesichts seiner Rolle als Oberbefehlshaber der 17. Armee an der Ostfront und als Militärbefehlshaber in Frankreich wirklich zum Vorbild für Schüler taugt — darüber hat der GEW-Vorständler Benjamin Ortmeier vor einem halben Jahr eine Debatte angestoßen. Stülpnagel hatte den „vermehrten Kampf gegen das Judentum“ gefordert und wird für Geislerschießungen in der Ukraine und später in Frankreich verantwortlich gemacht.

Als zumindest „fragwürdig“ beurteilt der Politologe Alfred Grosser die Ehrentafel. Stülpnagel habe „mörderische Befehle vollstreckt und auch verschärft“. Sachlich unrichtig sei, was ihm auf der Ehrentafel

zugeschrieben wird: daß er sich dem Befehl der Zerstörung von Paris widersetzt habe. Dies sei vielmehr sein Nachfolger Dietrich von Choltitz gewesen. Grosser weist aber auch darauf hin, daß sich Stülpnagel bereits 1938 aktiv an einer Verschwörung gegen Hitler beteiligt habe.

Die Rolle des Wehrmachtsgenerals, der nach den Ereignissen des 20. Juli hingerichtet wurde und in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin geehrt wird, seine Beteiligung bei der Ermordung von Geiseln und der Deportation von Juden und Kommunisten möchte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bei einer Veranstaltung am Montag, 29. April, um 20 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße, beleuchten. Dort sprechen außer Ortmeier und dem GEW-Vorsitzenden Christoph Baumann die Journalistin Beate Klarsfeld, der Stadtverordnete Micha Brumlik (Grüne) sowie der ehemalige Lessing-Schüler und Mitglied der Forces Françaises Libres, Willy Katz.

Das Lessing-Gymnasium plant für den 11. Juni eine schulinterne Diskussion mit Experten. Diese Veranstaltung soll nach Angaben von Meyer in den kommenden Wochen im Geschichtsunterricht vorbereitet werden. Dabei sollen auch die Schüler Gelegenheit bekommen, einen Fragenkatalog an die Experten auszuarbeiten. luf

Die GEW hat eine ausführliche Broschüre vorgelegt, die die Auseinandersetzung um Stülpnagel dokumentiert und zahlreiche Stellungnahmen zur Rolle des Generals enthält. Die Schrift ist für sieben Mark in Briefmarken beim GEW-Bezirksverband, 60313 Ffm, Bleichstraße 38a, erhältlich.

Geehrter Massenmörder

Warum Wehrmachtsgeneral Carl-Heinrich von Stülpnagel an einem deutschen Gymnasium als Vorbild gewürdigt wird

Carl-Heinrich von Stülpnagel, 1944 hingerichtet von Hitlers Henkern, war selber ein Schlächter. Dieser relativ erfolgreiche Verschwörer des 20. Juli 1944 hatte seit Februar 1942 als Militärbefehlshaber in Paris das Regiment geführt. Dem Wehrmachtsgeneral oblag es dabei, Mordaktionen der deutschen Besatzungsmacht militärisch abzusichern: die Deportation von 70000 Juden, die fast alle ermordet wurden; die Erschießung von über 20000 französischen Geiseln (nicht selten ordnete er die Füsiliierung selbst an); die Ermordung von Tausenden Aktivisten der Résistance bzw. Menschen, die unter Verdacht standen, der Résistance anzugehören. Vorher war Stülpnagel Befehlshaber der 17. Armee in der Ukraine, wo er den »vermehrten Kampf gegen das Judentum« forderte, wo er und vor allem »jüdische Kosmopoliten« erschießen ließ und auf das engste mit dem zugeteilten Einsatzkommando bei der Ermordung der Juden in der Sowjetunion zusammenarbeitete.

Ernst Jünger und Ernst Jäckel sind voll Lobes auf ihn. Er sei »eine der glänzendsten und gebildetsten Figuren des deutschen Heeres« gewesen, schrieb Jäckel 1966 über diesen Menschen, der als antisemitischer deutsch-nationaler »Massenmörder« (Alfred Grosser) Hitler nie so recht militärische Leistung zutraute und schon ab 1938 opponierte, weil er ahnte, daß der Krieg im Zweifrontenkampf nicht zu gewinnen war – und Stülpnagel wollte gewinnen.

Das humanistische Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main sieht es offensichtlich ähnlich wie Jünger und Jäckel, denn trotz aller Proteste hält es daran fest, den Massenmörder gemeinsam mit zwei seiner Kameraden als Helden zu ehren.

Auf gerahmten Fotos im Schulhaus sind die drei in vollem Wehrmächtswuchs zu sehen. Auch die Hakenkreuze an den Uniformen stören anscheinend 40 Jahre lang niemand. So lange hängen die Fotos dort schon. Die Deutschlandfahne vor dieser Galerie rundet das Bild nur ab.

Diese Ehrung sei »ein Skandal« schrieb Serge Klarsfeld, Präsident der »Söhne und Töchter der deportierten Juden Frankreichs«. Drei Schülerinnen protestierten auf andere Weise: Sie entfernten das Bild des Massenmörders. Vom Schulleiter namens Meyer wurden sie mit Begriffen wie »Polizei«, »Eigentumsdelikt«, »Sachbeschädigung« und einer nachfolgenden Klassenkonferenz daran erinnert, was in Deutschland heute geht und was nicht. Das leicht zerknitterte Foto wurde den humanistisch orientierten Schülerinnen abgenommen, geglättet und rechtzeitig zu einem Konzert mit dem Schulorchester des sich humanistisch nennenden Gymnasiums wieder aufgehängt. Am heutigen Montag protestieren dagegen der Frankfurter Stadtschülerrat, die DGB-Jugend und eine Arbeitsgemeinschaft gegen den Antisemitismus – mit den Bildern und Namen von 250 ermordeten Frankfurter Juden, darunter von 86 Kindern und Jugendlichen, die aus dem Frankreich des Militärbefehlshabers Carl-Heinrich von Stülpnagel nach Auschwitz und Sobibor und dort ins Gas geschickt worden sind.

Der Konflikt verdeutlicht, wie wenig man in Deutschland bis heute von der Rolle der Nazi-Wehrmacht im allgemeinen und ihrer Verschwörungsgeneräle im besonderen versteht bzw. verstehen will. Und während man weiter des Massenmörders gedenkt,

bleiben Forderungen unberücksichtigt, tatsächliche Opfer des Naziregimes zu ehren: Bereits seit 1988 gibt es eine Auseinandersetzung in Frankfurt am Main, die Namen von 1300 jüdischen Schülerinnen und Schülern, die von den Nazi-Henkern ermordet wurden, an den jeweiligen Schulen auf Ehrentafeln festzuhalten. An keiner einzigen Schule wurde bisher eine solche Tafel angebracht.

Der Beschluß, Stülpnagel zum Vorbild zu machen, geht auf das Jahr 1955 zurück. Damals wurden wichtige Weichen für die Schaffung der Bundeswehr gestellt. In der FAZ bemühte sich 1996 der Dozent der Bundeswehrhochschule, Michael

Wolffsohn, darum, Stülpnagel in Schutz zu nehmen: Der General habe »tätige Reue« gezeigt, als er in Paris versuchte, den Putsch in Berlin gegen Hitler zu unterstützen. Wolffsohn lamentiert, daß Stülpnagel »ein zweites Mal gerichtet und wieder moralisch verdammt« werden solle – von Leuten mit »Selbstgerechtigkeit und Selbstgefälligkeit«.

1955 mögen Informationen gefehlt haben, weil das, was 1946 bei den Nürnberger Prozessen über die Massenmorde in Frankreich zur Sprache gekommen war, sich nicht klar mit dem Namen Stülpnagel verband. 1995 aber verlangen Leute wie Wolffsohn ganz bewußt eine Ehrung, obwohl niemand mehr bestreiten kann: Der General, ein ausgesprochener Anti-

semit und alles andere als ein Demokrat, war an der Ausrottung der Juden sowohl in der Ukraine als auch in Frankreich direkt beteiligt. Die Dokumente darüber liegen vor, über die Ermordung der Juden der ukrainischen Stadt Kremenchug, über die »sofortige Erschießung von Juden und Kommunisten« in Paris, über Deportationen. Die von Stülpnagel abgezeichneten Papiere werden von dessen Verehrern sogar zitiert – und dann folgt ein unverfrorenes »Na und?«. So erscheinen die Mordtaten als Kavaliersdelikte eines Generals, dessen eigentliche Leistung es gewesen sein soll, daß er 1944 den Separatfrieden im Westen zur Aufrechterhaltung der Front im Osten durch eine Verschwörung gegen Hitler durchsetzen wollte. Aber was hätte die Aufrechterhaltung der Front im Osten bedeutet? Nichts anderes als das weitere »Funktionieren« von Auschwitz-Birkenau, die weiteren Massenermordungen von Juden, Sinti und Roma.

Die tatsächliche Kritik mancher Stülpnagel-Freunde am Nazi-Regime besteht darin: Sie werfen ihm vor, den Krieg nicht gewonnen zu haben. Mit Leuten wie Carl-Heinrich von Stülpnagel, so meinen sie, wäre das nicht passiert. Deshalb sind Generale wie er für sie so wertvoll.

Benjamin Ortmeyer

Palaestra vom Frühjahr 1996



Im Rahmen von Jubiläumsveranstaltungen steht Erinnerung hoch im Kurs. Wir hatten deshalb zu einer Diskussion, zu einem Erzählcafé eingeladen, bei dem unter dem Motto „Non scholae sed vitae discimus“ Ehemalige eine Rückschau halten sollten. Und damit diese Rückschau nicht zur bloßen Nostalgie geriet, hatten wir schon bei der Auswahl der Personen bedacht, eher kritische, zumindest ambivalent sich Erinnernde einzuladen. Und so wurde dieses Erzählcafé auch zum Ort von Kritik, fast von Abrechnung mit einer Schulzeit, deren Spuren eher negativ waren. Müßig die Frage, wie sich die Ehemaligen entwickelt hätten, wären sie woanders zur Schule gegangen, welche Prägung sich tatsächlich wegen, und welche trotz der Lessing-Schulzeit niedergeschlagen hat. Was wäre wenn .. hypothetisch. Immerhin wurde den Organisatoren, von der Presse und von der Schülerschaft, einiger Mut bescheinigt, sich bei einem Jubiläum kritischer Erinnerung so offen gestellt zu haben. Übereinstimmend stellten die Erzählenden (Oswald Stein, Micha Brumlik und Christiane Scherer - nach Alter geordnet) fest, daß die Schule sich in den verschiedenen Epochen als unpolitisch gezeigt hatte - allerdings war darüber das Urteil ein ganz anderes, wenn es sich auf die Zeit des Nationalsozialismus bezog als auf die 68er -Zeit. Und schon geriet die Diskussion auf ein anderes Terrain, auch eines, wo Erinnerung vor allem Auseinandersetzung bedeutet, nämlich den Umgang mit dem Gedenken an die Männer des 20. Juli, die Schüler unserer Schule gewesen sind und an die in der Aula in einer Gedenkstätte erinnert wird. Angestoßen wurde die Auseinandersetzung durch einen offenen Brief von B. Ortmeyer, Lehrer an einer anderen Frankfurter Schule, der sich schon seit Jahren um die Aufarbeitung der Schicksale ehemaliger jüdischer Frankfurter Schüler bemüht. Im Mittelpunkt der Kontroverse vor allem ein Mann - Carl Heinrich von Stülpnagel.

Eine sicher notwendige, überfällige Auseinandersetzung, was schon die Arbeit der Geschichts-AG, die sich zum vergangenen Projekttag gebildet hatte, zeigte. Die Schülerinnen und Schüler wandten sich auch vehement gegen Vorwürfe, unkritisch bei der Beurteilung der Widerstandskämpfer vorgegangen zu sein. Sie hatten im Vorfeld sehr umfassende, vor allem auf den Unterlagen der Schule und von Zeitzeugen basierende Erkenntnisse über das „Lessing-Gymnasium in der Zeit des Nationalsozialismus“ (so der Titel des Projektes) zusammengetragen.

Ein differenzierter Umgang mit einem schwierigen Thema.

Was allerdings auf die Berichterstattung in der Presse zum Thema folgte, war eine zunächst sehr emotional gefärbte Diskussion in den Frankfurter Zeitungen und unter der Schülerschaft.

Palaestra vom Frühjahr 1996 (Fortsetzung)

Es ist den Gremien der Schule dafür zu danken, daß sie sich nicht in diese Diskussion hereinziehen ließen und sich dem schon am Abend des Erzählcafés gemachten Vorschlag anschlossen, eine Veranstaltung mit Fachleuten durchzuführen, um Fakten und damit fundierte Diskussionsgrundlagen zum Thema zu sammeln. Sachliche Information, statt schneller Stellungnahme und Forderungen „aus dem Bauch“ - das ist wohl die angemessene Beschäftigung mit einem so ernsten und für uns Deutsche so schwierigen Thema. Und es ist auch die einzige Art wirklichen Gedenkens, diese Auseinandersetzung mit den Personen, den Umständen, dem Umfeld und den Konsequenzen des deutschen Widerstands. Das sind wir den Ehemaligen, deren wir uns in der Aula erinnern, vor allem schuldig, daß wir versuchen, ihr Verhalten nachzuvollziehen mit dem gebotenen Ernst und unter Abwägung aller Tatsachen. Und das ist vor allem eine Schule ihren Schüler schuldig, daß sie ihnen Informationen anbietet, aufgrund derer sie zu einem eigenen Urteil kommen können, und ihnen keine Meinung und kein Urteil vorschreibt oder auch nur empfiehlt. Es ist dies vielleicht etwas, mit dem junge Leute nicht so leicht zurecht kommen, aber hier muß wirklich jeder, jede einzelne eine persönliche Wertung treffen und kann und darf sich nicht hinter offiziellen Stellungnahmen oder einer Mehrheitsmeinung verstecken.

Unter Beteiligung von Militärhistorikern und Fachleuten aus der Gedenkstätte des 20. Julis in Berlin wird im Juni die geplante Veranstaltung für die Schülerschaft durchgeführt werden. Damit hat das Lessing-Gymnasium wohl am ehestens seine Aufgabe wahrgenommen und die Herausforderung angenommen, die die Chance bietet, der heutigen Schülergeneration eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus zu ermöglichen.

Wir hoffen, daß die Veranstaltung unter der Schülerschaft die erhoffte Resonanz findet und wir in Zukunft sagen können, daß wir es uns nicht leicht gemacht haben mit unserer Vergangenheit. Eine Aufgabe, die nicht nur die jetzige, sondern sicher auch noch die zukünftigen Schülergenerationen beschäftigen wird. Zur Information aller, vor allem der Nicht-Frankfurter, die die Diskussion in der Frankfurter Presse nicht mitverfolgen konnten, den Werdegang der Auseinandersetzung, in chronologischer Reihenfolge: zunächst Auszüge aus dem offenen Brief von Herrn Ortmeier, dann die (ebenfalls gekürzte) Stellungnahme der Schule und schließlich den in der letzten Ausgabe der Schülerzeitung erschienenen Kommentar von Schülern der Geschichts-AG (ebenfalls gekürzt).

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.4.1996

„Mut und Feigheit, Moral und Unmoral“

Diskussion um Wehrmachtsgeneral von Stülpnagel / Demonstration vor Schule gegen Ehrung

ler./els. Die Ehrung des Wehrmachtsgenerals Carl Heinrich von Stülpnagel am Lessing-Gymnasium ist nach Ansicht der Frankfurter Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des Stadtverordneten und Erziehungswissenschaftlers Micha Brumlik (Bündnis 90/Die Grünen) nicht zu rechtfertigen. Das in der Schule hängende Bild müsse abgenommen werden, forderte Brumlik gestern Abend vor 200 Zuhörern bei einer von der GEW veranstalteten Diskussion.

Stülpnagel, eine „komplexe, zwiespältige und widersprüchliche Persönlichkeit“, sei kein positives Leitbild, sagte Brumlik. Der General stehe, wie viele der Verschwörer des 20. Juli 1944, für eine Mischung aus Antikommunismus, Antisemitismus und Antinazismus. Stülpnagel habe von Judenerschießungen gewußt. Als Kommandeur der 17. Armee an der Ostfront sei ihm die „aktive Beteiligung an einem gigantischen Massenmord“ vorzuerwerfen. In der Person und im Leben des Generals habe es Mut und Feigheit, Moral

und Unmoral gegeben, meinte Brumlik. „Das hebt ihn nicht so weit hervor, daß er besonders geehrt werden müßte.“

Die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld hatte ihre Teilnahme an der Diskussion kurzfristig abgesagt. In einem verlesenen Redebeitrag nannte Klarsfeld den General einen „Massenmörder“. „Wir sollten an den Schulen an die jüdischen Kinder erinnern, die unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht und ihrer Generäle deportiert und ermordet wurden“, schreibt Klarsfeld.

Die Veranstaltung sollte nach Darstellung der Frankfurter GEW-Vorsitzenden Heidi Bachmayer eine Zwischenbilanz der Debatte über Stülpnagel sein. Es bestehe kein Zweifel daran, daß der sechs Wochen nach dem gescheiterten Umsturzversuch am 20. Juli 1944 hingerichtete General an Deportationen und Erschießungen von Juden, Kommunisten und Widerstandskämpfern beteiligt gewesen sei.

Stülpnagel, der 1904 sein Abitur am Lessing-Gymnasium abgelegt hatte, war

Oberquartiermeister im Generalstab des Heeres, nach dem Frankreich-Feldzug Leiter der deutsch-französischen Waffenstillstandskommission, anschließend Kommandeur der 17. Armee an der Ostfront und von 1942 bis 1944 Militärbefehlshaber in Frankreich. In der Aula des Lessing-Gymnasiums wird er zusammen mit zwei weiteren Widerstandskämpfern seit 40 Jahren mit einem Foto geehrt.

Gestern mittag hatten 80 Schüler des Lessing-Gymnasiums vor der Schule bei einer Protestveranstaltung über die Ehrung diskutiert. Benjamin Ortmeier von der GEW hatte zusammen mit dem Allgemeinen Studentenausschuß der Goethe-Universität, dem Jüdischen Jugend- und Studentenverband und weiteren Organisationen vor dem Gebäude Plakate aufgehängt, die Stülpnagels Mitschuld an Kriegsverbrechen dokumentieren sollten. „Wir gedenken nicht der Person Stülpnagels, sondern der Tat des 20. Juli“, sagte Christian Richter, ein angehender Abiturient.

Frankfurter Rundschau vom 30.4.1996

Lessing-Gymnasium

Kontroverse Diskussion über Ehrung Stülpnagels

Zum Schluß fand Willy Katz, der frühere Lessing-Schüler, emigrierte Jude und Mitkämpfer der Forces Françaises Libres, doch noch versöhnliche Worte. „Ich finde es schön, daß deutsche Jugendliche heute so engagiert über dieses Thema diskutieren.“ Zwei Stunden lang hatten Schüler auf der Treppe des Lessing-Gymnasiums mit dem Gewerkschafter Benjamin Ortmeier, Stadtschulsprecher Forian Borns und Mitgliedern des Jüdischen Studentenverbandes hart, kontrovers und nicht immer sehr differenziert über die umstrittene Ehrung des Wehrmachtsgenerals Heinrich von Stülpnagel in der Aula ihres Gymnasiums gestritten.

Irritiert von der öffentlichen Aufmerksamkeit fühlten sich manche dabei mehr bemüßigt, „ihr“ Gymnasium gegen Attacken „von außen“ zu verteidigen, als sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen. Angesichts von drei Kamerateams, Plakaten mit Bildern deportierter und er-

mordeter jüdischer Kinder sowie von Stülpnagel unterschriebener Befehle für Geiselererschießungen empfand eine Abiturientin die Aktion sogar als „denunzierend“. Die Schulleitung hatte statt des Gesprächs lieber den Kontakt zur Polizei gesucht und Beamte des dritten Reviers herbeigeordert. Einen Grund zum Einschreiten fanden die jedoch nicht.

Stülpnagel habe für seine Beteiligung am 20. Juli '44 sein Leben riskiert, verteidigte eine Schülerin die Ehrung des Generals. Wenn auch Blut an seinen Fingern klebe, so habe er doch versucht, Schlimmeres zu verhüten. Nur in einer Spitzenfunktion des Nazireichs habe Stülpnagel schließlich „effektiv“ Widerstand leisten können, sekundierte ein Mitschüler. Daß er aber auch die Erschießung unschuldiger Geiseln angeordnet hatte, möchte ein ehemaliger Lessing-Schüler nicht hinnehmen. „Ich kann erst wieder stolz auf diese Schule sein, wenn das Bild weg ist.“ luf

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.5.1996

„Stülpnagels Bild muß weg“

Kann ein Wehrmachtsgeneral und Widerständler Vorbild sein?

Vorerst hängt das Porträt Carl Heinrich von Stülpnagels noch in der Aula des Lessing-Gymnasiums im Westend. Die „Zwischenbilanz“ der Debatte um die umstrittene Ehrung des Wehrmachtsgenerals, die der Bezirksverband Frankfurt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am Montag abend bei einer Diskussion im DGB-Haus ziehen wollte, nahmen die Diskussionsteilnehmer allerdings schon zum Anlaß für ein endgültiges Urteil über den Offizier.

Das Ergebnis der Veranstaltung (F.A.Z. vom Dienstag) war nicht nur für die Diskussionsleiterin von vornherein klar: An der Schuld Stülpnagels gebe es keinen Zweifel, stellte die Frankfurter GEW-Vorsitzende Heidi Bachmayer eingangs fest. Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler an der Universität Heidelberg und Stadtverordneter von Bündnis 90/Die Grünen, war sich sicher, daß ein Mann wie Stülpnagel, der zwar für seine Beteiligung am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 hinge richtet worden, aber auch aktiv am Massenmord an den Juden beteiligt gewesen sei, nicht mit einem Porträt im Lessing-Gymnasium geehrt werden dürfe.

„Dieses Bild muß abgehängt werden“, sagte Brumlik, und Christoph Baumann, zusammen mit Bachmayer Vorsitzender der GEW Frankfurt, sah das in seiner ersten Stellungnahme genauso: „Das Bild eines Wehrmachtsgenerals hat in einer Schule nichts zu suchen.“ GEW-Vorstandsmitglied Benjamin Ortmeier, der die Diskussion über Stülpnagel und dessen Würdigung am Lessing-Gymnasium mit einem offenen Brief ausgelöst hatte, zitierte die als „Nazi-Jägerin“ bekannt gewor-

dene deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld: „Für eine Analyse des Lebens von General Carl Heinrich von Stülpnagel mag es Gründe geben – für seine Ehrung in einer Schule gibt es keinen einzigen Grund.“

Brumlik warf später die Frage auf, ob die Menschen überhaupt Vorbilder benötigen und, wenn ja, nach welchen Kriterien man sie aussuchen solle. Sollte man Kindern nicht vielmehr beibringen, daß sie allen Idolen gegenüber grundsätzlich kritisch eingestellt sein müßten? Die Personen, die sich aus der Zeit des Nationalsozialismus als positive Leitbilder anböten, seien zudem „so weit weg“, daß es für Jugendliche heute kaum noch möglich sei, sich mit ihnen zu identifizieren.

Das sah der ehemalige Lessing-Schüler Willy Katz, der während des Zweiten Weltkriegs Mitglied der gaullistischen Streitkräfte Forces Françaises Libres war, etwas anders. Auch er lehne den „Bilderkult“ um Stülpnagel ab und sehe in dem General kein Vorbild im Sinne humanistischer Traditionen. „Es gibt aber andere Helden der Arbeiterbewegung und des nationalen Gedankens, die in der Stadt der Paulskirche geehrt werden könnten.“

Am 11. Juni will das Lessing-Gymnasium selbst einen weiteren Versuch machen, die Rolle Stülpnagels als Soldat im Zweiten Weltkrieg und sein Engagement als Widerstandskämpfer zu bewerten. Nach einem Beschluß der Schulkonferenz ist die Diskussion mit namhaften Historikern allerdings als „schulinterne Veranstaltung“ geplant, an der nur Schüler und Lehrer teilnehmen sollen.

RALF EULER

Frankfurter Rundschau vom 2.5.1996

„An der Schuld kein Zweifel“

Diskussion im DGB-Haus über General von Stülpnagel

Mehr als ein halbes Jahr zieht sich die Diskussion über die umstrittene Ehrenrafel für den Wehrmachtsgeneral Heinrich von Stülpnagel im Lessing-Gymnasium schon hin. Während das Gymnasium erst mit Fachhistorikern und unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit zu einer Meinung kommen will, wie tief der hingerrichtete Widerständler des 20. Juli 1944 auch in den Massenmord insbesondere an Juden verstrickt war, spielte die Schuld bei einer Diskussion der Lehrgewerkschaft GEW am Montagabend im DGB-Haus keine Rolle mehr. Die ist „bewiesen“, stellte eingangs die GEW-Vorsitzende Heidi Bachmayer vor mehr als 200 Zuhörern fest.

Ihr Kollege Christoph Baumann warnte das Gymnasium, auf immer neue Gutachten und Gelehrte zu hoffen. „Das muß politisch entschieden werden.“

Wer wie Stülpnagel als Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich den militärischen Schutz für die Deportation von

mindestens 75 000 Juden organisiert und schriftliche Befehle für Vergeltungsmorde an Geiseln gegeben habe, sei „ein Kriegsverbrecher, ein Massenmörder“, betonte die Journalistin Beate Klarsfeld in einer schriftlichen Stellungnahme.

Wie gebildet, feinsinnig, kulturell interessiert der General von Zeitgenossen und auch einem Teilnehmer geschildert werde, geschichtliche Wahrheit sei es, daß er von Massenmorden gewußt und sie selbst angeordnet habe, argumentierte der Gewerkschafter Benjamin Ortmeier, der mit einem offenen Brief die Debatte über Stülpnagel erst angestoßen hatte.

Die Diskussion über den früheren Lessing-Schüler werde auch in dem humanistischen Gymnasium offen, wenn vielleicht auch mit einer gewissen „Ängstlichkeit“ geführt, versicherte die Lehrerin Veronika Busch. „Bestimmt soll nichts unter den Teppich gekehrt werden.“

Siehe „Im Wortlaut“

IM WORTLAUT

Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler und Stadtverordneter der Grünen, früher selbst Schüler am Lessing-Gymnasium, sieht keinen Grund, den Wehrmachtsgeneral Heinrich von Stülpnagel weiterhin zu ehren. Wir dokumentieren seinen Beitrag bei einer GEW-Veranstaltung in Auszügen:

Bei der Forderung, die öffentliche Ehrung einer komplexen und widersprüchlichen Persönlichkeit wie Heinrich von Stülpnagel zu beenden, geht es nicht darum, über dieses, einzelne, sicher nicht immer leichte und von Leid freie Menschenleben ein abschließendes Urteil zu fällen — wer vermöchte das schon? — sondern einzig darum, deutlich zu machen, wer in unserer Gesellschaft überhaupt geehrt werden kann. Und auch hier kann es nicht darum gehen, sich auf Heilige zu beschränken, von denen normale Menschen und insbesondere normale Jugendliche ohnehin nichts lernen können. Nein, wenn überhaupt geehrt werden soll, dann sollte es sich schon um wirkliche Menschen in ihrem Widerspruch, mit all ihren Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten handeln — darüber besteht mit niemandem eine Differenz.

Es geht auch nicht darum, den nationalkonservativen Eliten des ausgehenden Kaiserreiches ihren Salonantisemitismus und vor allem ihr eigentümliches Amalgam aus Kommunistenangst und Antisemitis-

Wer kann überhaupt geehrt werden?

mus vorzuhalten, die es ihnen endlich ermöglichte, im Krieg an der Ostfront, unter dem Deckmantel des kompromißlosen Partisanenkriegs, all das aufzukündigen, was sie jemals über soldatische Ehre gelernt hatten. Diese Mentalitäten erscheinen im Rückblick als objektive Gegebenheiten, wir können uns die Bedingungen klar machen, unter denen sie entstanden sind. Im Falle des protestantisch preussischen, im Geist von Wilhelmismus, Militarismus, Luthertum und eines seiner Gehalte entleerten Humanismus aufgewachsenen Stülpnagel erscheint die Kombination Antikommunismus, Antisemitismus und — nicht zu vergessen — Antinazismus als nachvollziehbare Abneigung gegen das, was er für pöbelhaft, die Ordnung bedrohend und damit bekämpfungswert hielt. Hier gibt es nichts zu verurteilen, sondern lediglich etwas zu analysieren. Und somit gilt: an Stülpnagel und seinesgleichen gibt es viel zu lernen, von ihnen zu lernen hingegen gar nichts.

Erinnern und Gedenken sind nicht einerlei. In der historischen Erinnerung bemühen wir uns — immer lückenhaft, immer von Interessen geleitet — zu sagen, wie es gewesen ist; im Gedenken hingegen versuchen wir das, dessen wir uns erinnern, als maßgeblich herauszustellen. Wer aber einer Person oder einer Gruppe von Personen ehrenvoll gedenkt, will sich zugleich das, wofür diese Menschen standen, wofür sie lebten und starben, zu eigen machen.

Ich wüßte daher nicht, was an Heinrich

von Stülpnagel heute für die Allgemeinheit oder eine künftige Generation von Staatsbürgern maßgeblich sein sollte. Daß in seinem Leben Mut und Feigheit, Zuneigung und Haß, Moral und Unmoral wirkten daß er — wie Gott sei dank fast alle Menschen — nicht nur dunkle, sondern auch lichte Seiten hatte, hebt ihn nicht so weit unter anderen hervor, als daß er besonders geehrt werden müßte. Daß er Hitler nicht mochte und zu Recht der Auffassung war, daß dieser das Ende jenes Deutschlands bedeuten würde, in dem er aufwuchs, das er liebte, für das er kämpfen wollte, kann aber nach unseren heutigen Maßstäben nicht den Umstand aufwiegen, daß er kaum weniger Juden auf dem Gewissen hatte, als Arthur Nebe, der als Leiter der Einsatzgruppe B 1941 die Ermordung von 45 000 Menschen zu verantworten hatte, und für dessen ehrenvolles Andenken zu Recht auch niemand eintritt.

Es mag nicht an uns sein, Stülpnagel zu verurteilen, aber: wo es nichts zu verurteilen gibt, gibt es auch nichts zu ehren. Es sei denn, wir seien der Auffassung, daß das nationalkonservative Projekt, für das Stülpnagel einstand, auch heute noch so maßgeblich ist, daß darüber die aktive Beteiligung an einem gigantischen Massenmord vergessen werden mag.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.5.1996

Diffamierung des Widerstands

Zu: „Mut und Feigheit, Moral und Unmoral“ (F.A.Z. vom 30. April). Während die Argumente Micha Brumliks wenigstens noch etwas von den tragischen Verstrickungen der Männer des deutschen militärischen Widerstandes erahnen lassen, sind die Ausführungen der Frankfurter GEW-Funktionäre nur als maßlos zu bezeichnen.

Als Militärbefehlshaber in Frankreich gehörte Carl Heinrich von Stülpnagel zur Kernzelle des aktivsten deutschen Widerstandszentrums, die das Attentat vom 20. Juli 1944 vorbereitete. Während seiner gesamten Dienstzeit kämpfte der General gegen NSDAP, SD und Gestapo für das Heer um die „Hegemonie in Frankreich“, wie Gerhard Heller in seinem Buch „In einem besetzten Land“ schreibt. Den Berliner Befehlen zu Geislerschießungen widersetzte er sich ebenfalls nach Kräften und rettete so zahllosen Menschen das Leben.

Walter Bargatzky beschreibt von Stülpnagel in „Zwei Stunden und eine vertane Chance“ (F.A.Z. vom 14. Juli 1984) als „einen der gebildetsten Generale, die unsere Geschichte kennt, von großer Bescheidenheit, der die Anonymität liebt und seinen Antinazismus nur schwer verbergen kann“. Dem Widerstand schloß er sich „wohl weniger aus Hoffnung auf Erfolg als aus purer Noblesse an“. Den Chef der Widerstandsbewegung für den Westen, Oberstleutnant Cäsar von Hofacker, hatte von Stülpnagel von jeglicher Verwaltungs-

arbeit befreit und mit einem Scheinreferat betraut, damit er sich ausschließlich der Vorbereitung des Umsturzes widmen konnte.

Als am Nachmittag des 20. Juli Stauffenberg Hofacker telefonisch vom Gelingen des Attentats in Kenntnis setzte, gab Stülpnagel sofort den Befehl, das gesamte SD-Personal zu verhaften. Selbst als das Scheitern des Umsturzes bekannt wurde, lief die Verhaftungsaktion mit Hilfe des Militärbefehlshabers weiter. Nach Keitels Befehl, sich sofort beim OKW in Berlin zu melden, wußte Stülpnagel, daß dies seine Verhaftung bedeutete. Sein Selbstmordversuch mißlang, statt sich zu töten, hatte er sich blind geschossen. Von der Gestapo Tag und Nacht schwer bewacht, wurde der völlig Erblindete am 30. August vor den Volksgerichtshof gezerrt und vom Vorsitzenden Roland Freisler zum Tode verurteilt. Noch am gleichen Tage wurde er – übrigens auf persönlichen Wunsch Hitlers – durch Erhängen am Fleischerhaken hingerichtet.

Der hysterische Versuch, Nazis ausgerechnet bei ihren größten Gegnern zu suchen, spricht eigentlich nur für die Trivialität und den Zynismus der Frankfurter GEW-Funktionäre. Zu fragen wäre vielleicht auch, ob eine Gewerkschaft gerade in diesen Tagen nichts Besseres zu tun hat, als für die Diffamierung des deutschen militärischen Widerstands zu sorgen.

Werner Olles, Frankfurt

Frankfurter Allgemeine Zeitung
vom 14.5.1996

Ideologisch gegen Stülpnagel

Zu: „Mut und Feigheit, Moral und Unmoral“ (F.A.Z. vom 30. April). Die GEW im Alleinbesitz der historischen Wahrheit, die selbsternannten Saubermänner und -frauen, die Rechtschaffenen, die mutig ein heißes Eisen anfassen, vor dem die anderen, die Unrechtschaffenen zurückschrecken? Warum dieses plötzliche Interesse an der Gestalt von Stülpnagels? Ziel der GEW-Veranstaltung war anscheinend nicht die schonungslose Aufdeckung der historischen Wahrheit. Dazu war das Podium zu einseitig besetzt. Bekanntlich ist die GEW eine schulpolitisch ideologisch festgelegte Lehrgewerkschaft, die zum Beispiel immer noch, trotz besserer Erkenntnis, an die Vorzüge der Gesamtschule glaubt.

Eine Schule wie das Lessing-Gymnasium ist ihr daher ein Dorn im Auge, die angebliche „Ehrung“ von Stülpnagels an dieser Schule gibt der GEW willkommene Gelegenheit, die Verantwortlichen der Schule als die Ewiggestrigen, die Konservativen, die Unbelehrbaren, die Gesinnungstäter hinzustellen, was natürlich zu den Vertretern der Bildungsziele eines altsprachlichen Gymnasiums zu passen scheint. Seine Abneigung gegen Latein hatte ja vor einiger Zeit ein Teilnehmer des Tribunals, Micha Brumlik, ziemlich unreflektiert von sich gegeben, als er Latein als die ihm verhaßte Sprache eines Unterdrückervolkes hinstellte, als ob eine solche Behauptung nicht ebenso auf Englisch oder Französisch zuträfe.

Die ganze Aktion der GEW scheint dem wenig interessierten Publikum suggerieren zu wollen, zu welchen Verirrungen eine Schule wie das Lessing-Gymnasium fähig ist, wie verhängnisvoll es sein kann, sein Kind auf eine solche Schule zu schicken.

Wenn der GEW an nutzbringender Wahrheitsfindung gelegen wäre, brauchte sie nicht im Leben fast vergessener Personen herumzuforschen, sondern sie hätte ein reiches Betätigungsfeld bei der Erforschung der Vergangenheit noch lebender und in Amt und Würden sich befindender Personen, die zum Beispiel zu DDR-Zeiten ihre Mitmenschen um ihre Würde und oft um ihre Existenz brachten. Dann wäre es vielleicht nicht bloß mit der Beseitigung eines Bildes getan.

Norbert Hartmann, Frankfurt

Frankfurter Rundschau
vom 15.5.1996

Expertendiskussion abwarten

In der Diskussion über die Ehrung des Wehrmachtgenerals Heinrich von Stülpnagel am Lessing-Gymnasium dürfe die Schule nicht unter Druck gesetzt werden, meint ein Leser.

Es findet seit mehreren Monaten eine inhaltliche, aber sehr sachliche Diskussion über Heinrich von Stülpnagel am Lessing-Gymnasium statt. Die Schulkonferenz hat sich einstimmig für diesen Weg entschieden und ich denke man sollte ihn respektieren. Am Ende unserer Bemühungen um Aufklärung vor allem der Schüler des Lessing-Gymnasiums über die schrecklichen Ereignisse der Nazizeit soll nach einer Expertendiskussion am 11. Juni eine Entscheidung über die Gedenktafel v. Stülpnagels stehen, die sicherlich auch das Entfernen dieser Tafel sein kann.

Benjamin Ortmeier von der GEW versucht die Schulgemeinde politisch unter Zeitdruck zu setzen, was meiner Meinung nach dazu führen könnte, daß die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Taten (guten wie schlechten) v. Stülpnagels oberflächlich wäre.

Jürgen Bartels, Frankfurt

Leserbriefe stellen die Meinung ihrer Einsender dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Benjamin Ortmeyer

**Danneckerstraße 4
60594 Frankfurt am Main**

Telefon (0 69) 61 42 91

B. Ortmeyer · Danneckerstraße 4 · D-60594 Frankfurt am Main

Frankfurter Rundschau
Leserbriefe
Große Eschenheimer Straße 16-18
60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 28.5.1996

Leserbrief

Zum Leserbrief vom 15.5.1996 »Expertendiskussion abwarten«

Herr Jürgen Bartels wirft mir vor, ich hätte die Schulgemeinde politisch unter Zeitdruck gesetzt, verweist auf die Expertendiskussion am 11. Juni 1996 im Lessing-Gymnasium und behauptet, am Lessing-Gymnasium hätte seit mehreren Monaten eine »inhaltliche, aber sehr sachliche Diskussion über Heinrich von Stülpnagel« stattgefunden. Hierzu möchte ich klarstellen:

Das Lessing-Gymnasium hat durch seinen Schulleiter Dr. Meyer ursprünglich erklärt, es gebe eine Diskussion »mit Geschichtswissenschaftlern, Zeitzeugen, Verteidigern und Kritikern des Generals« (FAZ vom 23.11.1995). Aber schon zu diesem Zeitpunkt war klar, daß ein Kritiker wie Micha Brumlik nicht eingeladen werden sollte. Dr. Meyer verkündete am 13.11.1995 in der Frankfurter Neuen Presse: »Micha Brumlik wird mit Sicherheit nicht dabei sein.« Auch der Zeitzeuge und ehemalige Lessingschüler Willi Katz aus Paris ist ganz eindeutig und offensichtlich bewußt als Kritiker von General Stülpnagel zur Veranstaltung am 11.6.1996 nicht eingeladen worden.

Der Historiker Hannes Heer wurde zunächst schriftlich eingeladen, dann aber ebenso schriftlich von der Schulleitung des Lessing-Gymnasiums wieder ausgeladen. Aber all dies wird den deutschnationalen Kräften im Lessing-Gymnasium nichts nützen, denn die kritischen Köpfe im Lessing-Gymnasium wie auch die eingeladenen Experten werden deutlich machen, daß General von Stülpnagel, eben nicht nur am Putsch gegen Hitler beteiligt war, sondern auch, wie Alfred Grosser sagt, »ein Massenmörder« war.

Was die sogenannte »sachliche« Diskussion angeht, mag es sie geben, verstärkt wird aber auch eine Form der Sachlichkeit, die ich nur als unmenschlich bezeichnen kann. So lese ich in der Schülerzeitung des Lessing-Gymnasiums, daß ein Lehrer auf die Liquidierungsbefehle in der Ukraine durch Stülpnagel wie folgt einging: »Hierzu ließ Herr Streb verlauten, Stülpnagel habe die Erschießung von jüdischen Kommunisten angeordnet, um wahllose Massaker an der übrigen Zivilbevölkerung, wie sie anderswo üblich waren, zu verhindern« (»TAZOBAK« Nr. 1 vom Dezember 1995). Es sei die Frage erlaubt, wieso gezielte Massaker an der jüdischen Bevölkerung besser sein sollen als wahllose Massaker.

Benjamin Ortmeyer

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.6.1996

Stülpnagel der Ehrung würdig?

Diskussion um Wehrmachtsgeneral am Lessing-Gymnasium

ler. Vier Geschichtswissenschaftler und Militärgeschichtler werden am Dienstag mit Schülern und Lehrern des Lessing-Gymnasiums über die umstrittene Rolle von Carl Heinrich von Stülpnagel im Zweiten Weltkrieg diskutieren. Stülpnagel, ein ehemaliger Schüler des Gymnasiums im Westend, wird wegen seiner Beteiligung am Umsturzversuch gegen Hitler am 20. Juli 1944 in der Aula der Schule geehrt. Die Diskussion soll zur Klärung der Frage beitragen, ob der als Widerstandskämpfer hingerichtete General dieser Ehrung würdig ist.

Die um 11 Uhr beginnende Debatte wird nach Angaben von Schulleiter Klaus Meyer als reine Unterrichtsveranstaltung organisiert. Aufgrund des begrenzten Platzes in der Aula könnten ausschließlich Schüler, Lehrer, Mitglieder des Schülerternbeirats und des Bunds der Freunde des Lessing-Gymnasiums an der Diskussion teilnehmen. Außerdem habe man Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), Schuldezernentin Jutta Ebeling (Bündnis 90/Die Grünen), die Vorsitzenden der Römerfraktionen und Journalisten eingeladen.

Auf dem Podium werden nach Auskunft der Schule Johannes Tuchel, der organisatorische Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, und Friedrich Christian Stahl, der ehemalige Leiter des Militärarchivs in Freiburg, sitzen. Die beiden anderen Diskussionsteilnehmer sind Winfried Heinemann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam und der Leiter des Frankfurter Instituts für Stadtgeschichte, Dieter Rebenitsch. Die Gesprächsleitung übernimmt

Notker Hammerstein, Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

Der Freiburger Militärgeschichtler Manfred Messerschmidt, der ursprünglich ebenfalls an der Diskussion teilnehmen sollte, wurde dem Vernehmen nach nicht eingeladen, weil sich Friedrich Christian Stahl geweigert haben soll, gemeinsam mit ihm auf einem Podium zu sitzen. Messerschmidt zeigte sich auf Anfrage „befremdet“ über diese Entscheidung der Schule. Er habe erwartet, daß sich gerade ein Gymnasium, das schon im Namen die humanistische Tradition hochhalte, einer offenen, freien Aussprache nicht verweigere.

Die Ehrung Stülpnagels in der Schule ist nach Ansicht von Messerschmidt fragwürdig. Er habe erhebliche Zweifel, ob der Wehrmachtsgeneral ein Vorbild für junge Menschen sein könne, denn in diesem Zusammenhang dürfe nicht allein sein ehrenwertes Verhalten am 20. Juli 1944 gesehen werden. Als Militärbefehlshaber in Rußland habe Stülpnagel schon in einem frühen Stadium des Feldzugs angeordnet, im Falle von Sabotageakten besonders „jüdische Komsomolzen“, also jüdische Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation, zur Rechenschaft zu ziehen. „Er ist faktisch über die damals bestehenden Anordnungen des OKW hinausgegangen“, kritisiert Messerschmidt. So habe der General zum Beispiel auch die Propagandaabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) aufgefordert, entschiedener gegen die Juden zu agitieren. Stülpnagel sei ein „Mittragender der nationalsozialistischen Judenvernichtung“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.6.1996

Leserbriefe

Mutige Haltung

Zu: „General, Mahner vor dem Krieg und Verschwörer gegen Hitler“ (F.A.Z. vom 30. Mai). Im Protokoll (Blatt 6) der Berliner Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 wird angegeben, daß von den für die „Endlösung“ der europäischen Judenfrage insgesamt in Betracht kommenden elf Mil-



von Stülpnagel

Foto Archiv

lionen Juden auf Frankreich 865 000 Juden entfallen (besetztes Gebiet 165 000, unbesetztes Gebiet 700 000 Juden). Diese im Auftrage Heydrichs von dem Chef-Statistiker beim RFSS namens Korherr länderweise ermittelten Zahlen sind bezüglich Frankreich sicherlich stark überhöht (besonders die Zahl 700 000). Von den in 1940 in Frankreich lebenden 300 000 Juden (geschätzte Zahl) war fast die Hälfte nicht in Frankreich geboren.

Von seinem Vetter General Otto von Stülpnagel übernahm General Carl Heinrich von Stülpnagel am 20. Februar 1942 das Amt des „Militärbefehlshaber Frankreich“ in Paris. Sein Vetter Otto blieb noch einige Tage in Paris zur Übergabe des Amtes. Laut Berliner Planung sollte der erste Deportationszug mit Juden nach dem Osten (Auschwitz) bereits im Dezember 1941 abgehen, was mangels Transportmöglichkeiten erst im März 1942 möglich wurde. Dieser erste Transport aus dem Konzentrationslager Drancy (Vorort von Paris) umfaßte 1100 männliche Juden (überwiegend deutsche Emigranten) und verließ Drancy am 27. März 1942 Richtung Auschwitz. Dieser erste Deportationsfall von Juden aus Frankreich fällt noch in die Dienstzeit und Verantwortung seines Vorgängers und Vetters Otto von Stülpnagel. Weitere Deportationen fanden bis Juni 1942 nicht statt.

Himmler setzte mit der Installierung des ihm direkt unterstellten Höheren SS- und Polizeiführers Oberg in Paris durch, daß ab 1. Juni 1942 die gesamte Polizeitätigkeit im besetzten Frankreich nicht mehr dem Militärbefehlshaber unterstand, sondern dem SS-Führer Oberg unterstellt wurde. Stülp-

nagel konnte also ab Juni 1942 auf die künftigen Juden-Deportationen keinen Einfluß nehmen. Der von Himmler im Juni 1942 abgesetzte Befehl zur Massendeportation von 100 000 Juden aus Gesamtfrankreich war die Grundlage für die weiteren Deportationen aus Frankreich, die bereits im Juni 1942 zu zwei weiteren Deportationszügen nach dem Osten führten (am 5. und 22. Juni 1942, bei letzterem erstmals auch Frauen). Doch als sich für die SS die Durchführung der weiteren Deportationen (auch bei begrenzter Mithilfe der französischen Polizei) als immer schwieriger und zeitlich immer schleppender erwies und deswegen der SS-Führer Oberg den Militärbefehlshaber im Juli 1943 um Hilfestellung bei den Deportationen bat, versagte General von Stülpnagel kategorisch die Mithilfe der Armee. Die letzten Transporte durch die SS erfolgten im August 1944 (alliierte Invasion).

Von den insgesamt aus Frankreich deportierten 73 000 Juden waren der weitaus überwiegende Teil nicht gebürtige Franzosen, sondern ausländische Juden, so daß die rein französische Opferquote – verglichen mit den entsprechenden Quoten der im Zweiten Weltkrieg vom NS-Regime besetzten anderen europäischen Ländern – relativ begrenzt blieb. In einem persönlichen Brief Himmlers vom 31. Juli 1944 an den Gauleiter und Reichsstatthalter in Sachsen (Mutschmann) berührt er auch die Juden-deportationen aus Frankreich: „Was die Judenfrage in Europa anbelangt, so war das totale Abfahren der Juden aus Frankreich wegen der sehr mißlichen Verhältnisse mit dem dortigen Militärbefehlshaber (General von Stülpnagel) äußerst schwierig. Aus Ungarn haben wir jetzt 45 000 Juden abgefahren und gehen jetzt an den Abtransport der zweiten Hälfte heran. Seien Sie versichert, daß ich gerade in diesem entscheidenden Augenblick des Krieges die notwendige Härte, so wie bisher, besitze“ (gezeichnet H. Himmler). Himmlers „notwendige Härte“ hatte sich – im Falle der französischen Juden – glücklicherweise dank der mutigen Haltung eines deutschen Generals nur begrenzt durchsetzen können. Auch dies gehört zum Bilde Stülpnagels.

Klaus E. Franke, Frankfurt

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.6.1996

Untadeliger General

Zu: „Stülpnagel der Ehrung würdig?“ (F.A.Z. vom 7. Juni). Nach dem „Tribunal“ über den General Carl-Heinrich von Stülpnagel im Gewerkschaftshaus wird nun erneut im Lessing-Gymnasium „Anklage“ von Leuten erhoben werden, die die Nazizeit und den Krieg selbst nicht miterlebt haben. Sie haben selbst nicht in einer Diktatur gelebt und gerade deshalb wissen sie so sehr genau, wie man sich hätte verhalten sollen. Ich zweifle daran, ob gerade diese Herren, die heute immer wieder gegen Persönlichkeiten der damaligen Zeit zu Felde ziehen und ihnen vorwerfen, daß sie keinen oder nicht genügend Widerstand geleistet hätten, ihr Leben riskiert hätten.

Der Schreiber dieser Zeilen gehört dem Jahrgang 1925 an und ist in der sogenannten Nazizeit aufgewachsen. Er stammt aus einer Offiziersfamilie und war selbst noch Soldat und Offizier. Er hatte zu beiden Generälen von Stülpnagel ein persönliches Verhältnis, da sein Vater und beide Generäle Kriegskameraden des Ersten Weltkriegs waren. Auch im Zweiten Weltkrieg stand mein Vater zeitweilig wieder unter dem Kommando von Carl-Heinrich von Stülpnagel. Aus vielen Gesprächen, an die ich mich heute noch sehr genau erinnere, weiß ich, wie sehr die unheilvolle Entwicklung gerade Carl-Heinrich von Stülpnagel belastete und wie immer wieder in der Generalität Überlegungen angestellt wurden,

wie Hitler beseitigt und der Krieg beendet werden könnte. Dazu ein Beispiel von vielen: Anfang Januar 1941 trafen sich „Alte Kameraden“ zu einer „Wiedersehensfeier“ in meinem Elternhaus in Hamburg, an der etwa zwanzig Generäle und Admiräle, unter anderen beide Generäle von Stülpnagel, teilnahmen. Einziges Thema war: Wie kann der gerade beschlossene Krieg gegen Rußland verhindert werden? Wohl keiner der heutigen so selbstgefälligen Generation der Ankläger kann ermesen, was für ein Risiko an Leib und Leben für alle, die an diesem Treffen teilgenommen haben, bestanden hat, nicht nur für die Teilnehmer selbst, sondern auch für deren Familien. Auch der in der letzten Zeit immer wieder aufgetauchte und erhobene Vorwurf, von Stülpnagel sei für Erschießungen in Rußland und für Judendeportationen aus Frankreich verantwortlich, zeugt davon, daß diese „Ankläger“ die damaligen Verhältnisse gar nicht übersehen oder bewußt falsch darstellen. Für die Deportationen aus den besetzten Gebieten und für das, was hinter der Front geschah, waren ausschließlich die jeweiligen „höheren SS- und Polizeiführer“ zuständig und verantwortlich und nicht die Wehrmacht. Ich hoffe, daß dem Bild des untadeligen Generals in seiner Schule wie bisher ein Ehrenplatz erhalten bleibt.

Fritz Dietrich, Frankfurt

Frankfurter Rundschau vom 11.6.1996

Zwei kritische Experten wurden ausgeladen

Schulleiter sah Podiumsdiskussion in Gefahr

Bei der vom Lessing-Gymnasium angekündigten Podiumsdiskussion zur Rolle des Wehrmachtgenerals Heinrich von Stülpnagel, den das Gymnasium wegen seiner Beteiligung am 20. Juli 1944 ehrt, werden kritische Stimmen offensichtlich nicht so gern gehört. Der international renommierte Militärhistoriker Manfred Messerschmidt, bis 1988 Leitender Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, wurde zweimal zu dieser Diskussion eingeladen — und zweimal wieder ausgeladen. „Das ist eine merkwürdige Geschichte“, sagt Messerschmidt.

Dabei war die Einladung an den bekannten Historiker sogar Thema einer Lehrerkonferenz gewesen, bei der das Kollegium mit knapper Zwei-Stimmen-Mehrheit für eine Einladung an den Freiburger Militärfachmann votiert hatte. Schulleiter Klaus Meyer habe sich über dieses Votum hinweggesetzt, heißt es.

Eine schriftliche oder gar offizielle Einladung an Messerschmidt habe es nie gegeben, hält der Lessing-Direktor dagegen. Sein Name sei zwar in der Diskussion gewesen, aber das Lessing-Gymnasium hätte die Podiumsdiskussion gefährdet, „wenn wir auf Messerschmidt bestanden

hätten“. Ebenfalls eingeladene Wissenschaftler hätten „gewisse Vorbehalte“ geäußert, mit dem ausgewiesenen Experten auf einem Podium zu sitzen. Messerschmidt ist bekannt für seine ausgewogen kritische Betrachtung der Rolle der Wehrmacht während der Nazizeit.

Der Hamburger Historiker Hannes Heer, der im Hamburger Institut für Sozialforschung für die vielbeachtete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht verantwortlich zeichnete, hatte nach einer Anfrage aus dem Gymnasium ebenfalls frühzeitig seine Bereitschaft für die Podiumsdiskussion erklärt — bis ihm telefonisch wieder abgesagt wurde.

Bei der heutigen Diskussion, die ausdrücklich als „schulinterne Unterrichtsveranstaltung“ vorgesehen ist, werden nach Angaben des Schulleiters Klaus Meyer reden: Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Dieter Rebentisch, Leiter des Frankfurter Stadtarchivs, sowie zwei Militärhistoriker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam.

Das Gespräch ist laut Meyer als „wissenschaftliche Expertendiskussion“ angelegt. luf

Siehe auch den „Wortlaut“ auf dieser Seite

Frankfurter Rundschau vom 11.6.1996

IM WORTLAUT

Widerstand und Antisemitismus

Nachdem der renommierte Militärgeschichtler Manfred Messerschmidt (Foto) zweimal von der Podiumsdiskussion im Lessing-Gymnasium eingeladen wurde, dokumentiert die *FR* nachstehend einen Beitrag Messerschmidts zur Rolle des Wehrmachtsgenerals Heinrich von Stülpnagel.

Das Lessing-Gymnasium in Frankfurt ehrt auf einer Wandtafel seinen Abiturienten Carl-Heinrich von Stülpnagel. Es ehrt den Gegner Hitlers, der beim versuchten Staatsstreich in Paris SS- und SD-Führer verhaften ließ und schließlich nach dem Scheitern des Attentats und nach einem Selbstmordversuch verhaftet und am 30. August 1944 hingerichtet wurde. Das Gymnasium sagt nichts zur Haltung Stülpnagels als Oberbefehlshaber der 17. Armee in Rußland und als Militärbefehlshaber in Frankreich. Darum ist seit langem eine an Heftigkeit zunehmende Kontroverse im Gange. Eine öffentliche Podiumsdiskussion sollte die Standpunkte klären. Sie kam nicht zustande. Angesprochene Teilnehmer wurden ein- und wieder ausgeladen. Man entschied sich dann für eine interne Veranstaltung der Schule. Der Verfasser wurde erneut gebeten, aber dem Schulleiter schien es richtig, trotz eines positiven Votums der Lehrerkonferenz die Einladung nicht zu genehmigen.

Im Interesse der Schüler nehme ich deshalb Gelegenheit, meinen Standpunkt kurz darzulegen: Stülpnagels Haltung



und Handeln am 20. Juli 1944 verdienen nicht nur Respekt, sie müssen überdies herausgehoben werden aus dem traurigen Bild, das die Generalität sonst bietet. Wären die Generale von der Statur Stülpnagels gewesen, hätte die Geschichte schon seit 1938/39 einen anderen Verlauf nehmen können.

Aber es gibt andere Facetten an Stülpnagels Haltung. Wie würde Lessing, der Freund Moses Mendelssohns, sie wohl bewertet haben? Stülpnagel war Antisemit wie viele Generale, nicht zuletzt der Oberbefehlshaber des Heeres Freiherr von Fritsch. Im Krieg gegen die Sowjetunion hat dieser Antisemitismus Auswirkungen gehabt auf die Bereitschaft von Heeresbefehlshabern und -kommandeuren, mit den Sonderkommandos von SD und Sicherheitspolizei zusammenzuarbeiten. Stülpnagel gehörte als OB der 17. Armee bis Oktober 1941 zu diesen Kooperationspartnern. Schon am 25. Juli 1941 ist im Kriegstagebuch der Führungsabteilung des Armeekorps (AOK) vermerkt: „SD-Verbindung hergestellt“, und schon am 2. Juli regte AOK 17 beim Reichssicherheitshauptamt an, die in den besetzten Gebieten wohnhaften antijüdisch und antikommunistisch eingestellten Polen zu „Selbstreinigungaktionen“ zu benutzen. Nach Kabelsabotagen bat das AOK das Sonderkommando 4b um Repressalien gegen Juden im Kremmentschug (22. September 1941) und da ist der bekannte Befehl Stülpnagels, bei Sabotage oder Angriffen vornehmlich jüdische Komsomolen zu erschießen, wenn die Täter nicht feststellbar seien. Dies forderte er am 30. Juli und am 21. August schrieb er an die Propaganda-Abteilung des OKW (OKW-WPr) „Forderungen an die deutsche Propaganda: vermehrter Kampf gegen Juden-

tum... nachdrücklichste Aufklärung über Judentum.“

Nathan den Weisen hatte der General in die Schublade gelegt. Es ist falsch zu sagen, er habe mit dem Befehl vom 30. Juli die im Gange befindliche Vernichtungspraxis eingrenzen wollen. Tatsächlich ging er weit über die Absprachen des Generalquartiermeisters Wagner mit dem SD-Chef Heydrich vom März 1941 hinaus.

Was ist zur Abschiebung von Verdächtigen aus Frankreich nach Deutschland aufgrund des „Nacht-und-Nebel-Befehls“ zu sagen? Die Richtlinien Hitlers vom 7. Dezember 1941 gaben den Befehlshabern im Westen Spielraum, denn die 1. Durchführungsverordnung Keitels besagte, daß der übergeordnete Befehlshaber endgültig zu entscheiden habe, ob ein Gericht in seinem Befehlsbereich zuständig sei oder ob er die „Geheime Feldpolizei“ beauftragte, die Täter nach Deutschland zu bringen. Letzteres geschah häufig. Ein Verzeichnis der nach Deutschland abtransportierten Franzosen umfaßt bis Dezember 1942 83 Personen, Männer und Frauen. Es ist nicht das einzige Verzeichnis.

Wir haben aber auch ein Zeugnis anderer Art: Stülpnagel hat auf Vorschlag des Stadtkommandanten von Groß-Paris, des Generals von Boineburg, ein Todesurteil gegen einen Soldaten nicht bestätigt, der im Lazarett nach Erhalt der Nachricht, daß er beim Bombenangriff auf Hamburg Frau und Wohnung verloren habe, äußerte: „Genauso wie der Faschismus gehen mußte, wird auch der Nationalsozialismus gehen, und zwar noch in diesem Kriege.“

Stülpnagel war nicht „Hitlers General“. Dennoch, kann eine sich Lessing verpflichtet fühlende Schule Nathan den Weisen in die Schubladen legen?

Stülpnagel: „Doppelleben“ als Militär und Widerständler

Historiker sehen bei dem Wehrmachtsgeneral „bewußtes Handeln in die Schuld hinein“ /

Diskussion im Lessing-Gymnasium

ler. Die Entscheidung darüber, ob oder in welcher Form der Wehrmachtsgeneral und Widerstandskämpfer Carl Heinrich von Stülpnagel künftig am Lessing-Gymnasium geehrt werden kann, soll nach Auskunft des Schulleiters in Absprache mit Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) getroffen werden. Die Schule könne nicht allein entscheiden, wie mit der Gedenkstätte für Stülpnagel umzugehen sei, sagte Klaus Meyer gestern im Anschluß an eine Diskussion über die umstrittene Rolle des Generals im Zweiten Weltkrieg. Das Foto des ehemaligen Lessing-Schülers Stülpnagel hängt, zusammen mit den Porträts

zweier anderer nach dem 20. Juli 1944 hingerichteter Soldaten, seit mehr als 40 Jahren in der Aula des Gymnasiums.

Die ehrenamtliche Stadträtin Helga Budde (CDU), die in Vertretung der Oberbürgermeisterin zu der Veranstaltung gekommen war, ist allerdings anderer Ansicht als Meyer. „Das muß die Schule für sich entscheiden“, sagte sie auf Anfrage. Ähnlich äußerte sich Michael Damian, der persönliche Referent von Schuldezernentin Jutta Ebeling (Bündnis 90/Die Grünen): „Wir werden auf ein Signal der Schule warten.“ Nur wenn die Schule nicht in der Lage sei, allein eine Entscheidung zu tref-

fen, werde die Schuldezernentin eingreifen. Ebeling, so Damian weiter, sei der Ansicht, daß Stülpnagels Foto aufgrund der von ihm zu verantwortenden „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ abgehängt werden müsse. „Ein solcher Mann kann nicht länger ein Vorbild für Jugendliche sein“, sagte Damian nach der Diskussion vor mehr als 500 Schülern, Eltern und Lehrern.

Die vier an der Debatte in der Aula des Lessing-Gymnasiums beteiligten Geschichtswissenschaftler hatten zuvor übereinstimmend die Bedeutung Stülpnagels für den militärischen Widerstand gegen



Diskutierten mit Schülern des Lessing-Gymnasiums über Wehrmachtsgeneral Carl Heinrich von Stülpnagel (von links): Dieter Rebenitsch, Leiter des Instituts für Stadtgeschichte, Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Frankfurter Professor Notker Hammerstein, Winfried Heinemann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt und Friedrich Christian Stahl, ehemals Leiter des Militärarchivs in Freiburg.

Foto Helmut Fricke

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.6.1996 (Fortsetzung)

Hitler und das nationalsozialistische Regime hervorgehoben. Stülpnagel habe sich als einer von ganz wenigen Offizieren schon vor Ausbruch des Krieges an der Opposition gegen das nationalsozialistische Regime beteiligt, sagte der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Johannes Tuchel. 1940 habe man von rund 1000 Generalen der Wehrmacht lediglich 40 dem militärischen Widerstand zurechnen können. Stülpnagel habe sich, nach anfänglichen Sympathiebekundungen für Hitler, schon 1934, nach den Morden an Führern der SA und der Wehrmacht, vom Nationalsozialismus distanziert. 1936 habe er vor den verheerenden Folgen eines Krieges für Deutschland gewarnt.

1939 versuchte Stülpnagel nach Darstellung von Tuchel, bei anderen Generalen für einen Putsch gegen Hitler zu werben, habe jedoch keine Unterstützung gefunden. Stülpnagel, zu dieser Zeit stellvertretender Generalstabschef, habe sich von Anfang an in dem Dilemma befunden, einerseits ein Gegner des Krieges zu sein, diesen andererseits aber an verantwortlicher Stelle mit vorbereiten zu müssen. Der General habe dieses „Doppelleben“ geführt, weil es für einen Erfolg des militärischen Widerstands unabdingbar gewesen sei, auf Männer in entscheidenden Positionen zählen zu können, sagte Tuchel. Friedrich Christian Stahl, der ehemalige Leiter des Militärarchivs in Freiburg, wies darauf hin, daß sich Stülpnagel im Oktober 1941 als erster Oberbefehlshaber an der Ostfront wegen einer Krankheit von seinem Kommando habe entbinden lassen.

Winfried Heinemann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam interpretierte Stülpnagels Verhalten als „bewußtes Handeln in die Schuld hinein“. Der General habe Mitverantwortung für Unrecht auf sich laden müssen, um an einer „Schaltstelle der Macht“ zu bleiben. Als Militärbefehlshaber in Frankreich, eine Position, die Stülpnagel im Februar

1942 übernahm, habe der General dafür gesorgt, daß am 20. Juli 1944 in Paris die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Umsturzversuch geschaffen worden seien. Stülpnagel sei es gelungen, die gesamte Führung der Gestapo, der SS und des Sicherheitsdienstes (SD) zu verhaften. Die Chance für eine Beendigung des Krieges im Westen sei dann von anderen verspielt worden. „Das ist die eigentlich weltgeschichtliche Rolle des Generals von Stülpnagel“, sagte Heinemann, der daran erinnerte, daß dem Krieg in den verbleibenden zehn Monaten mehr Menschen zum Opfer fielen als in den viereinhalb Jahren zuvor.

Der Vorwurf, Stülpnagel sei in Frankreich für die Deportation von Juden verantwortlich gewesen, wurde von Heinemann zurückgewiesen; diese Aktionen seien von der SS an dem General vorbei veranlaßt worden. Der Militärbefehlshaber habe allerdings Geislerschießungen als Vergeltung für Anschläge der Resistance auf deutsche Soldaten angeordnet. Diese Hinrichtungen seien damals völkerrechtlich zulässig gewesen, bemerkte Heinemann. „Das ist kein Kriegsverbrechen.“

Schüler und Eltern von Schülern kritisierten die ihrer Ansicht nach einseitige Auswahl der Diskussionsteilnehmer. Ein Vater sprach von einem „Podium von Weißwäschern, das sich angestrengt bemüht, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen“. Die Ehrung eines „Demokratieverächters“ wie Stülpnagel im Lessing-Gymnasium sei „unerträglich“, sagte der Mann. „Dieser General muß endlich abgehängt werden.“

Der Leiter der Diskussion, der Frankfurter Historiker Notker Hammerstein, hatte allerdings schon vor Beginn der Debatte darauf hingewiesen, daß die beteiligten Fachleute nur Hintergrundinformationen liefern wollten. Es könne nicht Aufgabe der Historiker sein, darüber zu beschließen, ob die Ehrung Stülpnagels gerechtfertigt sei.

Frankfurter Rundschau vom 12.6.1996

„Podium von Weißwäschern“

Hitzige Debatte im Lessing-Gymnasium um General Stülpnagel

An Hitzefrei war nicht zu denken. Mehr als zwei Stunden verfolgten am Dienstag vormittag einige hundert Schüler und Schülerinnen des Lessing-Gymnasiums diszipliniert und aufmerksam die seit langem erwartete Diskussion über den dort geehrten Wehrmachtsgeneral Carl-Heinrich von Stülpnagel. In der stickigen Aula war allein das schon eine Leistung. Mit ihren kritischen Fragen und Anmerkungen brachten die Jugendlichen nach den Darlegungen des sehr homogenen Podiums dann auch noch Leben in die Runde.

Das Leitmotiv des versammelten Fachverständs vorne auf der Bühne hatte Dieter Rebentisch, Direktor des Frankfurter Instituts für Stadtgeschichte, angeschlagen: Voraussetzung für den militärischen Widerstand gegen Hitler war eine wie auch immer geartete „Verstrickung“ in ein verbrecherisches Regime. Wie andere militärische Widerständler habe auch Stülpnagel, der 1938 „einer der aktivsten Offiziere bei der Verschwörung gegen Hitler“ gewesen sei, bald vor einem „Dilemma“ gestanden: Er konnte seine führende Stellung in der Wehrmacht nur halten, wenn er gleichzeitig Kriegshandlungen vorbereitete, entschuldigte Johannes Tuchel von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

Und der Militärhistoriker Winfried Heinemann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam gab dem eine geradezu tragische Komponente: Wenn von Stülpnagel an den Schaltstellen bleiben und etwas gegen Hitler bewirken wollte, mußte er sich „bewußt in Schuld verstricken“. Dafür habe er beim Widerstand des

20. Juli 1944 dann auch eine „weltgeschichtliche Rolle“ gespielt. Durch die von ihm veranlaßte Verhaftung aller führenden SS- und SD-Leute in Paris habe er für das Militär die „Möglichkeit geschaffen, den Krieg an einem entscheidenden Schauplatz zu beenden“.

Aber kritische Anmerkungen zu dem General, der auch den „vermehrten Kampf gegen das Judentum“ gefordert hatte und statt wahlloser Geiselausschreibungen vorrangig Juden und Kommunisten sterben sehen wollte, kamen bei der Diskussion nicht vom Podium, sondern erst aus dem Publikum. Kritische Experten, wie der namhafte Militärhistoriker Manfred Messerschmidt, waren wieder eingeladen worden.

Ein Gymnasiast vermißte denn auch das „Pro und Contra“ bei den Wissenschaftlern, über ein „Podium von Weißwäschern“ zürnte ein Vater, und eine Schülerin wollte sich partout nicht mit der Aussage Heinemanns abfinden, daß die von Stülpnagel veranlaßten „Geiselausschreibungen völkerrechtlich zulässig waren. Ein Verbrechen war das nicht.“ Das müsse man doch auch „aus der heutigen Perspektive“ sehen und überlegen, ob dieser Mann weiter geehrt werden könne, beharrte die Gymnasiastin. Schließlich sei Stülpnagel an „Verbrechen in nie gekanntem Ausmaß beteiligt gewesen“, sprang ihr eine frühere Lessing-Abiturientin bei. Und ein Schüler konnte überhaupt kein Verständnis dafür aufbringen, warum Stülpnagel denn „trotz seiner humanistischen Bildung“ überhaupt die Laufbahn des Berufsoffiziers eingeschlagen habe. Iuf

Frankfurter Neue Presse vom 12.6.1996

Auch eine neue Diskussionsrunde brachte kein Ergebnis

Lessingschule streitet weiter um Stülpnagel-Bild

Von Yvonne Holl

Das Konterfei des Wehrmachtsgenerals schmückte auch bei der gestrigen Diskussion die Aula der Lessingschule. Während die Gymnasiasten und vier Historiker noch über die Rechtfertigung der Ehrung diskutierten, prangte das Bildnis Carl Heinrich von Stülpnagels – wie schon in den vergangenen 40 Jahren – an der Wand.

Die lobenden Worte über seine (umstrittene) Rolle beim Umsturzversuch gegen Hitler am 20. Juli 1944 auf der großen Gedenktafel waren die Grundlage der Diskussion. Eine Entscheidung, ob nach monatelanger Debatte das Bild abgehängt wird oder nicht, fiel auch gestern nicht.

Ein offener Brief des Lehrers und Buchautors Benjamin Ortmeiers von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft hatte auf die Gedenktafel aufmerksam gemacht. Als hoher Militär, so Ortmeier, sei Stülpnagel für Geislerschießungen und Deportatio-

nen von Juden verantwortlich gewesen.

Der international anerkannte und in Frankfurt geborene Historiker Alfred Grosser hatte die Frankfurter über die offizielle Lesart in Paris aufgeklärt: Die Ehrung sei nur eine „Verwechslung“. Nicht Stülpnagel, sondern sein Nachfolger General Dietrich von Choltitz sei es gewesen, der den Hitler-Befehl zur Zerstörung von Paris nicht ausgeführt und die Kapitulation seiner Streitkräfte unterzeichnet habe.

Solch kritische Stimmen waren gestern aber nicht zu hören. Die Frage, ob Stülpnagel ein Vorbild für Schüler sei, wurde weniger beachtet. Statt dessen glich die als „Schülerdebatte“ deklarierte Veranstaltung eher einer Vorlesung für Geschichtsstudenten. Mit dem Erfolg, daß die jüngsten Zuhörer lieber Papierflieger bauten.

Winfried Heinemann vom militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam sagte: „Daß Stülpnagel

auf Weisung des Berliner Sicherheitsdienstes Geiseln als Druckmittel gegen die Resistance erschießen ließ, ist für uns schrecklich. Damals war das jedoch kein Kriegsverbrechen.“

Johannes Tuchel, organisatorischer Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, hob das Dilemma hervor, in dem sich die Generäle befanden. Um ihre hohen Posten zu erhalten, hätten sie sich an den Greueln und Kriegsvorbereitungen beteiligen müssen. Bei Befehlsverweigerung wäre auch ihr Einfluß verloren gegangen. „Briefe seiner Frau zeigen, daß Stülpnagel 1933 mit den Nazis sympathisiert hat, wie fast alle Deutschen. Bereits 1934 distanzierte er sich aber vom Nationalsozialismus“, sagte Tuchel, der betonte, daß 1940 von 1000 Generalen nur 40 Widerstand zeigten.

Von Schulleiter Dr. Klaus Meyer war gestern nicht in Erfahrung zu bringen, ob das umstrittene Bildnis hängen bleibt.

Ansichtssache

Wer war Stülpnagel eigentlich? Ein Vorbild für Schüler von heute? Ein Widerstandskämpfer? Ein Mittäufer? Oder doch ein Massenmörder, der Juden wesentlich der „Endlösung“ zuführte und Geiseln erschießen ließ? Seit 40 Jahren hängt sein Bild in der Aula des Lessing-Gymnasiums (siehe Seite 17), stilvoll umrahmt von einer deutschen Fahne. Als er dort seinen Ehrenplatz fand, waren die Deutschen damit beschäftigt, ihre jüngste Vergangenheit unter den Teppich zu kehren. Ein General, der zuerst ein begeisterter Nazi war und mit schwindender Kriegsfortüne seine Meinung änderte, wird zum Helden, junge Menschen, die aus Hitlers Vernichtungarmee desertierten, wurden zu Feiglingen abgestempelt. Sie sind noch heute vorbestraft. Der große Historiker Alfred Grosser fragt: „Gibt es einen ehemaligen Schüler, der desertiert ist? Wäre man bereit, sein Bild neben das von Stülpnagel zu hängen?“

Die Antwort darauf würden wir gern vom Leiter der Lessing-Schule hören.

Angelika Brecht-Levy

Frankfurter Rundschau vom 13.6.1996

Lessing-Gymnasium

Stülpnagel: Suche nach Konsens

Die Gedenkstätte für den Wehrmachts-General Carl-Heinrich von Stülpnagel in der Aula des Lessing-Gymnasiums werde mit Sicherheit nicht so bleiben, wie sie jetzt ist. „Davon ist auszugehen“, sagte Lessing-Direktor Klaus Meyer am Mittwoch. Für die künftige Gestaltung werde die Schulgemeinde nach einer einvernehmlichen Lösung suchen und darüber auch Konsens mit der Stadt herstellen, sagte Meyer am Tag nach einer Experten-Diskussion zur Rolle Stülpnagels während der Nazi-Zeit.

Der Verlauf der Diskussion habe erneut gezeigt, daß die Schulgemeinde gespalten sei. Vor allem die „ältere Generation“ versuche, Stülpnagel aus seiner Zeit heraus zu sehen, die „jungen Leute“ messen den Wehrmachts-General „mit heutigen Maßstäben“, sagte Meyer. Hier zu einem Konsens zu gelangen, werde eine schwierige Aufgabe, der sich die Schule nicht entziehen wolle. Allerdings dürfe dabei auch die Stadt nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werde, betonte Meyer. Bis dahin werde jedoch noch einige Zeit ins Land gehen. „Zunächst müssen wir Abitur machen.“

Die Schulgemeinde müsse jetzt zu einem Votum kommen, forderte Michael Damian, rechte Hand der Schuldezernentin Jutta Ebeling. Andernfalls werde Ebeling entscheiden, daß Stülpnagels Bild abgehängt wird, weil er „die Grundsätze der Menschlichkeit mißachtet“ habe.

Damian bedauerte, daß die Podiumsdiskussion im Lessing nicht zur „Versachlichung“ der Debatte habe beitragen können, weil das Podium unausgeglichen besetzt gewesen sei und kritische Stimmen gefehlt hätten. luf

Siehe Kommentar

Kommentar

Chance für einen Lernprozeß

Von Lutz Fischer

Die Experten haben gesprochen. Jetzt muß das Lessing-Gymnasium entscheiden, was mit der Gedenkstätte für den Wehrmachts-General Carl-Heinrich von Stülpnagel in der Aula der Schule geschehen soll. So viel ist gewiß: der General hat an entscheidender Stelle den verbrecherischen Angriffskrieg der Nazi mit vorbereitet, hatte als Oberbefehlshaber in der Ukraine seinen Anteil an der nationalsozialistischen Juden-Vernichtung und hat sich in Frankreich mit Geislerschießungen einen furchtbaren Namen machte. Der Einser-Abiturient des Lessing-Gymnasiums war ganz gewiß nicht die hehre, in Fragen der Kunst und Philosophie bewanderte Lichtgestalt, als die ihn manche heute gerne verklären möchten.

Aber es gibt auch viele Zeugnisse der Menschlichkeit und Humanität. Stülpnagel hatte sicherlich mehr Anstand als der größte Teil der Generalität und seine entschlossene Gegnerschaft gegen Hitler, sein überzeugtes Mittum an Umsturzversuchen und dem mißglückten Staatsstreich vom 20. Juli 1944 stehen auf der anderen Seite seiner Lebensbilanz.

Hängen oder Abhängen — diese simple Alternative, die die Diskussion über die Ehrentafel für Stülpnagel in den vergangenen Monaten beherrscht hat, ist nicht mehr die entscheidende Frage. Aber wie die dem Gymnasium von außen aufgezogene Diskussion mehr Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit gebracht hat, als jemals zuvor in den 40 Jahren, während die Stülpnagel-Tafel weitgehend unbeachtet in Treppenhaus und Aula hing, so darf die Diskussion jetzt auch kein abruptes Ende finden.

Das Lessing-Gymnasium hat die Chance, in einem lebendigen Lernprozeß gemeinsam mit den Schülern eine Form für die Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit zu finden, die der ambivalenten Rolle Stülpnagels gerecht wird, aber beispielsweise die Erinnerung an die verfolgten jüdischen Lehrer und Schüler des Gymnasiums nicht unterschlägt.

Diese Chance sollte die konservative Fraktion des Gymnasiums nutzen, statt weiter eine Abwehrschlacht gegen „die Medien“, die GEW oder sonstwen zu führen, um „ihren“ Stülpnagel doch noch zu retten.

Der General

Am 29.4. fand im überfüllten großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Veranstaltung der GEW-Frankfurt zum Konflikt um das Bild des Nazi-Wehrmachtgenerals Heinrich von Stülpnagel statt. Diese Diskussion war nicht nur wegen der großen Beteiligung von Schülerinnen und Eltern des Lessing-Gymnasiums sowie einer breiten Öffentlichkeit ein großer Erfolg, sondern vor allem wegen der eindrucksvollen differenzierten Beiträge.



Benjamin Ortmeier, der die Kontroverse angestoßen und umfangreich in einer GEW-Broschüre dokumentiert hat, arbeitete heraus, daß die von Stülpnagel vielfach angeordneten Geiselerziehungen von Juden und Kommunisten sowie seine Beihilfe zur Deportation von über 36.000 Juden durch die Beteiligung am Militärputsch des 20. Juli nicht aufgewogen werden können, zumal weniger moralisch als militärisch strategisch gewesen seien.

WÜRDE MIT DEM BILD HEINRICH VON STÜLPNAGELS DIE STAATSDOKTRIN DES 20. JULI FALLEN?

Micha Brumlik wandte sich gegen die pauschale Heroisierung oder Diffamierung der 20. Juli-Gruppe und zeichnete einige Biographien und daraus abzuleitende Motive der Verschwörer nach. Bei allen Abwägungen und Zweifeln, ob Erziehung überhaupt Vorbild benötigt, kam er zu dem Schluß, daß - wenn überhaupt - General von Stülpnagel dazu nun wirklich nicht taugt.



Der GEW-Vorsitzende Christoph Baumann setzte den Verfassungsauftrag der

Lessing-Gymnasiums nammentlich vor, moagelten sich aber um das Dilemma der Kriterien für solche Vorbilder herum. (So wird z.B. der Vorschlag Alfred Grossers, Deserteure zu ehren vom jüdischen Studentenverband abgelehnt, da diese nicht dem aktiven Widerstand zugerechnet werden könnten.)

Auch VertreterInnen des Kollegiums beteiligten sich an der Diskussion, ohne aber Stellung zu beziehen.

Den aktuellen lokalen Konflikt generalisierend, machte die Veranstaltung deutlich, daß es sich längst nicht mehr um ein Bild in einer Frankfurter Schule handelt, sondern um einen ethischen Diskurs, der „50 Jahre danach“ tabuisierte Grundfesten dieses Staates in Frage stellt.



Die GEW-Vorsitzende Heidi Bachmayer leiteten souverän durch die anschließende kontroverse Diskussion, in der auch glühende Verehrer des „feinsinnigen“ Generals zu Wort kamen. Angehörige der Widerstandsbewegung schlugen andere ehrwürdige Ex-Schüler des

Aktueller Stand der Auseinandersetzung um Stülpnagel

Die seit über einem halben Jahr angekündigte „Expertenrunde“ fand am 11.6. im Lessing-Gymnasium statt (verschlossenes Hauptportal, Gesichtskontrollen am Hintereingang). Militärhistoriker, die die Rolle Stülpnagels kritisch analysiert haben, waren zuvor eingeladen worden. „Das Podium von Weißwäschern“ (ein Vater) ließ keine Kontroverse aufkommen. Unwidersprochen (!) wurden Thesen vertreten wie - zugespitzt: Die Uniform sei in einigen Fällen eine Tarnung des „inneren“ Widerstandes gewesen (Rebentisch) und in Uniform habe man eben auf Befehl auch Geiseln erschießen müssen. Im übrigen sei dies nach dem Alliierten-Recht auch kein Verbrechen (Hermann). Das Podium war sich einig, daß man dies alles nicht nach heutigen moralischen Maßstäben beurteilen, sondern nur aus den Zeitumständen bewerten könne (auch die des Nationalsozialismus!).

Während bei den Diskussionen der Schüler am 29.4. vor dem Gymnasium noch eindeutig die Relativierer und Entlasteter aus der Oberstufen-Geschichts-AG den Ton gaben, hat sich die Stimmung im Laufe der Auseinandersetzungen offenbar geändert. Dreiviertel



Bei der GEW-Veranstaltung im überfüllten großen Saal des DGB-Hauses nahmen Schülerinnen und Schüler genauso interessiert teil wie ältere Menschen

der Schülerinnen und Schüler stellten dem Podium kritische Fragen, meist präzise und scharf formuliert. Einige hatten an dieses Podium von „Experten“ auch keine Fragen, sondern empörten sich über die Apologieveranstaltung.

Dieser diszipliniert und kompetent vorgetragene Schülerprotest scheint nun die Schulleitung doch zum Einlenken zu zwingen, zumindest laut Presse soll die „Gedenkstätte“ neu gestaltet werden (FR 13.6.). Dabei will der Schulleiter „die Stadt

nicht aus ihrer Verantwortung entlassen“. Die Schuldezernentin, die sich bereits argumentativ gegen die Ehrung der zwielfichtigen Helden gewandt hatte, scheint nun als Hausherrin auch zum Handeln entschlossen. Falls die Schulgemeinde nicht bald zu einem entsprechenden Votum komme, werde sie diese Entscheidung treffen. (In diesem Zusammenhang erinnert die FLZ sie an ein vergleichbares Problem auf der Wegscheide.)

H. Dieter

Frankfurter Lehrerzeitung Nr. 4/1996

Hilda Hitzig war under cover im Lessing-Gymnasium (mit Tonband)

Herr Dr. Stahl vom Archiv für militärische Forschung erklärte wortreich, daß es trotz oder wegen reger Reisetätigkeit vieler Akten keine zu Stülpnagel gäbe.

Herr Prof. Rebentisch vom Stadtarchiv Frankfurt sah in der SS-Uniform die beste Tarnung für Widerständler. Um das Übel an der Wurzel auszurotten, müsse man zuvor in Schlüsselpositionen gelangt sein. (Demnach war vielleicht Hitler ein verkannter Widerstandskämpfer).

Herr Prof. Hammerstein erklärte die guten Leistungen des guten Schülers Stülpnagel aus der guten Familie und der guten humanistischen Erziehung in der guten alten Kaiserzeit. (Bei so viel Gutheit ist selber Schuld, wer Schlechtes denkt.)

Herr Prof. Tuche versteht die Aufregung nicht, denn bürgerlich konservativer Antisemitismus war im Kaiserreich verbreitet und Judenvernichtungen gab es überall, nicht nur in Frankreich. Geiselerbeschießungen fanden auch die Alliierten o.k.

Dem stimmte Herr Prof. Hermann zu. Da Vetter Otto

von Stülpnagel die Verbrechen in Frankreich nicht mehr ertragen konnte, habe er sich pensionieren lassen. Carl Heinrich von Stülpnagel hatte sich gerade durch Krankmeldung von der Ostfront verabschiedet (wobei nicht ganz klar wurde, ob ihn moralische Skrupel befielen oder die Ostfront ihm nicht gefiel), ließ sich dann aber nicht pensionieren, sondern wechselte zur ruhigeren Westfront, um die Stelle des Veters einzunehmen. (Diesen Wechsel der Fronten wertet der Professor als moralische Skrupel, obwohl doch der Vetter wegen der Schweinereien die Spitzenposition im schönen Paris gerade geräumt hatte. Vielleicht gab es ja auch bei den von Stülpnagels zerrüttete Familienverhältnisse und die Vettern redeten nicht miteinander.)

Eins wurde nicht gesagt, das stand aber in der stülpnagelmäßig unverdächtigen FAZ, daß nämlich der General in Paris die SS erst festnehmen ließ, als er aus Berlin die telefonische Nachricht erhalten hatte, das Attentat auf Hitler sei gelungen. Insofern war seine Beteiligung an der Verschönerung - zumindest subjektiv - abgesichert und seine Hinrichtung die tragische Folge einer Falschmeldung.

Frankfurter Lehrerzeitung Nr. 4/1996

INTERVIEW MIT DEN DREI MÄDCHEN, DIE DAS BILD STÜLPNAGELS ABHÄNGTEN

Red.: Am 29.4. habe ich mit einigen Schülerinnen und Schülern der Oberstufe am Lessing-Gymnasium diskutiert. Ein verbreitetes Argument war, man müsse zwischen der Person und der Tat unterscheiden. Was meinst Du dazu?

Katharina: Ich weiß nicht, was diese Schüler als die Person und was als die Tat betrachten: War das Morden sein Charakter - und die Mitwirkung am 20. Juli die Tat? Oder umgekehrt? Und wo ist der Trennstrich? Wie wollen Sie unterscheiden? Hängt er bei uns in der Aula als netter Onkel, der das beste Abitur seines Jahrgangs machte?

Johanna: Ich finde nicht, daß man jemanden, der für Massenmorde mitverantwortlich gewesen ist, noch ehren kann. Er hat zwar eine gute Tat begangen, indem er Hitler am 20. Juli stürzen wollte, allerdings kann eine Tat nicht die ganze Vergangenheit wieder gutmachen. Man kann die Tat nicht von der Person trennen, schließlich kennen wir von Stülpnagel nur die Taten.

Red.: Die meisten älteren Schüler haben durchblicken lassen, daß Ihr zu jung seid und das komplizierte Problem noch nicht beurteilen könnt.

Johanna: Ich denke schon, daß wir das beurteilen können. Ich habe mich damit auseinandergesetzt... und finde es ziemlich peinlich,

daß einige Schüler aus der Oberstufe meinen, das besser beurteilen zu können, nur weil sie etwas älter sind.

Katharina: Ab wann ist man denn alt genug? Wann wollen sie mir denn erlauben, eine Meinung zu haben?

Red.: Die Mitschüler waren besonders empört, daß Personen „von außen“ sich eingemischt haben.

lana: Ich finde, das geht jeden etwas an. Eine Schule ist eine öffentliche Einrichtung und die Stadt Frankfurt hat ursprünglich diese Gedenkstätte eingerichtet.

Katharina: Diese Schüler benehmen sich wie Jaques Chirac, der sagt, die Atomtests gingen nur Frankreich etwas an. Außerdem kann ich nicht verstehen, daß sie sich so bedingungslos mit ihrer Schule identifizieren.

Red.: Was haben Deine Eltern gesagt, als Ihr das Bild einfach abgehängt habt?

lana: Meine Eltern haben mich zwar verstanden, sie finden aber, daß es auch andere Wege gibt, Protest auszudrücken.

Johanna: Meine Mutter fand das wohl in Ordnung, und mein Vater fand das ziemlich gut.

Katharina: Ich habe vorher mit meinen Eltern ausführlich über Stülpnagel diskutiert. Als ich ihnen sagte, daß wir das Bild abgehängt hätten, waren sie zuerst wohl nicht so begeistert. Aber sie sind auch nicht damit einverstanden, daß Stülpnagel als Vorbild für uns in der Aula hängt.

Red.: Wie haben sich die MitschülerInnen verhalten? Wie die Klassenlehrerin bzw. andere Lehrer?

Johanna: Meinen Klassenkameraden war das alles ziemlich egal, und die anderen Klassen wußten nichts davon. Die Lehrer haben ganz unterschiedlich reagiert: Ein Lehrer hat mich wegen einer lächerlichen Kleinigkeit zum Direktor geschickt...

Katharina: Die meisten Mitschüler haben uns nicht verstanden. Sie meinten, es sei ein dummer Streich, um aufzufallen. In der Oberstufe gibt es einige, die es gut finden... Auch einige Artikel in der Schülerzeitung nehmen uns nicht ernst. Inzwischen habe ich aber gemerkt, daß es in allen Altersstufen Schüler gibt, die unsere Meinung teilen. Die meisten Lehrer sind ... anderer Meinung als wir. Zum Teil hat man das auch gemerkt, andere wollten damit nichts zu tun haben.

Red.: Würdest Du das Bild wieder abhängigen, nachdem Du nun die Folgen kennst?

lana: Nein, ich glaube nicht.

Katharina: Wir hatte das Gefühl, uns auf andere Weise kein Gehör verschaffen zu können. In der Klasse hatten wir zwar auf Bitten einer Mitschülerin über den General gesprochen, aber ich fand die Diskussion nicht überzeugend. Ich wollte nicht, daß das Bildproblem weiterhin unter den Teppich gekehrt wird.

(von der Redaktion gekürzt)

Fragen an die Eltern

Red.: Wußten Sie, daß Ihre Tochter vorhat, das Bild Stülpnagels abzuhängen, bzw. wie haben Sie reagiert?

Mutter von K.: Wir konnten die Absichten unser Tochter... nicht. Wir konnten feststellen, daß es sich dabei um eine überlegte und keineswegs um eine „Dumme-Mädchen-Aktion“ handelte, wie man unterstellt hat und heute noch manche unterstellen... Nach dem Hinweis in der FR auf die Veranstaltung des Erzählcafés - wir fanden, die Schule hätte uns auf eine Veranstaltung von dieser Bedeutung hinweisen können - begannen die Diskussionen in der Familie und mit Freunden sowie die Suche nach Literatur.

Mutter von J.: Ich wußte es natürlich nicht, war allerdings auch nicht total überrascht, weil wir uns Literatur beschafft hatten und darüber... gesprochen hatten. Ich fand es nicht toll, daß die Mädchen das Bild abgehängt hatten, aber ich konnte es verstehen, vor allem, da sie in der Schule auf ihre Stülpnagel betreffenden Fragen nur unge-naue, sie in keiner Weise befriedigende Antworten bekommen hatten.

Red.: Ich habe gehört, daß die Aktion seitens der Schule entpolitisiert und in gewisser Weise kriminalisiert worden ist, trifft das zu? Was wurde in der Klassenkonferenz verhandelt? Gab es direkten oder indirekten Druck?

Mutter von J.: Das stimmt, der Direktor drohte mit der Polizei und als Grund für die Klassenkonferenz wurde „Sachbeschädigung“ angegeben. (Das Foto hatte einen kleinen Knick bekommen.) Zu der Klassenkonferenz kam es dann erst eigentlich gar nicht, bzw. es wurde in ihr ausschließlich verhandelt, ob der (offiziell nicht erziehungsberechtigte) Vater meiner Tochter, der in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten und andere ... seine Empörung über die Ehrung eines Nazi-Täters zum Ausdruck gebracht und sich hinter seine Tochter gestellt hatte, an der Konferenz überhaupt teilnehmen dürfe. Alle Lehrer - bis auf zwei - waren gegen seine Teilnahme und wollten ihn zwingen, den Tagungsraum zu verlassen. Dann bestanden die Eltern der beteiligten Mädchen darauf, die Klassenkonferenz in ein „pädagogisches

Gespräch“ umzuwandeln, um dem Vater meiner Tochter die Teilnahme zu ermöglichen, was dann auch geschah. Die Mädchen berichteten detailliert, was sie zu ihrer Tat veranlaßt hatte. Die Lehrer sagten nichts.

Mutter von L.: Von seiten der Schulleitung trifft dies sicher zu. Bei der Klassenkonferenz wurde vom Vertreter der Schulleitung meines Erachtens völlig unnötig über angebliche Verfahrensfragen psychologischer Druck auf eine betroffene Schülerin ausgeübt.

Mutter von K.: Die Klassenkonferenz wegen „Sachbeschädigung“ fanden wir im gesamten Kontext unangemessen, konnten für unsere Auffassung jedoch kein Verständnis finden...

Daß Druck auf unsere Tochter ausgeübt worden wäre, davon haben wir Eltern nichts bemerkt. Allerdings haben wir wegen der Note in Sozialverhalten einige Lehrkräfte aufgesucht und festgestellt, daß hier ein Weg gefunden wurde, der Verärgerung Ausdruck zu geben und zu strafen...

(von der Redaktion gekürzt)

Ein Mann mit Widersprüchen

Aber Stülpnagel gab sein Leben im Kampf gegen Hitler

Carl Heinrich von Stülpnagel hat seinen Kampf gegen Hitler mit dem Leben bezahlt. Wegen seiner Beteiligung am fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944 wurde der Wehrmachtsgeneral in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Allein aus diesem Grund wird der Offizier seit mehr als 40 Jahren mit einem Foto in der Aula des Lessing-Gymnasiums geehrt; der Schule, an der Stülpnagel 1904 als Bester seines Jahrgangs das Abitur ablegte.

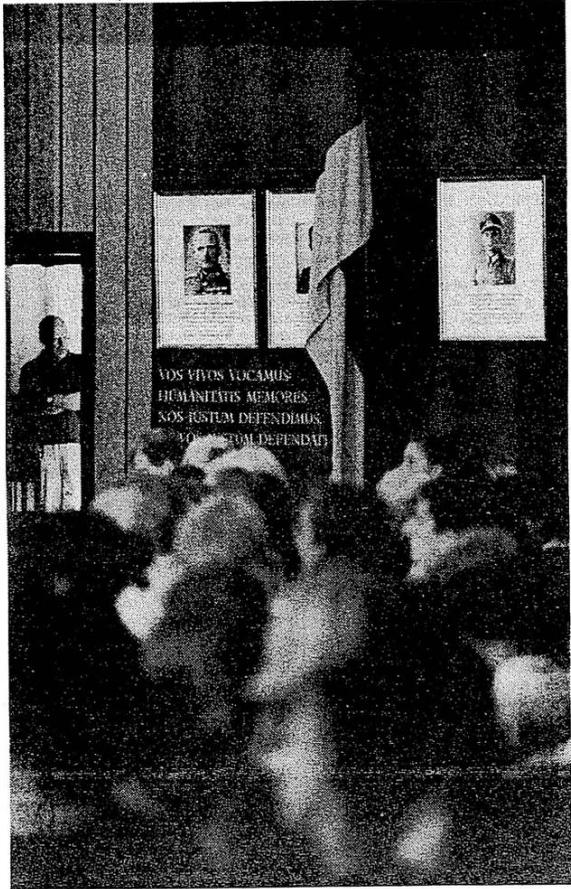
Weil der Widerstandskämpfer Stülpnagel als Kommandant der 17. Armee im Rußlandfeldzug und später als Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich aber auch mitverantwortlich für die barbarische Kriegsführung, für Geislerschießungen und Repressalien gegen die Zivilbevölkerung geworden ist, wird am humanistischen Lessing-Gymnasium seit Monaten darüber gestritten, ob die Ehrung des Offiziers noch berechtigt sei.

Die von der Schule eingeladenen Historiker wollten sich bei einer Unterrichtsveranstaltung am Dienstag nicht festlegen, und auch Klaus Meyer, seit September 1994 Leiter des Gymnasiums, tut sich schwer mit einer Entscheidung. Doch wer wollte das ernsthaft kritisieren? Auf manche Fragen gibt es eben keine einfachen und erst recht keine schnellen Antworten.

Die Begeisterung über die vermeintlichen Erfolge der neuen Machthaber hatte in den ersten Jahren nach 1933 selbst zaghafte Ansätze zur Kritik verstummen lassen. Ähnliches galt für die ersten Kriegsjahre, als jeder Widerspruch gegen Hitler von den Siegen der Wehrmacht überstrahlt wurde. Außerdem wußte zu diesem Zeitpunkt jeder, daß ein falsches Wort zur falschen Zeit Verhaftung, Sippenhaft und härteste Bestrafung, bis zum Todesurteil, bedeuten konnte.

Um so mehr Respekt verdient es, daß Stülpnagel sich als einer von ganz wenigen Generälen schon vor Ausbruch des Krieges an Putschplänen gegen Hitler beteiligt hat. Man macht es sich zu leicht, wenn man das Handeln des Generals an der Front und am 20. Juli 1944 nach heutigen Maßstäben beurteilt. Keiner der Kritiker Stülpnagels kann sagen, wie er selbst sich unter den Bedingungen eines Terrorsystems verhalten hätte. Man kann sich nur wünschen, daß man in einem solchen Fall trotz der Gefahr für die eigene Person, die Familie und möglicherweise auch für Verwandte und Freunde Widerstand leisten würde – und wer sich dies bewußtmacht, kann sich an Carl Heinrich von Stülpnagel durchaus ein Beispiel nehmen.

Klar scheint nach den Debatten der vergangenen Monate: Die Ehrentafel im Lessing-Gymnasium, die bisher nur lapidar auf Stülpnagels Beteiligung am Umsturzversuch vom 20. Juli hinweist, sollte neu gestaltet werden. Die Schüler haben einen Anfang gemacht, indem sie auf Plakaten neben dem Foto Stülpnagels den Lebenslauf des Generals, einige der von ihm als Militärkommandant unter-



Umstrittene Ehrung: Im Lessing-Gymnasium hängt das Bild des ehemaligen Schülers Stülpnagel (links) neben denen zweiter anderer Widerstandskämpfer. Foto Helmut Frick

zeichneten Befehle und die Urteile mehrerer Biographen und Historiker dokumentiert haben. Außerdem soll an der Schule – ebenfalls angestoßen durch die Stülpnagel-Diskussion – eine Gedenktafel für die deportierten jüdischen Schüler angebracht werden.

In Stülpnagels Person vereinen sich Mut und Opportunismus, Moral und Unmoral. Wer jedoch wie Schuldzerrentin Jutta Ebeling (Bündnis 90/Die Grünen), der Grünen-Stadtverordnete Micha Brumlik und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) daraus die kategorische Schlußfolgerung

„Stülpnagels Bild muß weg“ zieht, macht es sich zu einfach. An Stülpnagel können Schüler lernen: Daß es strahlende Helden ohne Fehl und Tadel nur in Sagen und Romanen gibt und daß die Wirklichkeit der nationalsozialistischen Diktatur sehr viel komplizierter war, als es mancher heute darstellt. Und: Wer trotz seiner Verstrickung in das nationalsozialistische System letztlich sein Leben riskiert hat, um dem Nazi-Terror ein Ende zu machen, verdient mehr Respekt als diejenigen, die aus der Gnade der späten Geburt das Recht ableiten, als Pharisäer aufzutreten. RALF EULER

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.6.1996

Stadtparlament soll entscheiden

Antrag der Grünen: Ehrung Stülpnagels beenden

amp. Ob Carl Heinrich von Stülpnagel am Frankfurter Lessing-Gymnasium weiterhin mit einer Tafel als Widerstandskämpfer geehrt werden soll, wollen die Grünen im Römer jetzt vom Stadtparlament entscheiden lassen. In einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung fordern sie, die „seit den fünfziger Jahren bestehende Ehrung des Widerstandskämpfers, Antisemiten und an Judenmorden beteiligten Wehrmachtsgenerals Carl Heinrich von Stülpnagel in dieser Schule zu beenden“.

In der Begründung heißt es, nach mehr als einem halben Jahr Diskussion habe sich die Schule noch nicht zu einer eindeutigen Haltung gegenüber einem Mann entschließen können, der am Widerstand ge-

gen Hitler genauso beteiligt gewesen sei wie an der Ermordung Tausender europäischer Juden. Deshalb solle die Stadtverordnetenversammlung den Wunsch nach einer politischen Entscheidung aufnehmen, wie ihn der Schulleiter geäußert habe, nachdem er sich auch nach der jüngsten Podiumsdiskussion nicht in der Lage gesehen habe, selbst einen Beschluß zu fällen.

Stülpnagel sei ein Antisemit gewesen, der für die Deportation und Ermordung von Juden verantwortlich gewesen sei. Daran lasse die zeitgeschichtliche Forschung keinen Zweifel zu, stellen die Grünen fest und zitieren dazu aus verschiedenen Untersuchungen von Historikern.

Frankfurter Rundschau
vom 18.6.1996

Grüne

„General Stülpnagel kein Vorbild für die Jugend“

Der Magistrat soll die Ehrung für den umstrittenen Wehrmachtsgeneral Carl Heinrich von Stülpnagel am Lessing-Gymnasium beenden, fordern die Grünen im Römer. Als „Widerstandskämpfer und Judenmörder“ könne der ehemalige Lessing-Abiturient „kein Vorbild für die Jugend sein“, meinen die Grünen in einem Antrag an das Stadtparlament.

Nachdem sich die Schule nach mehr als einem halben Jahr Diskussion immer noch nicht zu einer eindeutigen Haltung zu Stülpnagel habe entschließen könne, müsse nun die Stadtverordnetenversammlung eine politische Entscheidung fällen. Die Grünen sehen sich damit im Einklang mit dem Schulleiter, der eine Entscheidungshilfe der Oberbürgermeisterin eingefordert hatte.

Nach Ansicht der Grünen muß die Ehrung für Stülpnagel beendet werden, „weil er ein Antisemit war und für die Deportationen von Juden ebenso verantwortlich war wie für ihre Ermordung“. Dazu führt die Fraktion eine Reihe von Belegen namhafter Historiker an. Mit der Entscheidung, diese Ehrung zu beenden, gehe es nicht darum, ein abschließendes Urteil über diese „widersprüchliche Persönlichkeit“ zu fällen, meinen die Grünen. luf

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.6.1996

Hochmoralisch

Zu: „Ein Mann mit Widersprüchen“ (F.A.Z. vom 13. Juni). Vielen Dank für den wohlthuend unpolemischen Beitrag von Ralf Euler zu der Kontroverse darüber, ob von Stülpnagel weiterhin von seiner einstigen Schule geehrt werden dürfe. Ralf Euler hat es auf den Punkt gebracht: Allein wegen der hochmoralischen Aktion gegen den Hitlerismus und die Fortsetzung des Krieges wird er geehrt. Und seine damalige mutige Tat ist aller Ehren wert. Sie überstrahlt alles, was man ihm – aus heutiger Sicht – für sein vorheriges Verhalten glaubt vorhalten zu können. Er hat sein Leben gegeben, um dem großen Wahn ein Ende zu bereiten. Ein Ende, das uns vor dem schlimmsten dann noch folgenden Kriegsjahr bewahrt hätte. Er wurde verraten, enteehrt, gefoltert und gehenkt.

In den fünfziger Jahren, in einer Zeit, in der die Männer des 20. Juli und andere Widerstandskämpfer noch immer diffamiert wurden, hat der damalige Oberbürgermeister, Walter Kolb, mit der Ehrung Stülpnagels in dessen ehemaliger Schule ganz bewußt ein Zeichen setzen wollen.

Nun will die grüne Kultur-Fraktion erreichen, daß von Stülpnagel wieder enteehrt wird („Stülpnagelbild muß abgehängt werden“). Zwar will die Schuldezernentin noch auf ein „Signal der Schule“ warten, aber, wenn dies nicht in ihrem Sinne ausfällt, „eingreifen“. Zuvor bezichtigt sie ihn schon mal, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ begangen zu haben.

Die einstige Ehrung von Stülpnagels basiert auf einer Entscheidung des damaligen Oberbürgermeisters Walter Kolb. Es wäre also allenfalls Sache des jetzigen Stadt-oberhauptes „einzugreifen“. Dies sollte aber meines Erachtens – nicht nur, aber auch aus Kompetenzgründen – zunächst gegen die potentielle Eingreiferin geschehen.

Eine andere Frage ist, ob nicht vielleicht auch einige Zivilisten unter den ehemaligen Schülern des 200 Jahre alten Gymnasiums zu finden sind, die zu ehren es ausreichend Gründe gäbe.

Botho Jung, Frankfurt

Stülpnagel wäre gegangen

Zu: „Ein Mann mit Widersprüchen“ (F.A.Z. vom 13. Juni). Nachdem ich jetzt über Wochen die überaus qualifizierte, unvoreingenommene und von überzeugendem Mut zur klaren Stellungnahme geprägte Diskussion über den Wehrmachtsgeneral Carl Heinrich von Stülpnagel verfolgt habe, frage ich mich immer häufiger, was der General denn tun würde, könnte er in die aktuelle Auseinandersetzung noch eingreifen. Dabei drängt sich mir immer deutlicher die Vorstellung auf, daß er wahrscheinlich einfach sein Bild von der Wand nähme und schweigend mit diesem ginge. Ich jedenfalls könnte den General unter den gegebenen Umständen sehr gut verstehen.

Dr. Heiner E. Kappel,
FDP-Landtagsabgeordneter, Wiesbaden

Nazi-General

Zu: „Ein Mann mit Widersprüchen“ (F.A.Z. vom 13. Juni). Egal wie Sie es wenden und drehen, egal wieviel „Verständnis“ Sie aufbringen für seine „Verstrickung in das nationalsozialistische System“, Stülpnagel war aus freien Stücken ein Nazi-General und blieb es bis zum Ende. Er hat Dreck am Stecken. Keiner hat ihn gezwungen, General zu werden und im großen und ganzen treu einem Verbrecherregime aktiv zu dienen. So ein Mann verdient unter keinen Umständen eine Verehrung in einer deutschen Schule – auch wenn er einen späten Gesinnungswandel hatte und sich letztlich doch gegen Hitler stellte, aus welchen Motiven auch immer. Hören Sie auf: Das war kein Edelmann!

Leonard Hill, Darmstadt

Frankfurter Rundschau
vom 29.6.1996

„Kein Vorbild“

Die Diskussion über das Bild des Generals von Stülpnagel im Lessing-Gymnasium wird fortgesetzt. Eine FR-Leserin plädiert für eine rasche Entscheidung.

Nach langem Hin und Her, Erklärungen und Diskussionen soll sich jetzt auch noch der Magistrat der Stadt mit dem Thema „General Stülpnagel“ beschäftigen. Nachdem es so viele Erläuterungen und gleichzeitiges Infragestellen über das Vorgehen beziehungsweise das Leben dieses Menschen gegeben hat, verstehe ich nicht, warum man in der heutigen Zeit keinen (schnelleren) Entschluß findet.

Es werden, und das zur Recht, jüdischen Mithürgern Gedenkstätten errichtet. Meine Generation hat diese Thematik ausgiebig im Unterricht behandelt. Ich finde es ziemlich widersprüchlich zum Thema Stülpnagel, da keine Entscheidung zu finden oder sich so schwer zu tun. Dieser Mensch kann Schülern, die das Gymnasium besuchen, wohl kaum als Vorbild dienen. Deshalb, so meine Meinung und von meiner Aufklärung ausgehend, sollte dieser Mensch bildlich aus der Galerie der ehemaligen Schüler verschwinden, aber weiter Anknüpfungspunkt zur Thematik und Unterricht betreffend, behandelt werden.

Dagmar Eichhorn, Frankfurt

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.6.1996

General, Mahner vor dem Krieg und Verschwörer gegen Hitler

Die umstrittene Rolle Carl Heinrich von Stülpnagels im Zweiten Weltkrieg /

Am 11. Juni Diskussion im Lessing-Gymnasium

Für Dienstag, 11. Juni, ist im Lessing-Gymnasium im Westend eine Diskussion mit Historikern über den Wehrmachtsgeneral und Widerstandskämpfer Carl Heinrich von Stülpnagel geplant. In der um 11 Uhr beginnenden Schulveranstaltung soll vor allem den Schülern Gelegenheit gegeben werden, sich über die Rolle des Offiziers im Zweiten Weltkrieg und im Widerstand gegen Hitler zu informieren. Das Foto des ehemaligen Lessing-Schülers Stülpnagel hängt, zusammen mit den Porträts zweier anderer nach dem 20. Juli 1944 hingerichteter Soldaten, seit 40 Jahren in der Aula des Gymnasiums. Kritiker lehnen die Ehrung Stülpnagels ab, weil dieser als Offizier an der Ostfront und als Militärbefehlshaber in Frankreich an den Greuelthaten des nationalsozialistischen Regimes mitschuldig gewesen sei.

Stülpnagel entstammte einer Adelsfamilie mit militärischer Tradition, die seit dem 18. Jahrhundert sechs preußische Generäle hervorgebracht hatte. Geboren am 2. Januar 1886 in Berlin, kam er 1889 nach Frankfurt, wo sein Vater Hermann bis 1907 Stadtkommandant war. Von 1895 bis 1904 besuchte er das humanistische Lessing-Gymnasium im Westend. Vor seinem Eintritt in das 1. Großherzoglich-Hessische Leibgarde-Infanterie-Regiment 115 in Darmstadt studierte er ein Semester Jura an der Universität Genf. Den Ersten Weltkrieg erlebte er als Hauptmann im Generalstab und im Truppendienst an der Ost- und an der Westfront.

In der Reichswehr setzte er seine militärische Karriere nach 1918 fort. 1931 wurde der inzwischen zum Oberstleutnant im Generalstab avancierte Stülpnagel abkommandiert, um mit dem damaligen Generalmajor Ludwig Beck zusammen die Dienstvorschrift „Truppenführung“ zu verfassen, eine Zusammenarbeit, die sich für Stülpnagel als schicksalhaft erweisen sollte. Als Beck im Herbst 1933 als „Chef des Truppenamts“ faktisch Generalstabschef des deutschen Heeres wurde, wurde Stülpnagel als Leiter der Abteilung „Fremde Heere“ militärpolitischer und außenpolitischer Berater und enger Vertrauter von Beck.

Stülpnagels Frau Helene bekannte später, ihr Mann habe „die allerersten Anfänge des Nationalsozialismus... begrüßt, weil die straffe, militärische Disziplin und manche Einrichtungen ihn sympathisch berührten“, schreibt Heinrich Bücheler in

seinem Buch „Carl Heinrich von Stülpnagel, Soldat, Philosoph, Verschwörer“. Damals, darin stimmen seine Biographen überein, unterstützte Stülpnagel die Forderungen der Nationalsozialisten nach einer schnellen und massiven Aufrüstung ohne Rücksicht auf gültige Verträge.

Schon Ende Dezember 1936 jedoch warnte Stülpnagel Generalstabschef Beck in einem Privatbrief vor den möglichen Konsequenzen einer fortgesetzten und ungehemmten Militarisierung Deutschlands. Dabei schloß er, wie der Historiker Klaus-Jürgen Müller in dem Buch „Für Deutschland – Die Männer des 20. Juli“ (Hg.: Klemens von Klemperer) zitiert, mit den Worten: „Nun können wir wohl noch eine ganze Weile die Welt in Unruhe erhalten, aber einmal hat diese genug und ruft uns zur Ordnung.“

Nachdem die Sudetenkrise Europa im Frühjahr 1938 an den Rand eines Krieges gebracht hatte, war Stülpnagel im Spätsommer desselben Jahres an der ersten ernsthaften Konspiration gegen Hitler beteiligt. Er nahm Verbindung mit einer Gruppe radikaler Regimegegner um Oberstleutnant Hans Oster und General Erwin von Witzleben auf, die an Plänen für einen Staatsstreich arbeiteten. General Franz Halder, der am 27. August 1938 die Nachfolge des zurückgetretenen Beck als Generalstabschef antrat, erinnerte sich nach dem Krieg an Stülpnagel als einen engagierten Gegner Hitlers. „Er war einer derjenigen, der mit der wirklich ehrlichen Überzeugung, daß Hitler ein Feind unseres Vaterlandes sei, innerlich dauernd im Kampf gegen ihn stand und sich und andere zur Tat trieb“, heißt es in Heidemarie Gräfin Schall-Riauours Buch „Aufstand und Gehorsam“.

Nach dem Wechsel im Amt des Generalstabschefs wurde Stülpnagel Oberquartiermeister I im Generalstab und damit Stellvertreter Halders. Die spärlichen Quellen aus dieser Zeit lassen die Vermutung zu, daß Stülpnagel gemeinsam mit Halder zwar nicht den Umsturz um jeden Preis anstrebte, aber einen Putsch als Mittel zur Verhinderung eines großen, für Deutschland verheerenden Krieges ansah. Das Münchner Abkommen vom September 1938 entzog den Umsturzplänen zunächst jedoch die Basis. In den ersten Weltkriegsjahren scheiterten dann Überlegungen, Hitler gewaltsam zu entmachten,

an den alles überstrahlenden militärischen Erfolgen der Wehrmacht. Der „Blitzkrieg“ ließ einen Umsturz als aussichtslos erscheinen. Dennoch war Stülpnagel nach Ansicht von Klaus-Jürgen Müller „der aktivste und drängendste General“ im Widerstand gegen eine Ausweitung des Krieges.

Nach der Niederlage Frankreichs wurde Stülpnagel Vorsitzender der in Wiesbaden tagenden deutsch-französischen Waffenstillstandskommission, im Rußlandfeldzug hatte er den Oberbefehl über die 17. Armee und leitete in den ersten Monaten die Operationen am Südfügel der Ostfront. Nach Kontroversen mit dem Heeresgrup-



Carl Heinrich von Stülpnagel Foto AKG

pen-Oberkommando meldete sich Stülpnagel mit einer Ruhrinfektion krank und gab seine Führungsposition am 4. Oktober 1941 auf.

Als Oberbefehlshaber hatte er ein Schreiben des Armeekorpskommandos vom 21. August 1941 unterzeichnet, in dem „vermehrter Kampf gegen das Judentum“ gefordert wurde. Stülpnagel versuchte aber auch, wie Klaus-Jürgen Müller berichtet, eine Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht abzuschwächen, in der pauschale Repressionsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung angeordnet wurden. Er befahl im Gegensatz zu dieser

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.6.1996 (Fortsetzung)

Weisung, daß gegenüber den Ukrainern „grundsätzliche Rücksichtnahme“ angebracht sei, sofern sich diese loyal verhielten. Stülpnagel habe darauf bestanden, daß „kollektive Maßnahmen nicht wahllos“ getroffen werden sollten. Im Falle von Sabotageakten solle allerdings besonders gegen die „jüdischen Konsomolzen ... als Träger der Sabotage und Bandenbildung“ vorgegangen werden.

Am 13. Februar 1942 folgte Stülpnagel seinem Vetter Otto von Stülpnagel als „Militärbefehlshaber Frankreich“ in Paris nach und wurde als solcher von der Resistance für Sippenhaft, Geiselschießungen und Deportationen französischer Juden in die Vernichtungslager im Osten mitverantwortlich gemacht. Stülpnagel gehörte jedoch weiter zum engeren Kreis des militärischen Widerstands. Am Nachmittag des 20. Juli 1944 erhielt er in der französischen Hauptstadt die Nachricht aus Berlin, daß das Attentat auf Hitler geglückt sei. Stülpnagel ließ daraufhin die Führung und das Personal der SS und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS (SD) in Paris verhaften.

Nachdem der Umsturzversuch gescheitert war, enthob Generalfeldmarschall Günther von Kluge Stülpnagel seines Postens als Militärbefehlshaber. Der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz, versuchte noch, Stülpnagel zu retten, indem er dessen Aktion als wirklichkeitsnah ausgeführte Übung darstellte, aber vergeblich. Immerhin war Stülpnagels Vorgehen nach Ansicht von Klaus-Jürgen Müller „die einzige entschlossene Handlung eines deutschen Generals am 20. Juli 1944 außerhalb Berlins“.

Am folgenden Tag wurde Stülpnagel zur Berichterstattung ins Oberkommando der Wehrmacht nach Berlin befohlen. Auf der Fahrt nach Deutschland versuchte er, sich in der Nähe von Verdun, wo er im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte, zu erschießen. Aber der Selbstmordversuch scheiterte, die Kugel zerschlug nur eine Gesichtshälfte, und Stülpnagel erblindete an den Folgen dieser Verwundung. Vor dem Volksgerichtshof bekannte er sich voll zu seinem Handeln. Am 30. August wurde er zusammen mit zwei anderen Mitverschworenen aus Paris in der Haftanstalt Berlin-Plötzensee hingerichtet. Man mußte den Erblindeten an der Hand zum Galgen führen.

RALF EULER

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.7.1996

Streit um Stülpnagel-Ehrung: Familie will Bild zurückhaben

ads. Die Familie von Carl Heinrich von Stülpnagel hat in einem Brief an das Lessing-Gymnasium um die Rückgabe des umstrittenen Bildes des wegen seiner Beteiligung am fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichteten Wehrmachtsgenerals gebeten. Um das Bild, mit dem Stülpnagel, der 1904 an der Schule als Bester seines Jahrgangs das Abitur ablegte, seit mehr als 40 Jahren geehrt wird, ist heftiger Streit entbrannt. Der Widerstandskämpfer war als Kommandant der 17. Armee im Rußlandfeldzug und später als Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich auch mitverantwortlich für die Kriegsführung, für Geiselschießungen und Repressalien gegen die Zivilbevölkerung.

Anfang der fünfziger Jahre hatte der damalige Oberbürgermeister Walter Kolb (SPD) die Familie von Stülpnagel um ein Bild des Generals für die Stadt gebeten, das sein Nachfolger Werner Bockelmann (SPD) 1956 der Lessingschule stiftete. Schulleiter Klaus Meyer war gestern Abend nicht mehr zu erreichen. Es heißt, daß die Familie Stülpnagels aus persönlichen Gründen nicht möchte, daß das Bild Gegenstand von Querelen sei. Die Diskussion um die Rolle des Generals solle aber keinesfalls eingeschränkt werden.

Unterdessen ist der Grünen-Antrag, die „seit den fünfziger Jahren bestehende Ehrung des Widerstandskämpfers, Antisemiten und an Judenmorden beteiligten Wehrmachtsgenerals in dieser Schule zu beenden“, im Schulausschuß auf Wunsch der CDU vertagt worden. Gerhard Ley begründete das damit, daß man dem Gymnasium nach der Hektik der Abiturzeit Gelegenheit geben wolle, das Thema in Ruhe zu diskutieren. Der Ausschußvorsitzende Micha Brumlik (Bündnis 90/Die Grünen) äußerte sein Unverständnis über das Ansinnen der Union, weil die Sachlage klar sei. Man folge aber dem parlamentarischen Brauch, einen Tagesordnungspunkt zurückzustellen, wenn eine Fraktion dies wünsche. Die nächste Sitzung des Schulausschusses findet nach der Sommerpause im September statt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung
vom 4.7.1996

Gymnasium gibt Stülpnagels Bild an die Familie zurück

ads. Das Lessing-Gymnasium hat das Bild des Wehrmachtsgenerals Carl Heinrich von Stülpnagel an dessen Familie zurückgegeben, wie Schulleiter Klaus Meyer gestern auf Anfrage sagte. Damit habe man dem Wunsch der Familie entsprochen. Der Direktor fügte hinzu: „Wir sind nicht berechtigt, dazu etwas zu sagen.“

Wie berichtet, hatte die Familie wegen der Querelen um die Ehrung des Generals an der Schule, an der er 1904 als Jahrgangsprimus sein Abitur ablegte, aus persönlichen Gründen um die Rückgabe des Bilds gebeten. Sie hatte es der Stadt auf Initiative des damaligen Oberbürgermeisters Walter Kolb (SPD) in den fünfziger Jahren überlassen. Die Diskussion um die Rolle des Generals sollte durch den Vorgang nicht eingeschränkt werden, hieß es. Stülpnagel wurde wegen seiner Beteiligung am fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Als Kommandant der 17. Armee im Rußlandfeldzug und später als Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich war er aber auch mitverantwortlich für die Kriegsführung, für Geiselserschießungen und Repressalien gegen die Zivilbevölkerung.

Meyer wies darauf hin, das man an der Schule über die Gestaltung der Gedenkstätte in der Aula nachdenke. Dort wird auch zweier anderer ehemaliger Lessing-Schüler gedacht, die als Widerstandskämpfer hingerichtet worden waren. An der Stelle des entfernten Stülpnagel-Bilds werde eine Mitteilung angebracht, aus der hervorgehe, warum das dritte Bild fehlte.

Frankfurter Rundschau
vom 5.7.1996

Stülpnagels Bild abgehängt Dokumentation von Widerstand und Schicksalen geplant

Der Platz, den das Foto des ehemaligen Lessing-Schülers und Wehrmachtsgenerals Carl-Heinrich von Stülpnagel in der Aula des Lessing-Gymnasiums einnahm, ist jetzt leer: Die Schule hat das Bild der Familie zurückgegeben. Damit wurde einem Wunsch der Angehörigen entsprochen.

General von Stülpnagel, der von den Nationalsozialisten nach dem mißglückten Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet worden war, hatte vor seinem Widerstand gegen das Regime auch Verfolgungen mitgetragen und Erschießungen befohlen. Seit Monaten läuft darum die Diskussion um die Frage, ob ein solcher Mann als Vorbild für heutige Schüler in der Schule geehrt werden sollte.

„Leider sind viele Angehörige der Nachkriegsgeneration weder bereit noch in der Lage, sich in die Situation derer zu verset-

zen, die unter einer Diktatur gelebt haben“, hat die Familie von Stülpnagel an die Lessing-Schulleitung geschrieben. „So müssen wir befürchten, daß auch die heutigen Politiker mit Mehrheit nicht zu ermes- sen in der Lage sind, unter welchen Gewissensnöten unser Vater und andere damals zum Widerstand gezwungen waren.“ Die Haltung von Stülpnagels „recht zu würdigen“ müsse man daher „einer späteren Generation überlassen“.

Die Familie hatte das Foto des Generals im Jahr 1955 der Schule für eine Gedenkstätte zur Verfügung gestellt.

Jetzt ist im Lessing-Gymnasium eine ständige Dokumentation geplant, die „sowohl den militärischen Widerstand als auch das persönliche Schicksal und Wirken ehemaliger Schüler und Lehrender würdigt“. clau

Frankfurter Allgemeine Zeitung
vom 5.7.1996

Stülpnagel: Familie hofft auf Einsicht späterer Generation

ads. In der Mitteilung, die jetzt im Lessing-Gymnasium an Stelle des umstrittenen Bilds des Wehrmachtsgenerals Carl-Heinrich von Stülpnagel angebracht worden ist, wird aus dem Brief der Familie zitiert, die, wie berichtet, um Rückgabe des in den fünfziger Jahren von ihr zur Verfügung gestellten Fotos gebeten hatte. Wörtlich heißt es: „Leider sind viele Angehörige der Nachkriegsgeneration weder bereit noch in der Lage, sich in die Situation derer zu versetzen, die unter einer Diktatur gelebt haben. So müssen wir befürchten, daß auch die heutigen Politiker mit Mehrheit nicht zu ermaßen in der Lage sind, unter welchen Gewissensnöten unser Vater und andere damals zum Widerstand entschlossene Männer und Frauen zu leben gezwungen waren. Die Haltung unseres Vaters recht zu würdigen, müssen wir daher einer späteren Generation überlassen.“

Wegen der Auseinandersetzungen um den General habe die Familie die „Überlassung“ des Fotos „zurückgenommen“. Die Schule plane eine ständige Dokumentation, „die sowohl den (militärischen) Widerstand (des 20. Juli) als auch das persönliche Schicksal und Wirken ehemaliger Schüler und Lehrender würdigt“.

Stülpnagel hatte 1904 am Lessing-Gymnasium als Bester seines Jahrgangs das Abitur abgelegt. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Als Kommandant der 17. Armee im Rußlandfeldzug und später als Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich war er aber auch mitverantwortlich für die Kriegführung, für Geislerschießungen und Repressalien gegen die Zivilbevölkerung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung
vom 6.7.1996

Schuld und Gnade

Zu: „Ein Mann mit Widersprüchen“ (F.A.Z. vom 13. Juni). Angeregt durch ein Frühstücksgespräch, in dessen Verlauf über die pauschal unterstellte Gesinnung der „Weißen Jahrgänge“ gesprochen wurde, fiel die Bemerkung, daß die Redewendung von der „Gnade der späten Geburt“ doch eine elegante Formulierung sei – um was zu umschreiben?, fuhr ich in Gedanken fort.

Da entsann ich mich eines Artikels in der „Rhein-Main-Zeitung“ über die Diskussion zum Thema General von Stülpnagel. In ihm wurden Schüler unterschiedlicher Nationalitäten und Religionsbekenntnisse davor gewarnt, die „Gnade der späten Geburt“ nicht zur Überheblichkeit zu mißbrauchen.

Nun sitze ich seitdem da und grübele, welch schreckliche Tat die Ungeborenen vollbracht haben, daß sie eines Gnadenaktes bedürfen. Aus dem-theologischen Bereich fällt mir dazu nur die Erbsünde der Christen ein. Das kann aber wohl nicht gemeint sein, denn es werden ja auch Nichtchristen geboren.

Sollte damit ein Rückgriff auf die Sippenhaftung genommen werden? Doch wohl kaum, wie aus dem Zusammenhang des Artikels zu entnehmen ist, in dem ja gerade die Sippenhaftung abgelehnt wird.

Oder ist es eine Strafe infolge eines Fluches bis ins siebte Glied? Hier wäre zu hinterfragen, wer, wann, über wen, auf Grund welcher Ereignisse und mit welchen beabsichtigten Folgen einen Fluch verhängt hat. Würden alle Fragen beantwortet, wäre immer noch zu klären, ob ein Fluch durch einen Gnadenakt gelöst werden darf und kann. Diese Überlegungen sind ein Abgleiten ins Unwirkliche.

Die Redewendung von der Gnade der späten Geburt überzieht Unschuldige mit Schuld, denn: Ohne Schuld keine Gnade. Ich habe mich entschlossen, diese Redewendung nicht mehr zu verwenden.

Waldfried Theo Ruß, Rodgau

RTL**»Guten Abend« vom 29.4.1996**

RTL: In der Aula des Frankfurter Lessing-Gymnasiums ehrt man heute noch einen Abiturienten aus dem Jahre 1904: Heinrich von Stülpnagel, später General der Wehrmacht und mitbeteiligt am Militärputsch gegen Hitler am 20. Juli 1944. Im August 1944 wurde er deshalb in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Einigen Dokumenten zufolge war der General allerdings auch mitverantwortlich für die Deportation und Hinrichtung von mehreren tausend Juden. Um die Ehrentafel Stülpnagels wird seitdem im Lessing-Gymnasium heftig gestritten. Heute kam es zu einer Kundgebung vor dem Schultor. Klaus Barber war da.

K. Barber: Noch präsentiert die Aula des Lessing-Gymnasiums das Portrait Heinrich von Stülpnagels und seiner zwei Adjutanten, doch eine Arbeitsgruppe, die die Namen der Holocaust-Opfer zusammentrug, stieß auf brisante Akten über den General. So ordnete er als Militärbefehlshaber in Paris im April 1942 an:

»Nachstehende Sühnemaßnahmen sind anzuordnen: Die sofortige Erschießung von 30 Kommunisten, Juden und dem Täterkreis nahestehenden Personen. Die Erschießung von weiteren 80, sowie die Deportation von 1.000 Kommunisten, Juden und dem Täterkreis nahestehenden Personen nach dem Osten, falls die Täter nicht innerhalb von drei Tagen festgestellt sind. Der Militärbefehlshaber von Stülpnagel.«

Doch diese Vergangenheit kümmerte niemanden, nachdem der General wegen des Attentats auf Hitler am 20. Juli hingerichtet wurde. Die Lessing-Schülerinnen Katharina Strobach und Johanna Hessenberg sind die einzigen, die bisher gehandelt haben.

K. Strobach: Es kann nicht sein, daß der als Vorbild für andere Schüler da hängt, und dann sind wir halt hingegangen und haben ihn abgehängt. Und das konnten wir dann eigentlich nicht mit unserer Überzeugung vereinbaren, den wieder aufzuhängen, und dann haben wir ihn unten gelassen und mit Johanna auch hinter dem Vorhang versteckt, damit der nicht einfach wieder aufgehängt wird.

K. Barber: Die couragierte Johanna mußte mittlerweile die Schule wechseln. Moralische Unterstützung erhielten die Schüler von Willy Katz, ehemaliger Lessing-Schüler, der als Jude 1933 vor den Nazis nach Frankreich fliehen mußte.

W. Katz: Das Vorgehen ist ein Beispiel von Unwissenheit, von Nachlässigkeit und von Feigheit.

K. Barber: Die Schulleitung will erst im Juni über den Fall Stülpnagel befinden. Die Schüler waren in ihrer Geschichtseinschätzung wesentlich schneller.

SAT 1

»Regionalreport« vom 29.4.1996

SAT 1: Proteste gegen Auszeichnung. Rund fünfzig Schüler des Frankfurter Lessing-Gymnasiums haben gegen eine Ehrentafel der Stadt Frankfurt in ihrer Schule demonstriert. Sie zeigt den Lessing-Abiturienten Heinrich von Stülpnagel, der als Putschist 1944 hingerichtet wurde. Nach Ermittlungen der Schüler war er zuvor in Frankreich für den Mord an Juden und Kommunisten verantwortlich. Die Schulleitung will nun die Vergangenheit des Generals erforschen lassen. Auf Einladung des DGB wird heute abend die Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld zum Fall Stülpnagel sprechen.

Hessen Drei

»Hessenschau« vom 29.4.1996

Hessen Drei: Heinrich von Stülpnagel war ein Mann des 20. Juli. Mit dem Lessing-Gymnasium in Frankfurt verbindet ihn das Verdienst, dort Abitur gemacht zu haben. Der Mann des Widerstandes war auch Militärbefehlshaber in Frankreich und hat die Ermordung von mehr als einhundert Menschen zu verantworten. Das Portrait in der Schule muß weg, wollen vor allem fünf Jugendverbände, es soll bleiben, sagen die anderen.

Bei der Protestaktion heute gab es heftige Wortgefechte unter den Schülern. Offiziell gilt Heinrich von Stülpnagel als Held, weil er beim Attentat auf Hitler mitmachte. Trotzdem habe er als Militärbefehlshaber den Tod vieler Juden und Kommunisten auf dem Gewissen, darunter Frankfurter Kinder, die via Frankreich nach Auschwitz und Sobibor deportiert wurden. Keine Heldentat wiege diese Morde auf. Die Schüler zu der Diskussion:

Schülerin 1: Das ist sehr emotional und deswegen unsachlich.

Schülerin 2: Ja, das wurde so von den Lehrern her mehr oder weniger totgeschwiegen. Also, die meisten reden überhaupt nicht drüber.

Schüler: Mich hat es bisher nicht gestört. Bei meiner Oma hängt auch ihr Vater, der in dieser Uniform angezogen ist, es gibt halt keine anderen Aufmachungen.

Hessen Drei: Seit vierzig Jahren ehrt das Lessing-Gymnasium in seiner Aula drei Widerständler des 20. Juli. Sie haben hier ihr Abitur gemacht. Erst 1995, dank einer Geschichts-AG von Schülern, wurden die von Stülpnagel ergangenen Schieß- und Deportationsbefehle bekannt. Der Schuldirektor beharrt auf dem Verbleib der Ehrentafel. Über die Gründe wollte er sich vor der Kamera allerdings nicht äußern.

hr1

»Argumente« vom 6.7.1996

Streit um gesellschaftliche Vorbilder - Wer soll geehrt werden?

Gesprächsleitung: Christiane Knauf

hr1: Guten Morgen. Im Frankfurter Lessing-Gymnasium hängen seit den fünfziger Jahren in der Aula drei Fotos: Ehemalige Schüler des traditionsreichen Gymnasiums, die zu Widerstandskämpfern wurden und im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 hingerichtet wurden. Einer von ihnen war Carl-Heinrich von Stülpnagel. In seinem Befehlsbereich waren am Tag des Attentats auf Hitler alle vorgesehenen Umsturzpläne erfolgreich umgesetzt worden. Er wurde dafür nach einem Selbstmordversuch verhaftet und sechs Wochen später in Berlin-Plötzensee gehängt. Stülpnagel hatte zwar bereits seit etwa 1938 Kontakte zum militärischen Widerstand gegen Hitler, aber er war als Kommandeur der 17. Armee an der Ostfront und anschließend als Militärbefehlshaber in Frankreich auch für die Ermordung von Geiseln und die Verfolgung und Verschleppung von Juden verantwortlich. Jetzt ist eine öffentliche Diskussion darüber entbrannt, ob das Foto des Generals in der Aula der Schule hängenbleiben soll oder nicht, ob dieser General ein Vorbild für die Schülerinnen und Schüler sein kann. Die Entscheidung darüber, ob das Bild hängenbleiben soll oder nicht, hat die Familie Stülpnagel der Schule und der Öffentlichkeit inzwischen abgenommen. Die Familie hat darum gebeten, das Bild zurückzubekommen, das sie der Schule in den fünfziger Jahren auf Wunsch des Oberbürgermeisters zur Verfügung gestellt hatte, und der Schulleiter hat diesem Wunsch entsprochen. Die Frage, ob ein Mensch wie Stülpnagel ein Vorbild für Jugendliche heute sein kann, diese Frage bleibt offen, und wir wollen sie heute zum Anlaß nehmen, uns generell einmal nach dem Sinn von Vorbildern zu fragen, welchen Bestand sie haben, ob überhaupt Vorbilder gebraucht werden, und ob Vorbilder vielleicht Idealisierungen sind, die mit dem wirklichen Leben gar nichts zu tun haben. Wie ist Ihr Gefühl, Florian, Sie haben gerade Abitur gemacht, brauchen die Schüler heute noch Vorbilder? Was ist so Ihr persönlicher Eindruck?

Florian: Ich denke, daß Vorbilder auf jeden Fall auch sehr nützlich für die Entwicklung eines jeden Menschen sein können, doch meine Beobachtung war gerade beim Fall Stülpnagel, aber auch allgemein in der politischen Lage heute in Deutschland, daß sehr oft nur ein Teil des Menschen als Vorbild gesehen wird, und der andere Teil gar nicht betrachtet wird. Das war bei General Stülpnagel der Fall, daß eben nur sein Widerstandsgeist geehrt wurde, aber daß er auch Tausende von Juden und Kommunisten auf dem Gewissen hat, das wurde nicht erwähnt. Erst nach vielen Jahren, nachdem dieses Bild schon gehangen hat.

Diskussionsteilnehmer: Und beim Fall Stülpnagel war es eben gerade so, daß dort - nach dem, was ich bisher mitbekommen habe von der Lessing-Schule - es

sehr wenige Lehrerinnen und Lehrer gab, die die Schülerinnen unterstützt haben, die dieses Bild abgenommen haben.

hr1: Es ist wichtig, daß Sie sich daran beteiligen. Ich vermute, Sie sind der Herr Ortmeier von der GEW in Frankfurt, der sich sehr in dem Fall Stülpnagel engagiert hat?

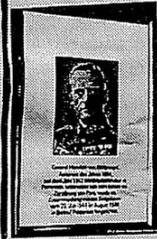
B. Ortmeier: Das ist richtig. Ich habe damals mit einem offenen Brief darauf hingewiesen, daß dreißig, vierzig Jahre lang nur über Herrn General Stülpnagel als Mensch, der sich am Putsch gegen Hitler beteiligt hat, gesprochen wurde, und dreißig, vierzig Jahre lang seine Beteiligung an den Geislerschießungen und den Ermordungen in Frankreich verschwiegen wurde. Und in diesem Zusammenhang bin ich natürlich interessiert an dieser Diskussion »Vorbilder oder keine Vorbilder«, weil ich denke, es gibt in dieser Gesellschaft Vorbilder, nicht nur die Fußballmannschaft, sondern auch in der Armee. In der Bundeswehr wird heute zum Beispiel die Wehrmacht als Vorbild gesehen, und gerade diese Generäle im Zweiten Weltkrieg, die alle bis zum Hals im Blut stehen - auch die, die sich am Widerstand oder am Putschversuch gegen Hitler beteiligt haben - werden in der Bundeswehr nach wie vor als Vorbild gesehen, auch Herr Rommel. Es geht erst einmal darum, denke ich, die verlogene Erinnerung zu demontieren und einfach durch eine echte Erinnerung an die Menschen, die unter den Nazis gelitten haben, zu ersetzen. Es gilt, zunächst abzubauen, was an Lüge und Verdrängung über die sogenannten gesellschaftlichen Vorbilder in der heutigen Gesellschaft existiert, und wenn man sich wahrhaftig erinnert an die Menschen, die damals verfolgt wurden, die Widerstand geleistet haben, dann denke ich, hat man - vorsichtig formuliert - ein Angebot an Schülerinnen und Schüler, sich mit einzelnen Personen wie Anne Frank oder Sophie Scholl zu beschäftigen. Jeder Schüler und jede Schülerin soll sich selbst raussuchen, was sie so empfinden, daß sie sich damit identifizieren können, und was sie für ihr weiteres Leben beeindruckt. Ich hätte also als Pädagoge den Anspruch, Angebote zu machen, Angebote an Schülerinnen und Schüler, daß sie auch die Leute kennenlernen, die unter der Nazizeit gelitten haben und verfolgt wurden, um sich über diesen Weg mit der Geschichte zu beschäftigen und die Zusammenhänge zwischen damals und heute kritisch zu durchleuchten.

hr1: Haben Sie selbst Vorbilder, Herr Ortmeier?

B. Ortmeier: Auch der Begriff »Vorbild« ist etwas abgeschmackt, deswegen würde ich ihn etwas differenzieren wollen, aber nehmen wir ihn im besten Sinne des ... (Gespräch unterbrochen)

hr1: So jetzt ist es leider, jetzt haben wir diese wichtige Frage nicht mehr klären können.

SO WIRD DER
GENERAL
CH.V. STÜLPNAGEL

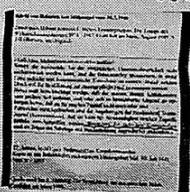


IM
LESSING-
GYMNASIUM
IN VOLLER
WEHRMACHTS-
UNIFORM
GEEHRT!



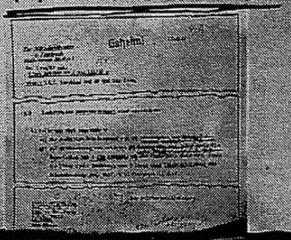
General von Stülpnagel wird im Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main in voller Wehrmachtsuniform geehrt.

GENERAL
CH.V. STÜLPNAGEL
SORGTE DAFÜR,
DAß IN DER UKRAINE
BESONDERS GEGEN
JÜDISCHE JUGENDLICHE
VORGEGANGEN WURDE.



General von Stülpnagel hat sich für die Ermordung von jüdischen Kindern in der Ukraine eingesetzt.

MORDBEFEHL



ABSCHEU

Die Ermordung von Kindern ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Ermordung von Kindern ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Ermordung von Kindern ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Ermordete jüdische Kinder
aus Frankreich



Die Ermordung von Kindern ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Ermordung von Kindern ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Ermordung von Kindern ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

III

Der Nürnberger Prozeß von 1946

Auszug aus der Anklageschrift des Internationalen Gerichtshofes
des Nürnberger Prozesses von 1946

Die Ermordung von Geiseln

In allen im Laufe ihrer Angriffskriege von den deutschen Streitkräften besetzten Ländern gingen die Angeklagten dazu über, in weitem Maße Geiseln aus der Zivilbevölkerung herauszugreifen und zu töten. Diese Taten waren im Widerspruch zu den internationalen Konventionen, insbesondere zu dem Artikel 50 der Haager Bestimmungen von 1907, Kriegsgesetzen und -bräuchen, den allgemeinen Grundsätzen des Strafrechtes, wie sie sich aus den Strafgesetzen aller zivilisierten Nationen herleiten, zu den einheimischen Strafgesetzen der Länder, in denen die Verbrechen begangen wurden, und zu Artikel 6 (b) des Statuts.

Quelle:

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Band I, Amtlicher Text in deutscher Sprache, Delphin Verlag, München und Zürich 1984, S. 58

Auszug aus dem amtlichen Text des Urteils des
Nürnberger Prozesses von 1946

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Ermordung und Mißhandlung der Zivilbevölkerung

Artikel 6b des Statuts erklärt, daß »Mißhandlungen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten ... Töten von Geiseln ... mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern« ein Kriegsverbrechen darstellen. Im wesentlichen bedeuten diese Vorschriften lediglich eine Wiederholung bestehender Kriegsgesetze, wie sie in Artikel 46 der Haager Konvention enthalten sind, wo es heißt:

»Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden ...« (Reichsgesetzblatt 1910, Seite 147.)

Die von Deutschland besetzten Gebiete wurden in einer das Kriegsrecht verletzenden Weise verwaltet. Das Beweismaterial für eine systematische Herrschaft von Gewalttätigkeit, Roheit und Schrecken ist völlig erdrückend. Am 7. Dezember 1941 erließ Hitler den in der Folge als »Nacht-und-Nebel«-Erlaß bekannten Befehl, auf Grund dessen Personen, die sich eines Vergehens gegen das Reich oder die deutschen Streitkräfte in den besetzten Gebieten schuldig machten, jedoch mit Ausnahme derer, gegen die ein Todesurteil mit Sicherheit zu erwarten war, insgeheim nach Deutschland zu überführen seien, um der Sipo und dem SD übergeben und in Deutschland verurteilt und bestraft zu werden. Dieser Erlaß wurde von dem Angeklagten Keitel unterzeichnet. Nach Ankunft dieser Zivilpersonen in Deutschland durfte kein Wort von ihnen das Land, aus dem sie kamen, oder ihre Verwandten erreichen; sogar in Fällen, wo sie noch vor der Urteilsfällung starben, wurden die Familien nicht in Kenntnis gesetzt, was den Zweck hatte, bei den Familien der verhafteten Personen Befürchtungen zu erregen. Der von Hitler beim Erlaß dieser Verordnung verfolgte Zweck wurde vom Angeklagten Keitel in seinem Begleitbrief vom 12. Dezember 1941 wie folgt erklärt:

»Eine wirksame und nachhaltige Abschreckung ist nur durch Todesstrafen oder durch Maßnahmen zu erreichen, die die Angehörigen und die Bevölkerung über das Schicksal des Täters im Ungewissen halten. Diesem Zwecke dient die Überführung nach Deutschland.« (L-90, US-503.)

Sogar Personen, die lediglich verdächtig waren, sich irgendeiner Richtlinie der deutschen Besatzungsbehörden widersetzt zu haben, wurden verhaftet und bei ihrer Verhaftung durch die Gestapo und den SD in der abscheulichsten Weise verhört. Am 12. Juni 1942 erließ der Chef der Sipo und des SD durch den Chef der Gestapo, Müller, einen Befehl, der zur Anwendung der Methode »Verschärfte Vernehmung« ermächtigte, falls vorläufige Erhebungen zum Schluß geführt

hätten, daß die betreffende Person über wichtige Angelegenheiten, so zum Beispiel Aufstandsbewegungen, Auskunft geben könne, jedoch nicht zum Zwecke der Erpressung von Geständnissen bezüglich von dem Gefangenen selbst begangener Verbrechen. Dieser Befehl sah vor:

»... verschärfte Vernehmung darf unter dieser Voraussetzung nur angewendet werden gegen Kommunisten, Marxisten, Bibelforscher, Saboteure, Terroristen, Angehörige der Widerstandsbewegungen, Fallschirmagenten, Asoziale, polnische oder sowjetrussische Arbeitsverweigerer oder Bummelanten.

In allen übrigen Fällen bedarf es grundsätzlich meiner vorherigen Genehmigung ...

Die Verschärfung kann je nach der Sachlage u. a. bestehen in: einfachste Verpflegung (Wasser und Brot), hartes Lager, Dunkelzelle, Schlafentzug, Ermüdungsübungen, aber auch in der Verabreichung von Stockhieben (bei mehr als 20 Stockhieben muß ein Arzt zugezogen werden).« (1531-PS, US-248.)

Die brutale Unterdrückung jeglicher Gegnerschaft zur deutschen Besatzung war nicht nur auf strenge Maßnahmen gegen die der Mitgliedschaft bei Widerstandsbewegungen verdächtigen Personen selbst beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf ihre Familien. Am 19. Juli 1944 erließ der Befehlshaber der Sipo und des SD im Bezirk Radom in Polen einen Befehl, der durch die Höheren SS- und Polizeiführer weitergegeben wurde und der festlegte, daß in allen Fällen von Mord oder versuchtem Mord an Deutschen, oder in Fällen, wo Saboteure wichtige Anlagen zerstört hätten, nicht nur der Schuldige, sondern auch alle seine männlichen Verwandten zu erschießen seien, während alle weiblichen Verwandten über 16 Jahre in ein Konzentrationslager zu überführen seien. Im Sommer 1944 veranlaßte das Einsatzkommando der Sipo und des SD in Luxemburg die Inhaftierung von Personen im Konzentrationslager Sachsenhausen, da sie Verwandte von Fahnenflüchtigen waren und da deshalb »von ihnen zu erwarten war, daß sie die Interessen des Deutschen Reiches gefährden würden, wenn sie in Freiheit verblieben«.

Das Verfahren der Geiselerhaftung zur Verhinderung und Bestrafung jeder Art ziviler Unruhen wurde durch die Deutschen zur Anwendung gebracht. Ein Befehl, der von dem Angeklagten Keitel am 16. September 1941 erlassen wurde, spricht von 50 bis 100 Menschenleben aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion für den Verlust eines deutschen Menschenlebens. Der Befehl erklärt: »Es muß in Betracht gezogen werden, daß ein Menschenleben in unruhigen Ländern oft nichts bedeutet und daß eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Strenge erzielt werden kann.« Die genaue Zahl der infolge dieses Verfahrens getöteten Personen ist unbekannt, jedoch wurde eine große Anzahl in Frankreich und den anderen besetzten Gebieten im Westen getötet, während im Osten Metzleien in noch größerem Maßstabe stattfanden. Außer der Tötung von Geiseln wurden in einigen Fällen ganze Städte zerstört; solche Massenmorde, wie die in

Oradour-sur-Glane in Frankreich und Lidice in der Tschechoslowakei, die beide dem Gericht in allen Einzelheiten beschrieben worden sind, sind Beispiele für die organisierte Anwendung des Schreckens durch die Besatzungstruppen zwecks Niederschlagung und Vernichtung jeglichen Widerstandes gegenüber ihrer Herrschaft. Eine der berüchtigtsten Methoden, um die Einwohner der besetzten Gebiete in Schrecken zu halten, war die Einrichtung von Konzentrationslagern. Diese wurden zum ersten Male bei der Machtübernahme durch die Nazi-Regierung in Deutschland eingerichtet. Ihr ursprünglicher Zweck war die Einsperrung aller Personen ohne Prozeß, die Gegner der Regierung waren oder die in irgendeiner Weise den deutschen Behörden unliebsam erschienen. Mit Hilfe einer Geheimpolizei wurde diese Methode weitgehend ausgedehnt, und Konzentrationslager wurden mit der Zeit die Schauplätze organisierter und systematischer Morde, bei denen Millionen Menschen ums Leben kamen.

Anmerkung:

Der amtliche Text des Urteils des Nürnberger Prozesses von 1946 wurde vom Archiv des Nürnberger Gerichtshofes ausgegeben. Die im Text in Klammern gesetzten Buchstaben- und Zifferngruppen beziehen sich auf das Dokumentenmaterial, auf das sich Anklage und Verteidigung stützten.

Quelle:

Das Urteil von Nürnberg 1946, 4. Auflage, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1979, S. 104 - 107

Fall 12 - Auszug aus der Anklageschrift gegen das Oberkommando der Wehrmacht 1948

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verbrechen gegen Zivilpersonen

Punkt III der Anklageschrift, Ziffer 59, lautet wie folgt:

»59. In der Zeit von September 1939 bis Mai 1945 begingen alle Angeklagten zusammen mit verschiedenen anderen Personen, einschließlich der im Anhang A aufgeführten Teilnehmer, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Artikels II des Kontrollratgesetzes Nr. 10, indem sie an Greueln und strafbaren Handlungen, einschließlich Mord, Ausrottung, Mißhandlung, Folterung, Einsatz zu Zwangsarbeit, Verschickung zur Sklavenarbeit oder zu anderen Zwecken, grundloser Freiheitsberaubung, Tötung von Geiseln, Verfolgung aus politischen, rassischen und religiösen Gründen, Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums, mutwilliger Zerstörung von Großstädten, Städten und Dörfern, durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigten Verwüstungen und anderen unmenschlichen und verbrecherischen Handlungen, teilnahmen, gegen deutsche Staatsangehörige und Angehörige der Zivilbevölkerung von Ländern und Gebieten, die sich unter der kriegsmäßigen Besetzung oder sonstigen Kontrolle Deutschlands befanden. Die Angeklagten begingen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dadurch, daß sie Täter oder Beihelfer waren, den Befehl dazu gaben, sie begünstigten, durch ihre Zustimmung daran teilnahmen, mit Plänen und Unternehmen in Zusammenhang standen, die ihre Begehung zum Gegenstand hatten, und Mitglieder von Organisationen und Gruppen waren, die mit der Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang standen.«

In den folgenden Ziffern 60 bis 82 werden die rechtswidrigen Handlungen im allgemeinen und besonderen beschrieben, wie die Versklavung der Bevölkerung, Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums, Mord usw., ferner die Teilnahme der Angeklagten an Entwurf, Verteilung und Ausführung dieser rechtswidrigen Pläne.

Quelle:

Fall 12, Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28. Oktober 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika, 2. Auflage, Rütten & Loening, Berlin 1961, S. 30 - 31

Fall 12 - Auszug aus dem Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28.10.1948

Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung

Die Akten im vorliegenden Fall sind mit Beweisen für Schreckenstaten überfüllt. Niemals in der Geschichte der unmenschlichen Handlungen, die ein Mensch gegen einen anderen begangen hat, haben so viele unschuldige Menschen in einem solchen Ausmaß gelitten.

Millionen Menschen, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie Juden oder Sowjet-Staatsbürger oder Zigeuner oder Polen waren und asozial, Untermenschen oder als Tiere bezeichnet wurden, sind einem Verfahren zugeführt worden, das die Anhänger Hitlers entweder »Sonderbehandlung« oder »Liquidation« oder »Endlösung« nannten, und sind ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht vernichtet worden. Kein Volk, keine Armee und kein Heerführer in irgendeiner zivilisierten oder unzivilisierten Epoche tragen eine so schwere Schuldlast wie das Deutschland Hitlers, seine Armee und seine Führer wegen der Behandlung dieser unglücklichen Personen.

Außerdem wurde die Zivilbevölkerung der von Deutschland überrannten Länder versklavt, zur Zwangsarbeit verschleppt, ausgehungert, gefoltert, ermordet, als Geiseln hingerichtet und im Wege von Vergeltungsmaßnahmen gezwungen, Stellungen zu bauen und scharfe Minen zu beseitigen; ihr öffentliches und privates Eigentum wurde geplündert und zerstört, und sie litten unter anderen von ihren Bezwingern begangenen Verbrechen.

Im Urteil des IMG wird ausgeführt (Urteil des IMG, Band I, S. 260-266):

»Artikel 6b des Statuts erklärt, daß »Mißhandlungen ... der Zivilbevölkerung des besetzten Gebietes ... Töten von Geiseln ... mutwillige Zerstörung von Städten oder Dörfern« ein Kriegsverbrechen darstellen. Im wesentlichen bedeuten diese Vorschriften lediglich eine Wiederholung bestehender Kriegsgesetze, wie sie in Artikel 46 der Haager Konvention enthalten sind, wo es heißt: »Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlung sollen geschützt werden.«

Quelle:

Fall 12, Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28. Oktober 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika, 2. Auflage, Rütten & Loening, Berlin 1961, S. 68 - 71

Auszug aus der Rede des stellvertretenden Hauptanklägers für die Französische Republik, M. Charles Dubost

**1 »Für den Nazismus ist der Terror ein Mittel,
Völker zu unterwerfen, um sie seinen politischen
Zielen gefügig zu machen.«**

Die Tatsachen, für die ich Beweis zu erbringen habe, gehen aus zahlreichen Zeugenaussagen hervor. Wir hätten hier unzählige Zeugen vor Gericht laden können. Ihre Aussagen sind vom französischen Amte zur Untersuchung von Kriegsverbrechen gesammelt worden. Es schien uns, daß es eine Vereinfachung der Verhandlung bedeuten und diese abkürzen würde, wenn wir Ihnen nur Auszüge der schriftlichen Zeugenaussagen vorlegen.

Mit Ihrer Erlaubnis werde ich mich also darauf beschränken, einige Stellen aus den schriftlichen Aussagen zu verlesen, die in Frankreich von amtlichen, mit der Untersuchung der Kriegsverbrechen betrauten Stellen gesammelt worden sind. Wenn es jedoch im Verlauf meines Vortrags notwendig erscheinen sollte, Zeugen hier vor Gericht zu vernehmen, werden wir das tun, aber stets trachten, in keiner Weise die Verhandlung zu verzögern, sondern sie zu einem schnellen Ende zu bringen, einem gerechten Ende, auf das unsere Völker warten.

Alle Greuelthaten waren durch die deutsche Terrorpolitik bestimmt. In dieser Hinsicht haben wir bereits Präzedenzfälle in der deutschen Kriegführung. Wir alle haben noch die Hinrichtung von Geiseln in Dinant im Kriege von 1914 in Erinnerung, die Hinrichtung von Geiseln in der Zitadelle von Laon und in der Zitadelle von Senlis. Aber der Nazismus hat diese Terrorpolitik jetzt zur Vervollkommnung gebracht. Für ihn ist der Terror ein Mittel zur Unterwerfung. Wir haben alle noch den Propagandafilm über den polnischen Feldzug in Erinnerung, der kurz vor der Invasion von Norwegen in Oslo aufgeführt wurde.

Für den Nazismus ist der Terror ein Mittel, Völker zu unterwerfen, um sie seinen politischen Zielen gefügig zu machen.

Alle Franzosen haben noch die ersten Zeichen dieser Terrorpolitik während der Besetzung in Erinnerung. Sie sahen auf den Mauern von Paris, wie auch auf den Mauern der kleinsten Dörfer Frankreichs, nur wenige Monate nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes rote Plakate mit schwarzem Rand, die die ersten Ermordungen von Geiseln mitteilten. Wir wissen von Müttern, die auf diese Weise von der Hinrichtung ihrer Söhne erfuhren. Die Besatzungsmacht schritt zu diesen Hinrichtungen, wenn antideutsche Vorfälle sich ereignet hatten. Diese Vorfälle waren die Antwort des französischen Volkes auf die amtliche Politik der Zusammenarbeit. Der Widerstand gegen diese Politik wurde stärker und stärker, organisierte sich, und mit ihm nahmen auch die Unterdrückungsmaßnahmen an Stärke bis 1944 zu; zu welcher Zeit der deutsche Terror in Frankreich und den

Ländern des Westens seinen Höhepunkt erreicht hatte. Damals sprach das Heer und die SS-Polizei nicht mehr von Hinrichtung von Geiseln; sie organisierten geradezu Vergeltungsaktionen, in deren Verlauf ganze Dörfer in Brand gesteckt wurden, Tausende von Zivilpersonen getötet oder festgenommen und deportiert wurden; ehe sie jedoch dazu schritten, versuchten die Deutschen, diese verbrecherischen Taten in den Augen einer empfänglichen öffentlichen Meinung zu rechtfertigen. Sie gaben, wie wir zeigen werden, ein ganzes Gesetzbuch über Geiseln heraus und heuchelten Einhaltung dieses Gesetzes vor, jedesmal wenn sie zu Hinrichtungen als Vergeltungsmaßnahmen schritten.

2 »Der deutsche Generalstab und die Deutsche Regierung [...] erhoben die systematische Verletzung der Haager Konvention zum Gesetz.«

Geiselnahme ist nach Artikel 50 der Haager Konvention verboten, wie Sie wissen. Ich möchte den Wortlaut des Artikels 50 aus der IV. Haager Konvention verlesen:

»Keine Kollektivstrafe geldlicher oder anderer Natur kann den Bevölkerungen auferlegt werden auf Grund von Einzelhandlungen, deren sie nicht insgesamt für schuldig erachtet werden können.« Dokument RF-265.

Des ungeachtet bemühte sich der deutsche Generalstab und die Deutsche Regierung hinterlistigerweise, diesen Rechtssatz in Vergessenheit geraten zu lassen, und erhoben die systematische Verletzung der Haager Konvention zum Gesetz.

Ich werde Ihnen beschreiben, wie der Generalstab sein Pseudorecht auf Geiseln begründete, sein angebliches Recht, das in Frankreich seinen endgültigen Ausdruck in Stülpnagels Verordnungen über Geiseln fand.

Ich werde Ihnen, wenn ich dazu komme, zeigen, wer von den hier Angeklagten sich dieses Verbrechens besonders schuldig machte.

Am 15. Februar 1940 rechtfertigt ein an den Angeklagten Göring gerichteter Geheimbericht des OKW die Geiselnahme, wie aus Dokument 1585-PS hervorgeht, das ich mir zu verlesen erlaube. Dieses Dokument ist datiert: »Berlin, 15. Februar 1940«.

Es trägt den Vermerk:

»Oberkommando der Wehrmacht. Geheim. An den Herrn Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

Betrifft: Geiselnahme.

Die Festnahme von Geiseln ist nach Ansicht des OKW in allen Fällen berechtigt, in denen die Sicherheit der Truppe und die Erfüllung ihres

Auftrages dies verlangt. Im wesentlichen wird das bei Widerstand oder bei unsicherer Haltung der Bevölkerung in einem besetzten Gebiet in Frage kommen. Voraussetzung dabei ist, daß sich die Truppe im Kampf befindet, oder daß eine Lage besteht, in der andere Mittel zur Herstellung der Sicherheit nicht ausreichen ...

Bei Auswahl der Geiseln wird zu beachten sein, daß ihre Festnahme nur dann in Frage kommt, wenn die aufsässigen Teile der Bevölkerung ein Interesse am Leben der Geiseln haben. Die Geiseln werden daher den Bevölkerungskreisen zu entnehmen sein, von denen eine feindselige Haltung zu erwarten ist. Die Geiselnahme wird nur auf solche Personen anzuwenden sein, von denen anzunehmen ist, daß ihr Schicksal die Auführer beeinflussen wird.«

Dieses Dokument wird von der Französischen Delegation unter RF-267 vorgelegt.

Der Angeklagte Göring hat dieser Ansicht, soviel ich weiß, niemals widersprochen.

Dann haben wir noch eine Bestimmung in Dokument F-508, RF-268, einen Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres, Chef der Militärverwaltung in Frankreich, Verwaltungsstab, gezeichnet »Stroccius«, vom 12. September 1940. Drei Monate nach Beginn der Besetzung werden Geiseln dort folgendermaßen definiert:

»Geiseln sind Landeseinwohner, die mit ihrem Leben für ein einwandfreies Verhalten der Bevölkerung einzustehen haben. Die Verantwortung für ihr Schicksal soll also in die Hände ihrer Landsleute gelegt werden. Der Bevölkerung muß deshalb öffentlich angedroht werden, daß für feindselige Handlungen Einzelner die Geiseln haftbar gemacht werden. Als Geiseln kommen nur französische Staatsangehörige in Betracht. Geiseln können nur für Handlungen haftbar gemacht werden, die nach ihrer Festnahme und der öffentlichen Bekanntmachung begangen werden.«

Dieser Erlaß hebt fünf frühere Erlasse bis zum 12. September 1940 auf - die Frage war Gegenstand zahlreicher Anordnungen -, ferner zwei Erlasse des Kommandostabs, deren Daten sich im ersten Teil des Dokuments F-510 finden, und zwar die Erlasse vom 2. November 1940 und vom 13. Februar 1941:

»Werden von Landeseinwohnern Gewalttaten gegen Besatzungsangehörige begangen, Anlagen und Einrichtungen der Wehrmacht beschädigt oder zerstört, oder sonst Angriffe gegen die Sicherheit deutscher Einheiten und Dienststellen gerichtet und ist bei der gegebenen Sachlage die Bevölkerung des Tatortes oder des engeren Bereiches als mitverantwortlich für diese Sabotagehandlungen anzusehen, so können Vorbeugungs- und Sühnemaßnahmen angeordnet werden, durch die die Bevölkerung von der künftigen Begehung, Förderung oder Duldung solcher Taten abgeschreckt werden soll.

Als mitverantwortlich für die Sabotagehandlungen Einzelner ist die Bevölkerung zu behandeln, wenn sie durch ihr allgemeines Verhalten gegenüber der Deutschen Wehrmacht feindselige Handlungen Einzelner begünstigt durch passiven Widerstand gegen die Aufklärung früherer Sabotagehandlungen, böswillige Elemente zu solchen Taten ermutigt oder sonst einen günstigen Boden für Widersetzlichkeiten gegen die deutsche Besatzung geschaffen hat.

Im einzelnen ist zu beachten:

Alle Maßnahmen müssen so getroffen werden, daß sie auch durchgeführt werden können. Androhung ohne Durchführung wirkt als Schwäche.«

Diese beiden letzten Zeilen finden sich oben auf Seite 3 des französischen Textes.

Ich lege diese beiden Dokumente unter F-508, RF-268 und F-510, RF-269, vor.

Bisher finden wir in diesen deutschen Texten noch keine Spur einer Bestätigung dafür, daß die Festnahme und Hinrichtung von Geiseln ein Recht der Besatzungsmacht darstellt. Aber hier habe ich ein deutsches Dokument, das ausdrücklich diese Idee formuliert. Es ist F-507, RF-270, in Ihrem Dokumentenbuch, datiert: »Brüssel, den 18. April 1944.« Es stammt vom Chefrichter beim Militärbefehlshaber in Belgien und in Nordfrankreich und ist gerichtet an die deutsche Waffenstillstandskommission in Wiesbaden. Es trägt oben den Vermerk:

»Geheime Kommandosache.

Betrifft: Erschießung von 8 Terroristen in Lille am 22. Dezember 1943.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 16. März 1944.«

Sie werden in der Mitte des zweiten Absatzes folgende Stelle finden:

»Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß die rechtlichen Grundlagen der Maßnahmen der Oberfeldkommandantur Lille auf Grund des Schreibens meiner Gruppe Polizei vom 2. März 1943 der Waffenstillstandskommission gegenüber hinreichend begründet worden sind und sich weitere Ausführungen erübrigen. Die Waffenstillstandskommission ist durchaus in die Lage versetzt, den Franzosen, sofern sie überhaupt auf die Anfrage in dieser Ausführlichkeit eingehen will, zu erklären, daß die Erschießungen nach den allgemeinen Grundsätzen des Geiselrechts erfolgt sind.«

Es handelt sich also um eine Staatslehre. Unschuldige werden das Pfand, sie haften mit ihrem Leben für das Verhalten ihrer Mitbürger gegenüber der Deutschen Wehrmacht. Wenn eine Straftat begangen wird, der sie vollkommen fernstehen, werden sie einer Kollektivstrafe unterworfen, die bis zum Tod gehen kann. Dies ist ein offizieller deutscher Grundsatz, der trotz der Proteste der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden vom deutschen Oberkommando einge-

führt wurde. Ich sage, ein vom deutschen Oberkommando eingeführter Grundsatz, und ich erbringe den Beweis dafür. Keitel unterzeichnete am 16. September 1941 einen allgemeinen Befehl, der bereits verlesen und von meinen amerikanischen Kollegen unter 389-PS, RF-271 vorgelegt wurde. Ich darf dazu folgende Erläuterung geben:

Dieser Befehl gilt für alle besetzten Gebiete des Westens und des Ostens, wie sich aus der Liste derer ergibt, an die er zugestellt wurde, unter denen alle Militärbefehlshaber der damals von Deutschland besetzten Länder waren: Frankreich, Belgien, Norwegen, Holland, Dänemark, Ostland, Ukraine, Serbien, Saloniki, Südgriechenland und Kreta. Dieser Befehl hat während der ganzen Dauer des Krieges gegolten. Wir haben ein Schriftstück aus dem Jahre 1944, das sich darauf bezieht. Dieser Befehl Keitels, des Chefs des OKW, ist getragen von dem wilden Wunsch nach Unterdrückung der Kommunisten. Er sieht eine vollkommene Unterdrückung der Zivilbevölkerung vor.

Dieser Befehl, der auch für Befehlshaber gilt, deren Truppen im Westen stehen, besagt, daß in allen Fällen, in denen Attentate gegen die Deutsche Wehrmacht unternommen werden, festzustellen sei,

»daß es sich hierbei um eine von Moskau einheitlich geleitete Massenbewegung handelt, der auch die geringfügig erscheinenden Einzelvorfälle in bisher sonst ruhigen Gebieten zur Last zu legen sind.«

Dementsprechend ordnet Keitel unter anderem an, daß fünfzig bis hundert Kommunisten für jeden getöteten deutschen Soldaten zu erschießen seien. Dieses ist eine politische Idee, die wir immer wieder in allen deutschen Terrorerklärungen finden werden. Für die Hitler-Propaganda ist jeder Widerstand gegen Deutschland kommunistischen Ursprungs, wenn nicht selbst kommunistischer Natur. Damit hoffen die Deutschen, die Nationalisten aus der Widerstandsbewegung auszuschalten, die, wie sie glauben, gegen die Kommunisten eingestellt sind; aber die Nazis verfolgten noch ein anderes Ziel. Sie hofften vor allem noch, Frankreich und die anderen besiegten Westländer in zwei feindliche Parteien zu teilen und sich die eine Partei unter dem Vorwand des Anti-Kommunismus dienstbar zu machen.

VORSITZENDER: Wäre es Ihnen jetzt recht, für 10 Minuten zu unterbrechen?

[Pause von 10 Minuten.]

M. DUBOST: Der Angeklagte Keitel hat diesen Befehl über die Geiseln am 24. September 1941 bestätigt. Wir legen hierzu Dokument RF-272 vor; Sie finden es im Dokumentenbuch unter F-554. Ich will den ersten Absatz verlesen:

»Auf Grund von Weisungen des Führers hat das Oberkommando der Wehrmacht unter dem 16. September 1941 ... einen Erlaß über die kommunistische Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten herausgegeben. Der Erlaß ist dem Auswärtigen Amt zu Händen des Herrn

Botschafters Ritter zugegangen. Der Erlaß beschäftigt sich auch mit der Frage der Verhängung von Todesstrafen in kriegsgerichtlichen Verfahren.

Aus dem Erlaß ergibt sich, daß in den besetzten Gebieten in Zukunft mit größter Schärfe vorgegangen werden muß.«

Über die Auswahl von Geiseln wird auch in Dokument 877-PS gesprochen, das bereits verlesen wurde, das übrigens noch vor dem Angriff Deutschlands auf Rußland herausgegeben wurde. Man muß das wieder in Erinnerung bringen, weil es zeigt, daß das deutsche Oberkommando und die Nazi-Regierung den Plan gefaßt hatten, die besetzten Länder uneinig zu machen, dem Widerstand der Patrioten den patriotischen Charakter zu nehmen und statt dessen einen politischen Charakter zu unterschieben, den er in Wirklichkeit nie hatte. Wir legen das Schriftstück unter RF-273 vor:

»Hierbei ist festzuhalten, daß außer den sonst bekämpften Widersachern der Truppe diesmal als besonders gefährliches und jede Ordnung zersetzendes Element aus der Zivilbevölkerung der Träger der jüdisch-bolschewistischen Weltanschauung entgegentritt. Es ist kein Zweifel, daß er seine Waffe der Zersetzung heimtückisch und aus dem Hinterhalt, wo er nur kann, gegen die im Kampf stehende und das Land befriedende deutsche Wehrmacht gebraucht.«

Dieses Dokument ist ein offizielles Dokument aus dem Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres. Es gibt die allgemeine Anschauung des ganzen deutschen Generalstabs wieder. Keitel war es, der die Aufstellung dieser Grundsätze veranlaßte. Er war nicht ein Soldat, der Befehlen seiner Regierung gehorchte, sondern gleichzeitig ein General und nationalsozialistischer Politiker, der nicht nur militärischer Befehlshaber, sondern auch als Politiker im Dienste der Hitler-Politik tätig war. Sie finden den Beweis hierfür in dem eben verlesenen Dokument; ein politischer General, bei dem Politik und Kriegführung ein und dieselbe Aufgabe geworden sind, was für jemanden, der den deutschen Gedankengang kennt, der niemals Krieg und Politik voneinander schied, nicht überraschend ist. Hat doch Clausewitz gesagt, daß Krieg nur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei.

Es ist dies in zweifacher Hinsicht wichtig. Es begründet eine direkte, ungeheure Beschuldigung gegen Keitel; aber Keitel ist der Deutsche Generalstab, und diese Organisation ist angeklagt, und, wie Sie aus diesem Dokument sehen, ist diese Anklage berechtigt, denn der Deutsche Generalstab hat an der verbrecherischen Politik der Deutschen Regierung teilgenommen.

3 Das sogenannte »Geisellesetzbuch« in Frankreich

Die allgemeinen Befehle Keitels wurden von Stülpnagel durch einen von letzterem erlassenen Befehl vom 30. September 1941 übernommen. Dieser Befehl ist in Frankreich unter dem Namen »Geisellesetzbuch« bekannt gewesen; in ihm wurden frühere Befehle, besonders der vom 23. August 1941, wiederholt und näher bestimmt; der vom 30. September 1941 ist von größter Wichtigkeit, um darzutun, unter welchen Umständen die französischen Geiseln erschossen wurden. Daher bin ich genötigt, Ihnen größere Auszüge daraus zu verlesen. Er bestimmt in seinem dritten Absatz, welche Gruppen von Franzosen als Geiseln in Frage kommen. Ich verlese dieses Dokument, 1588-PS, das ich dem Gerichtshof unter RF-274 vorlege.

Absatz 1 handelt von Geiselnahme:

»1. Am 22. August 1941 habe ich folgende Bekanntmachung erlassen:

Am Morgen des 21. August 1941 ist in Paris ein deutscher Wehrmachtsangehöriger einem Mordanschlag zum Opfer gefallen.

Ich bestimme daher:

a) Sämtliche von deutschen Dienststellen oder für deutsche Dienststellen in Frankreich in Haft irgendeiner Art gehaltenen Franzosen gelten vom 23. August ab als Geiseln.

b) Von diesen Geiseln wird bei jedem weiteren Anlaß eine der Schwere der Straftat entsprechende Anzahl erschossen werden.

2. Am 19. September 1941 habe ich durch eine Mitteilung an den Generalbevollmächtigten der Französischen Regierung beim Militärbefehlshaber in Frankreich angeordnet, daß vom 19. September 1941 ab sämtliche männlichen Franzosen, die sich wegen kommunistischer oder anarchistischer Betätigung in Haft irgendeiner Art bei französischen Dienststellen befinden oder in Haft genommen werden, von den französischen Dienststellen gleichzeitig auch für den Militärbefehlshaber in Frankreich in Haft zu halten sind.

3. Auf Grund meiner Bekanntmachung vom 22. August 1941 und meiner Anordnung vom 19. September 1941 sind daher folgende Personengruppen Geiseln:

a) Sämtliche Franzosen, die von deutschen Dienststellen in Haft irgendeiner Art, z. B. Polizeihaft, Untersuchungshaft, Strafhaft, gehalten werden.

b) Sämtliche Franzosen, die von französischen Dienststellen in Frankreich für deutsche Dienststellen in Haft irgendeiner Art gehalten werden. Dazu gehören:

aa) sämtliche Franzosen, die sich wegen kommunistischer oder anarchistischer Betätigung bei französischen Dienststellen in Haft irgendeiner Art befinden;

bb) sämtliche Franzosen, gegen die von den französischen Strafvollstreckungsbehörden auf Ersuchen der deutschen Wehrmachtgerichte die von diesen erkannten Freiheitsstrafen vollstreckt werden ...

cc) sämtliche Franzosen, die auf Verlangen deutscher Dienststellen von französischen Dienststellen festgenommen und in Haft gehalten werden oder von deutschen Dienststellen mit dem Auftrag, sie in Haft zu halten, übergeben werden.

c) Staatenlose Landeseinwohner, die schon längere Zeit in Frankreich leben, gelten im Sinne meiner Bekanntmachung vom 22. August 1941 als Franzosen ...

III. Haftentlassung.

Personen, die am 22. August 1941, bzw. am 19. September 1941 noch nicht in Haft waren, aber später festgenommen wurden oder noch festgenommen werden, sind, sofern die übrigen Voraussetzungen auf sie zutreffen, von der Festnahme ab Geiseln.

Die Entlassung von Häftlingen, die wegen Ablaufs der Strafzeit, Aufhebung des Haftbefehls oder aus sonstigen Gründen an sich geboten ist, wird durch meine Bekanntmachung vom 22. August 1941 nicht gehindert. Die Entlassenen sind nicht mehr Geiseln. Soweit sich Personen wegen kommunistischer oder anarchistischer Betätigung bei französischen Dienststellen in Haft irgendeiner Art befinden, ist ihre Entlassung, wie ich der Französischen Regierung mitgeteilt habe, nur mit meiner Zustimmung möglich ...

VI. Geisellisten.

Wenn sich ein Vorfall ereignet, der es gemäß meiner Ankündigung vom 22. August 1941 notwendig macht, Geiseln zu erschießen, muß die Erschießung dem Anlaß unverzüglich nachfolgen. Die Bezirkschefs haben daher für ihre Bezirke aus dem Gesamtbestand an Häftlingen (Geiseln) diejenigen auszuwählen, die praktisch für eine Exekution in Frage kommen können und sie in einer Geiselliste aufzunehmen. Diese Geisellisten bilden die Grundlage für die mir im Falle einer Exekution zu machenden Vorschläge.

1. Nach den bisherigen Beobachtungen kann angenommen werden, daß die Attentäter aus kommunistischen oder anarchistischen Terrorkreisen stammen. Die Bezirkschefs haben daher sofort aus den Häftlingen (Geiseln) diejenigen Personen auszuwählen und in die Geiselliste aufzunehmen, die auf Grund ihrer bisherigen kommunistischen oder anarchistischen Haltung, ihrer Funktion in derartigen Organisationen, oder ihrer sonstigen bisherigen Haltung für eine Erschießung

in erster Linie in Frage kommen. Bei der Auswahl ist zu berücksichtigen, daß die abschreckende Wirkung der Erschießung von Geiseln auf die Attentäter selbst und diejenigen Personen, die in Frankreich oder im Ausland als Auftraggeber oder durch ihre Propaganda die geistige Verantwortung für Terror- und Sabotagehandlungen tragen, um so größer ist, je mehr bekannte Personen erschossen werden; erfahrungsgemäß nehmen die Auftraggeber und die politischen Kreise, die an den Attentaten ein Interesse haben, auf das Leben kleiner Mitläufer keine, auf das Leben ihnen bekannter ehemaliger Funktionäre dagegen eher Rücksicht. In diese Listen sind daher in erster Linie aufzunehmen:

a) ehemalige Abgeordnete und Funktionäre kommunistischer oder anarchistischer Organisationen.«

Erlauben Sie mir, hier eine Erklärung einzuschalten, meine Herren. Es gab in Frankreich niemals anarchistische Organisationen, die Abgeordnete in einer unserer Kammern hatten; dieser Absatz a) kann sich also nur auf frühere Abgeordnete und Funktionäre kommunistischer Organisationen beziehen, von denen wir übrigens wissen, daß einige von ihnen von den Deutschen als Geiseln hingerichtet wurden.

»b) Personen, die sich für die Verbreitung des kommunistischen Gedankengutes durch Wort oder Schrift (Herstellung von Flugblättern) eingesetzt haben (Intellektuelle).

c) Personen, die durch ihr Verhalten (z.B. Überfälle auf Wehrmachtangehörige, Sabotageakte, Waffenbesitz) ihre besondere Gefährlichkeit dargetan haben.

d) Personen, die bei der Verteilung von Flugblättern mitgewirkt haben.«

Dieser Auswahl liegt ein Leitgedanke zugrunde: Wir müssen die Elite treffen, und wir werden sehen, daß auf Grund von Absatz b) dieses Artikels die Deutschen im Jahre 1941 und 1942 in Paris und in den Provinzstädten zahlreiche Intellektuelle, darunter Solomon und Politzer, erschossen haben.

Ich werde auf diese Hinrichtungen zurückkommen, wenn ich Beispiele für deutsche Greuelthaten geben werde, die in Verfolg der Vergeiselungsmaßnahmen begangen wurden.

»2. Nach den gleichen Richtlinien ist eine Geiselliste aus der Reihe der gaullistischen Häftlinge anzulegen.

3. Deutsche Volkszugehörige französischer Staatsangehörigkeit, die wegen kommunistischer oder anarchistischer Tätigkeit in Haft sind, können mit aufgeführt werden. Ihre deutsche Volkszugehörigkeit ist in dem beiliegenden Formblatt besonders hervorzuheben.

Personen, die zum Tode verurteilt, aber begnadigt wurden, können in die Liste aufgenommen werden.

...

5. In die Liste sind für jeden Bezirk etwa 150, für den des Kommandanten von Groß-Paris etwa 300 bis 400 Personen aufzunehmen. Da nach Möglichkeit bei der Exekution auf Personen aus dem Tatortbereich zurückgegriffen werden soll, haben die Bezirkschefs jeweils die Personen in die Liste aufzunehmen, die ihren letzten Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in ihrem Bezirk hatten ...

Die Listen sind auf dem laufenden zu halten. Auf neue Festnahmen und Entlassungen ist besonders zu achten ...

VII. Exekutionsvorschläge:

Ereignet sich ein Vorfall, der im Sinn meiner Ankündigung vom 22. August 1941 die Erschießung von Geiseln notwendig macht, so hat der Bezirkschef, in dessen Befehlsbereich sich der Vorfall ereignet hat, aus der Geiselliste die Personen auszuwählen, deren Erschießung er mir vorschlagen will. Bei der Auswahl ist nach Möglichkeit sowohl in persönlicher als auch in örtlicher Hinsicht auf den vermutlichen Täterkreis zurückzugreifen.«

Ich überspringe einen Absatz:

»Für eine Exekution können nur Personen vorgeschlagen werden, die sich zur Zeit der Tat bereits in Haft befunden haben.

Der Vorschlag muß Namen und Zahl der zur Exekution vorgeschlagenen Personen angeben, und zwar in der Reihenfolge, in der der Zugriff empfohlen wird.«

Ganz zuletzt, am Ende des Artikels VIII lesen wir:

»Bei der Bestattung der Leichen ist zu vermeiden, daß durch die gemeinschaftliche Beerdigung einer größeren Anzahl im gleichen Friedhof Stätten geschaffen werden, die jetzt oder später Anknüpfungspunkte für eine deutschfeindliche Propaganda bilden könnten. Notfalls hat daher die Bestattung an verschiedenen Orten zu erfolgen.«

Neben dieser für Frankreich gültigen Urkunde gibt es in Belgien einen Befehl von Falkenhausen vom 19. September 1941, den Sie auf Seite 6 des offiziellen belgischen Berichts unter F-683 finden, und den ich als RF-275 vorlege.

VORSITZENDER: Hat das belgische Dokument den gleichen Wortlaut wie das, das Sie soeben verlesen haben?

M. DUBOST: Jawohl, vollkommen, Herr Präsident.

VORSITZENDER: In diesem Falle halte ich es nicht für nötig, daß Sie es verlesen.

M. DUBOST: Wie Sie wünschen. Dann wird es also auch nicht nötig sein, die Bekanntmachung von Seyß-Inquart zu verlesen, welche in Holland Gültigkeit hatte.

Ich glaube, daß Sie in den Ihren Dokumentenbüchern wiedergegebenen Urkunden Beweismaterial finden werden, das die soeben verlesene Anordnung Stülpnagels völlig bestätigt.

...

4 »29.660 Personen sind hingerichtet worden.«

Bevor ich zur Prüfung einiger besonderer Fälle schreite, halte ich es für notwendig, genau festzustellen, worin im Lichte der Schriftstücke, die ich angeführt habe, diese Politik bestanden hat.

Je nach den Umständen wurden Personen, die dem Herzen oder dem Volke nach den besiegten Nationen angehörten, festgenommen und in Haft gehalten, entweder zur Sicherung und Aufrechterhaltung der Ordnung in einem bestimmten Sektor, oder als Folge eines Zwischenfalls, dessen Opfer feindliche Truppen gewesen waren. Sie wurden festgenommen und in Haft gehalten, um die besiegte Bevölkerung dazu zu veranlassen, Handlungen vorzunehmen, die von der Besatzungsmacht vorgeschrieben waren, so zum Beispiel: Anzeigen, Zahlung von Kollektivstrafen, Auslieferung von politischen Attentätern gegen die Deutsche Wehrmacht, Auslieferung von politischen Gegnern. Diese Personen, die auf diese Weise festgenommen worden waren, sind sehr oft danach zur Vergeltung niedergemacht worden.

Aus diesem Vorgehen ergibt sich die Idee, Geiseln, also menschliche Wesen, zu besonderen Pfändern für eine vom Feinde bestimmte Leistung zu machen. Wie sehr steht das alles im Gegensatz zu den Regeln der Achtung vor der persönlichen Freiheit und menschlichen Würde!

Alle Mitglieder der Deutschen Regierung sind gemeinschaftlich verantwortlich für diesen ungerechten Begriff und seine Anwendung in unseren besiegten Ländern. Kein Mitglied der Deutschen Regierung kann diese Verantwortlichkeit auf seine Untergebenen mit der Behauptung abwälzen, daß diese genau festgelegte Befehle mit einem Übermaß an Eifer ausgeführt hätten.

Ich habe Ihnen gezeigt, daß im Gegenteil in zahlreichen Fällen die ausführenden Organe ihren Vorgesetzten Berichte über die moralischen Folgen erstattet haben, die sich aus der Anwendung der terroristischen Geiselpolitik ergaben, und wir wissen, daß in keinem Fall Gegenbefehle erteilt worden sind. Wir wissen, daß es immer bei den ursprünglichen Befehlen geblieben ist.

Ich werde mich nicht mit einer Aufzählung aller Geiselexekutionen allein für unser Frankreich befassen. 29.660 Personen sind hingerichtet worden. Das ergibt

sich aus dem Dokument F-420, datiert Paris, den 21. Dezember 1945. Das Original wird als RF-266 dem Gerichtshof vorgelegt werden.

Dieses Dokument zeigt, Gebiet für Gebiet, die Anzahl der hingerichteten Geiseln:

für das Gebiet von Lille:	1.143;
für das Gebiet von Laon:	222;
für das Gebiet von Rouen:	658;
für das Gebiet von Angers:	863;
für das Gebiet von Orléans:	501;
für das Gebiet von Reims:	353;
für das Gebiet von Dijon:	1.691;
für das Gebiet von Poitiers:	82;
für das Gebiet von Straßburg:	211;
für das Gebiet von Rennes:	974;
für das Gebiet von Limoges:	2.863;
für das Gebiet von Clermont Ferrand:	441;
für das Gebiet von Lyon:	3.674;
für das Gebiet von Marseille:	1.513;
für das Gebiet von Montpellier:	785;
für das Gebiet von Toulouse:	765;
für das Gebiet von Bordeaux:	806;
für das Gebiet von Nancy:	571;
für das Gebiet von Metz:	220;
für das Gebiet von Paris:	11.000;
für das Gebiet von Nizza:	324;

Gesamtzahl: 29.660.

Ich werde meinen Vortrag auf einige typische Beispiele von Exekutionen beschränken, die den politischen Plan des Generalstabs enthüllen, der sie vorgeschrieben hat, einen Terrorplan, einen Plan, der eine Spaltung unter den Franzosen hervorrufen und verstärken sollte, oder noch allgemeiner die Spaltung unter den Einwohnern der besetzten Länder. Sie werden in Ihrem Dokumentenbuch ein Aktenstück mit der Bezeichnung F-133 finden, das ich als RF-288 vorlege. Dieses Dokument ist mit den Worten »Aufrufe für Paris« überschrieben. Oben auf der Seite steht »Pariser Zeitung«.

Dieses Dokument zeigt einige der zahlreichen Bekanntmachungen, einige der zahlreichen Anzeigen, die in den Jahren 1940 bis 1945 in der Presse veröffentlicht worden sind, und die die Verhaftung von Geiseln in Paris, im Gebiet von Paris und in Frankreich bekanntgeben. Ich verlese nur eines der Dokumente, »Pariser Zeitung«, Nummer 6, vom 19. September 1941; Sie finden dort Aufforderungen zur Angeberei, Aufrufe zum Verrat, Sie sehen dort die Anwendung von Bestechungsmitteln, Mitteln, die systematisch in allen westlichen Ländern jahrelang angewandt zur Demoralisierung dienen sollten.

»Aufruf an die Bevölkerung des besetzten Gebietes:

Am 21. August ist ein deutscher Soldat von feigen Mördern hinterlistig erschossen worden. Ich habe daher am 23. August die Festsetzung von Geiseln angeordnet und für den Wiederholungsfall die Erschießung einer gewissen Anzahl von Geiseln angedroht.

Ich bin durch weitere Verbrechen genötigt worden, diese Drohung zu verwirklichen.

Trotzdem sind neue Anschläge erfolgt.

Ich erkenne an, daß sich die große Mehrheit der Bevölkerung ihrer Pflicht bewußt ist, die Besatzungsbehörden in ihrem ständigen Bestreben, Ruhe und Ordnung im Lande im eigensten Interesse der Bevölkerung aufrecht zu erhalten, zu unterstützen.«

Und hier ein Appell zur Denunziation:

»In Euren Reihen aber befinden sich bezahlte Agenten deutschfeindlicher Mächte, verbrecherische kommunistische Elemente, die nur das eine Ziel kennen, Unfrieden zwischen der Besatzungsmacht und der französischen Bevölkerung zu säen, denen die Folgen, die hierdurch auch für die Gesamtbevölkerung entstehen, völlig gleichgültig sind. Ich will das Leben der deutschen Soldaten durch solche Mordbuben nicht mehr länger gefährden lassen und scheue in der Erfüllung dieser meiner Pflicht auch vor den schärfsten Maßnahmen nicht mehr zurück.

Ich muß aber auch die Gesamtbevölkerung dafür verantwortlich machen, daß es bisher nicht gelang, die feigen Attentäter zu fassen, und sie ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Ich habe mich daher - zunächst für Paris - zu Maßnahmen genötigt gesehen, die - leider - die ganze Bevölkerung in ihrem gewohnten Leben beeinträchtigen werden.

Franzosen! Von Euch selbst hängt es ab, ob ich diese Maßnahmen weiter ausdehnen muß oder sie wieder fallen lassen kann.

Euch alle rufe ich auf, Eure Verwaltung und Eure Polizei, durch schärfste Aufmerksamkeit und Euer persönliches tatkräftiges Eingreifen nunmehr alles zu tun, um an der Ergreifung der Täter mitzuwirken. Durch Verhütung und Aufdeckung des verbrecherischen Treibens muß einer Entwicklung vorgebeugt werden, die die Dinge auf die Spitze treibt und das Land ins Unglück stürzt.

Wer auf deutsche Soldaten, die hier nur ihre Pflicht tun und für die Inangahaltung eines geordneten Lebens sorgen, aus dem Hinterhalt schießt, ist kein Patriot, sondern ein feiger Meuchelmörder und der Feind aller anständigen Menschen.

Franzosen! Ich rechne auf Euer Verständnis für meine Maßnahmen, die nur in Eurem eigenen Interesse liegen.«

Der Aufruf ist von Stülpnagel gezeichnet.

Es folgen zahlreiche Aufrufe, die alle auf die Exekutionen Bezug haben. Auf der nächsten Seite, unter Nummer 8, finden Sie die Liste von zwölf Namen, unter ihnen die Namen von drei der bekanntesten Pariser Anwälte, die als militante Kommunisten bezeichnet werden, die Advokaten Pitard, Hajje und Rolnikas.

In dem Aktenstück 21, das mein Kollege Gerthoffer während seines wirtschaftlichen Vortrags vorgelegt hat, werden Sie einige ähnliche Aufrufe finden, die im deutschen Amtsblatt VOBIF veröffentlicht wurden.

Sie werden hinsichtlich des Aufrufs vom 16. September, betreffend die Exekution, oder besser gesagt die Ermordung des Advokaten Pitard und seiner Genossen beobachten, daß die Mörder weder den Mut noch die Loyalität besessen haben zu sagen, daß es sich in diesen Fällen um Pariser Anwälte handelte. Geschah das aus Irrtum? Ich glaube, daß es eine berechnete Lüge war, denn in jener Periode mußte man die Elite schonen. Die Besatzungsmacht hoffte noch, sie von der französischen Bevölkerung abzuspalten.

Ich werde Ihnen jetzt im einzelnen zwei Ereignisse schildern, die im Oktober 1941 die Herzen der Franzosen mit Trauer erfüllt haben, und die beide für immer im Gedächtnis meiner Landsleute haften werden.

Sie sind bekannt unter dem Namen der Exekutionen von Chateaubriant und von Bordeaux. Sie bilden den Gegenstand des Dokuments F-415, das sich in Ihrem Dokumentenbuch befindet. Ich lege das Dokument als RF-285 dem Gerichtshof vor.

Infolge des Angriffs auf zwei deutsche Offiziere in Nantes am 20. Oktober 1941 und einige Tage später in Bordeaux, beschloß die Deutsche Wehrmacht, ein Exempel zu statuieren. Sie finden auf Seite 22 des Dokuments F-415 eine Kopie des Aufrufs, der am 21. Oktober 1941 in der Zeitung »Le Phare« veröffentlicht worden ist:

»Bekanntmachung.

Feige Verbrecher, die im Solde Englands und Moskaus stehen, haben am Morgen des 20. Oktober 1941 den Feldkommandanten von Nantes hinterrücks erschossen. Die Täter sind bisher nicht gefaßt.

Zur Sühne für dieses Verbrechen habe ich zunächst die Erschießung von 50 Geiseln angeordnet.

Falls die Täter nicht bis zum Ablauf des 23. Oktober 1941 ergriffen sind, werden im Hinblick auf die Schwere der Tat weitere 50 Geiseln erschossen werden.«

Die Umstände, unter denen die Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt wurden, verdienen im einzelnen erzählt zu werden. Stülpnagel, der die deutschen Truppen in Frankreich befehligte, befahl dem Innenminister, ihm die Häftlinge zu bezeichnen. Sie sollten unter den gefährlichsten Kommunisten ausgesucht werden. So lautete die Bekanntmachung Stülpnagels. Eine Liste von sechzig Franzosen

wurde vom Innenministerium zur Verfügung gestellt; es war Pucheu. Er ist inzwischen von meinen Landsleuten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Der Unterpräfekt von Chateaubriant richtete anlässlich des Befehls, den er vom Innenministerium erhielt, an die Kommandantur von Chateaubriant das folgende Schreiben:

»Bezugnehmend auf unsere heutige Unterredung beehre ich mich, Ihnen hiermit zu bestätigen, daß der Innenminister heute mit General von Stülpnagel in Verbindung getreten ist, um ihm die gefährlichsten unter den zur Zeit in Chateaubriant in Haft befindlichen Kommunisten zu nennen. Anliegend finden Sie die heute übergebene Liste der 60 Personen.«

Und hier der deutsche Befehl:

»Wegen der am 20.10.41 erfolgten Ermordung des Feldkommandanten von Nantes, Oberstleutnant Hotz, sind folgende, auf Grund meiner Bekanntmachung vom 22. August 1941 und meiner Anordnung an den Generalbevollmächtigten der Französischen Regierung vom 19. September 1941 als Geiseln in Haft befindlichen Franzosen zu erschießen.«

Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Liste aller Personen, die an diesem Tag erschossen worden sind. Ich möchte diese Liste nicht verlesen, um die Verhandlung nicht unnützlich zu verzögern. Auf Seite 16 finden Sie eine Liste von achtundvierzig Namen, auf Seite 13 die Liste der in Nantes Erschossenen, auf Seite 12 die Liste derjenigen, die in Chateaubriant erschossen worden sind. Die Leichen wurden zum Begräbnis in allen Gemeinden der Umgebung verteilt.

Hier der Bericht eines Augenzeugen über den Tod unserer Landsleute. Herr Dumenil hat in folgender Weise die Exekutionen vom 21. Oktober 1941 in einer Notiz, die er am Tag nach der Hinrichtung verfaßte, geschildert. Ich zitiere den zweiten Absatz:

»Der Feldgeistliche wurde um 11.30 Uhr in das Gefängnis La Fayette gerufen. Ein Offizier, wahrscheinlich ein Mitglied der G.F.P., sagte ihm, daß er beauftragt sei, bestimmten Gefangenen mitzuteilen, daß sie erschossen würden. Der Geistliche wurde sodann mit den dreizehn im Gefängnis befindlichen Geiseln in einen Raum eingeschlossen. Den drei anderen, die sich in Rochettes befanden, leistete Pater Theon, ein Professor des Stanilaus-Gymnasiums, Beistand.

Pater Fontaine sagte zu den Verurteilten:

Meine Herren, Sie müssen verstehen, was meine Anwesenheit leider bedeutet! Er unterhielt sich dann mit den Gefangenen gemeinsam und einzeln während der zwei Stunden, die der Offizier bewilligt hatte, um die persönlichen Angelegenheiten der Verurteilten zu ordnen, und ihren letzten Willen an ihre Familien zu schreiben.

Die Hinrichtung war also für 14 Uhr angesetzt. Eine halbe Stunde war für den Weg berechnet. Aber zwei Stunden gingen vorüber und dann noch eine Stunde und noch eine, ehe man die Verurteilten abholte. Einige Optimisten, wie M. Fourny, hofften schon, es sei ein Gegenbefehl erteilt worden, aber der Geistliche glaubte keinen Augenblick daran.

Die Verurteilten waren alle sehr tapfer. Es waren zwei der jüngsten, Gloux und Grolleau, beide Studenten, die die anderen unermüdlich aufmunterten und ihnen sagten, es sei besser, auf diese Art zu sterben, als unnützerweise bei irgendeinem Unfall umzukommen.

Im Augenblick des Abtransports der Verurteilten wurde dem Geistlichen aus Gründen, die ihm nicht mitgeteilt wurden, untersagt, die Geiseln bis zum Hinrichtungsort zu begleiten. Er geleitete sie die Gefängnistreppe hinunter bis zum Wagen. Sie waren zwei und zwei aneinandergeschlossen, der dreizehnte trug Handschellen. Als sie im Wagen waren, grüßten Gloux und Grolleau den Geistlichen noch einmal mit einem Lächeln und einer Bewegung ihrer zusammengeketteten Hände. Unterschrift: Dumenil, Kanzleisekretär.«

Sechzehn wurden in Nantes erschossen, siebenundzwanzig in Chateaubriant, fünf außerhalb des Departements. Wir wissen, wie sich die letzten Augenblicke der Märtyrer von Chateaubriant abgespielt haben. Pater Moyon, der ihnen beistand, schrieb am 22. Oktober 1941, Seite 17 Ihres Dokuments, Absatz 2, einen Bericht über diese Erschießung:

»Es war ein schöner Herbsttag. Die Temperatur war milde und die Sonne schien seit dem frühen Morgen. In der Stadt ging jeder seiner gewöhnlichen Beschäftigung nach. Die Stadt war sehr belebt, weil es Mittwoch, also Markttag war. Die Bevölkerung wußte aus den Zeitungen und aus den von Nantes eingegangenen Berichten, daß ein höherer Offizier in einer Straße von Nantes getötet worden war, aber man weigerte sich zu glauben, daß solch brutale und weitgehende Vergeltungsmaßnahmen angewandt werden würden. Im Lager Choisel hatte die deutsche Behörde seit einigen Tagen eine gewisse Anzahl von Männern in einer Sonderbaracke untergebracht, die für den Fall besonderer Schwierigkeiten als Geiseln dienen sollten. Unter diesen Männern wurden diejenigen gewählt, die an diesem Abend des 22. Oktober 1941 erschossen werden sollten.

Der Pfarrer von Bere beendete eben sein Mittagessen, als Herr Me-reau, Lagerkommandant von Choisel, bei ihm erschien. In wenigen Worten erklärte ihm dieser den Zweck seines Besuches. Er war von Herrn Lecornu, Unterpräfekt von Chateaubriant, geschickt und kam um mitzuteilen, daß 27 Männer von den politischen Gefangenen von Choisel nachmittags hingerichtet werden würden. Er bat den Geistlichen, sich sofort zu ihnen zu begeben, um ihnen seine Hilfe angedei-

hen zu lassen. Der Pfarrer erklärte sich zu dieser Aufgabe bereit und begab sich ohne Aufschub zu den Gefangenen.

Als der Geistliche erschien, um sein Amt auszuüben, befand sich der Unterpräfekt bei den Verurteilten. Er hatte ihnen soeben das schreckliche Schicksal, das ihnen bevorstand, mitgeteilt, und sie aufgefordert, unverzüglich Abschiedsbriefe an ihre Familien zu schreiben. In diesem Moment erschien der Geistliche am Eingang der Baracke.«

Auf Seite 19, Absatz 4, finden Sie die Abfahrt zur Hinrichtung:

»Plötzlich hörte man den Lärm von Wagenmotoren. Die Tür, die ich am Anfang geschlossen hatte, damit wir mehr unter uns seien, wurde plötzlich geöffnet. Französische Gendarmen erschienen mit Handschellen. Ein deutscher Offizier trat vor. Es war in Wirklichkeit ein Feldgeistlicher. Er sagte zu mir: ›Herr Pfarrer, Ihre Mission ist beendet, Sie müssen sich sofort zurückziehen‹.

Das Betreten des Steinbruchs, wo die Hinrichtung stattfand, war den Franzosen streng verboten. Ich weiß nur, daß die Verurteilten in drei Gruppen von je neun Mann hingerichtet wurden, daß alle Erschossenen sich weigerten, sich die Augen verbinden zu lassen, daß der junge Mocquet ohnmächtig wurde, und daß der letzte Schrei von allen Lippen ein begeistertes ›Vive la France‹ war.«

Die Erklärung des Gendarmen Roussel verdient ebenfalls gelesen zu werden, Seite 21 desselben Dokuments:

»Am 22. Oktober 1941, gegen 15.30 Uhr befand ich mich auf der Straße des 11. November in Chateaubriant. Ich sah vier bis fünf deutsche Lastautos, welche aus der Richtung des Lagers Choisel kamen; näheres konnte ich nicht feststellen. Voran fuhr ein geschlossener Personenwagen, in dem sich ein deutscher Offizier befand. In den Lastwagen befanden sich mehrere Zivilisten mit Handschellen. Sie sangen vaterländische Lieder (Marseillaise, Chant du Depart). In einem der Lastwagen befanden sich bewaffnete deutsche Soldaten.

Ich erfuhr späterhin, daß es sich um Geiseln handelte, die man gerade im Lager Choisel abgeholt hatte, um sie zum Steinbruch von Sablière an der Straße nach Soudan zu führen, wo sie als Vergeltung für die Ermordung des deutschen Obersten Hotz in Nantes erschossen werden sollten.

Ungefähr zwei Stunden später kamen dieselben Lastautos von dem erwähnten Steinbruch zurück und fuhren in den Hof des Schlosses Chateaubriant, wo die Leichen der Erschossenen in einem Kellergeschoß bis zur Anfertigung der Särge untergestellt wurden.

Bei der Rückkehr vom Steinbruch waren die Lastwagen zugedeckt; man hörte kein Geräusch, aber ein schmales Blutbächlein rieselte aus

ihnen heraus und hinterließ eine Spur auf dem Weg vom Steinbruch bis zum Schloß.

Am nächsten Tag, am 23. Oktober, wurden die Leichen der Erschossenen ohne Anwesenheit eines Franzosen in die Särge gelegt. Die Eingänge des Schlosses waren von deutschen Posten bewacht. Die Särge wurden auf neun Friedhöfe der Nachbargemeinden verteilt, also je drei Särge pro Gemeinde. Die Deutschen waren darauf bedacht, solche Gemeinden aufzusuchen, die kein regelmäßiges Verkehrsmittel hatten, wahrscheinlich, um zu verhindern, daß die Bevölkerung sich in Massen an die Gräber der Märtyrer begeben.

Ich habe weder der Abfahrt der Geiseln vom Lager noch ihrer Erschießung im Steinbruch von Sablière beigewohnt. Die Zugänge waren von deutschen Soldaten mit Maschinengewehren bewacht.«

Ungefähr zu gleicher Zeit, als diese achtundvierzig Geiseln erschossen wurden, sollten noch weitere dazukommen, diejenigen von Bordeaux. Wir legen unter der Nummer RF-286 Dokumente vor, die uns von der Präfektur der Gironde übermittelt worden sind, Dokument F-400.

Ein Stück stammt von der Abteilung für politische Angelegenheiten in Bordeaux und ist vom 22. Oktober 1941 datiert, Dokument F-400-B:

»Während der Besprechung, die gestern abend bei der Feldkommandantur von Bordeaux stattfand, haben die deutschen Behörden von mir verlangt, sofort 100 Personen festzunehmen, die wegen ihrer Sympathie für die kommunistische Partei oder für die gaullistische Bewegung bekannt waren und die als Geiseln betrachtet werden sollen. Auch sollte eine große Anzahl von Durchsuchungen vorgenommen werden.

Diese Operationen sind seit heute früh im Gange. Bis jetzt ist mir kein interessantes Ergebnis gemeldet worden. Andererseits haben mir heute früh um 11.00 Uhr die deutschen Behörden die Vergeltungsmaßnahmen bekanntgegeben, die sie der Bevölkerung gegenüber zu ergreifen beabsichtigten.«

Ein Brief des Generals von Faber du Faur, Chef des Verwaltungsbezirks von Bordeaux, an den Präfekten der Gironde präzisiert diese Repressalien, Seite A desselben Dokuments:

»Bordeaux, den 23. Oktober 1941.

An den Herrn Präfekten des Departements Gironde, Bordeaux.

Zur Sühne für die feige Ermordung des Kriegsverwaltungsrats Reimers hat der Militärbefehlshaber in Frankreich zunächst die Erschießung von 50 Geiseln angeordnet. Die Erschießung wird im Laufe des morgigen Tages erfolgen.

Falls die Täter nicht in kürzester Zeit ergriffen werden, ist wie im Falle Nantes, mit weiteren Maßnahmen zu rechnen.

Ich beehre mich, Ihnen von dieser Sachlage Kenntnis zu geben.

Der Chef des Militärverwaltungsbezirks, gezeichnet von Faber du Faur.«

In Ausführung dieser Anordnung wurden fünfzig Personen erschossen.

5 Geislerschießung im Fort von Romainville unter dem Militärmachthaber Carl-Heinrich von Stülpnagel

Es gibt einen berühmten Platz in einer Vorstadt von Paris, der seit der Befreiung ein Wallfahrtsort für die Franzosen geworden ist; es ist das Fort von Romainville. Während der Besetzung haben die Deutschen aus diesem Fort ein Geisellager gemacht, wo sie ihre Opfer herholten, wenn sie anlässlich irgendeiner patriotischen Kundgebung streng verfahren wollten. Es war Romainville, woher die Professoren Jacques Solomon, Decourtemanche, Georges Politzer, Dr. Boer und sechs andere Franzosen kamen, die im März 1942 festgenommen, von der Gestapo gefoltert und schließlich ohne Urteil im Mai 1942 hingerichtet wurden, weil sie sich geweigert hatten, ihren Glauben abzuschwören.

Am 19. August 1942 verließen 96 Geiseln dieses Fort, unter ihnen Herr Le Gall, Stadtrat von Paris. Sie verließen das Fort Romainville, wurden nach Mont-Valérien überführt und dort hingerichtet.

Im September 1942 wurde ein Anschlag gegen deutsche Soldaten in dem Kino Rex in Paris begangen. General von Stülpnagel ließ eine Bekanntmachung erscheinen, in der er ankündigte, daß er wegen dieses Anschlages einhundertsechzehn Geiseln habe hinrichten lassen und daß scharfe Deportierungsmaßnahmen ergriffen werden sollten. Diese Bekanntmachung war wie folgt abgefaßt, Dokument F-402-B, RF-287:

»Bei Attentaten, die von kommunistischen Agenten und Terroristen im Dienste Englands verübt wurden, sind deutsche Soldaten und französische Zivilisten getötet oder verwundet worden.

Zur Vergeltung für diese Mordanschläge habe ich 116 Kommunisten erschießen lassen, deren Teilnahme oder Beihilfe an Terrorakten durch ihr Geständnis erwiesen worden ist.

Im übrigen sind weitreichende Strafmaßnahmen ergriffen worden, um Zwischenfälle bei den für den 20. September 1942 geplanten kommunistischen Demonstrationen zu vermeiden. Ich befehle folgendes:

1. Vom Samstag, den 19. September 1942, 15.00 Uhr, bis Sonntag, den 20. September 1942, 24.00 Uhr, werden alle Theater, Kinos, Ka-

barets und andere Vergnügungsstätten, die der französischen Bevölkerung vorbehalten sind, in den Departements Seine, Seine et Oise und Seine et Marne geschlossen; alle öffentlichen Kundgebungen, einschließlich sportlicher Veranstaltungen, sind verboten.

2. Von Sonntag, 20. September 1942, 15.00 Uhr bis 24.00 Uhr ist es den nichtdeutschen Zivilpersonen verboten, sich auf der Straße oder auf öffentlichen Plätzen der Departements Seine, Seine et Oise und Seine et Marne aufzuhalten. Es werden hiervon diejenigen Personen ausgenommen, die öffentlichen Dienst zu versehen haben ...«

In Wirklichkeit war es erst im Laufe des 20. September 1942, daß sechszwanzig Geiseln von der Liste der einhundertsechzehn ausgewählt wurden. Die Deutschen gaben den Häftlingen von Romainville die Zeitungen vom 20. September 1942, die die Entscheidung des militärischen Oberkommandos bekanntgaben. So haben also die Häftlinge von Romainville aus der Zeitung erfahren, daß eine gewisse Anzahl von ihnen am Nachmittag ausgewählt würde, um erschossen zu werden.

Alle verbrachten diesen Tag in der Erwartung des Abendappells. Die Aufgerufenen wußten ihr Schicksal im voraus und alle starben unschuldig an den Verbrechen, für die sie erschossen wurden; denn die Schuldigen für den Mordanschlag im Rex-Theater wurden einige Tage später festgenommen.

In Bordeaux wurden die anderen siebenzig Geiseln exekutiert, aus der Gesamtzahl von einhundertsechzehn Geiseln, die vom General von Stülpnagel bekanntgegeben worden war. In Vergeltung für den Mord an Ritter, einem deutschen Beamten der Arbeitsfront, wurden fünfzig andere Geiseln Ende September 1943 in Paris hingerichtet: Hier ein Abdruck des Zeitungsartikels, der dem französischen Volk die Exekutionen mitteilte, Dokument F-402-C:

»Vergeltungsmaßnahmen gegen terroristische Handlungen.

Die Mord- und Sabotage-Akte haben sich in Frankreich in letzter Zeit vervielfältigt. Aus diesem Grunde sind 50 Terroristen, die überführt worden sind, an Sabotage- und Terrorakten teilgenommen zu haben, am 2. Oktober 1943 auf Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers erschossen worden.«

Alle diese Tatsachen, die auf die Geiseln von Romainville Bezug haben, sind uns von einem der wenigen Überlebenden erzählt worden, Herrn Rabate, Mechaniker, der 69 Rue de la Tombe-Issoir in Paris lebt. Sein Zeugnis wurde von unserem Mitarbeiter eingeholt.

Von dieser Aussage, Dokument F-402-A, RF-287, das bereits vorgelegt wurde, zitieren wir wie folgt:

»Wir waren 70 Männer, unter denen sich die Professoren Jacques Solomon, Decourtemanche, Georges Politzer, Dr Boer, die Herren Engros, Dudach, Cadras, Dalidet, Golue und Pican befanden, die im Mai 1942 erschossen wurden, und eine fast gleichhohe Anzahl von Frauen.

Die einen wurden in die deutsche Abteilung der Santé (Gefängnis in Paris) überführt, die Mehrzahl in das Gefängnis von Cherche Midi (in Paris) und wurden nun einer nach dem anderen von einem Gestapo-Offizier in deren Quartier in der Rue des Saussaies verhört. Bestimmte unter uns, besonders Politzer und Solomon wurden gefoltert, bis sie laut Aussage ihrer Frauen gebrochene Glieder hatten. Während meiner Vernehmung wurde mir dies von dem Gestapo-Offizier bestätigt. Ich wiederhole seine Worte: »Rabate, hier muß man sprechen, der Schwiegersohn des Professors Langevin, Jacques Solomon, kam hier arrogant herein und ist nachher kriechend herausgegangen.«

Nach einem kurzen Aufenthalt von fünf Monaten im Gefängnis von Cherche Midi, im Verlaufe dessen wir die Erschießung von den zehn schon genannten Gefangenen als Geiseln erfuhren, wurden wir am 24. August 1942 in die Festung Romainville überführt.

Dabei muß bemerkt werden, daß von dem Tage unserer Verhaftung an uns das Schreiben und Empfangen von Briefen untersagt war. Auf den Türen unserer Zellen war der Vermerk angebracht: »Alles verboten«. Wir empfangen lediglich die Gefängnisration, das heißt, 3/4 Liter Gemüsesuppe und 200 Gramm Schwarzbrot täglich. Das den politischen Gefangenen vom Roten Kreuz und den Quäkern geschickte Gebäck wurde uns wegen dieses Verbotes nicht übergeben.

In Romainville waren wir als »Sonderhäftlinge« eingesperrt; es ist ein Ausdruck, welcher dem »NN« entspricht, den wir in Deutschland kennengelernt haben.«

VORSITZENDER: M. Dubost, wenn in dem Dokument etwas Besonderes enthalten ist, was Sie verlesen wollen, dann tun Sie es. Wir haben bereits die Anzahl der getöteten Geiseln gehört und wir glauben, daß das, was Sie sagen, wirklich nichts hinzufügt.

M. DUBOST: Ich glaube, Herr Präsident, daß ich noch nicht von dem Regime gesprochen habe, dem die von der Deutschen Wehrmacht festgehaltenen Personen unterworfen wurden. Ich glaubte, daß es auch meine Aufgabe sei, den Gerichtshof über die Lebensbedingungen dieser Leute in den deutschen Gefängnissen zu unterrichten.

Ich glaubte, daß es auch meine Pflicht sei, den Gerichtshof über die Mißhandlungen seitens der Gestapo aufzuklären, durch die dem Schwiegersohn des Professors Langevin die Glieder gebrochen wurden. Dies geht übrigens aus dem Text einer Zeugenaussage hervor.

VORSITZENDER: Sicher, wenn Fragen vorliegen, die Sie noch vertiefen wollen, dann können Sie es tun. Aber ich glaube, Sie können die Einzelheiten über die einzelnen Geislerschießungen zusammenfassen. Wenn Sie aber den Gerichtshof auf besondere Grausamkeiten aufmerksam machen wollen, tun Sie es.

M. DUBOST: Herr Präsident, ich habe Ihnen nur zwei Berichte über Hinrichtungen von Geiseln vorgetragen als Beispiele für die vielen Hinrichtungen, die in unserem Lande 29.660 Opfer verursacht haben.

...

6 »Es ist unbestritten, daß in allen diesen Fällen die Deutsche Wehrmacht in diese Hinrichtungen verwickelt war, Hinrichtungen, die nicht nur Handlungen der Polizei oder SS waren.«

Zu Tausenden und Zehntausenden wurden Bürger der westlichen Länder hingerichtet, ohne Urteil, als Vergeltungsmaßnahmen für Taten, an denen sie nicht teilgenommen hatten.

Es scheint mir nicht notwendig, noch mehr Beispiele anzuführen. Jedes dieser Beispiele begründet individuelle Verantwortlichkeiten, für die dieser Gerichtshof nicht zuständig ist. Diese Beispiele interessieren uns nur insoweit, als Befehle der Angeklagten ausgeführt worden sind und insbesondere die Befehle Keitels.

Ich glaube, ich habe hier ausreichend den Beweis dafür erbracht. Es ist unbestritten, daß in allen diesen Fällen die Deutsche Wehrmacht in diese Hinrichtungen verwickelt war, Hinrichtungen, die nicht nur Handlungen der Polizei oder SS waren.

Sie erreichten im übrigen ihr Ziel nicht. Weit davon entfernt, die Anzahl der Attentate zu vermindern, vergrößerten sie sie nur. Jedes Attentat zog Hinrichtungen von Geiseln nach sich, jede Erschießung von Geiseln zeitigte neue Attentate als Vergeltungsmaßnahmen. Im allgemeinen versetzte die Bekanntmachung neuer Geiselerchießungen die Länder in Bestürzung und zwang jeden Bürger dazu, sich des Schicksals seines Landes trotz der Anstrengungen der deutschen Propaganda bewußt zu werden. Angesichts des Scheiterns der Terrorpolitik könnte man annehmen, daß die Angeklagten ihre Handlungsweise änderten. Weit gefehlt, sie verstärkten sie noch. Ich möchte Ihnen dies zeigen durch eine Schilderung der Tätigkeit der Polizei und Justiz von dem Augenblick an, da die Geiselpolitik gescheitert war und man sich an die Deutsche Polizei wenden mußte, um die besetzten Länder unterjocht zu halten.

Zu jeder Zeit und schon seit Beginn der Besetzung haben die deutschen Behörden willkürlich Verhaftungen vorgenommen. Aber nach dem Mißlingen der Politik der Geiselsekutionen, ein Mißlingen, das für Belgien von General von Falkenhausen selbst festgestellt wurde, wie Sie sich erinnern werden, wurden die willkürlichen Verhaftungen so zahlreich, daß sie sich zum ständigen Ersatz für die Geiselvehaftungen entwickelten.

7 Schutzhaft: »Allein 40.000 Franzosen sind in den französischen Gefängnissen in Frankreich gestorben.«

Eine sehr große Anzahl von Franzosen wurde verhaftet.

Wir haben keine Statistiken, aber wir bekommen eine Vorstellung von der Höhe dieser Ziffern nach der Anzahl der Franzosen, die allein in den französischen Gefängnissen gestorben sind, die während der Besatzungszeit unter deutschem Befehl standen und von deutschem Personal überwacht waren.

Wir wissen nach einer amtlichen Schätzung, die aus dem Ministerium für Gefangene und Deportierte stammt, daß allein 40.000 Franzosen in den französischen Gefängnissen in Frankreich gestorben sind. Auf der Gefangenenliste liest man: »Schutzhaft«. Meine amerikanischen Kollegen haben dem Gerichtshof dargetan, worin diese Schutzhaft bestand, als sie das Dokument 1723-PS, US-206, besprachen. Es ist also überflüssig, nochmals auf dieses Dokument zurückzukommen. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Haft, die Schutzhaft, von den deutschen Behörden als die stärkste Maßnahme betrachtet wurde, um die Ausländer, die absichtlich ihre Pflichten gegenüber der deutschen Gemeinschaft vergaßen oder die Sicherheit des Deutschen Staates gefährdeten, darüber zu belehren, daß sie sich dem allgemeinen Interesse und der Staatsdisziplin anzupassen hätten.

Diese Schutzhaft war, wie sich der Gerichtshof sicherlich erinnert, eine völlig willkürliche Haft. Die Leute, die in Schutzhaft interniert waren, hatten keinerlei Recht und konnten sich nicht rechtfertigen. Es gab für sie gar keine Gerichte, vor denen sie sich hätten rechtfertigen können.

Wir wissen durch offizielle Dokumente, die uns übergeben worden sind, insbesondere von Luxemburg, daß diese Schutzhaft in großem Umfang zur Anwendung kam. Der Gerichtshof findet in Dokument F-229, US-243, das bereits als L-215, US-243, vorgelegt worden ist, eine Liste von fünfundzwanzig Personen, die verhaftet wurden, um in verschiedene Konzentrationslager als Schutzhäftlinge geschickt zu werden. Der Gerichtshof wird sich erinnern, daß unsere Kollegen die Aufmerksamkeit auf den Grund der Verhaftung von Ludwig gelenkt haben, der nur in starkem Verdacht stand, Deserteuren geholfen zu haben.

Eine Zeugenaussage über die Schutzhaftanwendung in Frankreich finden wir in Dokument F-278, RF-300.

»Abschrift zu VAA P 7236 g. Auswärtiges Amt, Berlin, den 18. Sept. 1941.

Auf den Bericht vom 30. August ds. Js.

Die Ausführungen des Militärbefehlshabers in Frankreich vom 1. August ds. Js. werden hier im allgemeinen zur Beantwortung der französischen Note für ausreichend angesehen.

Es wird auch hier für zweckmäßig gehalten, eine weitere Diskussion mit den Franzosen über die Frage der Schutzhaft zu vermeiden, da

diese nur zu einer Festlegung klarer Grenzen der Ausübung dieser Befugnisse durch die besetzende Macht führen würde, was im Interesse der Bewegungsfreiheit der Militärbehörde unerwünscht wäre.

Im Auftrag gez. Unterschrift.

VAA in der D.W.St.K. Wiesbaden. Der Vertreter des Auswärtigen Amts. VAA P 7236 g.

Wiesbaden, den 23. September 1941.

Abschriftlich.

... VAA bittet, ihn zu gegebener Zeit von der Beantwortung der französischen Noten zu unterrichten.«

Wieder ist das Auswärtige Amt in diese Anwendung der Schutzhaft verwickelt. Die Begründung für die Schutzhaft ist nach dem Eingeständnis des Auswärtigen Amtes nur schwach. Das Auswärtige Amt untersagt sie jedoch nicht.

Die Verhaftungen wurden unter verschiedenen Vorwänden vorgenommen. Aber alle diese Vorwände gehen auf zwei Hauptideen zurück. Man verhaftet entweder aus politischen oder aus rassischen Gründen. Die Verhaftungen waren individuelle oder kollektive Maßnahmen, in einem Fall wie im andern Fall.

Die politischen Vorwände:

Seit 1941 konnten die Franzosen feststellen, daß zwischen den politischen Ereignissen und dem Rhythmus der Verhaftungen ein bestimmtes Verhältnis bestand. Das französische Dokument F-274-I, RF-301, es befindet sich am Ende des Dokumentenbuches, zeigt dies. Das Dokument kommt aus dem Ministerium für Kriegsgefangene und Deportierte. Es beschreibt die Bedingungen, unter denen die Verhaftungen ab 1941 durchgeführt wurden, einer kritischen Periode in der deutschen Kriegsgeschichte, denn seit 1941 befand sich Deutschland im Krieg mit Rußland:

»Die Gleichzeitigkeit zwischen der politischen Entwicklung und dem Rhythmus der Verhaftungen ist offensichtlich. Die Aufgabe der Demarkationslinie, die Aufstellung der Widerstandsgruppen, die Bildung der Maquis, die Folgen der Arbeitspflicht, die Landung in Nordfrankreich und in der Normandie, spiegelten sich sogleich in der Zahl der Verhaftungen wider, die ihren Höhepunkt zwischen Mai und August 1944 erreichte, besonders in der südlichen Zone und vor allem in der Gegend von Lyon.

Wir wiederholen, daß diese Verhaftungen von Angehörigen aller Kategorien des deutschen Unterdrückungssystems ausgeführt worden sind, Gestapo in Uniform oder in Zivil, SD, Gendarmerie, besonders an der Demarkationslinie, Wehrmacht, SS ...

Die Verhaftungen nahmen den Charakter von Kollektivmaßnahmen an. Infolge eines Attentats wurde das 18. Arrondissement in Paris von

der Feldpolizei umringt. Die Bewohner, Männer, Frauen und Kinder durften ihre Häuser nicht betreten und mußten die Nacht zubringen, wo immer sie Zuflucht finden konnten. Im Arrondissement wurde eine Razzia durchgeführt.«

Ich glaube nicht, daß es nötig ist, den nächsten Absatz zu verlesen, der sich auf Verhaftungen an der Universität Clermont Ferrand bezieht, an die sich der Gerichtshof bestimmt noch erinnert, und auf Verhaftungen in der Bretagne im Jahre 1944 zur Zeit der Landung.

Letzter Absatz am Ende der elften Seite:

»Unter dem Vorwand einer Verschwörung oder eines Attentats wurden ganze Familien betroffen. Die Deutschen griffen zu dem Mittel der Razzien, als die Arbeitsdienstverpflichtung ihnen nicht mehr genügend Arbeitskräfte verschaffte.

Razzia in Grenoble am 24. Dezember 1943 in der Weihnachtsnacht, Razzia in Cluny en Saone et Loire im März 1944; Razzia in Figeac im Mai 1944.

Der größte Teil der auf diese Weise ausgehobenen Franzosen wurde in Wirklichkeit nicht zur Arbeit in Deutschland verwandt, sondern in Konzentrationslagern interniert.«

Wir könnten noch zahlreiche Beispiele für diese willkürlichen Verhaftungen anführen, indem wir offizielle Papiere aus Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Holland und Belgien heranziehen. Diese Razzien hatten niemals rechtliche Gründe; sie stellten sich nicht einmal als Handlungen im Sinne des Pseudogeiselrechts dar, von dem wir bis jetzt gesprochen haben. Sie waren immer willkürlich, ohne ersichtlichen Grund vorgenommen und so geartet, daß sie nicht durch Handlungen von Franzosen gerechtfertigt waren, selbst nicht unter dem Titel der Vergeltung. Andere Kollektivverhaftungen wurden aus rassistischen Gründen durchgeführt. Sie zeigten denselben hassenswerten Charakter wie die aus politischen Gründen durchgeführten Verhaftungen.

8 »Die Deutschen suchten alle jüdischen Kinder ...«

In dem amtlichen Dokument des Ministeriums für Kriegsgefangene und Deportierte kann der Gerichtshof einige abscheuliche Einzelheiten über diese rassistischen Verhaftungen lesen:

»Gewisse deutsche Polizisten waren besonders damit beauftragt, die Juden nach ihrer Physiognomie auszusuchen; ihre Gruppe wurde die ›Physiognomien-Brigade‹ genannt. Die Überprüfung erfolgte oft öffentlich, was die Männer anbelangt. (Ausziehen am Bahnhof von Nizza, unter Bedrohung mit Revolvern.)

Die Pariser erinnern sich dieser nach Stadtteilen durchgeführten Razzien der großen Polizeiautos, die wahllos Greise, Frauen und Kinder abführten, um sie im Velodrome D'Hiver unter furchtbaren hygienischen Bedingungen zusammenzupferchen, vor der Abreise nach Drancy, von wo aus sie deportiert wurden. Die Razzia im Monat August 1941 ist wegen ihrer traurigen Umstände berüchtigt. Alle Ausgänge der Untergrundbahn des elften Arrondissements wurden geschlossen und alle Juden dieses Bezirks verhaftet und eingesperrt. Die Razzia vom Dezember 1941 traf besonders die intellektuellen Kreise. Dann gab es die Razzien vom Juli 1942. Alle Städte der Südzone, besonders Lyon, Grenoble, Cannes und Nizza, wohin sich zahlreiche Juden geflüchtet hatten, haben nach der Besetzung von ganz Frankreich solche Razzien erlebt.«

Und weiter eine ganz besonders gemeine Tatsache:

»Die Deutschen suchten alle jüdischen Kinder, die entweder bei Einzelpersonen oder bei Gemeinschaften Zuflucht gefunden hatten. Im Mai 1944 nahmen sie die Verhaftung der Kinder aus den Heimen von Eyzieux vor und die Verhaftung der Flüchtlingskinder in den Heimen der U.G.I.F. im Juni und Juli 1944.«

Ich glaube nicht, daß diese Kinder Feinde des deutschen Volkes waren, oder daß sie dem deutschen Heer in Frankreich irgendeinen Schaden hätten zufügen können.

VORSITZENDER: Ich glaube, Herr Dubost, es ist Zeit zu unterbrechen.

[Das Gericht vertagt sich bis 25. Januar 1946, 10.00 Uhr.]

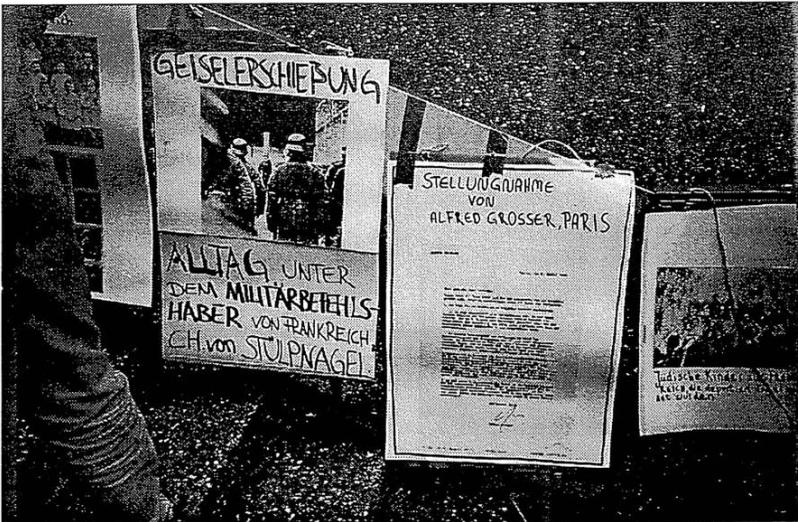
Nachbemerkung des Herausgebers:

Es ist zu beachten, daß mit dem Namen »Stülpnagel« vor Februar 1942 der Vorgänger von Carl-Heinrich von Stülpnagel, sein Vetter Otto von Stülpnagel, gemeint ist.

Die Zwischenüberschriften wurden vom Herausgeber eingefügt.

Quelle:

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Band V, Amtlicher Text in deutscher Sprache, Verhandlungsniederschriften 9. Januar 1946 - 21. Januar 1946, Delphin Verlag, München und Zürich 1984, S. 137 ff.



IV

**Dokumente
und
Auszüge aus Büchern**

JOU 107A (Kommunikation u. (1071)

AKVI, 19

Der Militärbefehlshaber in Frankreich Paris, den 10. April 1942.
 Verw. Stab Abt. Verwaltung

Az.: Vju 165/42 s Allg.
 Vpol 291
 Kdo. St. IcI (2).

GEHEIM!**Geheim!**E r l a s s

An

die Chefs der Mil. Verw. Bez. A, B und C
 -Kommandostäbe -
 -Verwaltungsstäbe- je besonders

den Kommandanten von Gross-Paris
 -Kommandostab -
 -Verwaltungsstab- je besonders

die Feld- und Kreiskommandanten.

Betreff: Deportation nach dem Osten als Sühnemassnahme.

Der Führer hat befohlen, dass künftig für jedes Attentat -abgesehen von der Erschiessung einer Anzahl geeigneter Personen- 500 Kommunisten und Juden dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei zur Deportation nach dem Osten zu übergeben sind.

Zur Deportation können auch asoziale Elemente herangezogen werden, da sie erfahrungsgemäss in der Regel kommunistisch eingestellt sind.

Für die Erfassung und Unterbringung der für die Deportation in Betracht kommenden Personen sind die folgenden Erlasse massgebend:

- 1.) Erlass vom 10.2.42 - Vpol 291/04/352/42g betr. Aktion "Deportations-Kommunisten",
- 2.) Erlass vom 10.2.42 - Vpol 290/01/42 betr. Behandlung jüdischer Häftlinge im Polizeihäftlingslager Compiègne,
- 3.) Erlass vom 9.4.42 - Vpol 291/05/42g betr. Deportation asozialer Elemente nach dem Osten.

- 2 -

Durch Ueberprüfung der französischen Lager ist dafür Sorge zu tragen, dass in das Lager Compiègne eine ausreichende Anzahl von Personen überstellt wird. Bei Neufestnahmen ist stets zu prüfen, ob eine Ueberführung in das Lager Compiègne zum Zwecke der Deportation angezeigt ist.

Der Militärbefehlshaber

gez.: von Stülpnagel.

Beglaubigt:



KVS.

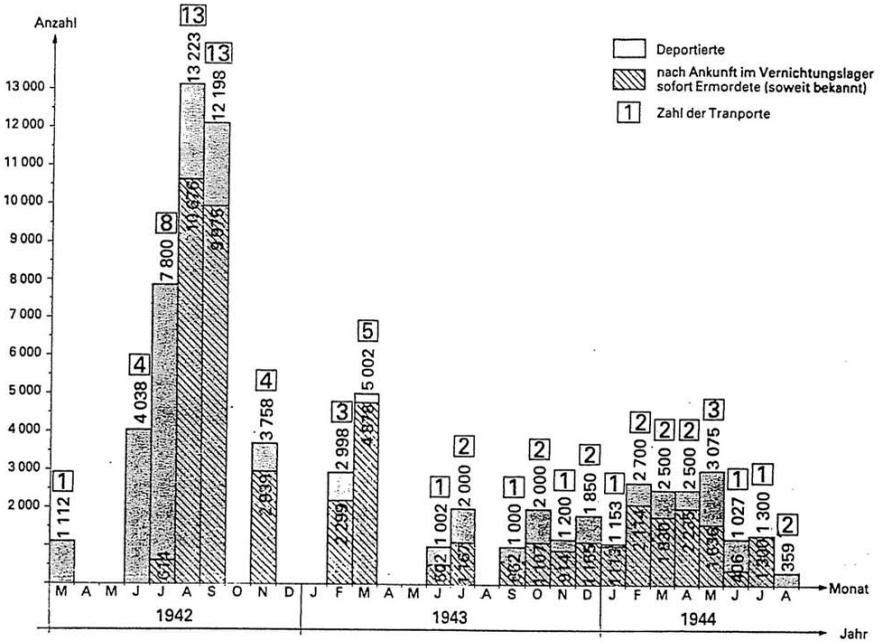
Verteiler

I. Chef des Mil. Verw. Bezirks A mit Feld- und Kreiskommandanten	50
Chef des Mil. Verw. Bezirks B mit Feld- und Kreiskommandanten	50
Chef des Mil. Verw. Bezirks C mit Feld- und Kreiskommandanten	35
Kommandant von Gross-Paris mit Feld- und Kreiskommandanten	20
II. <u>Nachrichtlich:</u> OKH Gen St d H Gen Qu mit Ueberstücken für OKW und OKH	20
Oberbefehlshaber West zugleich für Heeresgruppe D	2
Marinegruppenkommando West	5
Kommandierender Admiral Frankreich	10
Luftflottenkommando III	5
Luftaufkommando Westfrankreich	10
Deutsche Botschaft Paris	3
Deutsche Waffenstillstandskommission	3
Verbindungsoffizier des Mil. Bef. in Belg. u. Nordfrankr.	3
Abwehrleitstelle	30
Leitender Feldpolizeidirektor Frankreich	30
Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. -Dienststelle Paris	10
V pol	1
Kommandostab Ia	5
Kommandostab Ic	3
Kommandostab III	60
Abteilung Verwaltung	1
Abteilung Wi	1
Ueberdrucke	63

Sa. 420.

Die Judendeportationen aus Frankreich in die Vernichtungslager vom 27. März 1942 bis 15. August 1944

(ohne die 2.000 aus den Departements Pas-de-Calais und Nord Deportierten)



Quelle: Ludwig Nestler, Europa unterm Hakenkreuz, Frankreich Berlin 1990, Seite 339

In Frankfurt geborene Juden, die 1942 - 1944 von Frankreich aus in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden

Transport 1, 27.03.1942 - 1.112 Deportierte von Compiègne nach Auschwitz

Schweizer, Gustave geb. am 08.11.1919

Transport 2, 02.06.1942 - 1.000 Deportierte von Compiègne nach Auschwitz

Transport 3, 22.06.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Feidmeir, Albert geb. am 13.05.1906
Kaufmann, Leonore geb. am 02.11.1910
Mela, Elise geb. am 29.11.1923

Transport 4, 25.06.1942 - 999 Deportierte von Pithiviers nach Auschwitz

Szapiro, Adolf geb. am 10.07.1921

Transport 5, 28.06.1942 - 1.038 Deportierte von Beaune-la-Rolande nach Auschwitz

Borowka, Julius geb. am 24.04.1908

Transport 6, 17.07.1942 - 928 Deportierte von Pithiviers nach Auschwitz

Cahn, Heins geb. am 05.08.1922
Reich, Erman geb. am 04.01.1904
Rosner, Erich geb. am 27.03.1925
Schwarz, Johanna geb. am 12.10.1907

Transport 7, 19.07.1942 - 999 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Schermann, Herbert geb. am 16.01.1914

Transport 8, 20.07.1942 - 827 Deportierte von Angers nach Auschwitz

Frieder, Hella geb. am 03.12.1922
Seligmann, Hermann geb. am 13.11.1925

Transport 9, 22.07.1942 - 996 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Bar, Gurether geb. am 23.09.1924
Korn, Siegmund geb. am 10.10.1925

Transport 10, 24.07.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Dzialoszynski, Rebecca geb. am 15.11.1926
Messerer, Dorida geb. am 15.02.1918
Musikant, Beate geb. am 22.04.1920
Rosenfeld, Tony geb. am 25.06.1897

Transport 11, 27.07.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Abramowicz, Anna geb. am 29.11.1921
Galion, Frieda geb. am 24.12.1914

Transport 12, 29.07.1942 - 1.001 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Bachenheimer, Renne geb. am 19.12.1925
Jonas, Leo geb. am 01.04.1891
Neumannova, Alma geb. am 13.04.1904

Transport 13, 31.07.1942 - 1.049 Deportierte von Pithiviers nach Auschwitz

Erreich, Alfred geb. am 16.02.1923
Erreich, Gabriel geb. am 09.05.1925
Hackel, Joseph geb. am 08.01.1899
Herzberg, Julius geb. am 06.12.1894
Singer, Gertrude geb. am 30.03.1923
Singer, Lea geb. am 10.05.1922
Singer, Mathilde geb. am 17.11.1925

Transport 14, 03.08.1942 - 1.034 Deportierte von Pithiviers nach Auschwitz

Bernhard, Rocha geb. am 11.04.1900
Bruchfeld, Kiner geb. am 16.03.1899
Guttman, Ella geb. am 29.06.1902
Guttman, Ingeborg geb. am 26.10.1926
Klausner, Lola geb. am 31.03.1903
Singer, Paula geb. am 04.06.1923
Strauss, Alice geb. am 04.12.1904
Tron, Micli geb. am 29.09.1899

Transport 15, 05.08.1942 - 1.014 Deportierte von Beaune-la-Rolande nach Auschwitz

Dembowicz, Hermann geb. am 01.03.1928
Dembowicz, Salli geb. am 10.08.1929
Kerszenfeld, Sarah geb. am 01.11.1927
Kerszenfeld, Rachel geb. am 03.11.1925

Kind, Leon geb. am 23.12.1929
Szezupak, Alfred geb. am 21.06.1927

Transport 16, 07.08.1942 - 1.069 Deportierte von Pithiviers nach Auschwitz

Bernhard, Max geb. am 15.06.1928
Dembowicz, Fanny geb. am 1926
Margulies, Ferdinand geb. am 29.06.1901
Weinstock, Ruth geb. am 05.10.1927
Weinstock, Simon geb. am 02.07.1927

Transport 17, 10.08.1942 - 1.006 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Aberle, Alice geb. am 09.01.1891
Bloch, Paula geb. am 08.05.1901
Faber, Hermann geb. am 21.04.1908
Herzberg, Helene geb. am 14.06.1891
Hess, Adelaide geb. am 14.06.1891
Hollaender, Regine geb. am 12.01.1906
Magsamer, Hugo geb. am 27.06.1897
Mayer, Clara geb. am 14.02.1883
Mendelsohn, Felix geb. am 11.04.1890
Nawratzki, Hubert geb. am 23.12.1893
Neuberger, Eugene geb. am 17.12.1891
Prechner, Bertrand geb. am 03.02.1884
Rosenau, Marguerite geb. am 16.09.1909
Salomon, Hedwige geb. am 17.05.1900
Schott, Arthur geb. am 24.09.1892
Spier, Ernest geb. am 08.06.1890
Strauss, Amelie geb. am 03.02.1907

Transport 18, 12.08.1942 - 1.007 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Altberger, Samuel geb. am 17.07.1912
Cameron, Friedrich geb. am 25.09.1886
Falk, Felicie geb. am 09.05.1903
Heibler, Max geb. am 13.06.1885
Isaac, Selma geb. am 02.07.1888
Landsberger, Alfred geb. am 09.12.1901
Lichtenstein, Bella geb. am 01.01.1901
Pommeranz, Bertha geb. am 05.05.1880
Rein, Marthe geb. am 26.02.1921
Schweitzer, Jacob geb. am 16.07.1899
Steiner, Anna geb. am 23.05.1881
Tauchau, Eugene geb. am 04.01.1887

Transport 19, 14.08.1942 - 991 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Fuld, Julius geb. am 04.10.1901
Gross, Max geb. am 10.04.1890
Gross, Gretta geb. am 18.02.1895

Hess, Willy geb. am 23.12.1880
Ickowicz, Henri geb. am 19.08.1928
Liebermann, Aron geb. am 23.05.1922
Liebermann, Helene geb. am 01.01.1926
Rosenberg, Harry geb. am 08.02.1881

Transport 20, 17.08.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Ellenbogen, Rosi geb. am 15.02.1892
Kampler, Leon geb. am 11.07.1931
Tron, Max geb. am 01.04.1932
Weinstock, Ema geb. am 28.03.1904

Transport 21, 19.08.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Rosner, Manfred geb. am 16.08.1932
Scharff, Helene geb. am 29.05.1890
Schwab, Marguerite geb. am 25.01.1918
Singer, Lisette geb. am 29.12.1930
Stern, Celine geb. am 12.01.1896
Stern, Herbert geb. am 05.08.1902
Toskus, Fritz geb. am 11.03.1907
Weiss, Paul geb. am 02.05.1886

Transport 22, 21.08.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Kerszenfeld, Siegfried geb. am 02.03.1933
Lehrhaupt, Felix geb. am 03.08.1930
Schreiber, Leo geb. am 18.08.1931

Transport 23, 24.08.1942 - von Drancy nach Auschwitz - 1.000 Deportierte

Simon, Paul geb. am 07.01.1885

Transport 24, 26.08.1942 - 1.002 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Bruchfeld, Etienne geb. am 29.06.1929
Erreich, Herbert geb. am 20.10.1928
Kosterich, Max geb. am 12.12.1884
Loeb, Max geb. am 10.12.1917
Roman, Adolphe geb. am 31.10.1901
Simmonds, Otto geb. am 18.05.1844
Weil, Hans geb. am 12.10.1912

Transport 25, 28.08.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Baer, Gustav geb. am 30.02.1882
Frohmann, Adolphe geb. am 12.02.1897
Goldberg, Joseph geb. am 28.04.1905
Maier, Valerie geb. am 05.08.1880

Markus, Ferdinand geb. am 09.03.1901
Stern, Eugene geb. am 05.08.1902

Transport 26, 31.08.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Aberbach, Henri geb. am 11.11.1888
Kantler, Joseph geb. am 29.12.1921
Selig, Kurt geb. am 20.02.1908
Stern, Arthur geb. am 09.06.1904

Transport 27, 02.09.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Karniol, Berthe geb. am 21.06.1923
Karniol, Ernest geb. am 06.03.1927
Loeb, Adolphe geb. am 14.02.1920

Transport 28, 04.09.1942 - 1.013 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Chmielnicki, Ida geb. am 06.04.1923
Chmielnicki, Joseph geb. am 28.09.1921
Gratsch, Hermann geb. am 21.02.1907
Hartog, Henny geb. am 21.07.1897
Hauptmann, Elias geb. am 04.08.1909
Hillel, Hertha geb. am 19.02.1913
Klauszner, Edgar geb. am 01.04.1928
Klauszner, Leo geb. am 03.07.1932
Lipchutz, Moise geb. am 17.08.1916
Loewenthal, Lilli geb. am 29.01.1899
Wassermann, Arthur geb. am 25.04.1893
Wassermann, Misel geb. am 12.12.1925

Transport 29, 07.09.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Guttman, Paul geb. am 28.02.1913
Guttman, Walter geb. am 25.02.1918
Kaufmann, Werner geb. am 29.01.1925
Laier, Elisabeth geb. am 24.03.1892
Nordhauser, Kurt geb. am 27.08.1907
Wurzel, Helene geb. am 15.10.1918

Transport 30, 09.09.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Brinkmann, Jacob geb. am 11.01.1920
Hackenbroch, Ida geb. am 20.04.1913
Hecht, Frederic geb. am 19.04.1899
Jachmann, Erno geb. am 10.04.1894
Leibson, Edouard geb. am 15.08.1928
Leibson, Heinz geb. am 21.07.1927
Rothschild, Theodore geb. am 08.11.1889
Tannenbaum, James geb. am 28.06.1910

Transport 31, 11.09.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Goldmann, Leo geb. am 16.08.1907
Weissmann, Gisela geb. am 07.03.1923

Transport 32, 14.09.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Bindefeld, Regina geb. am 24.03.1898
Heidingsfeld, Bernard geb. am 04.11.1904

Transport 33, 16.09.1942 - 1.003 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 34, 18.09.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Seligman, Berthold geb. am 16.04.1913
Seligman, Julius geb. am 31.01.1892
Zanger, Maurice geb. am 04.10.1906

Transport 35, 21.09.1942 - 1.000 Deportierte von Pithiviers nach Auschwitz

Sommer, Celestine geb. am 24.03.1896
Sommer, Henri geb. am 29.09.1927

Transport 36, 23.09.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Mandelsaft, Hermann geb. am 09.03.1923
Schwarz, Walter geb. am 18.06.1900

Transport 37, 25.09.1942 - 1.004 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 38, 28.09.1942 - 904 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 39, 30.09.1942 - 210 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 40, 04.11.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Brumlik, Hugo geb. am 06.05.1888
Goldschmidt, Blanka geb. am 21.06.1889
Landau, Alfred geb. am 20.01.1880
Lewenberger, Jacob geb. am 03.01.1918

Transport 41

Die Liste für Transport 41 ist eine Kopie der Liste für Transport 40

Transport 42, 06.11.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Kolinsky, Berthold	geb. am 31.05.1901
Liebermann, Françoise	geb. am 27.10.1923
Reich, Nelly	geb. am 05.09.1926

Transport 43

Die Liste für Transport 43 ist eine Kopie der Liste für Transport 45

Transport 44, 09.11.1942 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 45, 11.11.1942 - 745 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Bergen, Charles	geb. am 02.05.1881
-----------------	--------------------

Transport 46, 09.02.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Linsz, Fanny	geb. am 03.01.1901
Linz, Rudolphe	geb. am 01.07.1892
Rottenberg, Sarah	geb. am 25.02.1885

Transport 47, 11.02.1943 - 998 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Buchband, Dora	geb. am 10.07.1913
Gottstein, Anna	geb. am 05.07.1912
Schwarzchild, Macimilien	geb. am 10.11.1920

Transport 48, 13.02.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 49, 02.03.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Rothschild, Wilhelm	geb. am 04.03.1910
Struck, Hermann	geb. am 01.02.1881

Transport 50, 04.03.1943 - 1.003 Deportierte von Drancy nach Maidanek/Sobibor

Brunner, Francois	geb. am 30.11.1880
Dessauer, Adolphe	geb. am 08.11.1879
Mayer, Hans	geb. am 10.11.1889
Mayerhoffer, Otto	geb. am 16.05.1895

Monheit, Henri	geb. am 23.09.1923
Nussbaum, Bernard	geb. am 11.02.1921
Rapp, Julius	geb. am 19.04.1879
Reiss, Guillaume	geb. am 19.02.1882
Richard, Johanna	geb. am 20.07.1937
Rosenthal, Max	geb. am 08.03.1882
Schatzmann, Max	geb. am 23.03.1888
Spier, Sally	geb. am 25.06.1886

Transport 51, 06.03.1943 - 998 Deportierte von Drancy nach Maidanek/Sobibor

Bertuch, Max	geb. am 28.06.1890
Hirsch, August	geb. am 08.10.1897
Katz, Ernest	geb. am 13.12.1924
Rothschild, Manfred	geb. am 19.07.1924
Weiss, Maurice	geb. am 17.06.1901

Transport 52, 23.03.1943 - 994 Deportierte von Drancy nach Sobibor

Menasches, Zilla	geb. am 1919
------------------	--------------

Transport 53, 25.03.1943 - 1.008 Deportierte von Drancy nach Sobibor

Ehrlich, Gustave	geb. am 20.02.1895
Gotzler, Berthel	geb. am 31.03.1921
Herszberg, Fanny	geb. am 16.03.1909

Transport 54

Transport 54 wurde nicht durchgeführt

Transport 55, 23.06.1943 - 1.018 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Reis, Robert	geb. am 06.10.1893
--------------	--------------------

Transport 56

Transport 56 wurde nicht durchgeführt

Transport 57, 18.07.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Freudenberger, Curt	geb. am 15.09.1916
---------------------	--------------------

Transport 58, 31.07.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 59, 02.09.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Frank, Henriette	geb. am 30.09.1911
------------------	--------------------

Transport 60, 07.10.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Feist, Philippe	geb. am 21.07.1890
Levi, Elisabeth	geb. am 13.05.1922
Schnuerer, Chaeles	geb. am 14.01.1922

Transport 61, 28.10.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Glaubert, Bertrand	geb. am 30.12.1897
Kieffe, Lucien	geb. am 12.03.1913
Maliniak, Arys	geb. am 13.10.1902
Meyer, Alice	geb. am 27.11.1896

Transport 62, 20.11.1943 - 1.200 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Blum, Flora	geb. am 03.07.1885
Guckenheimer, Ernst	geb. am 13.04.1905
Guckenheimer, Herta	geb. am 16.03.1907
Miodowsky, Lea	geb. am 15.04.1900
Miodowsky, Ruth	geb. am 16.07.1923
Strauss, Oscar	geb. am 09.09.1905
Weichselbaum, Abraham	geb. am 24.10.1922
Weichselbaum, Erik	geb. am 19.06.1933
Weichselbaum, Lya	geb. am 16.05.1924
Weichselbaum, Susi	geb. am 23.04.1926
Zivi, Mathilde	geb. am 25.04.1925

Transport 64, 07.12.1943 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 63, 17.12.1943 - 850 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 65

Die Liste für Transport 65 ist eine Kopie der Liste für Transport 63

Transport 66, 20.01.1944 - 1.155 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Berg, Herbert	geb. am 26.10.1921
Berg, Pierre	geb. am 26.09.1924
Blogowski, Isaac	geb. am 11.07.1926
Blogowski, Mina	geb. am 14.12.1921
Stein, Lotte	geb. am 08.05.1923

Transport 67, 03.02.1944 - 1.214 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Floch, Freida	geb. am 07.02.1884
---------------	--------------------

Heilborn, Fritz	geb. am 10.11.1894
Kaufmann, Hurt	geb. am 14.01.1906
Michel, Jean	geb. am 06.11.1930

Transport 68, 10.02.1944 - 1.500 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Kahn, Anne	geb. am 16.12.1922
Orbach, Henri	geb. am 30.10.1899

Transport 69, 07.03.1944 - 1.501 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Finkelstein, Hermann	geb. am 14.02.1906
Heimann, Erich	geb. am 18.11.1905
Rothschild, Max	geb. am 11.09.1876
Rothschild, Minie	geb. am 12.06.1887

Transport 70, 27.03.1944 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Transport 71, 13.04.1944 - 1.500 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Levy, Helene	geb. am 03.09.1924
Strauss, Alfred	geb. am 05.03.1883

Transport 72, 29.04.1944 - 1.004 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Brinkmann, Charlotte	geb. am 15.09.1928
Brinkmann, Erica	geb. am 20.04.1925
Brinkmann, Jenny	geb. am 31.12.1921

Transport 73, 15.05.1944 - 878 Deportierte von Drancy nach Kaunas/Reval

Bauer, Max	geb. am 13.05.1901
Binfefeld, Nachman	geb. am 25.06.1906
Engel, Arthur	geb. am 01.09.1926
Rapp, Louis	geb. am 06.09.1908
Rottenberg, Alfred	geb. am 30.10.1919

Transport 74, 20.05.1944 - 1.200 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Halbreich, Werner	geb. am 06.04.1906
Levy, Dora	geb. am 20.04.1905

Transport 75, 30.05.1944 - 1.000 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Schweber, Charles	geb. am 28.12.1924
Silberberg, Rose	geb. am 17.11.1898
Weinbach, Henri	geb. am 18.12.1876

Transport 76, 30.06.1944 - 1.100 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Hombourg, Friedrich geb. am 19.01.1898

Transport 77, 31.07.1944 - 1.300 Deportierte von Drancy nach Auschwitz

Kohn, Marie geb. am 22.01.1872

Mentzel, Charlotte geb. am 10.11.1909

Regensburger, Alfred geb. am 03.04.1908

Transport 78, 11.08.1944 - 430 Deportierte von Lvon nach Auschwitz

- - -

Transport 79, 17.08.1944 - 51 Deportierte von Drancy nach Buchenwald

- - -

In Frankfurt geborene Juden, die in französischen Internierungslagern gestorben sind**Drancy**Bamberger, Max geb. am 21.03.1881
gestorben am 21.03.1944**Gurs**Blau, Ernst geb. am 26.05.1892
gestorben am 12.11.1941Emden, Fritz geb. am 26.06.1887
gestorben am 03.01.1941Fuchs, Julius geb. am 23.05.1876
gestorben am 18.11.1941Ginsberger, Arnold geb. am 22.12.1870
gestorben am 20.01.1942Ginsberger, David geb. am 03.04.1869
gestorben am 17.07.1941Kahn, Johana geb. am 03.05.1876
gestorben am 24.11.1940Levinger, Hortense geb. am 16.04.1869
gestorben am 21.12.1941Maier, Rosalie geb. am 12.06.1874
gestorben am 02.12.1940Mayer, Hans geb. am 26.06.1914
gestorben am 06.12.1940Weil, Franz geb. am 25.12.1889
gestorben am 30.09.1941Wiener, Elvira geb. am 20.03.1881
gestorben am 11.01.1941**Lannemezan (Hop. Psych.)**Henny, Isaac geb. am 08.04.1898
gestorben am 27.01.1941**Noe**Adler, Mayer geb. am 23.01.1880
gestorben am 09.03.1942Gottheimer, Ernest geb. am 01.06.1890
gestorben am 23.02.1942**Recebedou**Altschul, Berta geb. am 03.06.1863
gestorben am 21.02.1942**Rivesaltes**Bidermann, Henri geb. am 20.09.1923
gestorben am 03.10.1942Friedlaender, Moses geb. am 04.04.1872
gestorben am 13.12.1941**St.-Cyprien**Brumlik, Kurt geb. am 24.04.1912
gestorben am 01.08.1940**Quelle:**

Serge Klarsfeld: Memorial to the Jews Deported from France 1942 - 1944

Raul Hilberg

Wehrmacht und Judenvernichtung

In Frankreich war es ein ganz junger Mann, Hauptsturmführer Theodor Dannecker, der sich mit den Juden beschäftigte. Dank der Festnahmen in der besetzten französischen Zone hätte man tausende Juden schon Ende 1941 für den Abtransport bereitstellen können, doch hatte die SS in Polen vor dem März 1942 noch keine ausreichenden Möglichkeiten, sie zu vergasen. Größere Schwierigkeiten bereitete auch der voll ausgelastete Eisenbahnverkehr in die östliche Richtung. Noch lag die Regelung der Züge aus Frankreich in den Händen der Wehrmacht, als im Mai 1942 der Chef der Eisenbahntransportabteilung West, Generalleutnant Otto Kohl, Hauptsturmführer Dannecker zu sich rufen ließ und ihm das benötigte rollende Material und Lokomotiven versprach.⁴³ Was die Bezahlung für die »Evakuierung« betraf, schrieb Dr. Rudolf Siegert im Reichssicherheitshauptamt am 17. August 1942 an das Reichsfinanzministerium:

»Der Militärbefehlshaber in Frankreich hat sich bereit erklärt, die Mittel zur Deckung der Transportkosten zur Reichsgrenze im Rahmen der monatlichen Betriebsvorschüsse dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei zur Verfügung zu stellen.«

Die Kosten der Weiterfahrt nach Auschwitz mußte allerdings die Sicherheitspolizei selbst übernehmen.⁴⁴

⁴³ Vermerk von Dannecker, 13.5.1942, in: Serge Klarsfeld, Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich, Deutsche Dokumente, Paris 1977

⁴⁴ BA-MA, R 2/12158, Siegert an Reichsfinanzministerium, 17.8.1942 und nachfolgende Korrespondenz der Referenten im Ministerium

Quelle:

Raul Hilberg: Wehrmacht und Judenvernichtung, in: Walter Manoschek (Hrsg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg, Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Picus Verlag, Wien 1996, S. 32

Daniel Jonah Goldhagen

Der 20. Juli und der Antisemitismus

Auch von den Mitgliedern des vielgerühmten Widerstandes gegen Hitler, die nachdrücklich ihre Einwände gegen den Nationalsozialismus vorbrachten, hätte man erwarten können, daß sie das kognitive Modell von den Juden und das eliminatorische Programm ablehnten. Doch wie Niemöller und Barth teilten auch sie im großen und ganzen die üblichen antisemitischen Überzeugungen. Die eliminatorischen Maßnahmen der dreißiger Jahre - die Entrechtung der Juden und ihr Ausschluß aus der deutschen Staatsbürgerschaft, die Entwürdigungen, die gewalttätigen Ausschreitungen, die Deportationen in Konzentrationslager, ihre Vertreibung aus Deutschland - scheinen, so radikal sie waren, in ihrer Gesamtheit keine nennenswerte Opposition derjenigen hervorgerufen zu haben, die schließlich die wichtigsten Widerstandsgruppen bilden sollten. Nach Ansicht von Christof Dipper, des führenden Fachmanns in dieser Frage, ist die Einschätzung der Gestapo über die verhafteten Verschwörer des 20. Juli, die sich aus den Verhörprotokollen ergab, zutreffend; dort heißt es, daß die Verschwörer »bei grundsätzlicher Bejahung des Antisemitismus die Methode seiner Durchsetzung ablehnten. Zum Teil werden dabei humanitäre Motive herausgestellt, etwa derart, daß das Vorgehen nicht menschlich genug gewesen sei und deutschem Wesen nicht entsprochen habe, zum Teil werden Fragen der politischen Zweckmäßigkeit erhoben, daß die kurzfristige rigorose Ausschaltung des Judentums starke Spannungen mit der übrigen Welt hervorgerufen habe.«¹³³

Zur Opposition gegen die Nationalsozialisten motivierte in der Regel nicht eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Gesellschaft. Selbst Berthold von Stauffenberg, der Bruder jenes Claus von Stauffenberg, der am 20. Juli 1944 die Bombe zündete, die Hitler töten sollte, sagte aus: »Auf innenpolitischem Gebiet hatten wir die Grundideen des Nationalsozialismus zum größten Teil bejaht ... Der Rassegedanke ... erschien uns gesund und zukunftssträchtig«; sie hätten nur die Durchsetzung »für überspitzt und übersteigert gehalten«.¹³⁴

Im Namen der meisten Mitglieder des nichtkommunistischen und nichtsozialistischen Widerstandes faßte der Onkel Stauffenbergs, Graf Üxküll, die Absichten der größten und einflußreichsten Widerstandsgruppierung, der konservativen und militärischen Opposition um Stauffenberg und Carl Goerdeler, so zusammen: »Am Rassegedanken sollte festgehalten werden, soweit dies möglich war.«¹³⁵ Wer im nationalsozialistischen Deutschland den Begriff der »Rasse« als Organisationsprinzip des gesellschaftlichen und politischen Lebens akzeptierte, übernahm die Grundlage des herrschenden kognitiven Modells von den Juden. Eines der zentralen Dokumente des Widerstandes gegen Hitler wurde Anfang 1943 auf Initiative Dietrich Bonhoeffers und mit Wissen Goerdelers vom »Freiburger Kreis« erstellt, zu dem führende evangelische Theologen und Universitätsprofes-

soren zählten. Die Denkschrift enthält einen Anhang mit dem Titel »Vorschläge für eine Lösung der Judenfrage in Deutschland«.

Darin wird behauptet, auch ein nachnationalsozialistischer Staat sei berechtigt, Schritte zu unternehmen, »um dem unheilvollen Einfluß einer Rasse auf die Volksgemeinschaft zu wehren«.

Obwohl der Genozid hier ausdrücklich verdammt wird, halten die Verfasser am eliminatorischen Antisemitismus fest. Wo immer sie sich niederließen, brächten Juden die Gastnation in Schwierigkeiten. Die Existenz einer »Judenfrage« wird nicht angezweifelt, auch nicht, daß die Juden Deutschland Schaden zugefügt hätten und man eine »Lösung« finden müsse, um künftigen Schaden von den Deutschen abzuwenden. Daß man Juden dennoch erlauben könnte, mit allen Rechten nach Deutschland zurückzukehren, wurde allerdings nicht ausgeschlossen. Warum? *Weil* die Nationalsozialisten bereits so viele Juden umgebracht hatten: »... die Zahl der überlebenden und nach Deutschland zurückkehrenden Juden [wird] nicht so groß sein ..., daß sie noch als Gefahr für das deutsche Volkstum angesehen werden können.«¹³⁶

Die oftmals antisemitischen Erklärungen und Programme der Widerstandsgruppen gingen auch für die Zukunft davon aus, daß in Deutschland in der Regel keine Juden leben würden, und wenn, allenfalls mit eingeschränkten staatsbürgerlichen Rechten.¹³⁷ Ihre Mißbilligung der mörderischen Praxis des Regimes gründete sich auf moralische Hemmungen und pragmatische Überlegungen, nicht aber auf ein abweichendes, freundlicheres Bild von den Juden. Die Ausgrenzung, Ausschaltung, Verfolgung und im großen und ganzen selbst die Ausrottung der Juden provozierten nicht nur unter den konservativen und religiösen Verschwörern gegen Hitler, sondern auch im Arbeiterwiderstand erstaunlich wenig Reaktionen.¹³⁸

¹³³ Bericht vom 7. August 1944, zitiert nach Christof Dipper, »Der deutsche Widerstand und die Juden«, Geschichte und Gesellschaft, H. 9, 1983, S.370.

¹³⁴ Dipper, »Der deutsche Widerstand und die Juden«, S. 369.

¹³⁵ Dipper, »Der deutsche Widerstand und die Juden«, S. 370.

¹³⁶ In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger »Bonhoeffer-Kreises«, hrsg. von Helmuth Thielicke, Tübingen 1979, S. 147 - 151. Eine Erörterung dieses Vorschlags liefert Dipper, »Der deutsche Widerstand und die Juden«, Geschichte und Gesellschaft, H. 9, 1983, S. 367.

¹³⁷ Diese Charakterisierung des Widerstandes wird mit viel zusätzlichem Material von Dipper, »Der deutsche Widerstand und die Juden«, unterstützt. Siehe insbes. S. 349, S. 361 ff., S. 364 ff., S. 371 f., S. 374, S. 379 f.

¹³⁸ Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand, S. 48. Zum Umfang des Antisemitismus in der Arbeiterschaft und zu deren Unterstützung des eliminatorischen Programms siehe Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat, S. 123-131.

Quelle:

Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker, Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Siedler Verlag, Berlin 1996, S. 145 - 147

Hans Freiherr von Boineburg-Lengsfeld
(NS-Kommandant von Groß-Paris)

Über die Verhaftung der SS in Paris

Der Panzerspähwagen unter dem Befehl von General Brehmer rollte auch an mir vorüber, denn Oberg wohnte gleich um die Ecke. Auf einmal ertönte Maschinengewehrgeknatter. Ich fürchtete schon, daß die Schießerei losgehe. Es war aber nichts. Einer von den Leuten war aus Versehen an den Abzug gekommen und hatte ein paar Schuß in die Luft abgefeuert. Nach zwanzig Minuten war alles erledigt. Die berühmte SS und der berühmte SD, die »unerschrockensten Leute des Führers«, hatten alle sofort die Hände hochgehoben! Dabei muß ich einschränkend bemerken, daß sich die Waffen-SS, die auch unter meinem Befehl im Kaukasus gekämpft hatte, hervorragend geschlagen hat. General Oberg und Oberst Knochen saßen um diese Zeit bereits hinter Schloß und Riegel, bewacht vom Rittmeister König. Ich hatte den Befehl gegeben, General Oberg mit allen ihm gebührenden Ehren zu behandeln. er hatte Cognac und Zigaretten und alles was er wollte in seinem Zimmer. Aber verlassen konnte er es nicht. Ich fuhr dann sofort ins »Majestic«, um befehlsgemäß die Durchführung meines Auftrages und den vollen Erfolg zu melden. Stülpnagel war noch nicht zurück. Er war mit den Worten: »Ich fahre jetzt zum Generalfeldmarschall Kluge, um zu melden, daß ich den Befehl gegeben habe, und um ihn zu ersuchen, sich an die Spitze der Verschwörung in Frankreich zu stellen.« Ich traf nur seinen Stabschef, Oberst v. Linstow. Er war sehr nervös und erklärte: »Wir wollen ins »Raphael« hinuntergehen und eine Flasche Champagner trinken, das brauche ich jetzt.« Wir taten dies auch und trafen einige Leute, die sich vor lauter Freude darüber, daß Hitler tot sei, bereits betrunken hatten. Wir standen herum und warteten auf Stülpnagel. Der kam gegen Mitternacht, um 23 oder 23.30 Uhr. Er sagte zu mir:

»Boineburg, der Oberbefehlshaber hat sich nicht entschlossen. Ich bekomme morgen um 9 Uhr seine endgültige Antwort.«

Das hieß mit anderen Worten: Er macht nicht mit. Inzwischen war auch Abetz, unser Gesandter, gekommen. Mein Stabschef, Oberst v. Unger, rief unentwegt im »Raphael« an: »Ich werde bedrängt von Admiral Krancke, der die Marine mobilgemacht und mir aufgetragen hat, Ihnen zu sagen, daß er die Gefangenen mit Gewalt befreien werde, wenn Sie sie nicht sofort freigeben. Was soll ich tun?« Ich sagte: »Gar nichts! Die bleiben erst mal gefangen. Ich werde es General v. Stülpnagel melden. Ich handle nur auf seinen Befehl.«

Inzwischen war es Mitternacht geworden. Hitler und Goebbels hatten die bekannten Reden gehalten, die auch ich am Radio gehört hatte. Ich ging zu Stülpnagel und sagte: »Herr General, ich bitte jetzt um eine Entscheidung. Sollen wir wetermachen oder nicht? Es muß etwas entschieden werden, denn die Situation ist sehr gespannt. Bis jetzt hat Unger es verstanden, den Admiral Krancke hinzuhalten, damit er nicht den Schießbefehl gibt. Aber ich weiß nicht, wie lange das

noch möglich sein wird (Krancke war der Admiral von Frankreich, dem alle Marinestreitkräfte unterstanden).

Stülpnagel antwortete mir: »Boineburg, bitte lassen Sie mir eine halbe Stunde Bedenkzeit.« Nach einer halben Stunde kam er wieder zu mir und sagte: »Boineburg, lassen Sie alle Gefangenen frei. Fahren Sie ins ›Conti‹ und bringen Sie mir Oberg her.« Das war ein schöner Auftrag! Ich fuhr also ins ›Conti‹. Vor der Tür saß der gute Rittmeister König. Ich sagte: »König, schließen Sie auf! « Ich ging hinein und sagte: »Oberg, ich habe den Befehl des Oberbefehlshabers. Sie sind wieder frei. Ich soll Sie hinfahren.« Er brüllte mich an: »Was machen Sie denn hier?« Ich antwortete: »Bitte, mein lieber Oberg, alles was Sie zu sagen haben, sagen Sie dem Militärbefehlshaber, nicht mir. Ich habe nur die Befehle des Militärbefehlshabers ausgeführt. Bitte folgen Sie mir. Unten steht mein Wagen. Ich fahre Sie ins Hotel ›Raphael‹. Dort können Sie alles, was Sie auf dem Herzen haben, dem Militärbefehlshaber sagen.« Wir fuhren schweigend die Champs-Élysées hinauf. Ich lieferte Oberg und Knochen ab.

Oberg fiel sofort mit einem fürchterlichen Geschrei über Stülpnagel her, der eiskalt sagte: »Bitte, lieber Oberg, wir wollen erst einmal ein Glas Champagner trinken, und dann können wir über die Sache reden.« Im Laufe der Unterhaltung wurde jedenfalls die Atmosphäre immer ruhiger und friedlicher. Es war inzwischen 2 oder 3 Uhr früh geworden. Ich sah, daß Oberg und Blumentritt sich unterhielten, der mich dann heranrief und sagte: »Ich habe eben mit Oberg eine ›Sprachregelung‹ getroffen, wie das so schön heißt. Alles was in dieser Nacht vorgefallen ist, war weiter nichts als eine Übung mit Waffen zwischen der Wehrmacht auf der einen, der SS und dem SD auf der anderen Seite. Es ist alles sehr gut gegangen, denn es ist kein Blut geflossen und nichts passiert. Bitte bringen Sie das morgen früh in geeigneter Form den an diesem Unternehmen beteiligten Truppen zur Kenntnis. Oberg wird das Gleiche bei seiner SS machen. Ich sagte: »Zu Befehl!« Warum auch nicht! Es gibt nichts, was so dumm ist, daß man es nicht erzählen kann.

Ich habe mich dann mit dem unglücklichen Unger in den Wagen gesetzt und ihn gebeten, diese kurze Ansprache zu halten. Unger war nicht aufnahmefähig. Er hielt mich wohl für verrückt. Ich mußte die Ansprache dann am nächsten Morgen selbst halten und habe nachher zu meinen Offizieren gesagt: »Meine Herren, machen Sie sich bitte Ihren Vers auf das, was ich Ihnen eben gesagt habe. Ich danke Ihnen.« Oberg hat seinen Leuten dasselbe gesagt. Er hatte mit Kraewel verabredet, daß das Offizierkorps der 1. Landeschützen-Division von dem der SS eingeladen wurde. Dadurch sollte bewiesen werden, daß alles in bester Ordnung sei. Ich hatte Oberg gebeten, am nächsten Sonntag mit Oberst Knochen zum Frühstück zu mir zu kommen. Kraewel war aber sehr vorsichtig und sagte: »Ich werde mir vorher eine Kompanie bereitstellen lassen!« Der traute den Halunken nicht.

Das Frühstück fand bei mir statt und es war insofern ziemlich dramatisch, als neben mir Oberst Finckh saß, der Generalquartiermeister in Frankreich war und den gesamten Nachschub sowie die Versorgung der Truppe unter sich hatte. Er war eine Kapazität auf seinem Gebiet. Oberst Finckh wurde am nächsten Tag

verhaftet, weil er einer der Hauptbeteiligten am Attentat gegen Hitler gewesen war.

Es folgten dann dramatische Tage. Generalmajor Brehmer wurde abgelöst, weil Oberg sagte - und da muß ich ihm vollkommen recht geben -: »Ich kann nicht mit einem Mann weiter zusammenarbeiten, der mich verhaftet hat.« Hofacker wurde verhaftet. Stülpnagel wurde ins Hauptquartier bestellt und schoß sich dann bei Verdun blind. Das Drama rollte ab.

Ich habe mit Oberg und Knochen nicht weiter über die Sache gesprochen. Beiden lag aber viel daran, diese etwas unrühmliche Affäre möglichst elegant aus der Welt zu schaffen. Hierfür war die Version, die wir vereinbart hatten, sehr geeignet. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß sich Oberg bei dieser Gelegenheit außerordentlich kameradschaftlich gezeigt hat, nicht nur mir, sondern auch allen anderen am Putsch Beteiligten gegenüber. Nach der Abberufung v. Stülpnagels wurde der General der Flieger Kitzinger zu seinem Nachfolger ernannt. Dieser hat alles versucht, um mich als Kommandant von Groß-Paris zu halten. Es war mir völlig klar, daß ich als solcher für Hitler untragbar geworden war. Ich war selbst zugegen, als der General mit dem Heerespersonalamt telefonierte und dem Adjutanten des Führers erklärte: »Bitte lassen Sie Boineburg hier in Paris. Er hat die Verteidigung von Groß-Paris eingerichtet. Er ist für mich zur Zeit unentbehrlich.« Ich hörte dann die Antwort: »Boineburg muß weg, er ist derart belastet, daß er nicht in Paris bleiben kann.«

Ein oder zwei Tage später erschien am Abend General v. Choltitz bei mir in der Villa Coty. Er trank reichlich Champagner und dann erzählte er mir, daß er von Hitler im Führerhauptquartier empfangen und zum Kommandanten von Paris ernannt worden sei. Er sagte: »Ich löse Sie also ab, möchte Sie aber doch sehr bitten, die Geschäfte weiter zu führen, während ich über dem Ganzen schwebe.« Ich antwortete ihm: »Machen Sie Ihren Dreck alleine. Entweder befehle ich, oder befahlen Sie.«

Hans Freiherr von Boineburg-Lengsfeld
Geb. 9.6.1889 in Eisenach.
Gest. 20.11.1980 in Felsberg-Altenburg (Hessen).

1910 Beginn des Militärdienstes. 1912 Leutnant, 1921 Rittmeister,
1932 Major, 1937 Oberst, 16.11.1942 Generalleutnant.
Führte 1941/42 die 23. Panzerdivision.
1.5.1943 - 7.8.1944 Kommandant von Groß-Paris.

Quelle:

Der 20. Juli 1944 in Paris, Verlauf - Hauptbeteiligte - Augenzeugen, Chronos Verlag, Berlin-Kleinmachnow 1995, S. 199 - 202

Frankfurter Rundschau vom 20.7.1954

Zum 20. Juli 1944

Ein General mit humanistischen Idealen

Heinrich von Stülpnagels Weg wurde in Frankfurt vorgezeichnet

Wenn im Zusammenhang mit dem geschichtlichen Geschehen des 20. Juli 1944 an dieser Stelle der Persönlichkeit Heinrich von Stülpnagels besonders gedacht wird, ist dies auf die mannigfachen Bindungen zurückzuführen, die unsere Stadt mit dem vom Schicksal so tragisch überspielten General verknüpfen.

Der im Jahre 1886 in Berlin Geborene fand hier seine zweite Heimat. Schon frühzeitig kam er als Sohn des Frankfurter Stadtkommandanten, Generalleutnant Hermann v. Stülpnagel,

in das Lessing-Gymnasium, das die Wurzel humanistischer Denkungsweise in sein Gemüt pflanzte. Die Auswirkung dieses akademischen, dem Kadettenanstalts-Ideal in der Zweiseitigkeit diametral entgegengesetzten Erziehungsprinzips ließ ihn daher nicht zu einem der Generale werden, die — um mit Ernst Jünger zu reden — „meist eberisch und von jener tätigen und disponierenden Intelligenz sind, der die Masse eine so stupide Bewunderung zollt“. Er neigte mehr dem geistig kultivierten Typus zu, wie ihn Scharnhorst verkörperte, in dem sich Tatkraft und Bildung in seltener Weise vereinigten.

Denn zu sachlichem Urteil Berufene erklären übereinstimmend, daß Stülpnagel als Feldherr gut führte, als Staatsmann gut verhandelte und als Politiker nie den Blick für unsere Lage verlor. Dieser Umstand ließ ihn bereits im September 1939 zu der Generalsgruppe stoßen, die in Zossen auf Grund geheimer Weisung von Halder entschlossen war, nach dem Polenfeldzug Friedensverhandlungen zu erzwingen, gegebenenfalls die Hitler-Regierung zu stürzen, und den beschlossenen Angriff im Westen in letzter Minute zu verhindern.

Nur der geheimnisvolle Bürgerbräukeller-Anschlag in München am 8. November 1939 störte diesen Plan. Während der von Stülpnagel von Juli 1940 bis Februar 1941 geleiteten deutsch-französischen Waffenstillstandsverhand-

lungen in Wiesbaden ruhten dann weitere Umsturzprojekte. Sie nahmen nach seiner Abkommandierung als Militärbefehlshaber in Frankreich durch das Zusammentreffen mit Rommel im Mai 1944 neue, konkrete Formen an. Einem Attentat innerlich widerstrebend, beabsichtigten die beiden Heerführer, Hitler anläßlich eines arrangierten Fronibesuches am 18. Juni 1944 in La Roche Guyon zu verhaften. Doch wich dieser der bis ins einzelne vorbereiteten Ueberrumpfung mit der Witterung des bedrohten Tieres aus.

Der größte Schlag, der die verschworenen Reiter des deutschen Gewissens treffen konnte, erfolgte am 17. Juli 1944 durch Rommels Verwundung. Damit fiel die einzige Persönlichkeit aus, deren Ansehen das deutsche Geschick vielleicht hätte wenden können. Sein Nachfolger — der ständig schwankende Generalobermarschall von Kluge — versagte sich in der entscheidenden Stunde der beabsichtigten Fortsetzung der „Rebellion“ mit den zynischen Worten: „Ja, wenn das Schwein tot wäre!“ Damit entschied er nicht nur das allgemeine Schicksal, sondern auch sein eigenes. Rommel verurteilte man zur Selbstverrichtung, von Kluge zerfuß verzweifelt, aber freiwillig die Giftampulle, und von Stülpnagel starb — von eigener Hand blindgeschossen — an einem Fleischerhaken in Plötzensee am 30. August 1944 durch Hitlers Spähen erhängt.

Frankfurter Rundschau vom 15.11.1957

Zum Gedenken Generals von Stülpnagel

Am Volkstrauertag, 17. November, werden ehemalige Offiziere des Leibgarde-Infanterieregiments 115 zusammen mit der Kameradschaft ehemaliger Leibgardisten und 115er um 11 Uhr in dem Rathhause des Generals von Stülpnagel an der Grabstätte seiner Eltern gedenken. Stülpnagel gehörte zum Kreis der Männer des 20. Juli und mußte seine Haltung mit dem Leben bezahlen. FR.

Frankfurter Rundschau vom 19.11.1957

Eine Schuld abtragen

Heinrich von Stülpnagel, 1944 General der Infanterie und Militärbefehlshaber in Frankreich, war zwar kein gebürtiger Frankfurter, aber schon in früher Jugend wurde ihm unsere Stadt zur zweiten Heimat. Hier besuchte er, Sohn des damaligen Frankfurter Stadtkommandanten, das Lessing-Gymnasium. Im Jahre 1904 wurde er Leutnant im Leibgarde-Infanterie-Regiment Nr. 115 in Darmstadt; wenige Wochen nach dem mißglückten Attentat auf Hitler endete der verdiente Offizier als Opfer des 20. Juli 1944 am Galgen. Niemand kennt seine letzte Ruhestätte. An der Familiengruft auf dem Frankfurter Hauptfriedhof erinnert eine Ehrentafel an diesen abgetreten, kühnlichen und gebildeten General.

Hier gedenken am Volkstrauertag die Offiziere des Großherzoglichen Leibgarderegiments und seines Traditionsregiments, des Infanterieregiments 115, ihrer Gefallenen. Generalleutnant A. D. von Wächter, Darmstadt, sagte, seine Kameraden wollten mit dieser Feier eine Schuld abtragen und dem Toten die Ehren darbringen, die ihm nach seinem makellosen Leben zustünden. Ehrende Worte für Heinrich von Stülpnagel fand auch Prinz Ludwig von Hessen. Für die Familie, legte der Bruder des Toten einen Kranz nieder. — Das Andenken an Heinrich von Stülpnagel und die Opfer des 20. Juli in Frankfurt in Ehren zu halten, sei eine Verpflichtung, sagte Bürgermeister Dr. Leiske, der den Kranz des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung überbrachte. FR.

Frankfurter Rundschau vom 19.11.1985, Seite 1

Frankfurt war die geistige Heimat des Hitlergegners

Widerstands-General von Stülpnagel war Schüler des Lessing-Gymnasiums / Vor hundert Jahren geboren

Der Militärbefehlshaber von Frankreich am 20. Juli 1944, General der Infanterie Carl Heinrich von Stülpnagel, ein führender Kopf des militärischen Widerstands gegen Hitler, wurde vor hundert Jahren, am 2. Januar 1886, in Berlin geboren. Sein Vater Hermann war von 1889 bis 1907 Stadtkommandant von Frankfurt. Carl Heinrich von Stülpnagel besuchte von 1895 bis 1904 das humanistische Lessing-Gymnasium, so daß Frankfurt als geistige Heimat dieses außergewöhnlichen deutschen Soldaten bezeichnet werden kann. Nach dem Scheitern des in Paris zunächst erfolgreichen Aufstands und nach einem mißglückten Selbstmordversuch im Maas-Kanal bei Verdun am 21. Juli 1944 wurde General von Stülpnagel am 30. August 1944, inzwischen erblindet, in Berlin-Plötzensee gehängt. Am gleichen Ort und auf die gleiche Art starben zwei andere ehemalige Schüler des Frankfurter Lessing-Gymnasiums, der junge Hauptmann Karl Friedrich Klaußing und der Oberleutnant César von Hofacker, welcher 1943/44 in Paris der engste Gehilfe Stülpnagels gewesen war.

Wir bringen einen Auszug aus dem ersten Kapitel einer in Arbeit befindlichen Biographie über General Carl Heinrich von Stülpnagel, die voraussichtlich 1987/88 unter dem Titel „STÜLPNAGEL. Denken und Tat“ erscheinen wird.

Am 6. Januar des europäischen Schicksalsjahres 1939 veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ über den letzten Stadtkommandanten der Kaiserzeit einen Gedekaufsatz, in welchem es hieß: „Heute, am 6. Januar, jährt sich zum 100. Male der Geburtstag von Hermann v. Stülpnagel. Er war die Persönlichkeit, die fast zwei Jahrzehnte hindurch das höchste militärische Amt in Frankfurt verwaltet hat, das des Stadtkommandanten... Hermann v. Stülpnagel war kein Sohn unserer Stadt, er wurde am 6. Januar 1839 in der alten brandenburgischen Residenz- und Garnisonsstadt Potsdam geboren. Aber sein langer Aufenthalt in Frankfurt (er hat fast ein Vierteljahrhundert gewährt), seine Einfühlungs- und Anpassungsfähigkeit und weitgehendes Interesse für die kulturellen Bestrebungen in unserer Stadt, namentlich auf den Gebieten der Künste, der Geschichte und der Literatur, bewirkten es, daß er bald mit dem Frankfurter Boden verwurzelt war. Seine Lebensgefährtin, die älteste Tochter des berühmten bayerischen Generals von und zu der Thann-Rathsamhausen, nahm gleich ihm an dem geistigen Leben Frankfurts lebhaften Anteil. Das Ehepaar ist Seite an Seite auf dem Frankfurter Hauptfriedhof zur letzten Ruhe gebettet worden... Vielen unserer Mitbürger ist der schlichte, lebenswürdige General noch in guter Erinnerung, wie er um 12 Uhr mittags seine

Wohnung, die Kommandantur, Hochstraße 18, verließ und sich über den Goetheplatz zur Hauptwache hin begab. Vorschrittmäßig rief dann der Posten die andern auf der Wache im Dienste befindlichen Soldaten „heraus!“ Als mit dem Ausscheiden von Generalleutnant v. Stülpnagel aus dem Amt des Stadtkommandanten dieses selbst erlosch, verlor auch die Hauptwache ihre Besetzung und damit den Charakter als militärische Einrichtung.“

Die Kommandantur der Stadt Frankfurt am Main in der Hochstraße, in welcher auch die Wohnung des Stadtkommandanten lag, wurde zum Elternhaus, in welchem Carl Heinrich v. Stülpnagel prägende Kindheits- und Jugendjahre verbrachte. Das eigentliche militärische Herz der Stadt aber war die 1730 erbaute barocke Hauptwache; dort konnte er, so oft er wollte, das vor seinem Vater sich abspielende militärische Zeremoniell miterleben. In der Nachbarschaft lagen aber auch zwei Hauptorte der Geschichte des ersten deutschen Kaiserreiches: der Römer mit seinem Kaisersaal und der bis in die karolingische Zeit zurückreichende, dem heiligen Bartholomäus geweihte Frankfurter Kaiserdom. Schnell erreicht war auch das Geburtshaus des deutschen Dichterkönigs am Großen Hirschgraben. „Die tausendjährige, wechselvolle Geschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und die klassische deutsche Dichtung, insbesondere ihr Olympior Goethe, wurden schon in den Frankfurter Jugendjahren zu festen Bestandteilen in Carl Heinrichs Allgemeinbildung.“

Generalleutnant Hermann v. Stülpnagel schickte seinen zweiten Sohn Carl Heinrich, der Standestraddition ziemlich zuwider, nicht in die Kadettenanstalt, sondern ins humanistisch-altsprachliche Lessing-Gymnasium an der Frankfurter Hansaallee. Sicher hat auch die Mutter, welche in der Erziehung der Kinder die dominierende Rolle spielte, bei dieser Schulwahl mitbestimmt. Das Lessing-Gymnasium war eine hochangesehene, schon 1520 als „Frankfurter Lateinische Schule“ gegründete Anstalt, deren erster Rektor, Wilhelm Nesen, mit Philipp Melancthon und Erasmus von Rotterdam befreundet war, und an welcher trotz des Namens „Lateinschule“ auch Griechisch gelehrt wurde. Im Frühjahr 1895 wurde der neunjährige Carl Heinrich v. Stülpnagel Schüler des Lessing-Gymnasiums. Da er der Familienüberlieferung zufolge dann trotz gewiß starker Konkurrenz neun Jahre hindurch Primus war, muß er sich schon im ersten Schuljahr zum Klassenbesten entwickelt haben. Dies ist um so höher zu bewerten, als sein eigentliches Hauptinteresse den naturwissenschaftlichen Fächern galt, insbesondere der Physik und Mathematik,

Frankfurter Rundschau vom 19.11.1985, Seite 2

die in dem altsprachlichen Gymnasium wohl nicht gerade den höchsten Stellenwert hatten. Allerdings war Carl Heinrich auch für alte wie neue Sprachen sehr begabt, was ihm den Zugang zur Geschichte, Kultur und Literatur der Völker Europas, aber auch den zur Philosophie sehr erleichterte. Latein lernte er so gründlich, daß er, gemäß der Tradition des Lessing-Gymnasiums, die Abiturrede als Primus omnium müheles lateinisch halten konnte; ähnlich gut waren seine Kenntnisse in Griechisch. Die französische Sprache beherrschte er schon in jungen Jahren fließend, ebenso, wenn auch etwas später, die englische.

In diesen beiden Sprachen legte er später an der Kriegsakademie die Dolmetscherprüfung ab. Auch Italienisch eignete er sich an, sowie bei einem ständig wachsenden Interesse an Rußland noch etwas Russisch. Bei allem wurde Carl Heinrich frühzeitig ein eifriger Leser — oder wie die Franzosen sagen — ein „grand liseur“, ohne dabei Stubenhocker zu werden und über der Bücherwelt die wirkliche Welt zu vergessen.

Im Schulfach „Deutsch“ schließlich vertiefte er sich in die Werke und „Denkungsart“ der großen deutschen Dichter und Schriftsteller, von denen zwei ihm dann so etwas wie geistige Lebensbegleiter geworden sind. Der erste war der Namenspatron der Schule: Gotthold Ephraim Lessing. In ihm hatte das deutsche Nationalbewußtsein in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine erste frühe Stufe erreicht, genährt aus zwei gegensätzlichen Antrieben, einem nationalen und einem kulturkosmopolitischen. Nationales und Weltbürgerliches wird dann stets auch zur geistigen Wesensart Carl Heinrichs v. Stülpnagel gehören.

Der andere deutsche Dichter, der dem Frankfurter Gymnasiasten Carl Heinrich v. Stülpnagel zum Wegbegleiter durchs Leben werden sollte, war Deutschlands größter, Goethe. Es war sehr vieles, was ihn an Goethes Werk fesselte und verwandte Saiten in ihm anrührte. Die große französische Interpretin deutschen Wesens und deutscher Dichtung, Germaine de Staël, hatte es schon 1810 festgestellt, „daß Goethe in sich alle wesentlichen Züge des deutschen Geistes vereint“. So ist es nicht verwunderlich, daß jene Goethe-Gestalt, in welcher das Streben nach dem großen Erkennen zum Weltbegriff geworden ist, eine starke Anziehungskraft auf den Schüler des Lessing-Gymnasiums ausübte. Auf eine für Gymnasiasten wohl einmalige Weise hatte der Primaner Carl Heinrich v. Stülpnagel sich den Faust-Stoff angeeignet: er konnte den ganzen ersten Teil der Tragödie auswendig. Aber er konnte ihn nicht nur auswendig, er spielte ihn auch. Ein Foto im Stülpnagelschen Familienalbum, vermutlich

aus 1903, zeigt die beiden Hauptdarsteller bei einer Laienaufführung des „Faust I“ im Hof des Gelben Schlosses zu Tann in der Rhön: Carl Heinrich, ein gut aussehender, jugendlicher Faust im schwarzen Mantel; seine Schwester Elisabeth ein anmutiges, blondes Gretchen. Wieweit der siebzehnjährige Faust-Darsteller damals sich über die Problematik der mythisch-nordischen Phantasiegestalt bewußt gewesen ist, die er spielte, ob er die Verschmelzung von Deutschem und Faustischem erkannt oder geahnt hat, daß dieser Doktor Faust spezifisch deutsches Blut und deutsche Gefahren in sich trug — wir wissen es nicht.

Etwa ein Jahr bevor er bei der Laienaufführung im Schloß Tann den Faust spielte, war Carl Heinrich konfirmiert worden; am 5. April 1902 in der Frankfurter Katharinenkirche, der Taufkirche Goethes an der Hauptwache. Wie auch für Goethe war ihm die Bibel dann lebenslang ein wichtiges Buch.

Das Abitur machte Carl Heinrich v. Stülpnagel Ostern 1904 mit Auszeichnung und als Primus omnium. Aus einer nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Liste des Abiturienten-Jahrgangs 1904 ist ersichtlich, daß damals 25 Abiturienten des Lessing-Gymnasiums bürgerlicher und nur drei adeliger Herkunft waren. Von ihnen wurden später die meisten „Juristen“, ferner „Lehrer, Ärzte und Diplomingenieure“; aber auch ein Opernsänger, ein Liederkomponist und ein Bildhauer entwickelten sich aus Carl Heinrichs Abiturklasse. Er selbst war der einzige, der sich entschloß, Berufssoldat zu werden. Daß dieser Entschluß nicht von vornherein in ihm feststand, wurde lange später in einem Gespräch deutlich, welches Carl Heinrich v. Stülpnagel als Militärbefehlshaber von Frankreich mit dem Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker führte, den er im Februar 1943 zu einem Vortrag über „Das Weltbild der modernen Physik“ nach Paris eingeladen hatte. „Als ich jung war“, sagte er damals dem Gast vom Berliner-Kaiser-Wilhelm-Institut, „hätte ich gerne Naturwissenschaften studiert, vielleicht Physik. Aber ich sah, daß alle Naturwissenschaftler Materialisten und areligiös waren. Dieses Opfer wollte ich nicht bringen. Deshalb bin ich dann der Familientradition gefolgt und Soldat geworden.“

Es waren demnach vor allem religiöse Gründe, die den Abiturienten des Frankfurter Lessing-Gymnasiums Carl Heinrich v. Stülpnagel bewogen, dem Vaterland nicht als Wissenschaftler zu dienen, sondern die Rolle des Faust mit derjenigen Valentins zu tauschen und am Ende den Verführern des deutschen Volkes in der Uniform entgegenzutreten, „als Soldat und brav“.

HEINRICH BÜCHELER

Anhang

Briefwechsel
mit dem
Lessing-Gymnasium

60322

Lessing-Gymnasium, Fürstenbergerstraße 166, 60322 Frankfurt am Main

Herrn
 B. Ortmeier
 Danneckerstraße 4
 60594 Frankfurt am Main

Telefon Durchwahl

ID 691 212355 20 / 5136

Ihre Nachricht / Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Dr. Me/p

Datum

09.02.1996

Sehr geehrter Herr Ortmeier,

Ihr Leserbrief in der FAZ vom 22.01.1996 erinnerte mich daran, daß ich Ihnen noch eine Antwort schulde auf Ihr Schreiben vom 18.11.1995.

Einige Ihrer Fragen will ich Ihnen gerne beantworten, im übrigen müßten Sie sich ggf. an die zuständige Fachbereichsleiterin, Frau Koll. Jahr-Härtelt, wenden.

Zum eventuellen früheren Aussehen bzw. zur Veränderung der in der Aula hängenden Fotos habe ich nichts in Erfahrung bringen können, zumal offenbar Generationen von Schülerinnen und Schülern achtlos an den Abgebildeten vorbeiliefen. Die Diskussion wurde auch nicht etwa von außen in Gang gesetzt, sondern durch unsere Geschichts-AG unter der Leitung des Kollegen Streb, die ihre Arbeit zu jener Thematik aufnehmen konnte, da ich als Schulleiter (seit September 1994 am Lessing-Gymnasium im Amt) keine Einwände gegen die Öffnung und Auswertung des Archivs hatte.

Nach der Aussage des früheren Schulleiters und noch lebender Pensionäre, die sich an die damaligen Zeiten erinnern können, wurde 1955 in der Paulskirche die Bundesflagge übergeben und eben diese Fahne steht noch heute in der Aula. Wer könnte allen Ernstes glauben, daß von einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister - ausgerechnet in der Paulskirche - unserer Schule eine Reichskriegsflagge überreicht worden wäre!

- 2 -

Im Hinblick auf das Schreiben von Herrn Dr. Richter an Herrn Sarton muß ich leider bestätigen, daß die archivierten Akten der Schule - vermutlich infolge der Besetzung durch die Amerikaner - bis zum Jahr 1933 abhanden gekommen bzw. vernichtet worden sind. Von 1933 an sind die Abiturunterlagen nicht ganz vollständig, ansonsten aber ist das Archiv unversehrt.

Ein abschließendes Wort zur geplanten Expertenrunde: Diese wird auf Beschluß der Schulkonferenz als Schulveranstaltung stattfinden; die Presse ist selbstverständlich geladen.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Meyer)
Oberstudiendirektor

Benjamin Ortmeier**Danneckerstraße 4
60594 Frankfurt am Main**

Telefon (0 69) 61 42 91

B. Ortmeier - Danneckerstraße 4 · D-60594 Frankfurt am MainAn die Schulleitung
des Lessing-Gymnasiums
Fürstenbergerstr. 166
60322 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 28.5.1996

Sehr geehrter Herr Dr. Meyer,

in Ihrem Brief vom 9. Februar 1996 sind Sie mit keinem Wort auf meinen Vorschlag eingegangen, Beate Klarsfeld, Micha Brumlik und andere Kritiker von General Stülpnagel auch auf dem Podium vor den Schülern zu Wort kommen zu lassen.

Vielmehr sprechen Sie nun von einer Expertenrunde, während es vorher, z.B. in der FAZ vom 30.11.1995, noch hieß: »Die Schulleitung hat für Frühjahr nächsten Jahres eine Diskussion mit Verteidigern und Kritikern Stülpnagels angekündigt.«

Nun zeigt sich, daß eine solche Diskussion offensichtlich von Ihnen nicht mehr angestrebt wird. Ich bedauere dies auch besonders, weil in der FAZ vom 23.11.1995 noch angekündigt worden war, daß es eine Diskussion mit »Geschichtswissenschaftlern, Zeitzeugen, Verteidigern und Kritikern« sein sollte. Ein Zeitzeuge wie Herr Willi Katz ist von Ihnen aber ganz bewußt aus- geladen worden.

Auch der Historiker Hannes Heer hat mir mitgeteilt, daß Sie ihn erst schriftlich eingeladen und dann wieder schriftlich ausgeladen haben. Ich bitte Sie, mir die Änderung des zunächst ange- kündigten Veranstaltungstypus' zu einer Expertenrunde zu begründen.

Darüber hinaus bitte ich Sie auch, mir zu erklären, warum, anders als vorher angekündigt, Sie nun (laut Frankfurter Neue Presse vom 13.11.1995) mitgeteilt haben: »Micha Brumlik wird mit Sicherheit nicht dabei sein.«

Durch Ihre Ausladung der in der Öffentlichkeit schon aufgetretenen Kritiker geben Sie den Schülerinnen und Schülern des Lessing-Gymnasiums kein gutes Beispiel in Sachen Demokra- tie. Ganz im Gegenteil zeigt sich, etwa auch durch die Ankündigung, daß die Oberbürgermei- sterin Frau Roth entscheiden solle, daß Sie sich hinter Autoritäten zu verstecken suchen und der inhaltlichen Diskussion bis heute im Grunde ausgewichen sind.

Es ist erfreulich, daß wenigstens die Presse von Ihnen nicht ausgeschlossen und ausgeladen wird. Ich werde als Vertreter der Frankfurter Lehrerzeitung am 11. Juni 1996 an Ihrer Ver- anstaltung teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Lessing-Gymnasium, Fürstenbergerstraße 166, 60322 Frankfurt am Main

 Herrn
 Benjamin Ortmeier
 Danneckerstraße 4

60594 Frankfurt am Main

Telefon Durchwahl

(0 69) 212-35520 / -35136

Ihre Nachricht / Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Dr. Me/p

Datum

03.06.1996

Podiumsdiskussion am 11.05.1996

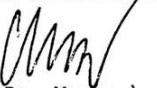
Sehr geehrter Herr Ortmeier,

Ihr Schreiben vom 28.05.1996 habe ich erhalten.

Wenn ich Ihnen sage, daß ich Herrn Heer weder telefonisch noch schriftlich ein- oder eingeladen habe, dies auch im Auftrag der Schule nicht geschehen ist, werden Sie verstehen, daß ich auf den Inhalt eines solchen Schreibens nicht eingehe.

Zu o.a. Veranstaltung (sie beginnt um 11.00 Uhr in unserer Aula) lade ich Sie ein (da Sie sich in dieser Angelegenheit sehr engagiert haben), das habe ich vorgestern der Gesamtkonferenz bereits mitgeteilt. Sie können sich zu einer Unterrichtsveranstaltung allerdings nicht selbst einladen; das sollten Sie als Lehrer wissen.

Mit freundlichen Grüßen


 (Dr. Meyer)
 Oberstudiendirektor

Benjamin Ortmeier

Danneckerstraße 4
60594 Frankfurt am Main

Telefon (069) 614291

Benjamin Ortmeier · Danneckerstraße 4 · D-60594 Frankfurt am Main

An die Schulleitung des Lessing-Gymnasium
mit Bitte um Weiterleitung an Schüler-,
Lehrer- und Elternvertretung

PER FAX

10.6.1996

Sehr geehrter Herr Dr. Meyer,

für die Einladung zur Diskussion bedanke ich mich.

Daß Sie in Sache Hannes Heer so schroff reagieren und Sie meine anderen Fragen nicht beantworten wollen, erscheint mir falsch und ungerecht. Nach Ihrem Brief habe ich Hannes Heer extra nochmals angerufen und er hat mir versichert, daß er zwar nicht von Ihnen persönlich, aber von einer Lehrerin des Lessing-Gymnasiums für diese Veranstaltung eingeladen wurde. Er hat diese Einladung insofern schriftlich und kann Ihnen Datum und sogar Uhrzeit und Namen der Lehrerin nennen, da seine Mitarbeiterin ihm nach diesem Anruf über diesen Vorgang eine Aktennotiz anfertigte. Hannes Heer sagte zu, etwas später wurde er dann von derselben Lehrerin mit dem Hinweis auf eine andere Entscheidung der Schule wieder eingeladen. Das ist der KONKRETE Sachverhalt. Sie sehen, Sie haben keinen Grund auf MICH zornig zu sein.

Es ist offensichtlich im Vorfeld bei IHNEN im Lessing-Gymnasium, das Sie ja leiten, zu Ungereimtheiten gekommen.

Die Angelegenheit mit M. Messerschmidt wirkt ja nun auch nicht sehr seriös.

Ich bin gespannt auf Inhalt und Form der Diskussion,

mit freundlichen Grüßen



Hamburger
Institut für
Sozialforschung

Mittelweg 36
D-20148 Hamburg
Tel.: 040/414097-0
Fax.: 040/41409711

Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, D-20148 Hamburg

Hannes Heer
Durchwahl -72

Herrn
Dr. Meyer
Lessing-Gymnasium
Fürstenbergerstr. 166
60322 Frankfurt am Main

Hamburg, den
27. Juni 1996

Sehr geehrter Herr Dr. Meyer,

Herr Ortmeier hat mir Ihr Schreiben vom 03.06.96 freundlicherweise zur Verfügung gestellt. So bin ich in der Lage, auf Ihre dort gemachten, äußerst unverständlichen, Äußerungen näherhin einzugehen.

Völlig im Widerspruch zu Ihrer Darstellung, bin ich durch ein Telefonat von Angehörigen des Lehrkörpers des Lessing-Gymnasiums zur Stülpnagel-Debatte eingeladen und wieder ausgeladen worden. Frau Veronika Busch hat am 08.01.96 hier im Auftrag der Schulkonferenz angefragt, ob ich an einer Podiumsdiskussion am Lessing-Gymnasium teilnehmen könnte. Ich habe Frau Busch wenig später zurückgerufen und unter Angabe des für mich günstigsten Termins zugesagt. Am 13.02.96 hat mich dann Frau Busch in einem Brief, auch diesmal im Namen der Schulkonferenz, ausgeladen.

Wie Sie, sehr geehrter Herr Dr. Meyer, angesichts dieser Tatsachen, von denen Sie Kenntnis gehabt haben, die Behauptung aufstellen können, an mich sei niemals jemand im Auftrag Ihrer Schule herangetreten, ist mir unerklärlich. Ich könnte ein solches Verhalten verstehen, wenn Sie Ihren Brief an Herrn Ortmeier in politischer Funktion geschrieben hätten, z.B. als Vorsitzender eines CDU-Ortsvereins oder einer Gliederung der Republikaner - in der Politik gehören Lügen offensichtlich mittlerweile zum Handwerk. Da Sie aber als Oberstudiendirektor korrespondiert und unterzeichnet haben, stehe ich einigermaßen fassungslos vor Ihrer Antwort.

Einer klärenden Stellungnahme von Ihrer Seite sehe ich mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Hannes Heer

Anlagen: - Notiz über den Anruf von Frau Busch vom 08.01.96
- Brief von Frau Busch vom 13.02.96

P.S.

Kopien diese Schreibens gehen an Herrn Ortmeyer, Frau Busch, an die
Schulkonferenz und an den Personalrat des Lessing-Gymnasiums.

Anlage 1

Veronika Busch
Gremppstraße 43
Tel. 069 / 771377

60487 FRANKFURT

13.02.1996

Institut für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
Herrn
Hannes Heer

Sehr geehrter Herr Heer,

vor drei Tagen teilte mir unser Schulleiter, Herr Dr. Meyer, mit, daß er Herrn Dr. Messerschmidt für unser Podiumsgespräch gewinnen konnte.

Wie ich Ihnen am Telefon bereits mitteilte, ist die Entscheidung in der Schulkonferenz erst sehr viel später gefallen als geplant war. Die Mitglieder unserer Schulkonferenz waren sehr angetan sowohl von Ihrer spontanen prinzipiellen Zusage als auch von der Bereitschaft des Herrn Dr. Messerschmidt, sich als Referent zur Verfügung zu stellen. Ich möchte mich auf diesem Wege noch einmal für Ihre grundsätzliche Bereitschaft ganz herzlich bei Ihnen bedanken.

Auch wenn Sie nun nicht an unserem Podium teilnehmen, was ich persönlich bedauere, möchte ich Ihnen doch die Pressenotizen zu unserem Thema zuschicken.

Wäre es Ihnen möglich, mir mitzuteilen, wo und wann Ihre Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945" in den nächsten Wochen zu sehen ist? Ich möchte auch gern einige Kolleginnen und Kollegen darauf aufmerksam machen.

Mit freundlichen Grüßen

V. Busch

Anlage 2

Gesprächs-Notiz

		Uhrzeit					
		7	8	9	10	11	12
mit	Veronica Busch	2. 1. 19 96					
In Firma	Lessing-Gymnasium	13	14	15	16	17	18
Straße	F F M	Persönlich					
Ort		eigener Anruf					
Telefon	069/77 13 77	fremder Anruf					
Telefax	(nachmittags)						

Betreff: - fragt an, ob Du in der Woche vom 11. - 15. 3. 96 an einer Podiumsdiskussion zum Thema "Wahnmacht" im Gymnasium teilnehmen könntest (sie haben bisher nur die Zusage von eher "Konservativen")

Es gibt Hausar u. Fahrtkosten.

Ruft Du die Frau Busch bitte mal deswegen an.

Unterschrift: forisse - Christa

wie erledigt:

- Pod. disk. hinter
- w/mittags

Lessing-Gymnasium, Fürstenbergerstraße 166, 60322 Frankfurt am Main

Herrn
 Hannes Heer
 - Hamburger Institut für Sozialforschung -
 Mittelweg 36

20148 Hamburg

Telefon Durchwahl

(0 69) 212 -35520 / -35136

Ihre Nachricht / Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Dr. Me/Be

Datum

09.07.1996

Einladungen zur Podiumsdiskussion am 11.06.96 im Lessing-
 Gymnasium;
 Ihr Schreiben vom 27.06.96

Sehr geehrter Herr Heer,

im v.g Angelegenheit darf ich Ihnen zunächst mitteilen, daß ich das von Frau Busch an Sie adressierte Schreiben vom 13.Feb. 1996 von dieser im Rahmen einer Personalratssitzung in Kopie erst am 13. Juni 1996 erhalten habe, nachdem ich zwei Tage zuvor von einer Reporterin des Hess. Rundfunks darauf angesprochen worden war.

Mein Schreiben an Herrn Ortmeyer datiert vom 03. Juni 1996, zu diesem Zeitpunkt war mir das Schreiben von Frau Busch - entgegen Ihrer Annahme - nicht bekannt. Die darin enthaltene Aussage des 1. Satzes ist unzutreffend; es kann sich nur um ein Mißverständnis handeln.

Eine kurze Information zum Hintergrund:
 Die Schulkonferenz des Lessing-Gymnasiums hatte in Sachen "Ehrung von Widerstandskämpfern ..." eine Podiumsdiskussion beschlossen, allerdings nur den Rahmen abgesteckt, sich nicht auf die Einladung bestimmter Personen festgelegt.

Beschlüsse der Schulkonferenz führt der Schulleiter aus; er darf diese Aufgabe allerdings delegieren. Davon habe ich Gebrauch gemacht und der für dieses Aufgabenfeld zuständigen Fachbereichsleiterin alle Vorbereitungen übertragen. Erst nach deren Abschluß habe ich als Leiter der Schule die Einladungen schriftlich ausgesprochen.

In Anbetracht der Tatsache, daß mit den Einladungen Kostenzusagen verbunden waren, ist ein anderes Verfahren kaum denkbar.

Frau Busch hat sicher in guter Absicht gehandelt, das möchte ich ausdrücklich betonen, aber den "Dienstweg" nicht eingehalten; (Ihr Schreiben trägt im Absender bezeichnenderweise den Hinweis auf die "Ev. St. Jakobs-Gemeinde", nicht auf das Lessing-Gymnasium!); das hat zu Irritationen geführt.

Ich bedanke mich für Ihre Nachfrage, sie gab mir die Möglichkeit einer klärenden Stellungnahme.

Zu Ihrer Information füge ich eine Presseerklärung vom 04.07.1996 bei.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Meyer)
Oberstudiendirektor

Lessing-Gymnasium
Dr. Me

Fürstenbergerstraße 166
Frankfurt am Main, 04.07.1996
Tel.: 212-35136

PRESSERKLÄRUNG

Im Zusammenhang mit der Widmung einer Nationalfahne, die der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb bereits im Jahre 1955 im Auftrag des Kuratoriums der "Stiftung 20. Juli" in der Paulskirche dem Lessing-Gymnasium überreichte, um drei ehemalige Schüler - Carl-Heinrich von Stülpnagel (Abitur 1904), Caesar von Hofacker (Abitur 1914) und Friedrich Karl Klausing (Abitur 1938) - zu ehren, die als Offiziere am Putschversuch gegen Hitler beteiligt waren und später in Plätzensee hingerichtet wurden, haben die Angehörigen damals der Schule zur Errichtung einer Gedenkstätte Photos der Opfer überlassen.

In Anbetracht der jüngsten Auseinandersetzungen um den Wehrmachtsgeneral Carl-Heinrich von Stülpnagel hat dessen Familie mit Schreiben vom 25. Juni 1996 jene "Überlassung" zurückgenommen und um Rückgabe des Photos gebeten. Es heißt dort u.a.:

"Leider sind viele Angehörige der Nachkriegsgeneration weder bereit noch in der Lage, sich in die Situation derer zu versetzen, die unter einer Diktatur gelebt haben. So müssen wir befürchten, daß auch die heutigen Politiker mit Mehrheit nicht zu ermessen in der Lage sind, unter welchen Wissensnöten unser Vater und andere damals zum Widerstand entschlossene Männer und Frauen zu leben gezwungen waren. Die Haltung unseres Vaters recht zu würdigen, müssen wir daher einer späteren Generation überlassen."

Die Schulleitung des Lessing-Gymnasiums hat der Bitte der Familie von Stülpnagel entsprochen.

Im übrigen plant die Schule eine (ständige) Dokumentation, die sowohl den (militärischen) Widerstand (des 20. Juli) als auch das persönliche Schicksal und Wirken ehemaliger Schüler und Lehrender würdigt.

gez. Dr. Meyer
Schulleiter



Der ehemalige Lessing-Schüler Werner Katz wurde von den Nazis aus Deutschland vertrieben und kämpfte als jüdisches Mitglied der Interbrigaden für das demokratische Spanien.

Es gelang ihm, in der Zeit vom 18. Juli 1936 bis zum 9. November 1938 zweiunddreißig Luftwaffen-Bomber der Nazi-Faschisten abzuschießen und so an ihren Mordeinsätzen zu hindern.

Am 9. November 1938 wurde er von den Nazimördern der Legion Condor bei seinem Einsatz für die spanische Republik abgeschossen und getötet.

An ihn erinnert im Lessing-Gymnasium nichts.

Benjamin Ortmeier (Hrsg.)

Jiddische Lieder gegen die Nazis

Kommentierte Liedertexte mit Noten
(auch transponiert für Klarinette in B^b)

Verlag M. Wehle - Witterschlick/Bonn
1996

Jiddische Lieder gegen die Nazis

Kommentierte Liedertexte
mit Noten
(auch transponiert für
Klarinette in B^b)

Herausgegeben
von Benjamin Ortmeier

Verlag M. Wehle,
Witterschlick/Bonn, 1996
ISBN 3-89573-060-2

62 Seiten, 14,80 DM

Beide Bücher sind zu bestellen über:
Verlag Marg. Wehle, Hauptstraße 240, 53347 Alfert

Ruth Ilan-Porath

Kurt, mein Bruder

Mit Illustrationen der Verfasserin
Herausgegeben von Doris Kern-Pohl
und Benjamin Ortmeier

Verlag M. Wehle, Witterschlick/Bonn, 1996
ISBN 3-89573-061-0
100 Seiten, 14,80 DM

Ruth Ilan-Porath, 1924 in Frankfurt am Main
geboren, verließ Deutschland 1936 mit ihrer
Familie, um nach Frankreich auszuwandern.
Dort verbrachte sie den Krieg unter Nazibesatzung.
Im Jahre 1945 wanderte sie nach Israel aus.
Ruth Ilan-Porath studierte Kunst in der Kunst-
akademie von Paris. Meistens malt sie Land-
schaften, und sie hatte viele Ausstellungen in
Israel und in anderen Ländern.
Sie ist Mitglied des Kibbutz Bet Hashitta.

Ruth berichtet über ihre Kindheit mit ihrem Bruder
Kurt und ihren Eltern während der Nazizeit.
Kurt wurde nach Auschwitz deportiert.
Er war 21 Jahre alt, als er dort ermordet wurde.



Die Auseinandersetzung um die Ehrung des Generals C. H. von Stülpnagel

- Ein Beitrag zur Debatte
um den 20. Juli 1944 -

Teil 2



Mit Beiträgen von
Alfred Grosser • Beate Klarsfeld • Micha Brumlik

15,- DM

